000
56
1918-19
1/VII. - 28/IX.
Appro. C.
Gemüse und Obst
12

Die Zeit
1./VII. 1918

Eine Krise im Südfrüchtenhandel.

Mit Rücksicht darauf, daß die Einfuhr von Orangen und Zitronen nach Oesterreich während des Krieges unterbunden ist, befindet sich, wie aus Lugano berichtet wird, dieser Zweig des italienischen Südfrüchtenhandels in einer argen Krise. Die italienische Regierung ist nun daran, um eine Katastrophe zu vermeiden, Fabriken zur Erzeugung von Zitronensäure und dergleichen zu errichten. Außerdem wurden für die Truppen 1,200.000 Meterzentner angekauft. Mit Rücksicht auf die großen Mengen von Orangen und Zitronen, die sonst den Weg nach Oesterreich, Ungarn und Deutschland fanden, sind aber diese Bestellungen ganz unzulänglich, um die Krise irgendwie zu mildern.

12

Neues Pester Journal
2./VII. 1918

Ernährung und Versorgung.

Obst und Gemüse.

Die Versorgung der Budapester Märkte. — Die Kartoffelnot. — Die Verschleißaktion des kommunalen Gemüsebetriebes. — Beginn des Kecskeméter Marillenexportes.

Mit der vorschreitenden Saison hat sich die Beschickung des Budapester Marktes mit Obst und Gemüse wesentlich gebessert. Auf den Märkten sind die verschiedenartigen Obstsorten reichlich vorhanden und auch an Gemüsen herrscht kein Mangel. In dieser Zeit der Neige des Wirtschaftsjahres, da an allen Lebensmitteln Knappheit herrscht, bildet es eine große Erleichterung für den staatlichen Ernährungsdienst, daß die Grünmärkte reichlich mit Waren versehen sind.

Im Verhältnisse zur Obst- und Gemüseversorgung sieht es mit der Kartoffelabgabe sehr arg aus. Der größte Teil des Ertrages an neuen Kartoffeln wird für die Zivilbevölkerung Oesterreichs und für das Militär bereit gehalten, so daß nach Budapest ganz geringe Mengen Kartoffeln gelangen. In den letzten zwei Wochen konnten aus dieser Ursache die Kartoffelkarten in Budapest nicht eingelöst werden. Auf Weisung des Landes-Ernährungsamtes sind einige Waggons Frühkartoffeln im Anrollen, so daß die Hoffnung besteht, daß in dieser Woche die Kartoffelkarten mit 1 Kilogramm pro Person und 10 Tage eingelöst werden können.

Der kommunale Gemüsebetrieb der Hauptstadt Budapest hat eine großzügige Aktion zur Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse und Obst eingeleitet. In den kommunalen Verkaufsbuden gelten von heute an folgende Preise: Kartoffeln 82 Heller per Kilogramm, Zwiebel 1 Krone 10 Heller, Salat 14 Heller per Stück, Grünzeug 28 Heller das Bündel, Kohlrüben 1 Krone per Kilo, Kraut eine Krone 24 Heller, Kohl 1 Krone, grüne Erbsen 1 Krone 80 Heller, Kürbis 80 Heller, Gurken 1 Krone 10 Heller, grüne Bohnen 2 Kronen 20 Heller, Rettich 2 Kronen 20 Heller, süßer Paprika 24 Heller per Stück, scharfer Paprika 12 Heller, Weichseln 3 Kronen 30 Heller per Kilogramm, Ribisel 2 Kronen 50 Heller, Marillen 2 Kronen 50 Heller, Reineclauden 2 Kronen 40 Heller, Birnen 2 Kronen 40 Heller und Aepfel 1 Krone 80 Heller per Kilogramm.

Wie wir erfahren, hat der Export von Marillen aus Kecskemét nach Oesterreich bereits begonnen. Bürgermeister Stefan Sándor wurde mit der Verteilung der Transportzertifikate für die Ausfuhr betraut. Das Exportkontingent wird zeitweilig im Verhältnis der Versorgung Budapests und der inländischen Konsumentenzentren durch Kecskemét festgesetzt.

Die Wiener Fleischnot.

Wien, 1. Juli. (Privat-Telegramm.) Die Rindfleischquote der Wiener Gastwirte wurde für diese Woche bis auf weiteres um 20 Perzent vermindert.

---

* **Die Mehlration.** In dem in der letzten Nummer unseres Blattes veröffentlichten Artikel über die Regelung des Verbrauches von Getreide und Mahlprodukten hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Die zulässige Verbrauchsmenge für die städtische Bevölkerung wurde darin mit 8 Kilogramm 40 Dekagramm Mehl pro Kopf und Monat angegeben. Richtig sollte es heißen: 7 Kilogramm 20 Dekagramm, wie ja auch aus dem Sinn des Vorsatzes, daß die Verbrauchsmenge 240 Gramm pro Kopf und Tag beträgt, hervorgeht.

Hamburger Fremdenblatt 3/VII. 1918 3

Freitag, 5. Juli.

Hamburg.

Verkaufszeit für Gemüse und Obst.

Die Preisprüfungsstelle für das Stadtgebiet schreibt uns:

„Aus allen Kreisen der Bevölkerung mehren sich die Klagen über die Nichtbeachtung der für die Grünwarenhändler vorgeschriebenen Verkaufszeit in der Zeit von 7½ bis 12 Uhr vormittags und 6 bis 8 Uhr nachmittags. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Verkaufszeit ohne Schwierigkeit und unter allen Umständen von den Händlern eingehalten werden kann und muß. Die Einwendungen der Händler, nicht zeitig genug vom Markt zurückzukehren, sind durchaus nicht stichhaltig und lassen nur die Vermutung aufkommen, daß die Rückkehr besonders verzögert wird, um den Verkauf gemäß den bestehenden Vorschriften nicht noch am Abend vornehmen zu brauchen. Verschiedentlich gemachte Nachforschungen haben ergeben, daß die Händler nach Verlassen des Marktes besondere Umwege ausgeführt haben, um ihr Geschäftslokal erst kurz vor 8 Uhr zu erreichen. Die Erklärungen, den Verkauf am anderen Morgen vornehmen zu wollen, sind in den wenigsten Fällen zur Tatsache geworden; im Gegenteil mußte am folgenden Morgen die Wahrnehmung gemacht werden, daß alles Gemüse bereits abgesetzt war.

Die Preisprüfungsstelle warnt dringend vor einem solchen Treiben und weist darauf hin, daß bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Verkaufszeit die schärfsten Strafbestimmungen Anwendung finden sowie mit Schließung des Geschäfts wegen Unzuverlässigkeit vorgegangen werden muß.

Alles Gemüse und Obst muß ausschließlich während der polizeilich erlaubten Verkaufszeit zum Verkauf gestellt werden. Ein Verbringen von Gemüse in besondere Lagerräume oder in die Wohnräumlichkeiten, um von dort aus unter Ueberschreitung der Höchstpreise an besondere Kundschaft abgegeben zu werden, ist ebenso strafbar wie eine Verkaufsverweigerung von im Laden vorhandenen Beständen. Restlos muß alles Gemüse und Obst an jedermann und in üblichen kleinen Mengen zum Verkauf gebracht werden, wenn nicht eine Bestellung, die sich natürlich nur auf übliche kleine Mengen beziehen darf, auf Grund eines Anschreibebuches, entsprechend der Bekanntmachung des Hamburgischen Kriegsversorgungsamts vom 20. Dezember 1917, nachgewiesen wird. Die Eintragungen auf Bestellung müssen außer dem Namen und der Adresse des Käufers noch den Tag des Kaufabschlusses sowie Art und Menge und den Kaufpreis enthalten. Der Aufsichtsdienst der Preisprüfungsstelle ist angewiesen, die Einhaltung dieser Verordnung schärfstens zu überwachen und jede Zuwiderhandlung zur Anzeige zu bringen. Im Interesse der Allgemeinheit kann nur gebeten werden, die Gemüsehändler, die sich der erwähnten Machenschaften schuldig machen, zur Anzeige zu bringen.

Neue Freie Presse
4./VII. 1918

Festsetzung von Höchstpreisen für frische Aepfel, Birnen, Zwetschken und Pflaumen.

Mit drei im morgigen Reichsgesetzblatte zur Verlautbarung gelangenden Verordnungen des Amtes für Volksernährung wurden Erzeuger- und Großhandelshöchstpreise für frische Aepfel, Birnen, Zwetschken und Pflaumen der Ernte 1918 festgesetzt. Die Erzeugerpreise haben in Berücksichtigung der diesjährigen minderen Ernteaussichten eine mäßige Erhöhung erfahren.

Gleichzeitig wurden die Spannungen zwischen den Erzeugerpreisen ab Verladestation und den Großhandelsmarktpreisen gegenüber dem Vorjahre wesentlich verringert. Den erhöhten Frachtkosten und Risken bei Lieferungen in entferntere Konsumgebiete wird durch die Gewährung von entsprechenden Zuschlägen Rechnung getragen.

Die Höchstpreise für den Kleinhandel werden wie im Vorjahre von den politischen Landes-, beziehungsweise Bezirksbehörden nach den vom Amte für Volksernährung erteilten Weisungen bestimmt und sollen spätestens mit 15. Juli d. J. in Wirksamkeit treten.

Neues Wiener Tagblatt
4./VII. 1918

5

Höchstpreise für Spätobst.

Amtlich wird gemeldet: „Mit drei im heutigen Reichsgesetzblatte zur Verlautbarung gelangenden Verordnungen des Amtes für Volksernährung wurden Erzeuger- und Großhandelshöchstpreise für frische Äpfel, Birnen, Zwetschken und Pflaumen der heurigen Ernte festgesetzt. Die Erzeugerpreise haben in Berücksichtigung der diesjährigen minderen Ernteaussichten eine mäßige Erhöhung erfahren. Gleichzeitig wurden die Spannungen zwischen den Erzeugerpreisen ab Verladestation und den Großhandelsmarktpreisen gegenüber dem Vorjahre wesentlich verringert. Den erhöhten Frachtkosten und Risken bei Lieferungen in entferntere Konsumgebiete wird durch die Gewährung von entsprechenden Zuschlägen Rechnung getragen. Die Höchstpreise für den Kleinhandel werden wie im Vorjahre von den politischen Landes-, beziehungsweise Bezirksbehörden nach den vom Amte für Volksernährung erteilten Weisungen bestimmt und sollen spätestens mit 15. Juli d. J. in Wirksamkeit treten."

Die Haupternte des Spätobstes findet zwar erst im Herbst statt, aber einzelne Sorten werden früher reif und Birnen heuriger Ernte waren schon wiederholt auf den Wiener Märkten zu sehen. Ueberdies sind beim Obsthandel Hoffnungskäufe der noch auf dem Baume befindlichen unreifen Früchte vielfach üblich. Darum kommt die Verordnung von Höchstpreisen für Spätobst gewiß nicht zu früh, vielleicht sogar zu spät. Um wieviel die heurigen Erzeugerpreise die vorjährigen übersteigen, wird in der amtlichen Mitteilung nicht gesagt. Höchstpreise sind eine sehr nützliche Sache, aber nur dann, wenn die Nahrungsmittel, für die sie geschaffen wurden in genügenden Mengen vorhanden sind. Das Ernährungsamt weist schon auf mindere Ernteaussichten hin. Hoffentlich wird es die mindere Ernte wenigstens gründlich erfassen.

m. h.

Die Zeit
4. VIII. 1918

Neue Obsthöchstpreise.

Für Aepfel, Birnen und Zwetschken.

Die heutige Wiener Zeitung enthält die bereits im Morgenblatt angedeuteten, vom Volksernährungsamt erlassenen neuen Höchstpreise für Aepfel, Birnen und Zwetschken.

Die Erzeugerhöchstpreise für inländische Aepfel, insoweit sie nicht im Kleinhandel unter fünf Kilogramm abgegeben werden, wurden heuer beim Verkauf ab Erzeugungsstelle für den Meterzentner mit K. 60.— festgesetzt; der vorjährige Höchstpreis betrug K. 44.—. Bei Zustellung zum Magazin des Großhändlers darf der Erzeuger heuer K. 66.— pro Meterzentner, gegen K. 54 im Vorjahre, begehren. Diese Höchstpreise verstehen sich für unsortierte Ware ohne Verpackung. Für sortierte Ware gelten heuer pro Meterzentner folgende Erzeugerhöchstpreise: Tafeläpfel, erste Qualität, K. 90.— (K. 85.— im Vorjahre) ab Erzeugungsstelle und K. 95.— ab Verladestation; Tafeläpfel, zweite Qualität, K. 80.— bis K. 85.—; Tischäpfel K. 55.— (K. 50.— im Vorjahre) bis K. 60.— ab Verladestation; Wirtschaftsäpfel, einschließlich der gewöhnlichen Mus-, Kar pott- und Strudeläpfel, K. 47.— bis K. 52.—; Mostäpfel K. 25.— bis K. 28.—. Die Großhandelshöchstpreise stellen sich für Tafeläpfel erster Qualität auf K. 100.— bis K. 112.—, zweiter Qualität auf K. 90.— bis K. 102, für Wirtschaftsäpfel auf K. 57.— bis K. 69.—, Tischäpfel auf K. 65.— bis K. 77.— und für Mostäpfel auf K. 33.— bis K. 40.—. Auf ausgesprochene Luxusäpfel, Primaqualität, haben diese Höchstpreise keinerlei Geltung, d. h. fallen mittelgroße oder mit Schönheitsfehlern behaftete Aepfel dieser Sorte in handelsüblicher Verpackung (zweite Kistenware) unter folgende Meterzentner-Höchstpreise: ab Verladestation fertig verladen K. 118.—, auf den Märkten oder bei Zustellung zum Verkaufsladen des Kleinhändlers K. 130.—, mit starken Druckflecken, Wurmstich, Pilzbefall, Mißgestaltung oder nicht genügender Baumreife behaftete Aepfel dieser Gattung fallen ab Verladestation fertig verladen unter den Höchstpreis von K. 75.— und auf den Märkten oder bei Zustellung zum Verkaufsladen des Kleinhändlers unter den Höchstpreis von K. 87.— pro Meterzentner.

Die Erzeugerhöchstpreise für Tafelbirnen erster Sorte wurden heuer von K. 70.— auf K. 72.— und K. 78.— beim Erzeuger, respektive ab Verladestation, erhöht; Tafelbirnen zweiter Sorte notieren einen Höchstpreis von K. 62.— bis K. 68.— (gegen K. 50.— im Vorjahre). Der Preis für Frühbirnen wurde von K. 50.— auf K. 66.— bis K. 74.—, jener für Wirtschaftsbirnen von K. 34.— auf K. 38.— bis K. 44.— erhöht. Für Most-, Mus- oder Kochbirnen wurde heuer ein Erzeugerhöchstpreis von K. 18.— bis K. 21.— bestimmt. Die Großhandelshöchstpreise für Birnen wurden heuer pro Meterzentner folgendermaßen angesetzt: Für Tafelbirnen erster Qualität K. 86.— (gegen K. 70.— im Vorjahre) ab Verladestation und K. 100.— auf den Märkten oder bei der Abgabe an Verarbeiter oder Kleinhändler außerhalb der Märkte; Tafelbirnen zweiter Qualität sollen ab Verladestation K. 80.—, auf den Märkten K. 98.—, Wirtschaftsbirnen, einschließlich der handgepflückten Tischbirnen und Lederbirnen, K. 50.—, respektive K. 62.—, und Most-, Mus- oder Kochbirnen K. 23.— ab Verladestation und K. 33.— auf den Märkten kosten.

Die ausgesprochenen Luxus(Tiroler)-Birnen, Primaqualität, fallen ebenfalls nicht unter diese Höchstpreisbestimmungen. Für mittelgroße Luxusbirnen, die nicht als ausgesprochene Luxusware gelten können, haben die Höchstpreise für Tafelbirnen erster Qualität und für mit offensichtlichen Fehlern behafteten Luxusbirnen die für die Tafelbirnen zweiter Qualität festgesetzten Höchstpreise Geltung.

Die Höchstpreise für Zwetschken wurden gegen das Vorjahr fast unverändert belassen, die Spannungen hinsichtlich des Großhandelspreises sogar in einzelnen Fällen um einige Kronen herabgesetzt. Die heurigen Erzeugerhöchstpreise stellen sich pro Meterzentner: Für Zwetschken (Hauspflaumen) bei gepflückter Tafelware ab Erzeugungsstelle auf K. 60.—, ab Verladestation auf K. 65.—, für Schüttelware auf K. 35.—, respektive K. 40.—, für Pflaumen K. 65.— bis K. 70.—, Reineclauden K. 70.—, respektive K. 75.—, und für Mirabellen auf K. 98.— bis K. 103.—. Die Großhandelspreise für Zwetschken wurden mit K. 70.— bis K. 85.—

Arbeiterzeitung
6./III. 1918

7

Sechs Waggons verfaultes Gemüse.

Wir haben im verflossenen Winter den Skandal erlebt, daß zur Zeit der allgemeinen Kartoffelknappheit mehrere Waggons von der Militärverwaltung eingelagerter Kartoffeln vollkommen verfault waren und als Dünger weggeführt werden mußten. Jetzt, wo die Wiener Märkte Tag für Tag unter einer unzulänglichen Gemüseversorgung leiden und die hungernde Bevölkerung förmlich danach lechzt, wenigstens Grünwaren statt des mangelnden Brotes zu bekommen, erlebt man den Skandal neuerlich, daß seit Freitag früh im Wiener Ostbahnhof (Frachtenbahnhof) sechs Waggons mit ungarischen grünen Fisolen stehen, die sich in vollkommen verfaultem und für den Genuß gänzlich unbrauchbarem Zustand befinden. Wie uns Freitag abend an Ort und Stelle mitgeteilt wurde, war die Sendung für die dem Ernährungsamt angegliederte Gemüse- und Obstverteilungsstelle bestimmt. Jeder der sechs Waggons enthielt eine Menge von etwa 2½ Tonnen, so daß es sich im ganzen um etwa 15.000 Kilogramm Fisolen handelt, die auf den Mist geführt werden müssen. Als die Waggons gestern früh übernommen werden sollten und geöffnet wurden, zeigte sich, daß die leicht verderbliche Ware in Gärung übergegangen war. Aus den Waggons rinnt die stinkige Jauche und verbreitet einen widerlichen Fäulnisgestank über den ganzen Frachtenbahnhof. Das Schönste ist noch, daß man die offenen Waggons den ganzen Tag über stehen ließ, so daß während der ganzen Zeit Frauen und Kinder aus dem zehnten Bezirk die frei herumliegende verfaulte Ware auflasen, um sie nach Hause zu bringen. Das ist natürlich in dieser Zeit, wo die hungrige Bevölkerung auch die verdorbene Ware als ein willkommenes Nahrungsmittel betrachtet, begreiflich. Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn Leute durch solchen Genuß erkranken. Der Grund des Verderbens ist darin zu suchen, daß die Verfrachtung eine vollkommen unsachgemäße und leichtfertige gewesen ist. Es bedarf keiner besonderen Fachkenntnisse, um zu wissen, daß wenn man grüne Fisolen einfach in die Waggons in dichten Schichten übereinanderhäuft, sich leicht ein Gärungsprozeß entwickelt, wodurch die ganze Sendung, wie es hier geschehen ist, in Fäulnis übergeht. Es ist doch wohl nicht so schwer, solche leicht verderbliche frische Ware auf Stellagen in dünnen Schichten unterzubringen oder in Körben zu verpacken, so daß ein solches Massenverderben ausgeschlossen oder doch nicht so leicht möglich ist. Die Leichtfertigkeit, mit der hier viele tausend Kilogramm frischer Grünwaren dem Verderben ausgesetzt wurden, ist ein himmelschreiender Skandal, wenn man bedenkt, daß die Wiener Bevölkerung Mangel an allem leidet und die Gemüseversorgung als die einzige Rettung betrachtet.

Der Neue Abend
8/VIII. 1918

8

Warum es in Wien kein Obst gibt.

Vollständiges Versagen des freien Handels.

Die Ausweise über die Beschickung der Wiener Märkte lehren, daß heuer um 40 v. H. weniger Frühobst nach Wien gekommen ist als im vorigen Jahr und ein Vergleich der vorjährigen Preise mit den jetzt geltenden zeigt, daß die Wiener Hausfrau, die ärgsten Preistreibereifälle ausgenommen, im Juni und Juli 1917 Frühobst um die Hälfte wohlfeiler einkaufen konnten als heuer. Es ist keine Übertreibung, wenn man die Schuld daran einzig und allein der Schwäche der Verwaltungsbehörden zuschreibt, die im März vor dem Geschrei der Händler zurückwichen und den Handel mit Frühobst und Frühgemüse freigaben. Im folgenden soll der Beweis geführt werden, daß diese Auffassung richtig ist.

Im vorigen Jahr war die Aufbringung des Frühobstes organisiert. Im Inland gab es Anbot- und Vermarktungszwang und es gelang in einem gewissen Maß, ihm selbst die ausländischen Erzeuger und Händler zu unterwerfen. In kluger Ausnützung des Anbotzwanges berief man beispielsweise die kleinen Erzeuger und Händler aus den Grenzgegenden Theben, St. Georgen, Hainburg usw. nach Wien und bedeutete ihnen, daß sie unbedingt auf einem Markt verkaufen müßten. Es wurde genau aufgenommen, was sie zu Markte brachten und die Ziffern wurden mit den Vermerkungen der Bahnämter verglichen. Amtsorgane überwachten die Zufuhr bei der Donaudampfschifffstation Weißgärber und auf dem Süd- und Ostbahnhofe. Man verständigte sich telephonisch nach Einsicht in die Frachtbriefe darüber, wieviel die einzelnen Leute brachten, ob 1000, 1200 oder mehr Kilogramm. Dann ging ein Bote mit dem Verzeichnis an die betreffenden Marktämter ab, die nun in der Lage waren, festzustellen, was herkommen sollte. Anderseits wurden ungarische Einkaufsgebiete rayoniert, in jedes nur ein österreichischer Aufkäufer geschickt, so daß ein Hinauftreiben der Preise nicht möglich war. In Österreich wieder arbeiteten in den einzelnen Erzeugungsgebieten Aufbringungssyndikate. Alle Ware, die im In- und Ausland aufgebracht wurde, mußte auf den Markt gebracht werden und hatte vom Großhändler über den Kleinhändler bis zum Erzeuger ihren vorgeschriebenen Weg. So erreichte man es, daß nicht nur der Wiener Markt im Vorjahr wenigstens einigermaßen beschickt war, man setzte auch durch, daß die Ware in die Hände der Verbraucher, auf den Tisch der kleinen Haushaltungen kam. Das hat heuer ganz aufgehört. Die Aufbringung ist nicht geregelt und die Folge ist ein Nachlassen der Beschickung um 40 v. H., also um fast die Hälfte des vorjährigen Standes.

Die Preise.

Im Vorjahre kostete ein Kilogramm Kirschen nach dem Höchstpreis durchschnittlich K 1.50. Die Preisüberschreitungen betrugen K 1 bis K 1.50. Heuer ist der Handel frei, aber die Stadtbehörden, die im Frühjahr zum Schutz des freien Handels ausgezogen waren, sahen sich veranlaßt, Höchstpreise festzusetzen. Dies geschah auch in Wien. Man kümmerte sich aber nicht um die Aufbringung der Ware und jede Stadt setzte die Preise ohne Rücksicht auf die Preise in den anderen Städten fest. Immer gibt es noch Beamte, die nicht wissen, daß z. B. in Böhmen ein großer Teil des Obstes im Versteigerungswege aufgebracht wird. Wenn man aber — was von Stadtbehörden allerdings viel verlangt ist — keinen Überblick über die Gesamtverhältnisse hat, so mußte man die selbständige Preisfestsetzung einfach fallen lassen. So aber sagte man den Leuten: „Ihr dürft die Kirschen nicht teurer als um K 2.60 kaufen." Dieselben Leute hätten sich zu K 3 Kirschen beschaffen können. Als man ihnen endlich erlaubte, um K 3 einzukaufen, war der Preis schon wieder höher. So kamen die behördlichen „Richtlinien" immer zu spät heraus. Sie blieben daher wirkungslos und führten nur dazu, daß diejenigen Händler, die rücksichtslos entweder nur für die oberen Zehntausend oder für Luxusbetriebe Obst zu Kompotten lieferten, ihr ganzes Obst, das sie um K 4 bis 5 vom Erzeuger erwarben, zu einem beliebigen Preise mit Übergehung der Märkte abstießen.

So entstanden um die Mitte Juni d. J. folgende Preisungeheuerlichkeiten in Wien:

Lichte Kirschen sollten nach den Marktpreisen im Großhandel K 3.40, im Kleinhandel K 3.70, beziehungsweise K 3.80 bis K 4.10 kosten. In Wirklichkeit wurden sie in Bausch und Bogen um mindestens K 5 bis K 8 verkauft. Weichsel sollten „offiziell" im Großhandel K 4 bis K 4.80 und im Kleinhandel K 4.30 bis 5.10 kosten. In Wirklichkeit berührten sie den Markt überhaupt nicht und wurden nur an Privatleute um K 7 bis K 8 für das Kilo, „spanische" Weichseln um K 10 in großen Mengen verkauft. Die Preise für Ananaserdbeeren wurden von der Wiener Marktbehörde mit K 7 im Großhandel und mit K 8 im Kleinhandel festgesetzt. In Wirklichkeit wurden sie im Großhandel mit K 10 bis K 14, im Kleinhandel mit K 12 bis K 18 gehandelt. Alle diese Preise sind keine gesetzlichen Höchstpreise. Sonderbarerweise aber setzte jede Gemeinde, trotz der nach außenhin lärmend unterstützten Handelsfreiheit vorsichtigerweise für ihr eigenes Gebiet Höchstpreise fest. Mit welchem Erfolg, haben wir gesehen. Aber auch die völlige Freigabe der Preise hätte ohne Sicherung der Aufbringung und Beschickung der Märkte die Städte ohne Obst gelassen. Man wollte gegenüber der ahnungslosen Menge das Gesicht wahren, indem man scheinbar fürsorglich „Marktpreise" aufstellte.

Für Ribisel setzte man Großhandelspreise von K 3 bis K 3.60 und Kleinhandelspreise von K 3.30 bis K 3.90 fest. Man suchte die Ribisel auf den Märkten vergebens. Wohl aber wurden sie im Großen heimlich zu K 5 und im Kleinhandel zu K 6 bis K 8 in großen Mengen abgegeben. Stachelbeeren sollten beim Großhändler K 2.86 bis K 3.20, beim Kleinhändler K 3.16 bis K 3.50 kosten. Wieviel Stachelbeeren haben wir aber auf den Marktplätzen gesehen? Auch die Stachelbeeren sind um K 5.60 bis K 7 nur an bevorzugte Marmeladenerzeuger abgegeben worden. Nachgewiesen ist, daß große Mengen Frühobst heuer statt nach Wien nach Baden, Pöslau und Karlsbad gingen und gehen, wo K 12 für das Kilogramm statt der hier genannten Preise gezahlt wurden und werden.

Schon einige Tage nach diesen Preisfestsetzungen sah das Wiener Marktamt ein, daß verschiedene dieser Preise unhaltbar seien und so wurden z. B. der Großhandelspreis für Ribisel auf K 4.60 erhöht. Gegen den 20. Juni herum wurden auch andere Obstpreise auf etwa K 5 erhöht. Sie sind noch in Geltung. All das sind Beweise dafür, daß die Marktämter bezüglich der Preisfixierung nichts getan haben, als nachzuhumpeln. Die vorjährige Organisation war gewiß kein Ideal. Durchaus nicht. Aber sie war wenigstens eine Organisation. Es ist bezeichnend, daß man in Österreich, wenn man schon eine Organisation geschaffen hat, eiligst darangeht, sie wieder umzubringen.

Und jetzt stellt sich die unvermeidliche ungünstige Wirkung dieser Versäumnisse für die Zukunft ein. Die Erzeuger und Händler haben sich an das „Schleudern" großer Warenmengen gewöhnt. Dazu kommt noch die große Schwierigkeit der Überwachung. Die Überbürdung der Bahnämter, der Gendarmerie. Es wird sehr schwer sein, wenn das Massenobst, die später reifenden Birnen, Äpfel und Zwetschken kommen, strenge Beaufsichtigung walten zu lassen. Die Erzeuger und Händler sind nun einmal schwer zum Gehorsam zu bringen.

Es gilt jetzt, das sogenannte Massenobst, das sind Pflaumen, Äpfel und Birnen, für den Wiener Markt und die Wiener Verbraucher zu retten. Die Höchstpreise sind zwar schon bestimmt, aber für die Aufbringung wurde nichts vorgekehrt. In einem zweiten Aufsatz soll gezeigt werden, wie die beim Frühobst gemachten Fehler vermieden werden können, um die Rettung möglich zu machen.

R.

Der Neue Abend
9/VII. 1918

Warum es in Wien kein Obst gibt?

Was muß geschehen, um das Spätobst zu retten.

Wir haben gestern in einem Aufsatz dargelegt, warum kein Frühobst auf die Wiener Märkte kommt. Die prahlerischen Versprechungen, der freie Handel werde die Versorgung des Volkes viel reichlicher als der „gebundene" Handel im vorigen Jahre sichern, sind an den leeren Märkten, den riesigen Anstellreihen hinter jedem Korbe Kirschen oder Ribisel glatt zu Schanden geworden. Die böhmischen Kirschen sind zum doppelten als dem Marktpreis heimlich verkauft worden. Auf dem Stephansplatz, in den vornehmen Vergnügungshäusern, da wurde das Frühobst zu unerschwinglichen Preisen angeboten. In der Rotenturmstraße verkaufte neulich abends eine Hausiererin ganz offen Ananaserdbeeren um K 16 das Kilogramm.

Die Anhänger des freien Handels sagen, die Märkte hätten „frei von Marktpreisen" bleiben müssen. Es wäre auf eines herausgekommen. Die ganze Aufmerksamkeit muß sich nunmehr der Erfassung des Spätobstes — des eigentlichen Massenobstes — zuwenden! Es muß dafür gesorgt werden, daß sich der „Frühobstkrach des freien Handels" nicht bei den Zwetschken, Birnen und Äpfeln wiederhole. Das Spätobst, unser eigentliches Massenobst, Zwetschken, Birnen, Äpfel für den allgemeinen Verbrauch zu retten, dem Zugriff der gefräßigen Überzahler zu entziehen, ist unbedingt notwendig.

Wie soll das geschehen? Die Regierung müßte von Haus aus gleich mit den allerstrengsten Maßnahmen vorgehen. Es wird sich aber zunächst darum handeln, ob sie sich stark genug fühlt, gegen die Bezirkshauptmannschaftswirtschaft aufzutreten. Jeder Bezirk erläßt heute eigene Ausfuhrverbote. Die Rechtslage ist ganz ungeklärt. Ein Kronland wie Böhmen kann sich unter den gegebenen Verhältnissen einfach absperren. Jeden Augenblick wird die Ausfuhr irgendwo verboten, plötzliche Preissteigerungen werden sozusagen von Amts wegen als zulässig erklärt. „Ihr habt lange genug um vier Kronen verkauft, Ihr müßt jetzt höher verkaufen", heißt es.

Es ist Hoffnung vorhanden, daß man diesmal der Entwicklung der Dinge nicht ganz so ruhig zusehen wird. Vor einigen Tagen hat das Ernährungsamt bereits die Erzeuger- und Großhandelspreise für frische Äpfel, Birnen, Zwetschken und Pflaumen der Ernte 1918 festgesetzt. Aber gesetzliche Höchstpreise schaffen, wenn man das Obst nicht zugleich staatlich bewirtschaftet hat, gar keinen Wert. Man müßte unbedingt die staatliche Bewirtschaftung durchführen, die einzelnen Erzeugungsgebiete dann in kleine Kreise teilen und derart die Aufbringung durchführen. Dies ist bei Birnen, Äpfeln und Zwetschken leichter durchführbar, als beim Beerenobste, wie Erdbeeren, Himbeeren usw. Im Vorjahre ist nur in der letzten Zeit, und zwar bei Äpfeln die staatliche Bewirtschaftung in Steiermark in Erscheinung getreten. Freilich hatten dabei die Erzeuger noch zu weitgehende Rechte. Aber man müßte trotzdem unbedingt, so wie im vorigen Jahr in Steiermark, die „Kreise für die Aufbringung" festsetzen. Die Kreise waren dazu verpflichtet, eine gewisse Anzahl Waggons zu liefern. Hand in Hand damit ging eine schlüsselmäßige Aufteilung der gesamten Ernte auf die Hauptverbrauchsgebiete. Allerdings lag die Aufteilung voriges Jahr in Händen einer nicht hinreichend beaufsichtigten Händlerschaft. Diesmal müßte die Händlerschaft von Beamten, die unabhängig von den Bezirkshauptmannschaften zu machen wären, überwacht werden.

Im Vorjahre ging eine Unzahl von Waggons mit Spätobst zu weit den Höchstpreis übersteigenden Preisen nach Prag, Brünn, Triest und anderen Städten. Man konnte nie so recht wissen, was vorgehe, weil die Händler mehr oder weniger selbständig waren. Es müßten daher heuer Beamte des Ernährungsamtes die Sendungen leiten, so daß mit der Ware nichts „geschehen" kann.

Ob es zur staatlichen Bewirtschaftung kommt, hängt ausschließlich von der Tatkraft der Regierung ab. Einstweilen werden von der Gemüse- und Obststelle keine Legitimationen für den Spätobsthandel ausgegeben, es kann vorläufig niemand mit Spätobst handeln. Aber das ist nur eine Vorsichtsmaßregel. Nur eine straffe staatliche Bewirtschaftung mit gut eingeschulten Beamten ließe eine Besserung hoffen. Überall müßten die Beamten des Ernährungsamtes sitzen, denen die Ware zuzuliefern wäre. Die Bahnämter müßten mitarbeiten. Bedingung ist auch die vorherige Regelung des Kronlandslebensmittelverkehres. Es müßte das Höchstausmaß des Bedarfes eines jeden Kronlandes an Lebensmitteln festgestellt werden. Man darf Kronländer nicht wieder zwingen, mit anderen Ländern selbständige und heimliche Tauschgeschäfte zu machen. So gingen Obstwaggons von Wien nach Ungarn, wo sie gegen Fettsendungen umgetauscht wurden. Man sollte sich doch einmal ehrlich und offen darüber einigen, eine bestimmte Menge Ware aus den Ländern herauszulassen, da sie sonst eben auf Schleichwegen geht. In Graz gab es voriges Jahr eine Zeit lang auffällig viel Schinken. Man wußte nicht woher er kam. In Wirklichkeit war er mit — steirischen Äpfeln erkauft. Schon in der nächsten Umgebung der Stadt war von Schinken nichts zu sehen. Auch in Wien gab es keinen. Es lag eben wieder eines jener Tauschgeschäfte mit Ungarn vor, die schon zur Regel geworden sind.

Die Aussichten für die Zwetschkenernte stehen günstig. Auch für Äpfel wird aus der Südsteiermark ein guter Stand gemeldet. Die straffe staatliche Bewirtschaftung muß unbedingt das Spätobst, das eigentliche Massenobst erfassen.

Ein Wort muß noch dem Übelstand gewidmet werden, der in der viel zu gelinden Bestrafung der auf frischer Tat ertappten Warenverschwindenlasser und Vorschriftenübertreter in Wien zu erblicken ist. Wenn die Rechtsprechung auch weiterhin den magistratischen Bezirksämtern überlassen bleibt, wird es am Ende soweit kommen, daß kein Marktorgan mehr eine Anzeige erstatten wird. Die Übeltäter werden mit 20 Kronen Geldstrafe belegt. Diese 20 Kronen bringen sie schon beim Verkaufe der nächsten paar Kilo Obst wieder herein. Ja, im Gegenteil bilden diese leicht zu tragenden Strafen nur den Anreiz, das Obst nächstens wieder teurer zu verkaufen. Das richtige wäre, diese Übeltäter schon das erstemal sehr strenge, u. zw. mit einer größeren Geldstrafe zu schrecken. Bei der zweiten Übertretung wäre Arrest, bei der dritten, vielleicht schon bei der zweiten, die Entziehung der Gewerbeberechtigung zu verhängen. Das würde bestimmt wirken. Bei der Rechtsprechung durch Bezirksämter, die aus vom Stadtrat abhängigen Beamten bestehen, ist immer zu bedenken, daß die Ernennung eben dieser Beamten vom Stadtrat abhängt, der wieder nach seiner ganzen Zusammensetzung den Wählerkreisen der Händler nahesteht. Der „allzu schneidige" Beamte wird aber bald in den Ruf der „Gewerbefeindlichkeit" kommen und er wird nicht vorrücken.

Trotz alledem kann viel, ja ein Großteil unserer Spätobsternten für Wien gerettet werden, wenn die Regierung ernstlich will. Zeit ist allerdings nicht mehr viel zu verlieren. Unter keinen Umständen darf sich der Skandal des „Frühobstkrach es" der leeren Obstmärkte vom Mai und Juni im Spätsommer wiederholen.

Reichspost
11./VII. 1918

a
II
M

Die Zustände auf dem Marillenmarkte.

Von einem Ungar in Wien erhalten wir folgende Zeilen: Die Verhältnisse auf dem Wiener Obstmarkte sind mir schleierhaft. Wir haben in Ungarn eine ungemein reiche Marillenernte. In Kecskemet weiß man nicht, wohin man mit den vielen Früchten soll, die bekanntlich nach der Reife verderben und deshalb kein Gegenstand von Lagerspekulation sein können. Selbst im Budapest, wo im allgemeinen die Preise gewiß nicht billig sind, kostet das Kilogramm Marillen Kr. 1.40 und selbst bei den Detailhändlern die allerschönsten nur Kr. 2.20. Welche Preise aber werden dafür in Wien bezahlt! Es ist eine Schande, daß sich derlei die Wiener gefallen lassen müssen. Man sagt mir, daß die zahlreich aus Ungarn anrollenden Waggons sofort vom Bahnhof weg an die Marmeladenfabriken verkauft werden. Ja, wozu sind denn die Behörden da, unter deren Augen sich dieses Treiben vollzieht, die Behörden, die doch offenbar nicht zum Schutze einiger Fabrikanten, sondern der ganzen Bevölkerung eingesetzt sind? Das Ernährungsamt hätte da die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, einzugreifen. Deshalb, weil das Frühobst in Oesterreich für den freien Handel freigegeben worden ist, darf doch nicht gefolgert werden, daß sich die Behörden um die Marktbeschickung überhaupt nicht zu kümmern brauchen. Oder soll auf diese Weise die Freigabe für den Handel ad absurdum führen?

Wie immer es sei, die Zustände auf dem Marillenmarkte sind ein Aergernis für jeden, der die Verhältnisse kennt. Wir Wiener könnten genug Marillen haben, wenn die Berufenen ihre Pflicht tun würden.

Tägliche Rundschau 12/III. 1918.

13

* **Die „Peluschken".** Zu den als Ersatz für die ausgefallenen Kartoffeln zweifelhaften Dingen gehören auch die Peluschken. Wenigstens halten die Hausfrauen sie für nicht „vollwertig" und bezeichnen das „Zeug" einfach als Futtererbsen, die sie mit gutem Gewissen nicht auf den Tisch bringen können. Die richtigen Peluschken sind aber nichts anderes als die in Ostpreußen sehr beliebten grauen Erbsen, zu deren Ehrenrettung der Magistrat Berlin uns bittet darauf hinzuweisen, „daß die in diesen Tagen in geringen Mengen neben anderen Hülsenfrüchten zur Verteilung kommenden Peluschken schon in Friedenszeiten in manchen Teilen Deutschlands ein beliebtes Nahrungsmittel bildeten. Die Peluschken sind wie andere Hülsenfrüchte zuzubereiten, insbesondere sind sie vor dem Kochen mehrere Stunden gut einzuweichen".

Neues Wiener Tagblatt
12./III. 1918

14

Der Obstwucher.

Im Laufe des Krieges haben wir uns daran gewöhnt, daß die behördlichen Bemühungen, die Lebensmittelpreise der Wirkung von Anbot und Nachfrage zu entziehen, nur unvollkommenen Erfolg haben und die Preistreiberei, sei es im Schleich-, sei es im Ladenhandel, nicht ganz zu verhindern vermögen, aber was wir gegenwärtig im Obsthandel erdulden, übersteigt unsre der Kriegsnot angepaßten Erwartungen und ist geradezu ein Hohn auf die behördliche Aufsicht. Daß eine faustgroße Melone 16 K., ein Kilogramm Trauben 30 bis 40 K. kostet, wäre zu ertragen, denn es handelt sich hiebei um in Glashäusern gezogene Erstlinge, aber daß die Zeit der Walderdbeeren um ist, ohne daß wir diese überhaupt zu Gesicht bekamen, die Kirschenzeit zu Ende geht, ehe sie für die Mehrzahl der Stadtbewohner noch begonnen hat, und daß das Publikum sich gierig auf eine Hausiererin stürzt, die Ribiseln zu 10 K. anbietet, das kennzeichnet den vollen Mißerfolg der behördlichen Fürsorge.

Weder die Obstmengen, die zum Verkaufe kommen, noch die Preise, zu denen dies geschieht, entsprechen den amtlichen Ausweisen über Zufuhren und Verkaufspreise und schutzlos müssen die Verbraucher zusehen, wie das Obst zum Teile verschwindet, zum Teile zu Wucherpreisen verkauft wird. Wenn man liest, daß an einem Tage, von andern Obstsorten abgesehen, über 100,000 Kilogramm Marillen auf die Wiener Märkte kamen, nimmt man doch an, daß es leicht sein wird, ein Viertelkilo Marillen zum Höchstpreise zu erstehen, aber hinterher macht man die Erfahrung, daß man Marillen nur bekommen kann, wenn man sich um sie stundenlang anstellt oder sie bedeutend überzahlt. Und in letzterem Falle genießt man noch eine Gnade, denn die Händler, die bei geschlossener Ladentür Obst zu Ueberpreisen verkaufen, lassen nur bevorzugte Kunden durch die Hintertür herein. Da sind schier noch die am Abend auftauchenden Obsthausiererinnen die Reelleren, denn sie verkaufen an jedermann, und nehmen offen den Kampf gegen die Behörden auf, die allerdings meist nicht zu sehen sind.

Man kann dem Kriegswucheramt das Zeugnis nicht versagen, daß es, so wie allen andern, auch den Preistreibereien mit Obst eifrig nachgeht, aber seine Organe sind nicht zahlreich genug, um die vielen Verkaufsstellen, denen das Obst zufließt, zu überwachen. Und so kann der Wucher der Kleinhändler nicht wirksam bekämpft werden. Aber das Uebel beginnt nicht erst beim Kleinhändler, sondern schon viel früher, in manchen Fällen sogar schon an der Bahn beim Ausladen des Obstes. Schon dort verschwinden große Mengen des nach Wien gebrachten Obstes und kürzen so unsre Zufuhr. Selbstverständlich geschieht dies, weil die Großhändler dabei ihre Rechnung finden. Kirschen, die aus Böhmen zugeführt wurden, werden am Bahnhof an unternehmende Händler verkauft, die sie in das Ursprungsland zurückführen und in den böhmischen Bädern zu unerhörten Preisen anbringen. Für diesen Geschäftszweig soll sich sogar in letzter Zeit ein eigenes Konsortium gebildet haben.

Eine weitere Kürzung der für den Wiener Verbrauch bestimmten Obstzufuhren nehmen die Zwischenhändler vor, die — man sollte dies nicht für möglich halten — allen Ernstes behaupten, von den Marktbehörden ermächtigt worden zu sein, den vierten Teil des ihnen zum Verkauf überlassenen Obstes für ihre Stammkunden zurückzuhalten. Was so ein Zwischenhändler unter Stammkunden versteht, ist seine Sache. Jedenfalls nützt er die Gelegenheit aus, um sich im Tauschwege von andern Geschäftsleuten einzuhandeln, was er selbst in seinem Haushalt gebraucht. In solcher Weise wird das Anbot an Obst verringert und dadurch sein Verhältnis zur Nachfrage zugunsten der Händler und zuungunsten der Verbraucher beeinflußt. Dies macht es erklärlich, daß die Verbraucher bereit sind, Obst zu Wucherpreisen zu erwerben, und der Mangel an Aufsicht bewirkt, daß die Händler mit ziemlicher Gefahrlosigkeit den Wucher betreiben können.

Neues Pester Journal

13./VII. 1918

15

Neue Maximalpreise für Grünzeug, Gemüse und Obst.

Der leitende Ausschuß für den Grünzeug-, Gemüse- und Obstverkehr hat für die Produzenten für die Frist vom 14. bis 29. Juli, für den Handel für die Frist vom 16. bis 31. Juli folgende Höchstpreise festgestellt:

Produkt:	Preis per 100 Kgr. in Kronen beim Produzenten	Preis per Kgr. in Hellern beim Großhändler	Preis per Kgr. in Hellern beim Kleinhändler
Mairüben, gereinigt	50	65	80
Kohl und Krauskohl	60	88	112
Kohlrüben	60	88	112
Sommerkraut	80	110	138
Gelbe Rüben, Petersilie und Pastinaks mit Blättern	70	104	124
detto 1 Bündel 5—10 Stück, zumindest 25 Deka	—	—	32
Zwiebel ohne Stengel	90	117	148
(Der Großhandelspreis für Zwiebel ist ohne Sackpreis kalkuliert; der Selbstkostenpreis der Säcke kann zu den Großhandelspreisen hinzugeschlagen werden.)			
Grüner Knoblauch (Stengel zur Hälfte abgeschnitten)	180	220	256
Reifer Knoblauch	200	256	300
		1 Stück	14
Großer brauner, weißer, schwarzer und Bierrettig, 100 Stück	6—10	8—12	1 St. 10—14
Häuptelsalat, 100 Stück	8	12	1 St. 16
Bund- und Kräuselsalat	40	56	70
Spinat und Sauerampfer	40	66	80
Kren	170	210	250
Grüne Erbsen in Schoten	110	154	184
detto ohne Schoten	—	—	360
Grüne Bohnen, Butterbohnen, Wachsbohnen	160	206	240
Kürbis	50	70	86
		gehechelt	150
Gurken	70	96	116
Paradeis	120	170	200
Kirschen, weiche	150	210	250
detto harte	240	310	350
Weichseln, kleine	140	190	220
detto große	240	310	350
Marillen Ia	180	240	280
Marillen IIa	120	170	200
Sommerpflaumen	70	110	134
Reineclauden	150	210	250
Pfirsiche, edle, besonders große	400	505	600
detto Ia	240	320	380
detto IIa	140	200	240
Stachelbeeren	100	150	180
Johannisbeeren	180	240	280
Erdbeeren	240	320	360
Himbeeren	240	320	360
Sommeräpfel, für Strudel	150	210	250
detto gewöhnliche	120	170	200
Sommerbirnen Ia	200	260	300
detto IIa	160	210	250
Nüsse (ohne Sack):			
in der Provinz	350	440	520
in Budapest	—	460	550
Nußkerne	1500	1650	1770

Neue Freie Presse
14./VII. 1918

16

Höchstpreise für den Kleinverkauf von inländischen Aepfeln, Birnen, Zwetschken und Pflaumen der heurigen Ernte.

Heute ist die Verordnung der Statthalterei erschienen, durch die die Höchstpreise für den Kleinverkauf von inländischen Aepfeln, Birnen, Zwetschken und Pflaumen festgesetzt werden. Demnach stellen sich die Preise in Wien per Kilogramm je nach dem Verkaufe der Ware auf den Märkten oder außerhalb derselben wie folgt:

Für tadellose größere Tafeläpfel 1 K. 52 H. beziehungsweise 1 K. 58 H.;

für tadellose kleinere Tafeläpfel 1 K. 40 H., beziehungsweise 1 K. 44 H.;

für Tischäpfel 1 K. 10 H., beziehungsweise 1 K. 14 H.;

für Wirtschaftsäpfel einschließlich Mus-Kompott und Strudeläpfel 1 K. 2 H., beziehungsweise 1 K. 6 H.;

für Mostäpfel 66 H., beziehungsweise 70 H.

Für tadellose größere Tafelbirnen 1 K. 40 H., beziehungsweise 1 K. 46 H.;

für tadellose kleinere Tafelbirnen 1 K. 28 H., beziehungsweise 1 K. 34 H.;

für Frühbirnen 1 K. 38 H., beziehungsweise 1 K. 44 H.;

für Wirtschaftsbirnen 96 H., beziehungsweise 1 K.;

für Most- oder Musbirnen und Kochbirnen 66 H., beziehungsweise 70 H.

Für gepflückte Zwetschken (Tafelware) 1 K. 22 H., beziehungsweise 1 K. 28 H.;

für Schüttelware 92 H., beziehungsweise 98 H.

Für Pflaumen 1 K. 28 H., beziehungsweise 1 K. 34 H.;

für Reineclauden 1 K. 34 H., beziehungsweise 1 K. 40 H.

Für Mirabellen 1 K. 66 H., beziehungsweise 1 K. 72 H.

Damit die inländischen Aepfel, Birnen, Zwetschken und Pflaumen nicht als ungarische zu höheren Preisen verkauft werden, haben Kleinhändler, die ausländische (ungarische) Ware feilhalten, eine mit dem Ausstellungsdatum versehene marktamtliche Bestätigung über die Herkunft einzuholen und überdies bei ihrem Verkaufsstande eine entsprechende Tafel (Format 10×20 Zentimeter) mit deutlicher Aufschrift „Ausländisches Obst" anzubringen.

Luxusobst, das sind ausgesuchte tadellose, besonders große Früchte, fallen nicht unter diese Verordnung.

Die Verordnung tritt am 15. Juli in Kraft.

Wer für Aepfel, Birnen, Zwetschken oder Pflaumen inländischer Herkunft im frischen Zustande einen höheren Preis als die in dieser Verordnung festgesetzten Höchstpreise fordert, sich oder einen anderen gewähren oder versprechen läßt, wird von den politischen Bezirksbehörden mit Arrest von einer Woche bis zu sechs Monaten bestraft, sofern die Handlung nicht einer strengeren Strafe unterliegt. Neben der Freiheitsstrafe kann Geldstrafe bis zu 10.000 K. verhängt werden. Den gleichen Strafen wie der Täter unterliegt, wer einen anderen zu einer dieser Handlungen anstiftet oder bei ihrer Verübung mitwirkt. Anläßlich der Bestrafung kann weiter, wenn die Uebertretung im Betriebe eines Gewerbes begangen wurde, auf den Verlust der Gewerbeberechtigung für immer oder auf bestimmte Zeit erkannt werden. Ebenso kann aus Anlaß des Strafverfahrens der Verfall der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, oder ihres Erlöses zugunsten des Staates ausgesprochen werden. Ist die Verfolgung oder Bestrafung einer bestimmten Person nicht zulässig oder nicht ausführbar, so kann auf den Verfall der Gegenstände oder ihres Erlöses selbständig erkannt werden.

Berliner Lokalanzeiger 16. Juli. 1918.

* **Ueber die Gemüseversorgung Groß-Berlins** teilt die „Reichsstelle für Gemüse und Obst" folgendes mit: „Die günstige Gemüsebelieferung von Groß-Berlin wird durch die amtliche Angabe beleuchtet, daß auf den Berliner Bahnhöfen am 9. und 10. Juli 140 und 146 Waggons Gemüse mit rund 617 und 594 Tonnen Gewicht eingetroffen sind. Die Zahl der eingelaufenen Waggons mit Obst betrug an beiden Tagen zusammen 59 mit einem Gesamtgewicht von rund 252 Tonnen. Auf den preußisch-hessischen Eisenbahnen verkehrten insgesamt am 6. Juli 602 Wagen mit Gemüse, 184 mit Obst, am 8. Juli 618 Wagen mit Gemüse, 179 mit Obst, am 9. Juli 857 Wagen mit Gemüse, 202 Wagen mit Obst. Beachtenswert ist der mächtige Aufschwung des Verkehrs nach Eintritt der warmen Witterung. Die Obsteingänge aus dem Havelobstgau, der bekanntlich nur für Groß-Berlin bewirtschaftet wird, zeigen gleichfalls mit starken, durch Wetterwechsel hervorgerufenen Schwankungen steigende Tendenz. Sie beliefen sich am 10., 11. und 12. Juli auf 584, 772 und 1493 Zentner am Urbanhafen und auf 957, 1024 und 1373 Zentner in der Zentralmarkthalle. Am 12. Juli haben die Berliner Obsteingänge aus dem Havelobstgau mit 2866 Zentnern die bisher höchste Tagesziffer in diesem Frühjahr erreicht."

werkstätten, Lesehallen, Lehrgänge für Nähen, Handfertigkeit und Hauswirtschaft gewünscht. Weiter sollten die Jugendlichen veranlaßt werden, sich zu Jugendklubs zusammenzuschließen, die sie selbständig leiten und ausbauen können. Alle Arten körperlicher Ertüchtigung müßten gefördert werden. Geist und Gemüt sollten vertieft und verfeinert werden durch vornehme künstlerische Darbietungen, wie Theatervorstellungen, Konzerte, Lichtbilder, Besuch von Vorträgen und Museen. Von größter Bedeutung werde künftig auch die allerorts einzurichtende Berufsberatung sein, die dahin wirken müsse, daß möglichst alle Jugendlichen wieder gelernten Berufen zugeführt werden. Daran endlich sollten sich besondere Arbeitsnachweise für Jugendliche schließen.

Vielleicht ist zu diesem Programm eine Ergänzung, die ja auch im Sinne weiter Kreise der Jugendfürsorge läge, nicht unwesentlich: auch die schönsten Einrichtungen und selbst Theatervorstellungen zur Verfeinerung des Gemüts würden wenig nützen, wenn unter der Jugend keine entschlossene und zielklare Gesinnungspflege getrieben würde. Die Jugend will und braucht solche Pflege; sie will sich begeistern lassen. Und dieser Krieg zeigt es ja auch: Der Geist macht's!

Vossische Zeitung 17./VIII.1918.

18

Wo bleibt das Obst?

Kartenzwang oder freier Handel.

Die Obsternte schreitet mehr und mehr fort, ohne daß der Berliner Markt auch nur an einem einzigen Tage das Aussehen einer annähernd ausreichenden Versorgung gehabt hätte. Wenn man dagegen in die nächste Umgebung Berlins fährt und dort den Obstreichtum in den Geschäften sieht, so fragt man sich, ob denn an maßgebender Stelle auch wirklich alles geschehen ist und geschieht, um die Versorgung Berlins besser zu gestalten als bisher. Diese Forderung erscheint um so berechtigter, als die Zufuhren aus dem Havelobstgau vor wenigen Tagen mit 3000 Zentner am Tag ihren Höhepunkt erreicht haben. Wir zweifeln nicht, daß die täglichen Zufuhren in Berlin auch wirklich eintreffen, aber das Eintreffen genügt nun einmal nicht, um die Bevölkerung auch wirklich zu versorgen.

Bei der ungeheuren Zahl der Kanäle, in die das Obst nach seiner Ankunft fließt, läßt es sich natürlich nur sehr schwer feststellen, wo die Ware bleibt. Von den Kleinhändlern wird immer wieder darauf hingewiesen, daß bereits an den Ankunftsplätzen, sowohl am Urbanhafen, als auch in der Zentralmarkthalle die Ware zu einem erheblichen Teile in unberufene Hände kommt. Aber auch der Handel selbst, und zwar unseres Erachtens sowohl der Großhandel als auch der Kleinhandel, setzen sich bei der Abgabe des Obstes an die Verbraucher nicht genügend für eine gerechte und gleichmäßige Verteilung ein. Daß hieran auch die zu niedrige Bemessung der Höchstpreise schuld ist, soll nicht bestritten werden.

Aus alledem geht hervor, daß die Versorgung Berlins mit Obst sicherlich besser sein würde, wenn die Verteilung und Abgabe an die Verbraucher nach anderen Gesichtspunkten als bisher geschehen könnte. Dies zu erreichen, ist aber Sache des Berliner Magistrats. Dieser erklärt uns, daß eine ausreichende Versorgung Berlins immer wieder an der ungeheuren Kopfzahl scheitern wird. Die ankommenden Mengen, von denen auf Berlin nach dem Verteilungsschlüssel nur ein gewisser Prozentsatz entfällt, genügen bei weitem nicht, um den Bedarf der Berliner Bevölkerung auch nur annähernd zu decken. An den Ankunftsstellen ist die Ueberwachung gegenwärtig sehr scharf. Dies geht schon daraus hervor, daß allein in der letzten Woche 15 Kleinhändler, die sich Ware über das ihnen zustehende Maß hinaus verschafft hatten, vom Magistrat von jeder Belieferung ausgeschlossen worden sind. Zahlreiche Beamte streifen täglich durch die Stadt und prüfen bei den Kleinhändlern, ob der Verkauf ordnungsgemäß durchgeführt wird. Die Frage, ob nach dem Vorbilde Potsdams Berliner Hausfrauen beim Obstverkauf zur Selbsthilfe herangezogen werden könnten, scheitert in Berlin ebenfalls an der hohen Bevölkerungsziffer. Das gleiche gilt von dem Wunsch, städtische Obst- und Gemüsehallen einzurichten, in denen der Verkauf etwa unter Heranziehung von Militär und Verbrauchern stattfinden soll.

Wenn man also an der bisherigen Verkaufsart des Obstes an die Verbraucher etwas ändern will, so bleibt heute nur die Einführung des Kartenzwanges bei der Abgabe übrig. Will man diesen Weg — der wenigstens eine gleichmäßige Verteilung des Wenigen einigermaßen gewährleisten würde — nicht, so wiederholen wir auch hier wieder unsere Forderung, zu erwägen, ob für Verbraucher und Handel die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung wenigstens für Obst und Gemüse nicht bessere Verhältnisse bringen könnte. In dem Augenblick, in dem sich der freie Obsthandel in Berlin wieder entfalten könnte, dürfte Berlin auch mit Obst besser versorgt werden. Vielleicht nicht zu den jetzt geltenden Höchstpreisen allerdings; aber was nützen uns Höchstpreise, wenn wir kein Obst erhalten?

P. E.

*

Arbeiterzeitung
17./VII. 1918

19

Der Mangel an Frühobst. So schlecht wie heuer waren eigentlich die Märkte noch niemals mit Frühobst versorgt. Die Kirschenzeit war rasch vorüber und es gab nur wenige Tage, wo diese bei uns so reichliche Obstsorte an vereinzelten Stellen anzutreffen war. Ganz dasselbe ist es auch mit dem Beerenobst. Erdbeeren waren bald verschwunden und Heidelbeeren und Johannisbeeren sind eine ganz seltene Erscheinung auf den Märkten. Dabei waren die Preise dafür eigentlich noch niemals so hoch wie gegenwärtig, wo der freie Handel den Obstmarkt beherrscht. Während schon die vom Marktamt festgesetzten Preise für ein Kilogramm Kirschen bis zu 5·20 Kronen betrugen, also ganz ungewöhnlich hoch waren, wurden außerhalb der Märkte Preise bis zu 7 und 8 Kronen bezahlt. Die Obstpreise, wie sie gegenwärtig bei uns selten bekommt, übersteigen die Preise, wie sie in Deutschland üblich sind, wo man sich allerdings auf den freien Handel nicht einläßt, gleich um das Mehrfache. So betragen zum Beispiel seit 28. Juni die Höchstpreise in Sachsen für je ein Pfund Erdbeeren 1·65 Mark, Kirschen 70 Pfennig, Johannisbeeren oder Heidelbeeren 35 Pfennig. In Hamburg hat das Kriegsfürsorgeamt den freien Handel mit Obst verboten, weil die Preise dafür eine „ganz unglaubliche Höhe" erreicht hatten. Die „unglaublich hohen Preise" betrugen für Kirschen 2·40 Mark und für Johannisbeeren bis zu 1·80 Mark. Bei uns sind es Preise, über die man in jedem anderen Lande erschrecken würde, aber trotzdem bewirken sie nicht, daß die Märkte mit Obst versorgt werden. Ein besserer Beweis könnte für die „segensreichen Wirkungen" des freien Handels nicht erbracht werden, als wie es durch die Freigabe des Frühobstes geschehen ist.

Arbeiterzeitung 19./VII. 1918

20

Die Ernährungsfragen.

Die neuen Höchstpreise für Spätobst.

Erst vor wenigen Tagen erließ die niederösterreichische Statthalterei die Verlautbarung über die neuen Höchstpreise für Spätobst, für die mit der Verordnung des Amtes für Volksernährung vor kurzem die Richtlinien gegeben wurden. Die neuen Höchstpreise kommen spät. Mancher Preistreiber hat schon seinen Abschluß gemacht, der zwar durch die neuen Bestimmungen unwirksam würde. Wer es beobachtete, wie sich heute der Schleichhandel zu helfen weiß, muß befürchten, daß der voraussichtlich mäßige Ausfall der Ernte der Aepfel und Birnen dazu führen wird, daß die Höchstpreise umgangen werden. Nur ein möglichst straffes Erfassen der Ernte dieses Obstes kann es ermöglichen, daß wir es erreichen. Man kennt ja noch das Beispiel aus dem vergangenen Jahre. Damals lieferten weite Gebiete wenig oder gar kein Obst ab, weil Händler aller Art, Vertreter von Marmeladenfabriken und reiche Private daran waren, die Preise zu überbieten. Viel Obst wurde als Luxusobst erklärt, weil für dieses keine Höchstpreise bestimmt worden waren. Leider hat man sich auch heuer nicht entschlossen, dieses Hintertürchen zu beseitigen. Deshalb wird jeder Preistreiber nur noch Luxusobst führen. Wurde doch im vergangenen Jahre eine Menge gewöhnlicher Aepfel gesäubert, in Papier verpackt und um Riesenpreise verkauft. Wir verlangten schon damals die Anordnung von Preisgrenzen für Luxusobst, die allein das wilde Hinauflizitieren der Obstpreise hintanhalten konnten. Man wollte nur wegen der geringen Haltbarkeit von Frühobst nicht zur Beschlagnahme greifen und den Verkehr damit nicht hemmen, um es vor dem Verderben zu bewahren. Diese Gefahr besteht für Luxusäpfel und überhaupt für Spätobst nicht. Läßt man es frei und erlaubt es den Händlern, mit Spätobst unbehindert zu schalten, dann werden wir es ebensowenig zu kaufen bekommen als nun das wucherisch teure Frühobst.

Die neue Verordnung vom 3. Juli, die Höchstpreise für den Großhandel bestimmt, gleicht ebenso wie die Statthaltereiverordnung über die Kleinhandelspreise im wesentlichsten der von 1917. Es wurde nichts versucht, um die Fehler, die vor einem Jahre begangen wurden, zu verbessern. Obwohl schon vor einem Jahre die Obstpreise ungeheuerlich hoch waren, hat man auch heuer wieder den Erzeugern von Obst Riesengewinne zugebilligt. Manche Obstsorten erfuhren sowohl im Groß- als auch im Kleinhandel Preiserhöhungen. So hat man den Preis für Tafel-, Tisch- und Wirtschaftsäpfel um 10 bis 14 Heller erhöht. Kompott- und Strudeläpfel bilden eine eigene Preisgruppe; sie kosten etwa so viel wie vor einem Jahre. Mostäpfel wurden gleifalls um 14 Heller verteuert. Nun stehen die Höchstpreise für Aepfel auf 1 bis 1·60 Kronen das Kilogramm.

Auch für Birnen sind sie um 16 bis 20 Heller gestiegen. Im Durchschnitt sollen sie 96 bis 146 Heller betragen. Die ohnehin so teuren Zwetschken, die heuer eine reiche Ernte versprechen, werden ebenfalls um 18 bis 20 Heller mehr kosten und kaum unter 1 bis 1·40 Kronen zu haben sein. Noch vor zwei Jahren war man entrüstet, daß für diese Obstgattung ein Kilogrammpreis von 60 Heller bestimmt wurde, der heuer auf die doppelte Höhe von damals stieg. Wieder wird der Schwindel mit sogenannter „ungarischer" Ware blühen, weil diese Höchstpreise nur für inländische Obstsorten gelten. Obwohl man versucht, die Marktämter zu verhalten, die Herkunft der Ware zu ermitteln, wird damit den Händlern die Möglichkeit gegeben, „ungarische" Preise zu fordern. Wer wird dann so dumm sein, zu den Höchstpreisen abzugeben, wenn er die Möglichkeit hat, sie zu überschreiten? Vor einem Jahre zwangen die schlimmen Erfahrungen, daß die sogenannten „ungarischen Preise" bald aufgehoben wurden. Die Händler mußten dann alle ungarische Ware zu österreichischen Preisen abgeben. Diesmal läßt man diesen Weg für die Preistreiber offen und man erlaubt ihnen daneben noch den Wucher mit den sogenannten Luxuswaren. Wenn auch die Verordnungen mit Strafen drohen, die drückend aussehen, so wird es doch wieder so werden wie jetzt, daß wir Spätobst nur mit großen Opfern bekommen, die Händler gute Geschäfte machen und die Armen zusehen werden, wie die Reichen ihnen das Obst vor der Nase wegschnappen. Man will in Oesterreich nichts lernen. Nun sehen wir im vierten Kriegsjahr wieder das Bestreben, den Agrariern Geschenke zu machen, ihre Riesengewinne zu mehren, während dem Volke ein Nahrungsmittel um das andere entzogen und unerreichbar wird. Die Mängel der neuen Verfügungen beweisen, daß wieder nur Agrarisch Trumpf ist. Wir werden wieder nur teure „ungarische" und keine billigere heimische Ware sehen.

Frankfurter Zeitung 26/VII. 1918.

Die Bewirtschaftung des Herbstgemüses und Herbstobstes.

N Berlin, 25. Juli. (Priv.-Tel.) Zu der Bewirtschaftung des Herbstgemüses und des Herbstobstes machte heute in einer Besprechung der Vertreter der Reichsstelle für Gemüse und Obst Oberregierungsrat Tilly Mitteilungen über seine Absichten. Im vorigen Jahre, so führte er aus, ist man mit Zittern und Zagen an die Obstbewirtschaftung gegangen. Jetzt weiß man, daß es nicht nur gelungen, sondern sehr gut gelungen ist. Es ist z. B. bei der Marmeladefabrikation weniger verdorben als im Frieden. Die Vertretung Groß-Berlins hat die Verteilung der Brotaufstrichmittel außerordentlich anerkannt und sie für den nächsten Winter wiederum verlangt. Auch diesmal liegt die Notwendigkeit für die Bewirtschaftung vor. Die Marmeladefabrikation kann sich nicht genügend Stoff verschaffen. Unternehmungen und wohlhabende Städte überbieten sich in jeder Weise in den Pachtungen. Gehen die Dinge so weiter, so bekommen die Großstädte weder Marmelade noch das geringste Obst. Im einzelnen ist zu erwähnen über das Herbstgemüse: Kommunalverbände und Großverbraucher haben sich weitgehend durch Lieferungsverträge regelmäßige Zufuhr von Herbstgemüse gesichert. Im Jahre 1917 wurden 60 000 Lieferungsverträge über 340 000 Morgen Gemüse abgeschlossen (darunter 20 000 Verträge über 140 000 Morgen Kohlrüben). — In diesem Jahr sind außer über Kohlrüben schon 90 000 Verträge über 520 000 Morgen Gemüse zustande gekommen, d. h. mehr als das Doppelte des Vorjahres. Es wird dann natürlich trotz vermehrtem Anbau wenig freies Gemüse übrig bleiben. Hieraus muß der gestiegene Bedarf des Heeres befriedigt werden, und es soll bei Notständen ausgeholfen werden können (z. B. bei ungenügendem Ergebnis aus Lieferungsverträgen usw.). Daher ist zwangsweise Erfassung nötig. Nach den bisherigen Erfahrungen wird schließlich auch nur auf diese Weise die restlose Erfüllung aller Lieferungsverträge gesichert werden können. Was das Herbstobst betrifft, so ist zunächst zu erwähnen, daß nach den letzten Nachrichten immer mehr mit einem ungünstigen Ausfall der Obsternte zu rechnen ist. Weiter muß damit gerechnet werden, daß die Auslandszufuhr vorerst ganz wegfallen wird, und es wird notwendig sein, das gesamte inländische Obst, soweit es nicht Edelobst ist, der Marmeladeindustrie zuzuführen, wenn im nächsten Winter Brotaufstrichmittel in annähernd der gleichen Menge und Güte wie im letzten Jahr an die Bevölkerung verteilt werden soll. Auch sind ungewöhnlich große Obstmengen erforderlich, damit der wiederum gestiegene Heeresbedarf an Obsterzeugnissen (Backobst, Marmelade, Obstkonserven) befriedigt werden kann. Das alles ist nur erreichbar bei Zwangserfassung der Herbstobsternte.

Die Reichsstelle beabsichtigt, die gesamten lieferungsvertragsfreien Herbstgemüse und das Herbstobst einer Absatzbeschränkung zu unterwerfen. Die Reichsstelle will dabei an ihrem Grundsatz festhalten, daß jeder Erzeuger in seinem Haushalt und Betrieb verwenden und verarbeiten kann, was er will. Will der Erzeuger aber Herbstgemüse oder Obst absetzen (entgeltlich oder unentgeltlich), so ist Genehmigung erforderlich Diese wird in der Regel bei geringen Mengen, namentlich für Verwandte und Bekannte erteilt, in anderen Fällen will die Reichsstelle bestimmen, was mit der Ware geschieht, und wohin sie zu senden ist. Genehmigung soll auch nicht erforderlich sein, wenn der Erzeuger unmittelbar an den Verbraucher nicht mehr als 5 Kilogramm Gemüse (bei Zwiebeln 1 Kilogramm) oder nicht mehr als 1 Kilogramm Obst veräußert. Bei dieser Mengenbeschränkung wird ferner jeder Verkauf auf öffentlichem Markt und in den Geschäften der Kleinhändler freibleiben.

Lieferungsverträge über Herbstgemüse.

Im Hinblick auf die bevorstehende Zwangsbewirtschaftung des Herbstgemüses hat die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung, den 30 Juni 1918 als Zeitpunkt festgesetzt, an dem die Tätigkeit von Lieferungsverträgen für Herbstgemüse, ausgenommen für Kohlrüben, ihren Abschluß finden soll. Die vorher abgeschlossenen Verträge waren bis längstens 15. Juli der Reichsstelle zur Genehmigung vorzulegen. Nach diesem Zeitpunkt eingesandte Lieferungsverträge zu genehmigen, ist, wie die Nachrichtenstelle mitteilt, die Reichsstelle nicht in der Lage.

Reichspost Abendl
20./VIII. 1918

22

Der Obstwucher und die Behörden.

Der Verkehr in Frühobst wurde heuer freigegeben, da man allgemein annahm, der durch keine Zentrale eingeschränkte Handel würde das Problem der besseren Marktbeschickung rascher als die „Geos" lösen. Diese Hoffnungen haben sich jedoch leider als trügerisch erwiesen, denn in der Praxis zeigte es sich bald, daß die Menge des auf den Märkten angebotenen Frühobstes eher abnahm und daß dafür alles in die Delikatessenläden, in die vornehmen Gasthöfe und großen Marmeladenfabriken wanderte. Mit den Marillen ging es anfangs nicht besser und nur der Rekordernte in Kecskemet haben es die Wiener zu verdanken, wenn sie jetzt überhaupt Marillen in genügender Menge bekommen. Bei den vielen Hunderttausenden von Kilogramm, die aus Ungarn anlangten, ließ sich eben die beim Frühobst geübte Methode des künstlichen Zurückhaltens der Ware nicht mehr gut durchführen. Dennoch hat die Ware sündhaft hohe Preise; in dem nicht eben billigen Budapest kosten Marillen nur den dritten Teil dessen, was hier am Naschmarkt verlangt wird. Bei Schwarzbeeren und Ribisln herrscht die gleiche Teuerung. Heute kosten Schwarzbeeren 7 Kr. per Kilogramm und für ein Viertelkilo Frühbirnen werden Kr. 1.75 gefordert gegen nur 20 Heller in Friedenszeiten. Also eine Preissteigerung, die oft das Zehnfache der Friedenspreise erreicht, und dies trotz der glänzenden Ernte, die selbst bei normalen Preisen noch einen reichen Geldertrag abwerfen müßte. Die Preisexzesse wären nicht in dem Maße möglich, wenn ihnen kräftig entgegengetreten würde. Dem Volke wäre mehr gedient, wenn man sich im Volksernährungsamt mit der Herausgabe von neuen Verordnungen etwas mehr Zeit ließe und lieber dafür Sorge tragen wollte, daß wenigstens die alten Preisverordnungen praktisch zur Geltung kommen. So aber steht man gegenüber dem Treiben des Wuchers untätig da, als ob man damit beweisen wollte, wie notwendig die Zentralen wären.

Neue Abend 22/VIII. 1918.

Das Spätobst.

Warum erfolgt keine Beschlagnahme?

Trotz einem geradezu trostlosen Zusammenbruches, den der freie Handel mit dem Frühobst erlitten hat, haben sich bis heute die Behörden noch nicht zu dem Entschlusse aufgerafft, wenigstens das Spätobst in staatliche Bewirtschaftung zu nehmen und den Klauen des freien Handels zu entreißen. Nur langsam, wie es dem behäbigen österreichischen Trotte entspricht, wird eine Verordnung, nach geraumer Zeit eine zweite usw. erlassen. Vor kurzem hat die Statthalterei die Höchstpreise für den Kleinverkauf von inländischen Äpfeln, Birnen, Zwetschken und Pflaumen festgestellt. Wir bringen nachstehend die Preise, wobei wir in Klammern die entsprechenden Ziffern des Vorjahres zum Vergleiche hinzufügen. Die Preise für Wien für ein Kilogramm im Kleinverkauf auf den Märkten sind folgende:

Tadellose größere Tafeläpfel K 1.52 bis 1.58 (1.46), tadellose kleinere Tafeläpfel K 1.40 bis 1.44 (1.33), Wirtschaftsäpfel einschließlich Mus, Kompott und Strudeläpfel K 1.02 bis 1.06 (—.98), Mostäpfel 66 bis 70 h (52 h), tadellose größere Tafelbirnen K 1.40 bis 1.46 (1.36), tadellose kleinere Tafelbirnen K 1.28 bis 1.32 (1.24), Frühbirnen K 1.38 bis 1.44 (1.08!), Wirtschaftsbirnen K —.96 bis 1 (K 1), Most-, Mus und Kochbirnen 66 bis 70 h (56 h). (Für Luxusobst haben die Höchstpreise keine Gültigkeit.)

Wenn wir die heurigen Preise mit denen des Vorjahres vergleichen, so muß man zugestehen, daß mit der einzigen Ausnahme der Frühbirnen die Erhöhung nicht wesentlich ist. Sie wurden zugestanden, da die heurige Spätobsternte nicht als sehr gut bezeichnet werden kann. Die andauernden Frühjahrsregen haben das Ergebnis ungünstig beeinflußt; aber ganz besonders die Obstschädlinge haben großen Schaden angerichtet, da das Hauptmittel dagegen, der Tabakextrakt, fehlt. Aber die Wiener Bevölkerung würde gewiß froh sein, wenn sie das Spätobst zu den festgesetzten Preisen erhalten könnte. Aber was bis nun geschehen ist, das ist wahrhaft wenig oder besser gesagt, so gut wie nichts. Es wurde nämlich die Zwangstransportbescheinigung für den Obsthandel festgestellt, d. h. die angekauften Obstmengen müssen angezeigt und nebst dieser Anzeige eine Transportbewilligung erteilt werden. Der Sinn dieser Maßregel soll der sein, daß die Behörden bei der Erteilung der Transportbewilligung in der Lage sind, das aufgebrachte Obst entsprechend auf die einzelnen Verbrauchsgebiete zu verteilen.

Diese halbe Maßregel ist so gut wie gar keine. Die Erfahrungen mit dem freien Obsthandel im abgelaufenen Frühjahr haben eines deutlich gezeigt: Es gibt nur ein Mittel, um der Bevölkerung das Obst zuzuführen: Die Beschlagnahme der Obsternte. Höchstpreise allein und der Ansatz zu einer Obstverteilung, der in der Transportbescheinigung liegt, genügen da nicht. Der einzige Unterschied zwischen Frühjahr und Sommer würde nur der sein, daß wir im Frühjahr weder Obst noch Höchstpreise hatten, während wir im Sommer und Herbst zwar Höchstpreise aber kein Obst haben werden. Für den Magen der Verbraucher ist dieser Unterschied gewiß nicht bedeutend. Wir wollen daran erinnern, daß im vorigen Jahre der Vorsitzende der deutschen Reichsstelle für Gemüse und Obst Herr v. Tilly erklärte: Obgleich ich ein Gegner der Beschlagnahme bin, so haben sich die Verhältnisse derart ungünstig entwickelt, daß ich der Frage der Beschlagnahme vielleicht noch näher treten muß. So äußerte sich ein Gegner der Beschlagnahme. Meint man es mit der Bevölkerung wirklich ehrlich, so darf man kein zweitesmal das Obst dem freien Handel ausliefern. Die Zeit drängt und die Beschlagnahme der Obsternte muß durchgeführt werden, bevor das Obst der Bevölkerung entzogen wird.

Es heißt, daß jetzt bei den österreichischen Behörden Verhandlungen über die Beschlagnahme im Zuge sind. Wie und wann werden sie enden?

Arbeiterzeitung
23./VII. 1918

34

Der Wucher mit den Marillen. Seit dem Kriegsausbruch brachte kein Jahr eine so ergiebige Marillenernte wie das heurige. Ueberall sind die Bäume in Massen mit diesen Früchten behangen, die erst jetzt heranreifen. Bisher brachte man aus Südungarn zu uns frühgereifte Marillen, die auf den Märkten für 4·56 Kronen verkauft wurden. Wenn man glaubte, daß diese „ungarischen" Preise schamlose Preistreiberei sind, die sofort zusammenbrechen müsse, wenn die heimischen Marillen auf den Markt kommen, so irrt man sich. Wie mit vielen anderen Waren, haben es unsere heimischen Landwirte gelernt, noch unverschämter zu wuchern als die Ungarn. Gemüse und Obst aus Ungarn ist heute wesentlich billiger als das, was wir unter der Duldung österreichischer Behörden von den österreichischen Rittern von der grünen Fahne beziehen müssen. Die guten Patrioten setzen ihren Stolz darein, zusammen mit ihren sogenannten Feinden des Auslandes, das eigene Volk auszuhungern und zugrunde zu richten. Keiner dieser Wucherer will es sich nachsagen lassen, daß er billiger verkauft als ein anderer. Viele wissen nicht, wie sie auf einmal ihre Marillenerträge verwerten sollen. Sie lassen sie eher zugrunde gehen, ehe sie den Preis ermäßigen. Es gibt jetzt genug Orte um Wien, in denen man für ein Kilogramm Marillen bis zu 8 Kronen verlangt. Auch in Zöbing am Kamp, schreibt uns ein Leser, gibt es Marillen in solcher Fülle, daß die Bäume brechen. Ihre Menge wird auf 80.000 bis 100.000 Kilogramm geschätzt. Kein Bauer will das Kilogramm unter 8 bis 9 Kronen verkaufen. Als die Bezirkshauptmannschaft Krems dafür einen Höchstpreis von 2·40 Kronen für gute und 1·20 Kronen für schlechtere festsetzte, weigerten sich die Bauern, um diesen Preis etwas abzugeben. Seither fanden sich Händler, die 5 bis 6 Kronen für das Kilogramm bieten. Wie hier ist es an vielen Orten. Die Marmeladefabriken für die Bemittelten, wie Meinl und andere, überbieten an vielen Orten Niederösterreichs die Obstpreise. So kauften sie bei Klosterneuburg einen großen Teil des Obstes zusammen, das der Allgemeinheit entgeht und wegen seiner hohen Preise nur noch den Reichen zugänglich sein wird. Was die Behörden da verschuldeten, daß sie angesichts einer riesigen Marillenernte gar keine Höchstpreise bestimmten, wird sich in kurzem zeigen. Jetzt beginnt man diese Erträge einzubringen, die in den nächsten Wochen riesengroß werden dürften. Die Erzeuger von Obst hätten noch immer genug an mäßigen Höchstpreisen. Zum Kriegsbeginn bekamen sie für ein Kilogramm Marillen 20 bis 40 Heller. Heute sind sie mit dem Zehn- bis Dreißigfachen nicht mehr zufrieden. Ein Obstgartenbesitzer, der vor drei Jahren 2000 Kronen einnahm, darf nun auf 30.000 bis 50.000 Kronen Einnahme rechnen. Und solchem schamlosen Ausplündern sehen die Verantwortlichen zu, die für dieses Obst keine Höchstpreise machten, die dazu eingesetzt sind, den Wucher zu bekämpfen. Alles nur für die Agrarier! Dann wundert man sich, wenn dem Volke die Geduld reißt.

Die Zeit Abendbl. 24/VIII. 1918.

Gemüse und Obst.

Die Errichtung der Wiener Uebernahms- und Verteilungsstelle.

Die heutige Wiener Zeitung veröffentlicht den Wortlaut der von uns bereits angekündigten Verordnung betreffend die Regelung des Gemüse- und Obstverkehrs in Wien. Die Verordnung, mit der man hofft, noch in letzter Stunde dem Schleichhandel energisch an den Leib gehen zu können, sieht die Errichtung einer Wiener Gemüse- und Obstübernahms- und Verteilungsstelle unter Aufsicht der Gemüse-Obststelle des Volksernährungsamtes in Form einer gemeinnützigen Gesellschaft m. b. H. vor. Die Verordnung, die am 25. d. in Kraft tritt, bezeichnet als Sitz der neuen Gesellschaft: 1. Bezirk, Bauernmarkt Nr. 22.

Wie bereits im Morgenblatt der „Zeit" mitgeteilt, unterliegen nunmehr alle nach Wien, gleichviel auf welchem Wege, einlangenden Gemüse- und Obstzufuhren, die 50 Kilogramm betragen, der Anzeigepflicht an die neue Stelle, die berechtigt ist, alle einlangenden Sendungen von Frischgemüse und -Obst, ohne Rücksicht auf die Gewichtsmenge, zu übernehmen. Für eine durchgreifende Kontrolle der Zufuhren nach dem Stadtgebiet Wien ist Vorsorge getroffen worden. Anläßlich der strengen Strafbestimmungen wird unter anderem auch hervorgehoben, daß verfallene Waren oder deren Erlös zur Versorgung der Bevölkerung verwendet werden.

Wie einer unserer Mitarbeiter von informierter Seite erfährt, sind die Aufsichtsrats- und Präsidialstellen der neuen Gesellschaft noch nicht besetzt. Man hofft jedoch, daß sich gewisse Schwierigkeiten bald überwinden lassen werden, so daß es in Kürze zur Konstituierung des Vorstandes und des Verwaltungsrates kommen dürfte. Als Präsident des Aufsichtsrates dürfte seitens der Gemeinde, der statutenmäßig die Besetzung dieses Postens zukommt, dem Vernehmen nach Vizebürgermeister Rain delegiert werden.

Reichspost 24/VIII. 1918.

24.
26

Die Geschäfte des Wiener Gemüsekommissärs.

Aus Prag, 23. d., wird uns telegraphiert: In Angelegenheit der Verhaftung des Gemüsekommissärs der Stadt Wien Josef Adametz weilt hier, wie gestern gemeldet, Magistratsoberkommissär Dr. Lawdskron mit einem zweiten Magistratsbeamten, um mit Kommissär Wellner über die der Verhaftung Adametz' zugrunde liegenden Tatsachen Rücksprache zu pflegen. Es wurde festgestellt, daß die Gemeinde Wien durch die Manipulationen ihres Gemüsekommissärs keinerlei Schaden erlitten hat. Adametz hat Transportbescheinigungen auf Gemüse von der Stadt Wien erhalten, diese waren aber bereits ausgestellt, und es konnte kein Mißbrauch damit geschehen. Es wurden nahezu alle Bescheinigungen vorgefunden.

Wie wir meldeten, hat die Gemeinde Wien mit den Gemüseproduzenten Lieferungsverträge abgeschlossen und ihnen auch Karottensamen zur Verfügung gestellt. Nun stellt es sich heraus, daß es nicht Karottensamen war, sondern weiße Rüben. Dieser Samen wurde von einer Firma in Bisenz geliefert. Da nun die Gemeinde Wien den Produzenten für die weißen Rüben den für die Karotten vereinbarten Preis zahlen muß, erleidet sie einen Schaden, der allerdings von der Bisenzer Firma ersetzt werden muß.

Im Laufe der polizeilichen Erhebung wurde auch festgestellt, welche Mißwirtschaft bei der Geos geherrscht haben mag. Denn man fand bei Adametz eine Menge Transportbescheinigungen der Geos, die Radierungen aufwiesen und die wahrscheinlich aus einem Bureau der Geos gestohlen worden waren. Nach Abschluß der Erhebungen wird Adametz dem Strafgericht wegen Betruges eingeliefert werden.

Neue Freie Presse 24./VII.1918.

24.
27

Die neue Wiener „Geos".

Um die nach Wien gelangenden Obst- und Gemüsemengen gleichmäßig und rationell auf die Märkte, die Konsumenten-Organisationen und die Verwertungsbetriebe aufzuteilen sowie um Preisüberschreitungen beim Weiterverkaufe der Ware zu verhindern, wurde eine Verteilungsstelle auf gemeinnütziger Grundlage errichtet, die unter dem Namen „Obst- und Gemüseübernahms- und -verteilungsstelle" ihre Tätigkeit in Wien, 1. Bezirk, Bauernmarkt Nr. 22, aufgenommen hat. Dieser Stelle, die unter der Aufsicht des Amtes für Volksernährung (Gemüse-Obststelle) steht, gehören außer Vertretern des Groß- und Kleinhandels sowie der Verwertungsindustrie auch eine Reihe von größeren Wiener Konsumenten-Organisationen und die Gemeinde Wien an. Der Präsident des Aufsichtsrates wird vom Bürgermeister der Stadt Wien nominiert. Mit einer morgen im Reichsgesetzblatte zur Verlautbarung gelangenden Verordnung des Amtes für Volksernährung wurde zugunsten dieser Stelle die Anzeigepflicht hinsichtlich der nach Wien eingebrachten Sendungen von frischem Obst und Gemüse eingeführt und der Uebernahms- und Verteilungsstelle das Recht der Uebernahme dieser Sendungen eingeräumt. Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht auf Gewichtsmengen unter 50 Kilogramm. Für eine Kontrolle der mit Bahn, Schiff oder Straßenfuhrwerk nach Wien gelangenden Obst- und Gemüsesendungen ist vorgesorgt.

Berliner Lokalanzeiger 26/VII. 1918

28

Die Obstbelieferung von Groß-Berlin.

Der Magistrat Berlin fühlt sich veranlaßt, gewissen Angriffen gegenüber, die aus der Reichsstelle für Gemüse und Obst gegen die Gemeinden Groß-Berlins gerichtet worden sind, eine Flucht in die Oeffentlichkeit zu nehmen und weist auf folgende Zahlen hin:

Es sind in den Wochen vom 3. Juni bis 26. Juli 1918 nach Groß-Berlin eingeführt worden: An Werderschem Obst 72 635 Zentner, durch waggonweise Zuführen an die Gemeinden Groß-Berlins 20 000 Zentner. Es haben also pro Tag für eine Bevölkerung von mehr als 3½ Millionen rund 1850 Zentner zur Verfügung gestanden, d. h. pro Kopf der Bevölkerung der zwanzigste Teil eines Pfundes. Bemerkt sei, daß die Gemeinden Groß-Berlins bisher nur das aus bewirtschafteten Gebieten ihnen zugewiesene oder von ihnen eingekaufte Obst zur Verteilung bringen konnten. Wenn von der Beschickung mit Kirschen aus nicht bewirtschafteten Obstgebieten, insbesondere von Schlesien gesprochen wird, so ist eine solche Angabe geeignet, verwirrend zu wirken. Denn bis vor ganz kurzer Zeit war den Kommunen Groß-Berlins, trotzdem sie schon im vorigen Jahre bei den maßgeblichen Behörden dahin vorstellig geworden waren, nicht möglich, diese freien Eingänge, welche durch Großhändler nach Berlin hereingebracht werden, überhaupt zahlenmäßig zu kontrollieren, geschweige denn zu beschlagnahmen. Sachlich unzutreffend ist die Behauptung, daß die Ueberwachung des Obstverkehrs vom Eintreffen der Ware in Berlin auf seinem Wege bis zum Kleinhändler und eine sorgfältige Kontrolle des Kleinhandels seither gefehlt hat, oder daß diese Kontrolle nicht scharf genug sei. Es werden nicht 5000 Kleinhandelsgeschäfte, sondern von diesen täglich nur höchstens 300 Kleinhandelsgeschäfte der Stadt Berlin beliefert, die in Berlin der ständigen Kontrolle einer großen Anzahl von städtischen Revisoren im Verein mit Hausfrauen vom Empfange bis zum Verkauf der Ware unterliegen. Bisher sind an Kleinhandelsgeschäften etwa 62 von der Belieferung ausgeschlossen, 75 verwarnt. Daß eine so geringe Menge Obst, wie die oben ziffernmäßig angegeben, bei einer derart gewaltigen Bevölkerungsmasse für den größten Teil der einzelnen Bewohner beim Kleinverkauf verschwindet, kann nicht verwunderlich sein.

Berliner Lokalanzeiger 25/VII. 1918

Herbstgemüse und Obst unter Zwangsbewirtschaftung.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat ihre Vorbereitungen für die Bewirtschaftung des Herbstgemüses und Obstes getroffen und in einer Besprechung, die ihr Leiter, Oberregierungsrat v. Tilly, mit Vertretern der Presse heute vormittag hatte, darüber Mitteilung gemacht. Vorweg sei festgestellt, daß die Reichsstelle auch für den Herbst das Zwangsbewirtschaftungssystem aufgestellt hat; das ist unumgänglich notwendig, um wenigstens die Marmeladenfabrikation für die Zivilbevölkerung absolut sicherzustellen. Trotz aller Angriffe glaubt Ober-Reg.-Rat v. Tilly an der zwangsweisen Erfassung der Ernte festhalten zu müssen. Die Lieferungsverträge haben sich nach seiner Darstellung bewährt, und selbst Berlin hat auf Grund dieser Lieferungsverträge vier- bis fünfmal so viel Gemüse gebunden, als es vordem der Fall gewesen ist. Die zwangsweise Erfassung der Ernte sei schon deshalb notwendig gewesen, weil die ganz exorbitant hohen Ueberbietungen der Pachten zu den unhaltbarsten Zuständen hatten führen müssen. Die Reichsstelle hat solche Pachtverträge, die bis zu 60 000 Mark und mehr für Alleen brachten, die sonst mit 3- bis 4000 M. bezahlt wurden, für nichtig erklärt. Von diesen Annullierungen werden auch große kriegswichtige Betriebe, Kommunen und selbstverständlich alle Privatpersonen, die die Ernte zu Spekulationszwecken aufkauften, betroffen. Freilich werden die Erzeuger, die zu Phantasiepreisen verpachtet haben, Sturm gegen die Nichtigkeitserklärungen laufen, und auch die Unternehmer, die die fabelhaft hohen Pachtverträge abgeschlossen hatten, dürften mit der Entwicklung der Dinge nicht zufrieden sein. Im Einzelnen stellen sich die Verhältnisse ungefähr so:

1. Herbstgemüse: Die Kommunalverbände und Großverbraucher haben sich in umfangreicher Weise durch den Abschluß von Lieferungsverträgen die regelmäßige Zufuhr von Herbstgemüse gesichert. 1917 wurden 60 000 Lieferungsverträge über 380 000 Morgen Gemüse abgeschlossen, worunter sich 20 000 Verträge über 140 000 Morgen Kohlrüben befanden. In diesem Jahre sind außer über Kohlrüben bereits jetzt 90 000 Verträge über 520 000 Morgen Gemüse zustande gekommen. Weit mehr als das Doppelte an Gemüse ist noch durch Lieferungsverträge gebunden. Es bleibt also verhältnismäßig nur wenig vertragsfreies Gemüse übrig. Dieses Gemüse ist unerläßlich, um den in außerordentlicher Weise gestiegenen Bedarf des Heeres und der Marine an Erzeugnissen aus Gemüse zu befriedigen. Ferner soll es dazu dienen, daß im Falle von Notständen hilfreich eingegriffen werden kann. Für die zwangsweise Erfassung des gesamten durch Lieferungsverträge nicht gebundenen Gemüses spricht auch die Erwägung, daß nach den gemachten Erfahrungen nur auf diese Weise die restlose Erfüllung aller Lieferungsverträge gesichert werden kann.

2. Herbstobst: Die diesjährige Herbstobsternte wird nicht günstig sein. Die noch im verflossenen Jahre ziemlich erheblichen Zufuhren aus dem Auslande werden zudem voraussichtlich fast ganz in Fortfall kommen. Bei dieser Sachlage wird es wahrscheinlich notwendig sein, das gesamte inländische Obst, soweit es nicht den Charakter von Edelobst hat, der Marmeladenindustrie zuzuführen.

3. Danach beabsichtigt die Reichsstelle, das gesamte lieferungsvertragsfreie Herbstgemüse und Herbstobst einer Absatzbeschränkung zu unterwerfen. Doch darf jeder Erzeuger in seinem Haushalte verwenden und in seinem Betriebe verarbeiten, was er will. Geht der Erzeuger aber dazu über, Herbstgemüse oder Herbstobst abzusetzen — entgeltlich oder unentgeltlich — so bedarf es hierfür der Genehmigung. Einer Genehmigung bedarf es nicht, wenn der Erzeuger unmittelbar an den Verbraucher nicht mehr als 5 Kilogramm Gemüse (bei Zwiebeln 1 Kilogramm) oder nicht mehr als 1 Kilogramm Obst veräußert.

Es ist möglich, daß die großen Gemeinden — also auch Berlin — zu einer teilweisen Rationierung des Herbstgemüses und Obstes übergehen werden, und zwar in der Weise, daß zeitweise auf die Lebensmittelkarten nur ein bestimmtes Quantum zur Ausgabe kommt.

Neues Pester Journal 30

28/VIII. 1918

Neue Maximalpreise für Grünzeug, Gemüse und Obst.

Preisliste für August.

Der leitende Ausschuß für den Grünzeug-, Gemüse- und Obstverkehr hat folgende neue Höchstpreise festgesetzt, die für Produzenten vom 30. d. bis einschließlich 13. August d. J. und für den Handel vom 1. August bis einschließlich 15. August d. J. gelten:

Produkt:	Preis per 100 Kgr. in Kronen beim Produzenten	beim Großhändler	Preis per Kgr. in Hellern beim Kleinhändler
Mairüben, gereinigt	50	65	80
Kohl und Krauskohl	60	88	112
Kohlrüben	60	88	112
Sommerkraut	80	110	138
Gelbe Rüben, Petersilie und Pastinaks mit Blättern	70	104	124
detto 1 Bündel 5—10 Stück, zumindest 25 Deka	—	—	32
Grüne Paprika zum Füllen 100 Stück	10	13	1 St. 16
„ „ spitzig, scharf 100 Stück	4	5	1 St. 6
Zwiebel ohne Stengel (Der Großhandelpreis für Zwiebel ist ohne Sackpreis kalkuliert; der Selbstkostenpreis der Säcke kann zu dem Großhandelpreis hinzugeschlagen werden.)	90	117	148
Großer brauner, Sommer-, weißer u. schwarzer Rettig 100 Stück nach Größe	6—10	8—12	1 St. 10—14
Häuptelsalat, 100 Stück	8	12	1 St. 16
Bund- u. Kräuselsalat nach Gewicht	40	58	70
Spinat und Sauerampfer	40	66	80
Kren	170	210	250
Grüne Erbsen in Schoten	110	154	184
ausgelöst	—	—	360
„	—	1 Liter	220
Butter- u. Wachsbohnen	180	230	270
Kürbis	40	60	76
		gehechelt	130
Gurken	70	96	116
Paradeis	90	138	162
Maiskolben 100 Stück	14	18	1 St. 22
Marillen Ia	180	240	280
Marillen IIa	120	170	200
Sommerpflaumen (rot und andere Sorten	70	110	134
Reineclauden und andere Pflaumensorten	150	210	250
Pfirsiche, edle, besonders große	400	505	600
detto Ia	240	320	380
detto IIa	140	200	240
Erdbeeren (Wald- und Gartenfrucht)	240	320	360
Himbeeren (Wald- und Gartenfrucht)	240	320	360
Sommeräpfel, für Strudel	150	210	250
detto gewöhnliche	120	170	200
Sommerbirnen Ia	200	260	300
detto IIa	160	210	250
Nüsse (ohne Sack):			
in der Provinz	350	440	520
in Budapest	—	460	550
Nußkerne	1500	1650	1770

Tägliche Rundschau 20./VII. 1918.

* **Die Preise für Pfirsiche** bewegen sich zurzeit in Berlin innerhalb der Grenzen 3,80 bis 5 M. für ein Pfund, d. i. ungefähr der fünffache Betrag des Friedenspreises. Der Höchstpreisfestsetzung sind Pfirsiche nicht unterworfen worden, weil sie für die Volksernährung nicht so in Betracht kommen wie etwa Kirschen, Aepfel, Birnen, Pflaumen usw. Der Pfirsich ist eine in der feinen Küche sehr geschätzte Frucht; nichtsdestoweniger muß festgestellt werden, daß die jetzigen Pfirsichpreise sehr stark übertrieben sind, um so mehr da infolge des vielen Regens und der mangelnden Sonne der Geschmack der Pfirsiche manches zu wünschen übrig läßt. Im übrigen fällt aber auch die Ernte so reichlich aus, daß die Preise, wie sie jetzt bestehen, völlig unverständlich sind. Bewahrt das Publikum einige Zurückhaltung beim Einkauf, so werden die Pfirsiche baldigst erheblich billiger werden, schon deshalb, weil sie der Gefahr eines schnellen Verderbens ausgesetzt sind.

Tägliche Rundschau 29/VIII. 1918

Neue Höchstpreise für Aepfel und Birnen.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung, hat Erzeugerhöchstpreise für Aepfel, Birnen und Zwetschen veröffentlicht. Diese betragen je Pfund für Tafeläpfel und Tafelbirnen 35 Pf., für Wirtschaftsäpfel und Wirtschaftsbirnen, zu denen auch das Schüttel-, Most- und Fallobst gehört, 15 Pf., für Zwetschen, Hauspflaumen, Hauszwetschen, Muspflaumen, Bauernpflaumen, Thüringer Pflaumen, mit Ausnahme der Brennzwetschen, 20 Pf., für Brennzwetschen 10 Pf. Für Tafeläpfel und Tafelbirnen sind vom 15. Oktober ab Aufbewahrungszuschläge als Ersatz für Schwund vorgesehen. Die Preise für Aepfel und Birnen mußten gegenüber den ursprünglichen Absichten der Reichsstelle erhöht werden, weil die Apfelernte in weiten Gebieten des Deutschen Reiches wenig günstig beurteilt wird und die Birnenernte durchweg schlecht ausfällt. Um die deutsche Edelobstzucht zu schützen, bleiben vollkommen ausgebildete, fehlerfreie, den besten Sorten angehörende Aepfel und Birnen bestimmter Größe (Edelobst) von den Höchstpreisen ausgenommen. Sie dürfen aber nur an die von der Reichsstelle ermächtigten amtlichen Stellen veräußert werden und kommen ausschließlich durch behördlich überwachte Verkaufsstellen an die Verbraucher, so daß jeder Uebervorteilung der Verbraucher vorgebeugt ist. — Was nutzt aber die Erhöhung der Höchstpreise, wenn es doch kein Obst gibt. Wird schon vorher eine ungünstige Aepfel- und Birnenernte angekündigt, dann sind die Aussichten, Ware zum Höchstpreise zu erlangen, sehr zweifelhaft.

Tägliche Rundschau 29./VII.1918.

33

Das Herbstgemüse.

In landwirtschaftlichen Kreisen herrscht die Meinung, daß wir in naher Zeit mit einer Uebererzeugung an Gemüsen zu rechnen haben. Abgesehen davon, daß die Witterungsverhältnisse das Wachstum aller Art von Gemüsen, mit Ausnahme etwa der Gurken außerordentlich gefördert haben, sind in diesem Jahre die Anbauflächen für Gemüse stark vermehrt worden. Auch Großgrundbesitzer haben sich in erheblichem Umfange dem Gemüseanbau zugewandt, angeregt teilweise durch Lieferungsverträge, die sie mit Gemeinden abgeschlossen haben, so dann aber auch infolge der vorzüglichen materiellen Gewinne, die ihre Berufsgenossen schon in den letzten Kriegsjahren mit dem Gemüseanbau erzielt haben. Damit die Kohlsorten aufbewahrungsfähig werden, bedürfen sie jetzt baldigst der Sonne zur Kopfbildung. Erfüllen sich die auf die Witterung gesetzten Hoffnungen, so sind alle Besorgnisse wegen der Gemüseversorgung im Winter geschwunden; man „befürchtet" in den am Gemüsebau zunächst beteiligten Kreisen sogar infolge der Uebererzeugung einen Preissturz, der manche Hoffnungen zu Grabe tragen würde. Die Reichsstelle für Obst und Gemüse hat sich bekanntlich kürzlich schon veranlaßt gesehen, die anfänglich reichlich bemessenen Preise für Gemüse herabzusetzen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Ernte recht ergiebig ausfalle. Unter den obwaltenden Umständen erscheint es nicht ausgeschlossen, daß man zum Herbst hin die Gemüsehöchstpreise außer Kraft setzt oder die natürliche Entwicklung dahin drängt — ähnlich wie wir es beim Spargel erlebt haben —, daß die Höchstpreise nicht mehr als Normalpreise angesehen, sondern unterschritten werden.

Gleichwie die Gemüse- scheint auch die Kartoffelernte ganz vorzüglich auszufallen. Wenigstens sind uns aus der Mark Brandenburg und angrenzenden Bezirken Mitteilungen zugegangen des Inhalts, daß die Kartoffelernte zu den besten Hoffnungen berechtige. Ein Großgrundbesitzer teilt mit, daß er sein Brennereikontingent voll auszunutzen beabsichtige. In Betracht kommt hierbei natürlich die Spätkartoffelernte, wogegen die Frühkartoffeln bekanntlich durch den Frost im Mai gelitten hatten. Es muß in dieser Zeit mit Genugtuung begrüßt werden, daß die Kartoffelernte so aussichtsreich ist; hoffen wir, daß das Erntewetter, das für die Haltbarkeit und Aufbewahrungsfähigkeit der überaus wichtigen Knollenfrucht von maßgebender Bedeutung ist, möglichst trocken wird.

*

Um eine gleichmäßige Versorgung der Bürgerschaft Groß-Berlins mit den haltbaren Sorten des Gemüses zu gewährleisten, ist eine teilweise Rationierung des Herbstgemüses in Aussicht genommen worden. Wie weit diese gehen wird, steht noch nicht fest, doch wird sie die haltbaren Rüben- und Kohlsorten umfassen, derart, daß es jedem Haushalt möglich sein wird, einen Wintervorrat anzulegen. Eine entsprechende Menge werden die Gemeinden selbst einmieten, so daß im Januar oder Februar noch einmal eine rationierte Zuteilung durchgeführt werden kann.

Auch für das Dauerobst ist eine teilweise Rationierung in Aussicht genommen worden, deren Umfang von dem Ausfall der Apfel- und Birnenernte abhängt, der nicht günstig beurteilt wird.

Neues Wiener Tagblatt
30./VII. 1918

34

Gegen die Verfälschung des Paprikas.

Budapest, 29. Juli. (Privattelegramm.) Der Regierung ist es gelungen, die Paprikafälschungen, die in großem Maßstab in Ungarn verübt werden, durch die Errichtung einer Versuchsstation in Kalocsa, mit deren Attest die Paprikapäckchen in Hinkunft versehen sein müssen, zu unterbinden. Da heuer ein siebenmal so großes Gebiet wie im Vorjahre für die Paprikapflanzungen verwendet wurde, wird die Ernte 350 Waggons ergeben, wovon 100 Waggons zu Exportzwecken ins Ausland gelangen.

* *

Arbeiterzeitung
31./VII. 1918

35

Obst- und Gemüsepreise. Wenn man die Märkte ansieht, kann man nicht glauben, daß wir heuer in den Winter hinein Gemüsevorräte bekommen sollen, weil in den Wochen des üppigsten Gedeihens andauernd Knappheit in solchen Grünwaren herrscht, die sonst immer in Mengen vorhanden waren, wie Kohl, Kohlrüben, Frühkraut, Bohnen, Erbsen, Spinat, Salat. In der Voraussetzung, daß uns der Handel mit allem reichlich zu versorgen vermag, wenn man ihm weder im Verkehr noch in den Preisen Beschränkungen auferlegt, sah man von einer Organisation der Gemüseversorgung ab. Die Folgen zeigen sich in unverschämtem Wucher und im Verschleppen der Gemüse an den Zahlungsfähigsten. Auch mit dem Obst wiederholt sich jetzt dasselbe. Wer jetzt in die Umgebung von Wien hinausgeht, sieht erstaunt, wie sich die Bäume unter der Last von Marillen biegen. In der Wachau ist eine Riesenernte zu erwarten. Doch auch da gibt niemand das Kilogramm unter vier Kronen ab. Einzelne Gemeinden schufen da Obstverwertungsstellen, um zu verhindern, daß die Preise gedrückt werden. Im Frieden würde man den Segen an Marillen kaum zu verwerten gewußt haben. Ein Kilogramm wäre kaum über 40 Heller gekommen. Heuer findet alles selbst um Wucherpreise Abnehmer. Man verlangt um Wien herum für ein Kilogramm dieser Früchte bis zu sieben Kronen und es gibt Narren, die das bezahlen. Alle jene, die sich mitschuldig machten, daß keine mäßigen, Höchstpreise für dieses Obst festgesetzt wurden, verdienen die schwerste Bestrafung für die Schädigung der Unbemittelten, deren Kinder selbst in diesem Ueberfluß nicht in die Lage kommen, eine Marille genießen zu können. Wie man in Deutschland dem Wucher entgegentritt, zeigen die Höchstpreise für Gemüse und Obst, die in Hamburg und an anderen Orten erlassen wurden. Im Kleinhandel kostet dort ein Kilogramm in Heller nach dem Friedenskurs umgerechnet: Spinat 1·20, Erbsen 1·30, grüne Bohnen 1·68 und Karotten 1·08 Kronen, Kohlrabi 84, Frühzwiebeln 72 und Kohl und Kraut 74 Heller, Kirschen und Weichseln 1·40 bis 2, Johannis- und Stachelbeeren 1·68, Heidelbeeren 2, Pflaumen 1·20 und Frühäpfel und Birnen 1·20 bis 1·30 Kronen. Gegenüber den Preisen aus den vorausgegangenen Jahren sind auch diese außerordentlich hoch. Was bedeuten sie jedoch gegenüber denen, die uns heuer für Gemüse und Obst abgepreßt werden. Alles ist bei uns trostlos verfahren. Ob viel oder wenig Obst da ist, das ist gleichgültig. Immer höher geht der Wucher. Da hat man zum Kriegsbeginn eine schöne Verordnung gegen die Preistreiberei hinausgegeben, da hat der Oberste Gerichtshof entschieden, daß die Gestehungskosten für die Ermittlung der Preise maßgebend sind, und unter den Augen der Behörden werden diese Verordnungen von allen, auch von denen mißachtet, die sie zu schützen hätten.

Arbeiterzeitung
2./VIII. 1918

36

Lebensmittel, die man verderben läßt. Der himmelschreiende Skandal, daß man in der Zeit der ärgsten Lebensmittelnot ganze Waggonladungen von Nahrungsmitteln dem Verderben preisgibt, nimmt noch immer kein Ende. Wie uns mitgeteilt wird, sind gestern im Ostbahnhof zwei Waggons mit Pflaumen entladen worden, die sich in vollkommen verdorbenem Zustand befanden. Das ist natürlich kein Wunder, wenn man bedenkt, daß die beiden Waggons seit dem 26. Juli im Ostbahnhof standen, ohne daß man sich um die Ausladung kümmerte. Ganz dasselbe geschah mit einem Waggon Paradeiser, die seit dem 25. Juli im Frachtenbahnhof standen und die, als man sie endlich gestern entleerte, gleichfalls verfault waren. Ein Waggon mit Kürbissen steht ebenfalls seit dem 27. Juli auf dem Geleise und die Früchte fangen bereits an, „pampstig" zu werden, so daß sie, wenn die Ausladung nicht rasch erfolgt, gleichfalls kaum mehr zu gebrauchen sein dürften. Auch bei mehreren anderen Sendungen ereignete sich die Schlamperei, daß die Waggons sechs bis sieben Tage im Frachtenbahnhof stehen blieben, ehe die Ausladung der verschiedenen Obst- und Gemüsesorten erfolgt ist. Da die Sendungen zum größeren Teile an die Ungarische Lebensmittelgesellschaft in Wien gerichtet waren, ein kleinerer Teil davon aber für die Obst- und Gemüsestelle bestimmt war, muß man wohl fragen, wie es diese beiden Stellen rechtfertigen können, daß Sendungen mit leichtverderblichen Obst- und Gemüsesorten fast eine Woche auf der Bahn stehen bleiben, ohne ausgeladen zu werden. Daß unter solchen Umständen und in der heißen Jahreszeit das Verderben unvermeidlich ist, wird man wohl doch begreifen. Daß das aber in einer Zeit geschieht, wo sich die hungrige Bevölkerung auf den Märkten stundenlang um Obst und Gemüse anstellen muß, ist einfach ein Skandal, dem das Ernährungsamt schon längst hätte ein Ende machen müssen.

Frankfurter Zeitung
3./VIII. 1918

3
37

Bucheckern.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat die Bundesregierungen verpflichtet, Vorschriften über das Sammeln von Bucheckern, deren Ernte nach Meinung Sachverständiger reichen Ertrag verspricht, zu erlassen. Für das Kilogramm Bucheckern werden 1.70 bis 1.80 Mark bezahlt. Die Ablieferer können auch die Erlaubnis verlangen, aus den gesammelten Bucheckern für sich selber Oel herstellen zu dürfen oder statt dessen eine bestimmte Menge Speiseöl beziehen. Für die Eigenöl-Schlägerei werden nur bestimmte Mühlen zugelassen.

Tägliche Rundschau
4./VIII. 1918

Sammelt Bucheckern!

Wie bereits in Nr. 386 („Der deutsche Oelbaum") mitgeteilt wurde, ist es möglich, aus den Bucheckern, die in diesem Jahr eine außerordentlich reiche Ernte versprechen, ein feines Speiseöl zu gewinnen. Es ist daher angesichts der Schwierigkeiten unserer Fettversorgung im höchsten Maße erwünscht, einen möglichst großen Teil der Bucheckernernte zur Herstellung von Speiseöl zu gewinnen. Zur Förderung dieses Zwecks hat der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts durch eine im „Reichsgesetzblatt" Nr. 104 veröffentlichte Verordnung die Bundesregierungen verpflichtet, Vorschriften über das Sammeln von Bucheckern zu treffen. Insbesondere werden Sammelstellen errichtet werden, bei denen die Bucheckern gegen eine Entschädigung abgegeben werden können. Um einen möglichsten Anreiz zum Sammeln und Abliefern von Bucheckern zu schaffen, werden die Sammelstellen einen Preis bezahlen, der zwischen 1,70 M. und 1,80 M. für das Kilogramm liegen dürfte; das Nähere wird seitens der Landes-Zentralbehörden bekanntgegeben werden. Als weiterer Anreiz für die Ablieferung gesammelter Bucheckern ist die den Ablieferern zu erteilende Erlaubnis vorgesehen, aus den von ihnen gesammelten Bucheckern bis zur Höhe der von ihnen abgelieferten Menge selbst Oel herstellen zu lassen, zu welchem Zwecke ihnen ein Schlagschein ausgehändigt werden wird. Soweit die Ablieferer fertiges Oel beziehen wollen, sind sie berechtigt, statt des Schlagscheins Speiseöl in einer bestimmten Menge zu verlangen.

Um eine mißbräuchliche Ausnutzung der Bucheckernernte zu verhindern und eine gewisse Gewähr zu schaffen, daß es nicht zu einem Schleichhandel mit Bucheckernöl kommt, ist das Schlagen von Oel nur in den vom Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette zugelassenen Oelmühlen gestattet. Ferner ist jede anderweite Verarbeitung von Bucheckern, soweit sie gewerbsmäßig erfolgt, verboten. Es ist zu hoffen, daß der für die Bucheckern ausgesetzte Preis und die Möglichkeit, für den eigenen Haushalt Oel zu gewinnen, einen Ansporn für weite Kreise bilden werden, sich in möglichst großem Umfange an der Sammlung zu beteiligen und die gesammelten Mengen den Sammelstellen zuzuführen; dann wird zugleich eine erhebliche Menge von Oel der Allgemeinheit zugute kommen.

Hamburger Fremdenblatt
4./VIII. 1918
39

Bekanntmachung
über
Richtpreise für Gemüse.

Die Preisprüfungsstelle erachtet ab Montag, den 5. August 1918, folgende Preise für Gemüse mit der Maßgabe als angemessen, daß die Forderung höherer Preise die Einleitung eines Strafverfahrens wegen übermäßiger Preissteigerung nach sich zieht:

	Großhandelspreis für den Absatz an Wiederverkäufer:	Kleinhandelspreis für den Absatz an Verbraucher:
Junger Sauerampfer . .	M. —.26 f. d. Pfd.	M. —.35 f. d. Pfd.
Ausländische Möhren ohne Kraut	M. —.17 „ „	M. —.22 „ „
Treibhausgurken, beste größte Ware	M. —.43 f. d. Stck.	M. —.55 f. d. Stck.
Blumenkohl, je nach Beschaffenheit mit der Maßgabe, daß der als Höchstgrenze festgesetzte Richtpreis nur für große, feste Köpfe (allerbeste Ware) zu verstehen ist	M. —.50 bis 1.10 für den Kopf	M. —.60 bis 1.40 für den Kopf
Ausländische Tomaten . .	M. 1.10 f. d. Pfd.	M. 1.30 f. d. Pfd.
Grüner Kopfsalat	M. 0.20 „ „	M. 0.30 „ „
Ausländ. grüne Bohnen (Schneide- u. Brechbohn.) bis 7. August einschließlich	M. 0.52 „ „	M. 0.65 „ „
vom 8. August bis auf weiteres	M. 0.47 „ „	M. 0.60 „ „
Steinpilze, ungeschält . .	M. 0.80 „ „	M. 1.20 „ „
„ geschält u. kleine geschlossene Köpfe sowie Pfifferlinge	M. 1.10 „ „	M. 1.50 „ „

Hamburg, den 3. August 1918.

Die Preisprüfungsstelle.

Neues Wiener Tagblatt
4. VIII. 1918

60

Kriegs- und Schulgemüsegärten.

In der letzten Stadtratssitzung berichtete Stadtrat Schwer über die neuerliche Gewährung von Prämien für Kriegsgemüsegärtner und bemerkte, daß auch im heurigen Jahre eine Vermehrung der Anzahl dieser Prämien notwendig sei. Die Kriegsgemüsegartenaktion hat bereits eine derartige Ausdehnung gewonnen, daß es tunlich erscheint, den Fleiß und Eifer dieser Kleinbebauer durch eine öffentliche Anerkennung zu belohnen. Die Fläche, welche heute durch die Kriegsgemüsegärtner bewirtschaftet wird, beträgt mindestens 2,250,000 Quadratmeter, die Zahl der Kriegsgemüsegärtner ist von 5300 im Jahre 1917 auf 9000 gestiegen. Da außerdem an Militärgärten für rund 20,000 Mann Anbauland zugewiesen wurde, kann die Kopfzahl der durch die Kriegsgemüsegärten mit Gemüse Verpflegten mit 70,000 angenommen werden. Hiezu kommen noch etwa 12,000 Schulkinder, welche sich heute unter der Leitung ihrer Lehrkräfte ganz besonders eifrig dem Anbau widmen. Zu bemerken ist ferner, daß heuer mit Rücksicht auf die große Anzahl der Bewerber nicht ausnahmslos vorzüglicher Anbaugrund zugewiesen werden konnte, sondern auch weniger geeignete Flächen zu Anbauzwecken herangezogen werden mußten, und es ist ganz erstaunlich, welch vorzügliche Ernte auch auf solchen Flächen zu erwarten steht, dank dem überaus ausdauernden Fleiße und Eifer der Bebauer. Aus all diesen Gründen beantragt der Referent die Erhöhung der Prämien auf 700 (580 an Kriegsgemüsegärtner, 120 an Schulen), welcher Antrag genehmigt wurde.

Tägliche Rundschau
5./VIII. 1918

5
61

* **Kein einheitlicher Höchstpreis für Edelobst.** In den letzten Jahren war die Versorgung mit Edel- und besserem Tafelobst dadurch erschwert oder gar unmöglich gemacht, daß für das beste Obst dieselben Höchstpreise wie für geringeres Obst festgesetzt waren. In diesem Jahre hat die Reichsstelle für Gemüse und Obst für Edelobst (Aepfel und Birnen) keine einheitlichen Höchstpreise festgesetzt. Für Edelobst darf dem Erzeuger durch die Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst ein nach der Güte und Verwertbarkeit des Obstes zu bemessender höherer Preis als 35 Pf. (den Höchstpreis für Tafelobst) je Pfund, in besonderen Ausnahmefällen bis zu 1 Mk. das Pfund gewährt werden. Als Edelobst kommt ausschließlich allerfeinstes, schon bisher in Stückfrüchten gehandeltes Obst in Betracht, das vollkommen ausgebildet, ohne Schönheitsfehler und ohne Beschädigungen sein, den anerkannt besten Sorten angehören, das für die betreffende Sorte gültige Mindestgewicht aufweisen und beim Versand so sorgfältig verpackt sein muß, daß eine gute Ankunft gewährleistet wird. Infolge der schlechten Aepfel- und Birnenernte dieses Jahres ist der Erzeugerhöchstpreis für Tafeläpfel und -birnen von dem ursprünglich in Aussicht genommenen Preis von 28 Pf. auf 35 Pf. erhöht worden. Der Erzeugerhöchstpreis für Wirtschaftsobst (Schüttel-, Fall- und Mostobst) beträgt 15 Pf.

Frankfurter Zeitung
5./VIII.1918

42

Zur Frankfurter Obstversorgung.

Von Regierungsrat Otto Goldschmidt,
Abteilungsleiter bei der Reichsstelle für Gemüse und Obst (Berlin).

Die Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung hat sich kürzlich eingehend mit der mangelhaften Obstversorgung beschäftigt. Die nachfolgende Darstellung der scharf umgrenzten Wirksamkeit der Reichsstelle für Gemüse und Obst auf dem Gebiete der städtischen Obstversorgung ist aus diesem Anlasse wohl gerechtfertigt.

Wegen der leichten Verderblichkeit des Frühobstes hat die Reichsstelle von seiner Bewirtschaftung im allgemeinen abgesehen. Sie hat sich, im Einverständnis mit den Vertretern der Erzeuger- und der Verbraucherinteressen, damit begnügt, Absatzbeschränkungen für Frühobst in denjenigen Landesteilen zu genehmigen, die aus ihren Ueberschüssen benachbarte oder günstig gelegene große Verbraucherzentren zu versorgen haben. Auch für Baden, Hessen und einige rheinische Kreise sind im Interesse von Frankfurt a. M. und Köln derartige Anordnungen im Mai des Jahres erlassen worden. Die Verteilung der zur Ausfuhr in die bedürftigen Großstädte bestimmten Ueberschußmengen geschieht schlüsselmäßig nach den von der Reichsstelle vorgezeichneten Richtlinien. Da bei jeder Obstgattung sich frühestens beim Beginn der Ernte und auch dann noch nicht mit Bestimmtheit sagen läßt, wieviel tatsächlich aus dem Erzeugergebiet ausgeführt werden, welche Mengen also die bedürftigen Großstädte erhalten können, so hat der Schlüssel nur verhältnismäßige, nicht absolute Bedeutung: nicht eine bestimmte Anzahl von Wagenladungen wird also seitens der hessischen Landesobststelle für Frankfurt a. M. bestimmt, sondern ein gewisser Prozentsatz der als Ueberschuß zur Verfügung stehenden Obstmengen. Nun sind die großen mitteldeutschen Verbraucherzentren jedoch keineswegs auf die ganz oder teilweise in ihrem Interesse bewirtschafteten Gebiete angewiesen. Vielmehr stand es ihnen frei, in dem größten Teile Mitteldeutschlands und in ganz Norddeutschland mit Ausnahme kleiner Bezirke sich durch ihre Beauftragten mit Frühobst zu versorgen, soweit diese Gebiete günstig lagen und eine entsprechende Ernte aufwiesen. Nur an die geltenden Preisschranken waren die beauftragten Aufkäufer gebunden.

Nicht theoretisch weltfremde Erwägungen, sondern die Erfahrungen des Vorjahres und eingehende Beratungen mit Praktikern aus den verschiedensten Kreisen haben die Reichsstelle veranlaßt, sobald sich die Ernte für die einzelnen Obstgattungen übersehen ließ, Höchstpreise festzusetzen. Wohin es führt, wenn Höchstpreise fehlen, haben der Reichsstelle die geradezu unsinnigen Preisentwicklungen auf den Obstmärkten in Belgien, in Ungarn, in der Türkei, in der Ukraine, in Dänemark und neuerdings in Oesterreich gezeigt. Das Walten des freien Handels treibt selbst in reichen Ueberschußgebieten die Preise derart in die Höhe, daß die breiten Volksmassen ohne weiteres vom Ankauf von Frühobst ausgeschlossen sind. Besonders bezeichnend ist aber, daß die Kirschen und Erdbeeren, deren Preis in den Läden von Brüssel und Budapest, von Konstantinopel und Kiew, von Kopenhagen und Wien zwischen 4 und 8 Mark für das Pfund schwankt, dort immer nur kurze Zeit sogar zu diesen märchenhaften Preisen zu sehen sind. Dann verschwinden sie spurlos, wie in den Boden hinein: die gesamte Ware ist aufgekauft von den kapitalkräftigsten Großverbrauchern, regelmäßig den gewerblichen Großunternehmungen, die als Sieger aus dem heftigen Kampfe aller gegen alle hervorgegangen sind! Derartige Zustände den deutschen Landen zu ersparen, hielt die Reichsstelle für ihre Pflicht.

Bei der Aufstellung der Höchstpreise ist sie nun in dem Falle der Stadt Frankfurt folgendermaßen vorgegangen: Zunächst sind einheitliche Richtpreise für Frühobst der verschiedenen Gattungen festgesetzt worden. Diese Richtpreise konnten auf Antrag der örtlichen Preiskommission umgeändert werden. Die gemeinsame Preiskommission für das Großherzogtum Hessen und den Regierungsbezirk Wiesbaden hat jedoch auf eine Abänderung der von der Reichsstelle normierten Richtpreise im wesentlichen verzichtet. Soweit es die Rücksicht auf die Verhältnisse der Nachbarbezirke zuließ, hat die Reichsstelle einzelnen später geäußerten Wünschen nach Erhöhung der Preise stets Rechnung getragen. Die Vereinigung des Großherzogtums Hessen und des Regierungsbezirks Wiesbaden in einer gemeinsamen Preiskommission für Gemüse und Obst hat die Reichsstelle im Einvernehmen mit den Beteiligten und auf deren Antrag vorgenommen, gerade um die Schwierigkeiten, die das Vorjahr gezeitigt hatte, zu beheben. Die Großhandelszuschläge sind ausschließlich von der gemeinsamen Preiskommission bestimmt und von der Reichsstelle ohne Abzug genehmigt worden. Als Frankfurt die Großhandelsspannung für sich als unzureichend erachtete, hat die Reichsstelle einer Erhöhung des Zuschlages für Frankfurt ohne weiteres zugestimmt. Die von der Reichsstelle genehmigten Preise sind von der Bezirksstelle Wiesbaden sogleich bekannt gegeben worden.

Die Politik der Reichsstelle lief somit darauf hinaus, der Stadt Frankfurt einerseits gewisse Frühobstmengen aus den benachbarten Ueberschußgebieten soweit wie möglich zu sichern, im übrigen der Tätigkeit der kommunalen Selbstwaltung dieser Großstadt völlig freie Hand zu lassen, gleichzeitig aber ihr durch die Festsetzung von Richt- und Höchstpreisen, die den seitens der Vertreter der Stadt Frankfurt geäußerten Wünschen entsprachen, ihre Einkaufstätigkeit in den nicht bewirtschafteten Gebieten zu erleichtern. Hiermit erschöpft sich die Wirksamkeit der Reichsstelle. Einmütig hat, und zwar entsprechend früheren Beschlüssen, noch in diesem Frühjahr der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages energisch die Auffassung vertreten, daß die Reichsstelle und die Landesstellen für Gemüse und Obst sich auf die „oberverteilungsmäßige Heranschaffung“ bewirtschafteter Waren zu beschränken hätten, daß dagegen die „Unterverteilung“ und die Ueberwachung des Handels und Verkehrs innerhalb der Städte ausschließlich Sache der städtischen kommunalen Selbstverwaltung sein und bleiben müsse. Die Reichsstelle und die Landesstellen haben die durch solche Rollenverteilung gezogene Grenzlinie respektiert.

Sache der in sozialen Fragen stets an der Spitze der deutschen Großstädte schreitenden und vorbildlich geleiteten Stadt Frankfurt wird es hiernach sein müssen, Mängel, die sich bei der Obstversorgung in diesem Frühjahr gezeigt haben, abzustellen. Ob sich dies auf dem Wege einer verschärften Ueberwachung des Kleinhandels unter Heranziehung von Mitgliedern der Frankfurter Hausfrauen- und Konsumvereine bewerkstelligen lassen wird, ob eine verschärfte Aufsicht an den Ankunftsstationen des Obstes, ferner auf dem Wege, den die Ware von dort bis zum Laden des Kleinhändlers zurückzulegen hat, angezeigt ist, ob endlich die Rationierung des Obstes, mit der anderwärts, wie man hört, recht günstige Versuche angestellt worden sind, zum Ziele führt, muß die Stadtverwaltung entscheiden. Sicherlich erhöht eine überaus schlechte Obsternte die Schwierigkeiten der Kontrollmaßregeln ebenso wie die der Rationierung. Und schon jetzt ist nicht daran zu zweifeln, daß der Frankfurter Obstmarkt besonders aus den benachbarten Gebieten Hessens und Badens auch im Herbste nicht reichlicher beschickt werden wird als im Frühjahr. Um so erklärlicher aber erscheint das Verlangen des Publikums nach verschärften Kontrollmaßnahmen, die ein Verschwinden der knappen Ware in den Kanälen des Schleichhandels zum Nutzen der wenigen Wohlhabenden und zum Schaden der breiten Massen verhindern sollen. Es steht zu erwarten, daß das städtische Lebensmittelamt den richtigen Weg finden und daß sein harmonisches Zusammenarbeiten mit den um die Versorgung der Frankfurter Bevölkerung eifrig bemühten Dienststellen des Reiches, des eigenen und des benachbarten Staates, soweit es eben möglich ist, Früchte tragen wird.

Die Zeit
6./VIII. 1918

43

Transportbestimmungen für Obst.

Um angesichts der wenig günstigen Aussichten der heurigen Spätobsternte die zur Hintanhaltung von Preistreibereien erforderliche Transportüberwachung zu verschärfen und den Erfolg der im Interesse einer geregelten Versorgung mit Frischobst in den Hauptproduktionsgebieten bereits in allernächster Zeit einsetzenden Aufbringungsaktionen zu sichern, wurde mit einer im heutigen Reichsgesetzblatt zur Verlautbarung gelangenden Verordnung des Amtes für Volksernährung die Mindestmenge, bei der für Sendungen von Aepfeln, Birnen und Zwetschken (Pflaumen) der Transportschein zwang Platz greift, von 50 Kilogramm auf 20 Kilogramm (brutto) herabgesetzt. Vom 1. Oktober an unterliegt, wie bereits mitgeteilt wurde, jede Sendung der angeführten Obstsorten ohne Rücksicht auf die Gewichtsmenge der Transportscheinpflicht. Gleichzeitig wurde, um das in den Grenzgebieten wahrgenommene Abströmen von Beerenobst in das Ausland hintanzuhalten, für die Versendung von Obst jeder Art mit Wasserfahrzeugen und Straßenfuhrwerk nach dem Ausland die Genehmigungspflicht vorgeschrieben.

Reichspost
6./VIII. 1918

Pflaumenpreise in Steiermark.

Aus Graz wird gemeldet: Für ein Kilogramm Zwetschken gelten in Graz und Umgebung folgende Preise: Gepflückte Tafelware Kr. 1.14, Schüttelware 82 Heller, Ringlotten, reif oder unreif, Kr. 1.24, Mirabellen Kr. 1.56. In den Läden sind die Preise um 4 Heller höher, in den übrigen Gemeinden um 2 bis 4 Heller niedriger als auf den Grazer Märkten.

Die Obsternte in Slavonien.

Aus Esseg wird uns berichtet: Heuer ist im ganzen Lande eine Rekordernte in Frühobst aller Art zu verzeichnen gewesen. Die Preise sind trotzdem sehr hoch. Ausgeführt darf nichts werden und so geht, obwohl der Viehstand ein vortrefflicher ist und außerordentlich viel Obst verfüttert wird, massenhaft Obst zugrunde. Auch im Spätherbste ist eine reiche Ernte zu erwarten.

Reicher Haselnußertrag in Böhmen.

Man schreibt uns aus Milleschau i. B.: Die heurige Haselnußernte wird aller Erwartung nach einen reichen Ertrag liefern. Sie war schon im Vorjahre nicht mehr bloß die Ernte der Armen.

Arbeiterzeitung
6./VIII. 1918

45

Verdorbenes Obst.

Während sich auf den Wiener Märkten die Leute in drängender Hast „anstellen", um das bißchen Gemüse und Obst für ein Mittagessen zu erobern, muß man jetzt den schon mehrmals gerügten Skandal immer wieder erleben, daß große Mengen von Obst und Gemüse dem vollständigen Verderben preisgegeben werden. Vor ein paar Tagen erst berichteten wir, daß im Ostbahnhof mehrere Waggons Obst verfault waren, und nun ereignete sich gestern schon wieder der unerhörte Skandal, daß in demselben Bahnhof sechzehn Waggons Pflaumen und neun Waggons Aepfel vollständig verfault der Vernichtung zugeführt werden mußten. In dem Falle, über den wir am 2. d. berichteten, wird nun in an uns gerichteten Zuschriften sowohl von den Wiener Obst- und Gemüseübernahmsstellen wie von der Marktamtsdirektion bestritten, daß die Waggons mehrere Tage im Bahnhof standen, ohne entladen zu werden. Die Ausladung sei vielmehr unmittelbar nach dem Einlangen durchgeführt worden, wobei sich herausstellte, daß die Ware zum Teil halb, zum Teil gänzlich verdorben war. Allerdings wird auch zugegeben, daß öfter Sendungen ohne Papiere einlangen, so daß sich die Entladung verzögert. Natürlich sei es aber, daß mit Rücksicht auf die rasche Verderblichkeit der Waren, die durch die vorgerückte Jahreszeit noch für diese Art von Waren erhöht wird, ein Teil dann in verdorbenem oder schlechtem Zustand einlangen muß. Obwohl nun unser Gewährsmann seine Angaben, daß oft solche Sendungen sechs bis sieben Tage im Bahnhofe stehen, ohne ausgeladen zu werden, aufrecht hält, wollen wir, wie der gestrige Fall, wo es sich gleich um fünfundzwanzig Waggons handelt, dartut, vor allem darauf verweisen, daß nicht dieser Umstand allein es verschuldet, wenn für die Wiener Bevölkerung fortgesetzt so große Mengen an Obst und Gemüse verloren gehen. Die sechzehn Waggons Pflaumen und neun Waggons Aepfel langten hier aus Rumänien ein, und der gesamte Inhalt ist auf dem zu lange dauernden Transport unter der Einwirkung der schlechten Verladungsweise verdorben. Es ist daher durchaus nicht so natürlich, daß, wie die Obst- und Gemüseverteilungsstelle meint, derartige Waren im Sommer mitunter verderben müssen, vor allem müßte das nicht so häufig und bei so großen Mengen vorkommen, wenn die Einlagerung in die Bahnwaggons sachgemäßer und vernünftiger geschehen würde. Anstatt daß man das leicht verderbliche Obst in dünnen Lagerungsschichten, etwa auf Stellagen, die sich doch leicht anbringen ließen, aufschichtet, wird dieses einfach wie Kohlen oder Steine in die Waggons geworfen; daß es selbst bei kurzen Transporten um diese Jahreszeit bei einer derartigen Behandlung verdirbt, ist wohl so klar, daß man sich nur wundern muß, wie die behördlichen Organe noch nicht darauf gekommen sind, Vorschriften für den Transport von Obst und Gemüse festzusetzen, die genau eingehalten werden müssen, um das Verderben in diesem Umfang zu verhüten. Es ist geradezu empörend, wenn man sieht, wie die Jauche aus dem Bahnwagen rinnt, weil das Obst, auf das eine hungrige Millionenstadt wartet, vollständig nur deshalb verderben mußte, weil die Behörden noch nicht darauf gekommen sind, wie man für einen sachgemäßen Transport Vorsorge trifft. Dabei ist aber auch der Vorgang bemerkenswert, daß, obwohl eine Kommission schon in der Früh im Bahnhof feststellte, daß die Waren, die sich in den Waggons befinden, schlecht sind, der erste Waggon trotzdem erst am Abend geöffnet wurde, wobei sich natürlich herausstellte, daß die Sauce nur so rinnt. Für eine besondere Eile, mit der allenfalls noch einzelne Teile hätten gerettet werden können, zeugt dieser Vorgang wohl gerade auch nicht.

Reichspost Abendbl. 8./VIII. 1918

46

Der Gemüsebau und der Großgrundbesitz.

Zu der Einsendung in Nr. 347 der „Reichspost" (Nachmittagsausgabe vom 31. Juli) über das „Schlagwort: „Bauet Gemüse", worin der Verfasser R. G—r zwar die Schrebergärtnerei begrüßt, aber von der zur allgemeinen Befolgung der seinerzeit von Ernährungspolitikern ausgegebenen Losung „Bauet Gemüse" eine Gefährdung des für die Ernährung wichtigeren Brotgetreidebaues befürchtet und dabei bemerkte, daß weniger die Bauern als die besser rechnenden Güterdirektoren eines Teiles des Großgrundbesitzes sich die erwähnte Parole zunutze gemacht hätten, sind der „Reichspost" aus Kreisen des Großgrundbesitzes eine Reihe von Erwiderungen zugekommen, deren eine, die kürzeste, bereits (in Nr. 351) veröffentlicht wurde. In einer Zuschrift eines anderen Großgrundbesitzers heißt es:

Daß der Gemüsebau allerorts mit Macht betrieben wird, muß mit Freude begrüßt werden, und die Art, wie er betrieben wird, nämlich die Inkulturnahme von bisher brach gelegenen oder mangelhaft bebauten Flächen, endlich die Teilnahme der städtischen Bevölkerung an der Gemüsekultur in Form der Schrebergärtnerei, beweist, welche Wichtigkeit dieser Frage vom Ernährungsstandpunkte beigemessen wird. Wenn auch durch diesen vermehrten Gemüsebau das große Ernährungsproblem nicht sonderlich tangiert wird, so bildet derselbe dennoch für Tausende eine willkommen Zubuße zu ihrer leider kargen Ration, abgesehen von dem wohltätigen Einfluß der Arbeit im Freien auf die Gesundheit. Wie sieht es nun mit dem Gemüsebau des Großgrundbesitzes zum Nachteil des Getreidebaues in Wirklichkeit aus? Der Verfasser des Artikels „Zum Schlagwort: Bauet Gemüse" will auf herrschaftlichen Gründen, wo einst viele tausend Joch mit Brotgetreide bebaut waren, ebenso viel Ackerland mit Mairüben, Möhren, Kraut, Kohl, Zwiebeln und anderen Gemüsen bebaut gesehen haben! Er muß durch ein sehr starkes Vergrößerungsglas gesehen haben, denn, wenn er schon selbst zugibt, daß die Leutenot auf dem Lande, der Mangel an Zugtieren, der stark gelichtete Viehstand und der dadurch verursachte Mangel an Stalldünger usw. als die Ursachen des so schwer empfundenen Mangels an Brotgetreide zu betrachten sei, und zwar gerade jener Frucht, welche zu ihrer Erzeugung verhältnismäßig die geringste Händearbeit und den wenigsten Stalldünger erfordert, so ist schon damit die obige Behauptung widerlegt, denn der Anbau der erwähnten Gemüsesorten, die nebenbei bemerkt als nicht unwichtige Volksnahrungsmittel angesehen werden müssen, läßt sich unter den heutigen, mißlichen Verhältnissen überhaupt nicht im großen, bezw. in dem Maße betreiben, daß er den Getreidebau verdrängen würde. Dazu fehlen in erster Linie der unbedingt nötige Stalldünger und weiter die Arbeitskräfte. Ohne letztere ist an einen Gemüsebau überhaupt, geschweige denn an einen solchen im großen nicht zu denken!

Es kann nicht geleugnet werden, daß der Körnerbau in den letzten Jahren im allgemeinen zurückgegangen ist. Die Gründe hiefür sind zweierlei. Erstens ist es der Preis des Getreides, welcher die Rentabilität des Anbaues heute in Frage stellt (während sämtliche Artikel und Gegenstände des täglichen Bedarfes, vor allem aber die Arbeitskräfte, heute mindestens das Vier- bis Fünffache des Friedenspreises erreicht haben, ist der Preis des Getreides nur um etwas mehr als das Doppelte gestiegen), und zweitens ist es die dringende Notwendigkeit, die Kultur anderweitiger Pflanzen auch zu betreiben, die nicht nur in hervorragender Weise der menschlichen Nahrung dienen, sondern auch die Rohstoffe ersetzen sollen, die uns vor dem Krieg das Ausland geliefert hat. Der große Mangel an Fettstoffen zwingt uns, in ausgedehntem Maße Oelsaaten (Raps, Mohn usw) zu kultivieren, der bekannte Mangel an Rohstoffen der Textilindustrie absorbiert große Flächen zur Kultur von Flachs, Hanf, Nesseln usw. Bei der Wichtigkeit, welche den Hülsenfrüchten bei der Ernährung des Menschen zukommt, werden weite Strecken mit Bohnen, Erbsen und Linsen bebaut, und die traurigen Erfahrungen, welche mit dem Mangel an Kartoffeln, diesem souveränen Volksnahrungsmittel, gemacht wurden, lassen es als eine weise Voraussicht erscheinen, dieser Kulturpflanze einen größeren Raum zuzuweisen, als es bisher geschehen ist. Daß der Zuckerrübenbau noch mehr eingeschränkt werden sollte, während es an Zucker fehlt und an jeder Apotheke ein Zettel des Inhaltes „Saccharin ausverkauft" zu lesen ist, wäre wohl auch nicht zweckmäßig. Das sind in Kürze die Hauptgründe für die allgemeine Einschränkung des Körneranbaues, und wenn der Verfasser die im großen kultivierten Bohnen, Erbsen, Linsen, Kartoffeln und Zuckerrüben — denn auch diese werden als Gemüse genossen — zu den Gemüsen rechnet, die den Körneranbau verdrängen, so muß ihm teilweise Recht gegeben werden, allerdings mit Vorbehalt der Tendenz seiner Ausführungen. Was endlich den konservativen Kleingrundbesitzer betrifft, „der nicht unter die klugen Rechner gegangen", sondern dem Brotfruchtbau treu geblieben ist, so kann der Verfasser versichert sein, daß derselbe nicht zu kurz kommt. Es gälte eine Wette, daß 80 Prozent des frischen Brotgetreides, welches heute dem Konsum dient und uns alle vor größter Not bewahrt hat, auf den Feldern des Großgrundbesitzes gewachsen sind. Der Großgrundbesitzer, der von Hunderten von Augen unausgesetzt beobachtet wird, den die Behörden in allererster Reihe unausgesetzt zu Lieferungen drängen, hat bisher die ihm zukommenden Pflichten in jeder Hinsicht getreulich erfüllt.

Neue Freie Presse
9./VIII. 1918

47

Erhöhung des Höchstpreises für Gurken.

Durch das Einsetzen von Fröſten im Frühſommer und das ſtarke Auftreten des Gurkenmehltaues haben ſich die Ernteausſichten für Gurken erheblich gemindert. Hiedurch erſchien eine mäßige Erhöhung der Produzentenhöchſtpreiſe unerläßlich. Anderſeits kann aber auch mit den vorjährigen Spannungen zwiſchen Erzeuger- und Großhandelspreiſen nicht mehr das Auslangen gefunden werden, weil die Frachtſpeſen der Bahnen und die ſonſtigen Transportkoſten bedeutend geſtiegen ſind und ſich auch die Riſken des Transportes ſtark vergrößert haben. Dieſen Umſtänden trägt eine im morgigen Reichsgeſetzblatte zur Verlautbarung gelangende Verordnung Rechnung, durch die neue Höchſtpreiſe für friſche Gurken feſtgeſetzt werden.

Tägliche Rundschau 9./VIII. 1916.

48

Oel aus roten Holunderbeeren.

Man hat oft die Beeren des roten Holunders, auch Berg- oder Hirschholunder genannt (Sambucus racemosa), als eine unserer ergiebigsten Oelquellen bezeichnet und zu ihrer Sammlung angeregt. Der Kriegsausschuß für Oele und Fette sieht sich gezwungen, vor dem Genuß des aus den Beeren des roten Holunders durch Pressen oder Extraktion gewonnenen Oels zu warnen. Es haben sich nämlich nach dem Genuß dieses fetten Oeles Unzuträglichkeiten gezeigt, die sich besonders in heftigem Erbrechen und Abführwirkung bei verschiedenen Personen äußerten. Auf Veranlassung des Kriegsausschusses hat daraufhin Geheimrat Thoms, Direktor des Pharmazeutischen Instituts der Berliner königlichen Universität, chemische und physiologische Untersuchungen vorgenommen, um die Ursache dieser Erscheinungen zu ermitteln.

Die Beeren des roten Holunders enthalten zwei völlig verschiedene Oele: Das eine ist in nur sehr geringer Menge im Fruchtfleisch enthalten, während das andere die Kerne der Beeren in ziemlich reichem Maße aufweisen. Das Fruchtfleischöl ist dunkelgelb gefärbt, erstarrt zum Teil schon bei Zimmertemperatur und ist bei minus 9 Grad vollkommen fest. Die physiologischen Untersuchungen ergaben, daß es keine gesundheitsschädlichen Eigenschaften besitzt. Anders dagegen das Samenöl. Es gehört zu den trocknenden Oelen und hat die hohe Jodzahl 177,4, Säurezahl 29,34 und Verseifungszahl 188,5. Daß in ihm ein Oel vorliegt, dessen Genuß brechreizerregende Eigenschaften und Abführwirkung besitzt, erwiesen die im Pharmazeutischen Institut der königlichen Universität angestellten Untersuchungen einwandfrei. Sie wurden durch Fütterungsversuche, die mit Preßrückständen von roten Holunderbeeren im Tierphysiologischen Institut der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule vorgenommen wurden, in vollem Umfange bestätigt.

Hierdurch erklärt sich die Tatsache: das durch Auskochen der frischen Beeren gewonnene Oel, wobei das Samenöl nicht mitgewonnen wird, war vielen Personen durchaus zuträglich; ebenso die aus dem Fruchtfleisch hergestellte Marmelade, welche die Samen wohl kaum enthält. Selbst wenn auch ganze Samen noch in dieser Marmelade vorhanden waren, so konnte die Oelwirkung der Samen nicht zur Geltung kommen, da das Oel selbst beim Kochen nicht aus den Samen herausgezogen wird und daher auch nicht beim Passieren des Körpers zur Einwirkung auf diesem kommen konnte.

Ist nun auch das Fruchtfleischöl genießbar, so muß doch seine Herstellung in Anbetracht der geringen Ausbeute (0,15—0,65 v. H. auf frische Beeren berechnet) als nicht lohnend bezeichnet werden, ganz abgesehen davon, daß es wegen seines wenig angenehmen Geschmackes ohne vorherige Raffination kaum Anklang finden dürfte. Dagegen muß vor dem Genuß des Oeles, das durch Pressen und Extraktion aus den Samen des roten Holunders gewonnen wird, wegen seiner gesundheitsschädlichen Eigenschaften auf das nachdrücklichste gewarnt werden.

Tägliche Rundschau 9./VIII. 1918.

49

* **Verteilung von Herbstgemüse.** Der Lebensmittelverband Groß-Berlin hat sich in seiner gestrigen Sitzung u. a. auch mit der Frage der Verteilung von Herbstgemüse auf Lebensmittelkarten befaßt. Es wurde beschlossen, Sonderzuteilungen von Weißkohl und Mohrrüben mehrere Male im Laufe des Herbstes und Winters auf Groß-Berliner Lebensmittelkarten vorzunehmen und zwar mit der ausdrücklichen Zweckbestimmung, daß die Bevölkerung diese Dauerware durch Lagerung oder Einsäuerung für etwaige knappe Zeiten zurücklegt. Der tägliche Bedarf der Bevölkerung an Herbstgemüse wird daneben, da die Abschlüsse der Kommunalverbände Groß-Berlins zu den besten Hoffnungen berechtigen, ohne Kartenabgabe sichergestellt werden können. Zwiebeln sollen, da sie knapp sind, nur auf Lebensmittelkarten abgegeben werden. Bezüglich des Herbstobstes konnte eine Entscheidung noch nicht getroffen werden, da zurzeit noch nicht feststeht, ob und welche Mengen an Herbstobst durch die Reichsstelle für Berlin zugeteilt werden können.

Berner Bund 16/VIII. 1918.

50

Verfügungen über Obsthandel und Obstverwertung

Nach einer Mitteilung des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements über die Obstversorgung lassen die derzeitigen Aussichten über die Ernte durchschnittlich einen recht guten Ertrag an Zwetschgen, eine kaum mittelgute Ernte an Aepfeln, dagegen nur einen ganz geringen Ertrag an Birnen erwarten. Nach vorausgegangenen Beratungen in der eidgenössischen Kommission für Obstversorgung, erläßt das Departement eine Verfügung über die Obstversorgung und den Obsthandel, der zufolge der Ankauf von Obst der Ernte 1918 wie bisher nur Personen und Firmen gestattet wird, die von der Abteilung für Landwirtschaft eine besondere Bewilligung erhalten haben. Diese Bewilligung ist bis auf weiteres nicht erforderlich für Beerenobst, für Tafel- und Koch-Obst, sowie für Obst zum Dörren, das für die normalen Bedürfnisse der eigenen Haushaltung angekauft wird. Baumnüsse und Edelkastanien sind betreffend Ankauf und Verkauf dem übrigen Obst gleichgestellt. Um einen möglichst großen Teil des Obstes auf die vollkommenste und vorteilhafteste Art der menschlichen Ernährung zuzuführen, werden durch die genannte Verfügung Bestimmungen aufgestellt, über die Herstellung von alkoholhaltigen Getränken aus Obst, wobei der Grundsatz aufgestellt wird, daß in allen Fällen nur wirkliches Most-Obst zur Mostbereitung verarbeitet werden darf. Das Mosten, Einlegen und Brennen von Obst, das nach landläufiger Auffassung als Tafel- oder Kochobst bezeichnet werden muß, ist verboten.

Neue Freie Presse
11./VIII. 1918

51

Das totale Versagen der Versorgung Wiens mit Obst und Gemüse.

Wien, 10. August.

Mitten in der Obst- und Gemüseernte versagt die Versorgung der Wiener Märkte mit Obst und Gemüse vollkommen. In der abgelaufenen Woche waren nicht nur die Mengen grüner Gemüse gänzlich unzureichend für den Bedarf, selbst die Sendungen der erst im Kriege zu Gemüsen erhobenen Rübenarten und der wenig beliebten Kürbisse haben merklich nachgelassen. Dabei ist zu bemerken, daß das, was jetzt an grünem Gemüse nach Wien kommt, meist schlechter, im besten Falle mittlerer Qualität ist, während früher nur ausgesuchte schöne Ware auf den Wiener Märkten verkaufsfähig war. Wir haben also wenig und schlechtes Gemüse, geringe Auswahl und an manchen Tagen sogar einschließlich der unbeliebten Gemüsesorten unzureichende Zufuhren.

Auf den Obstmärkten stehen, soweit sie überhaupt beschickt sind, ungarische Pflaumen im Vordergrund, eine Obstsorte, die in früheren Jahren herzlich wenig beachtet wurde. Außer Pflaumen erhalten wir aus Ungarn überhaupt nur Zwetschken, aber auch diese nur in geringen Mengen. Aepfel und Birnen kommen nur versehentlich in ganz geringen Mengen mit den Pflaumen- und Zwetschkenladungen an, da die Ausfuhr von Birnen und Aepfeln in Ungarn noch immer nicht gestattet ist. Die Beschickung der Wiener Märkte mit hiesigem Obst versagt vollkommen, da man die geringen Mengen hiesiger Marillen, Birnen und Aepfel, die gelegentlich den Weg auf die Wiener Märkte finden, nicht als eine Versorgung der Hauptstadt mit Obst betrachten kann.

Neues Pester Journal

14. VIII. 1918

52

Neue Maximalpreise für Grünzeug, Gemüse und Obst.

Der leitende Ausschuß für den Grünzeug-, Gemüse- und Obstverkehr setzt folgende neue Höchstpreise fest, die für Produzenten vom 14. bis 20. August, für den Handel vom 16. bis 31. August gelten:

Produkt:	Preis per 100 Kgr. in Kronen beim Produzenten	beim Großhändler	Preis per Kgr. in Hellern beim Kleinhändler
Kohlkraut und Krauskohl	60	88	112
Kraut	70	97	116
Rotkraut	100	130	150
Kohlrüben, nur mit den Herzblättern	60	88	112
Gelbe Rüben (Karotten):			
ohne Blätter	80	108	126
mit Blättern	60	88	106
Petersilie, ohne Blätter	70	104	124
Pastinaks, ohne Blätter	80	108	126
detto mit Blättern	60	88	106
Suppengrünzeug (gelbe Rüben und Petersilie) mit Blättern, 1 Bündel (mindestens 25 Dekagramm)	—	—	30
Rote Rüben, ohne Blätter	55	80	90
Mairüben	50	65	80
Großer brauner, Sommer-, weißer u. schwarzer Rettig nach Größe, 100 Stück	6—10	8—12	1 St. 10—14
Kren, nach Gewicht	170	210	250
Häuptelsalat, 100 Stück	8	12	1 St. 16
Bund- und Kräuselsalat	40	56	70
Spinat	40	56	70
Grüne Erbsen in Schoten	110	154	184
ausgelöst	—	—	360
"		1 Liter	220
Grüne Bohnen	140	184	216
Butter- u. Wachsbohnen	180	230	270
Zwiebel (reif):			
Makóer und Erfurter Sorte	93.60	121	152
Sonstige Sorten	81.10	103	140
(In dem Großhandelspreis ist der Sackpreis nicht enthalten; der Selbstkostenpreis des Sackes kann hinzugerechnet werden.)			
Knoblauch (reif)	270	330	380
		1 Stück	18
Grüne Paprika zum Füllen 100 Stück	8	10	1 St. 12
detto spitzige, scharfe, 100 St.	2	3	1 St. 4
Paradeis	60	80	110
Gurken für Salat	60	85	100
detto zum Einlegen	70	96	116
detto für Essigkonservierung	90	126	146
Kürbis	30	50	60
Wassermelonen, veredelte Rasse	58	78	96
detto gewöhnliche	40	60	74
Zuckermelonen: Cantaloup und Turkestan	80	108	128
detto gewöhnliche	48	68	84
Maiskolben 100 Stück	14	18	1 St. 22
Marillen Ia	180	240	280
Marillen IIa	120	170	220
Pfirsiche, edle Sorten, besonders groß, gewählt	400	505	600
detto Ia	240	320	380
detto IIa	140	200	240
Pflaumen, Sommersorten	60	96	118
Reineclauden	100	144	174
Zwetschken	80	118	142
Erdbeeren	240	320	360
Himbeeren	240	320	360
Sommeräpfel, für Strudel	150	210	250
detto gewöhnliche	120	170	200
Sommerbirnen Ia	200	260	300
detto IIa	160	210	250
Nüsse (ohne Sack):			
in der Provinz	350	440	520
in Budapest	—	460	550
Nußkerne	1880	2000	2150

Die Zeit
14./VIII. 1918

53

Die Obstversorgung.

Einführung einer neuen Aufbringungsmethode.

Die starken Widerstände, die im vorigen Jahre einzelne landwirtschaftliche Produzenten der amtlichen Obst- und Gemüseaufbringung entgegensetzten, haben zur Einführung einer neuen, bisher noch nicht geübten Aufbringungsmethode geführt. Nach längeren Verhandlungen hat jetzt die „Geos" Produzenten, Händler und Konsumenten unter einen Hut gebracht, und zwar ist dies, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, auf folgende Weise zustandegekommen:

Während bisher die Aufbringung der Obsternte in den einzelnen Kronländern der Monarchie meist durch auf Gewinn arbeitende Händlersyndikate erfolgte, wurden jetzt an deren Stelle in jedem einzelnen Kronland eigene Obst- und Gemüseverkehrsgesellschaften errichtet. In diesen Instituten, denen nunmehr die Aufbringung der Obst- und Gemüseernte obliegt, sind neben Konsumentenvertretern sowohl die Produzenten, vertreten durch Delegierte der landwirtschaftlichen Genossenschaften, als auch die Händler und die Obst verarbeitenden Industrien vereinigt.

Dadurch ist die Gewähr gegeben, daß heuer tatsächlich die ganze Obst- und Gemüseernte, soweit sie der Zentralbewirtschaftung unterliegt, restlos erfaßt wird: denn während in den früheren Jahren vielfach ein oft nicht fachmännisch geschulter Kommissionär, von manchem Landwirt als Feind betrachtet, die schwere Aufgabe der Aufbringung durchzuführen hatte — mit welchem Mißerfolg, ist bekannt —, sind es im heurigen Jahre die Produzenten selbst, die durch ihre landwirtschaftlichen Genossenschaften an der Obsterfassung mitarbeiten. Die Landwirte haben eben in der Erkenntnis, daß derzeit mit einer Wiedereinführung des freien Verkaufes von Obst und Gemüse nicht zu rechnen ist, die einzig mögliche Konsequenz gezogen und sagen sich, wenn die Zentralbewirtschaftung schon fortbestehen muß, dann unter Mitarbeit der Landwirte. Die größten Schwierigkeiten stellten sich dem Plane, alle Interessentenkreise in einer Gesellschaft zu vereinigen, in Böhmen entgegen, aber selbst dort ist es gelungen, die nationalen Gegensätze, die das größte Hindernis für eine Zusammenfassung bildeten, zu überbrücken. Jetzt sitzen in der dortigen Gesellschaft Vertreter aller Interessenten ohne Rücksicht auf die Nationalität beisammen, um der Wiener Zentrale die Arbeit zu erleichtern.

Aber noch einen weiteren, nicht zu unterschätzenden Vorteil hat diese neue Aufbringungsmethode: Die Ware wird nicht nur mit Hilfe des Produzenten aufgebracht, sondern bleibt bis zur Absendung unter fachmäßiger Aufsicht des Produzenten.

Wie wir weiter erfahren, wird schon in der nächsten Woche die Vereinigung, die die Ernteaufbringung in Niederösterreich besorgt, die „Gemeinnützige Obst- und Gemüseverkehrsgesellschaft für Niederösterreich", ihre Tätigkeit aufnehmen.

Die Beschickung des Wiener Marktes mit Spätobst wird reichlich sein. Es macht sich wohl bei den Statthaltereien der einzelnen Kronländern angegliederten Ernährungsstellen die Tendenz bemerkbar, mit der Lieferung von Spätobst nach Wien solange zurückzuhalten, bis der Bedarf des eigenen Landes voll und ganz sichergestellt erscheint. Es besteht aber die begründete Hoffnung, daß alle Kronländer einen entsprechenden Anteil nach Wien liefern werden, und dies um so mehr, als die Spätobsternte als gut bezeichnet werden kann. Die Zwetschkenernte ist sehr reichlich, die Aepfel sind etwas weniger gut geraten, dafür sind viel Birnen und anderes Obst zu erwarten.

Die Marmeladeversorgung Wiens ist ebenfalls sichergestellt. Anfänglich versuchten zwar einzelne Marmeladefabriken, zu Spekulationszwecken das Obst der Herbsternte zu Wucherpreisen schon im Frühjahr vorzukaufen. Diesem Beginnen hat aber die „Geos" einen Riegel vorgeschoben, indem sie zu sehr niedrigen Preisen Obst zur Marmeladeverarbeitung aus dem Auslande (Zwetschken aus Rumänien, Beerenobst aus Holland) bezog und so durch dieses preisregulierende Verfahren den Marmeladespekulanten bald die Lust verdarb, teures Obst zu Einsiedezwecken anzukaufen.

Nach diesen Mitteilungen dürften wir, was die Obst- und Marmeladeversorgung anlangt, heuer in einer günstigeren Situation als im Vorjahre sein.

Reichspost
14. VIII. 1918

54

Höchstpreise für den Kleinverkauf in Gurken.

Der Statthalter von Niederösterreich veröffentlicht eine Verordnung über die neuen Höchstpreise, die nunmehr für den Kleinverkauf in frischen Gurken gelten. Danach gelten vom 16. August ab folgende Höchstpreise:

Gattung	Im Gemeindegebiete von Wien beim Verkauf auf den Märkten	beim Verkauf außerhalb der Märkte	In allen übrigen Gemeinden des Kronlandes Niederösterreichs
1. Große Gurken (Schälgurken u. Salatgurken), u. zw.:			
a) Gurken mit einem Schockgewichte von 12 kg aufwärts	66 Heller	70 Heller	70 Heller
b) Gurken mit einem Schockgewichte von mehr als 5 bis 12 kg	76 Heller	80 Heller	80 Heller
2. Kleine Gurken (Einlegegurken), u. zw.:			
a) Gurken mit einem Schockgewichte von mehr als 2 bis 5 kg	86 Heller	90 Heller	90 Heller
b) Gurken mit einem Schockgewichte von 1 bis 2 kg	100 Heller	106 Heller	106 Heller

Die Preise verstehen sich für ein Kilogramm gesunde, marktfähige Ware. Die Höchstpreise gelten nicht für Treibhausgurken und nicht für sogenannte Pikkoligurken (Gurken mit einem Schockgewichte von weniger als 1 Kilogramm). Um zu verhindern, daß inländische Gurken als „ungarische" zu höheren Preisen verkauft werden, haben Kleinhändler, die ausländische (ungarische) Ware feilhalten, eine mit dem Ausstellungsdatum versehene marktämtliche Bestätigung über die Herkunft einzuholen und überdies bei ihrem Verkaufstande neben der betreffenden Ware eine entsprechende Tafel mit deutlicher Aufschrift „Ausländische Ware" anzubringen.

Arbeiterzeitung
16./VIII. 1918

55

Die Gemüseversorgung.

Noch niemals waren die Wiener Märkte so schlecht mit Gemüse versorgt wie heuer. Tag für Tag offenbart sich der völlige Zusammenbruch unserer Marktversorgung immer deutlicher, und der Zustand, wie er jetzt ist, bildet ein geradezu abschreckendes Beispiel für die segensreichen Wirkungen des mit so viel Aufgebot an Lungenkraft reklamierten „freien Handels". Was der Menge nach eine Bedeutung hat und auf den Markt kommt, sind Rüben und Kürbisse, die man in besseren Zeiten nur zu Schweinefutter verwendete und die auch während des Krieges nur über die ärgsten Versorgungsschwierigkeiten des Winters hinweghelfen mußten. Die guten und gern gekauften Gemüsesorten wie Kohlrabi, Erbsen, Bohnen und dergleichen sieht man jetzt fast gar nicht oder sie kommen in so verschwindend kleinen Mengen auf die Märkte, daß man davon nur nach langem „Anstellen" und bei gutem Glück etwas erhalten kann. In derselben Zeit, wo die täglichen Marktberichte die immer gleichbleibende Oede und Trostlosigkeit unserer vollständig versagenden Marktversorgung kennzeichnen, erfährt man aber aus Berlin, daß die dortige Gemüseversorgung klappt und sich in bester Ordnung vollzieht. „Die Gemüsezufuhren nach Groß-Berlin," so lesen wir in einem Berliner Marktbericht von vorgestern, „haben in der letzten Zeit die Nachfrage zeitweise übertroffen. In der Woche vom 5. bis 12. d. waren 419 Eisenbahnwagen mit Gemüse, vornehmlich Kohlrabi, Weißkohl, Mohrrüben, grüne Bohnen und Schoten, dem Markt zugeführt worden, und zwar auf Rechnung des Berliner Magistrats. Außerdem sind durch Gespanne 674.738 Kilogramm Gemüse, darunter 345 Fuhren von den Berliner Rieselgütern, nach Berlin gekommen. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat in der genannten Woche 175 Waggons, vorzugsweise Schoten, Tomaten, Gurken, grüne Bohnen und Rotkohl nach Berlin geliefert." Nicht nur daß die Zahlen der Lieferungsmengen unsere klägliche Marktversorgung weit übertreffen, handelt es sich bei den zugeführten Warengattungen auch um Gemüsesorten, die wir schon beinahe nicht mehr kennen, weil sie dieses Jahr von den Märkten fast ganz verschwunden sind. Und dabei kann man natürlich alle diese guten Gemüsesorten weit billiger als bei uns haben, da nachweislich die deutschen Obst- und Gemüsehöchstpreise viel niedriger sind als unsere Marktpreise. Natürlich wäre es ein Trugschluß, aus der Wiener Marktverödung schließen zu wollen, daß unsere Gemüseernte schlecht sei. Wie vielmehr ganz gegenteilig der Gemüseanbau gerade heuer zugenommen hat und wie rentabel sich dieser für den Produzenten erweist, ist dieser Tage von der „Bohemia" in den folgenden interessanten Ausführungen auseinandergesetzt worden: „Seit den infolge der Freigabe des Gemüsehandels auf das Zehn- bis Zwanzigfache gestiegenen Gemüsepreisen wird jetzt von vielen Landwirten statt des Getreides Gemüse angebaut. Ein Hektar Feld, das ungefähr 12 Meterzentner Korn trägt, bringt 150 bis 200, ja sogar 250 Meterzentner Gemüse hervor. 12 Meterzentner Korn tragen bei Ablieferung bis Ende Dezember 720 Kronen (im Frieden etwa 264 Kronen). Dagegen trägt ein Hektar Gemüse, der Meterzentner bloß mit 80 Kronen berechnet, bei einer Ernte von 200 Meterzentner nicht weniger als 16.000 Kronen. Bei einem Preisunterschied von mehr als 15.000 Kronen soll der Landwirt noch Getreide anbauen, nur deshalb, weil die 12 Meterzentner Korn für die Volksernährung wichtiger sind als die ganzen 200 Meterzentner Gemüse? Das wäre denn doch zu viel verlangt. Wir dürften auch dementsprechend beim nächsten Wiederanbau angenehme Erfahrungen machen. Bedanken kann sich aber der Konsum bei allen denen, die nach Aufhebung der Höchstpreise geschrien haben, und bei den Behörden, die nichts Eiligeres zu tun hatten, als dem Geschrei nachzugeben. Trotz einer geradezu fabelhaften Gemüseernte werden für ein Kilogramm Möhren im Einzelverkauf 1·50 Kronen verlangt; das macht bei zehn Tonnen also nicht weniger als 15.000 Kronen! Ein kleines Vermögen für einen Waggon Möhren! Zwei Hofratseinkommen für einen Waggon Möhren! So weit sind wir mit unserer Preispolitik gekommen!"

Die Freigabe des Gemüsehandels hat also zunächst unserer Getreidewirtschaft geschadet, weil es für den Produzenten weit aussichtsvoller ist, das Gemüse, das er baut, um jeden Wucherpreis zu verkaufen, ohne es erst mit Schwierigkeiten auf den Markt bringen zu müssen. Der Gemüsebauer wird, wie man das in der Wiener Umgebung jeden Tag sehen kann, von den zahlungsfähigen Verbrauchern überlaufen, die die Waren um jeden Preis aufkaufen, und so kann man heute auch besseres Gemüse nur noch in den teuren Hotels und in den Delikatessengeschäften haben, während die Märkte höchstens noch mit Rüben versorgt sind. So sind durch den „freien Handel" einerseits die Märkte verödet, andererseits den Produzenten und Händlern die höchsten Preise gesichert worden. Dieselbe Einrichtung der Obst- und Gemüseverteilungsstelle, die in Berlin so gut funktioniert, daß die „Versorgung mit Gemüse die Nachfrage übertrifft", ist bei uns ganz genau der deutschen Einrichtung nachgebildet worden, aber es fehlt eben an der Aufbringung, die in Berlin klappt. Einen mit der nötigen Energie durchgeführten Marktzwang hat es bei uns nie gegeben und die schließliche „Freiheit des Marktes" überhaupt hat jene Anarchie verschuldet, unter der unsere Gemüseversorgung zusammengebrochen ist.

Tägliche Rundschau 17/VIII. 1918.

Marmelade und Obst.

Unter der Ueberschrift „Marmelade ein wichtiges Volksnahrungsmittel" schreibt uns die „Reichsstelle für Gemüse und Obst" folgendes:

Zur Versorgung des deutschen Heeres und der Heimat mit Brotaufstrichmitteln sind etwa 7 Millionen Zentner Marmelade erforderlich. Die Fabriken sind angewiesen, wegen des großen Bedarfs an Marmeladenobst alles zu tun, um auch die kleinsten Mengen an Obst hereinzubekommen. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß, je weniger Obst in die Marmeladenfabriken wandert, entsprechend weniger Marmelade hergestellt werden kann. Das sollten sich alle diejenigen vor Augen halten, die Obst noch immer als ein Genußmittel betrachten, während es tatsächlich heute in Form von Marmelade ein wichtiges Nahrungsmittel geworden ist. Bei den im allgemeinen wenig günstigen Aussichten der Obsternte muß jeder Erzeuger sowie jeder Konsument strengstens darauf bedacht sein, die Allgemeinheit nicht durch ungerechtfertigte Anhäufungen zu schädigen. Wer heute im Hamstern einen Höchsterfolg zu erzielen versucht, handelt mit Rücksicht auf die schlechte Obsternte leichtfertig an der Allgemeinheit. Nicht minder wichtig ist die Mahnung: Laßt das Obst ausreifen und vermeidet den Unfug, durch frühzeitiges Abreißen den Ernteertrag zu mindern.

Was die Reichsstelle mit dieser Kundgebung bezweckt, ist nicht klar ersichtlich. Obst wird im allgemeinen auch unverarbeitet schon lange als wichtiges Nahrungsmittel angesehen, das zu einer gesunden Kost unentbehrlich ist, und als sogenanntes Kompott ist es ebenfalls durchaus nicht nur als Genußmittel anzusehen. Aus obiger Auslassung kann man schließen, daß die Reichsstelle am liebsten alles Obst zu Marmelade verarbeitet sehen möchte. Ferner wird das „Obsthamstern" von vielen doch nur deshalb betrieben, weil auf den Groß-Berliner Märkten das Obst nur ganz spärlich zu haben ist.

Was nun das Abpflücken unreifen Obstes anlangt, so ist das doch wohl so zu erklären, daß die Obstzüchter danach trachten, ihr Obst los zu werden, ehe die Höchstpreise einsetzen. Daher kam es, daß in Berlin eine Zeitlang massenhaft unreife Aprikosen und unreife Pfirsiche zum Kauf ausgeboten wurden, aber zu unverschämt hohen Preisen, reife Früchte jedoch nun nicht zu haben sind. Mit den Aepfeln und Birnen scheint dasselbe Spiel getrieben zu werden, denn auch diese sind im Handel, vorläufig wenigstens, nur unreif zu haben. Die Reichsstelle sollte daher an die Quelle des Uebels gehen und dafür sorgen, daß der Markt nicht mit unreifem Obst überschwemmt wird. Dann würde genug reifes Obst für die Marmeladeherstellung und auch für den Haushaltsbedarf übrig bleiben.

Österr. Volkszeitung
18./VIII. 1918

57

Früh- und Spätobst.

Kein Obst in Wien. — Der blauen „Schluckerln" Glück und Ende. — Obstsegen bei Nacht. — Schlechte Zukunftsaussichten.

Die Frühobstausbeute war heuer recht spärlich. Kirschen sah man nur vereinzelt, Ribisel und Stachelbeeren etwas reichlicher, aber nicht ausreichend; nur Marillen gab es an manchen Tagen in genügender Menge. Alles in allem: Es war kein Grund zur Zufriedenheit vorhanden, und da die Frühobsternte bekanntlich diesmal dem freien Handel überlassen war, bot das Ergebnis den Gegnern dieser Institution willkommenen Anlaß, daran ihr Mütchen zu kühlen. Aber auch die Anhänger mußten zugeben, daß ihre Erwartungen enttäuscht wurden. Volksernährungsamt und „Geos" triumphierten. In verschiedenen Verlautbarungen wurde teils offiziell, teils halboffiziell auf das klägliche Ergebnis der Frühobstaufbringung hingewiesen und der Bevölkerung an diesem lehrreichen Beispiel bewiesen, wohin es ohne die Segnungen der zentralen Bewirtschaftung gerät. Diese Erwägungen hatten die Gründung einer neuen „Uebernahms- und Verteilungsstelle" zur Folge, und das Intermezzo endigte ruhmlich. Der freie Handel hatte „versungen und vertan"; für die Spätobsternte trat wieder die zentrale Bewirtschaftung in ihre Rechte.

Das Frühobst endigt mit den Marillen: mit den Zwetschken beginnt das Spätobst. An der Grenze zwischen den beiden Arten, nicht mehr zu der ersten und nicht mehr zu der zweiten Gattung zählbar, stehen die Pflaumen. Sie sind blau, gelb, grün oder rot und werden in Wien „Schluckerln", „Flundern", „Kriecherl" usw. genannt. Jedenfalls standen sie bereits im Zeichen der neuen Uebernahmsstelle, und zur Freude aller Freunde und Anhänger der zentralen Bewirtschaftung gab es in den ersten Augusttagen wahre Massen von „Schluckerln" in Wien. Nach langer Zeit machte wieder einmal der Naschmarkt seinen Namen Ehre; denn man konnte dort blaue Pflaumen „naschen" nach Herzenslust; aber auch auf allen anderen Märkten sah man sie in Quantitäten, die Friedenserinnerungen wachriefen; diese wurden noch dadurch verstärkt, daß man im Vorbeigehen mitunter lang nicht mehr gehörte Worte vernahm: „Schöne Flundern, gnä' Herr, süße Ringlo — bleiben S' stehen, gnä' Herr!" und dergleichen. Man folgte der freundlichen Aufforderung, blieb stehen, prüfte, wählte, bekrittelte, fand die „Flundern" bald zu hart, bald zu naß, brach die Verhandlungen mit der Obsthändlerin ab und wendete sich einer anderen zu, die bereits mit ermunternden Blicken wartete. Es waren schöne Tage.

Dann sank der Höchstpreis. Zuerst auf K. 2.60; dann auf K. 2. Und eines Tages waren die reichen „Schluckerl"-Wagen verschwunden, und zwar mit einer Plötzlichkeit, die an Hexerei gemahnte. Nichts war geschehen; draußen vor den Toren der Stadt gediehen diese bescheidenen Früchte genau so reichlich wie bisher; kein Hagelwetter hatte sie vernichtet, keine Sturmflut sie fortgespült. Sie waren einfach verschwunden, unbekannt wohin; und der naive Verbraucher stand vor einem Rätsel. Noch gestern hätte er Pflaumen haben können so viel er wollte; heute waren sie urplötzlich zum heißbegehrten Leckerbissen geworden, dem man gaßauf gaßab nachrannte. Wobei eine psychologische Merkwürdigkeit erwähnt sei: Der Mensch verliert das Interesse an einer Ware im selben Augenblick, als er sie mühelos haben kann. Dieselben Leute, die in der Zeit der „Schluckerl"-Hochflut achtlos an ihnen vorbeigingen, stellen sich jetzt geduldig darum an und sind überglücklich, wenn sie ein viertel oder halbes Kilogramm erobern. Sie jagen von Greislerladen zu Greislerladen, mustern jeden mit begehrlichem Blick und stürzen wie Habichte hinein, wenn sie blaue Pflaumen drinnen erblicken. Bei den Kürbissen kann man genau dasselbe beobachten: Seit der Markt damit überschwemmt ist, will sie niemand haben, obwohl sie ein angenehmes und wohlschmeckendes Gemüse abgeben. Sie brauchen nur heute ausgehen, so werden schon morgen Kämpfe um sie ausgefochten werden.

Seit dem Ende des kurzen Pflaumenintermezzos sieht der Wiener Markt von Tag zu Tag trostloser aus. Auf dem Naschmarkt soll, wie Frühaufsteher berichten, in den Morgenstunden hin und wieder Obst zu sehen sein. Es wird „in Sturm genommen" und wer später kommt, sieht nur mehr leere Körbe. Es gibt Leute, die täglich mehrmals auf den „Obstmarkt" — wie der Naschmarkt offiziell heißt — gehen und trotz eifrigen Suchens dort auch nicht ein einziges Stückchen Obst erblicken; wenn man nicht ab und zu bei einem Greisler etwas fände, so müßte man auf den Obstgenuß gänzlich verzichten. Aber auch hier ist es ein seltener Glücksfall, wenn man an Obst gerät; es gehört ein aufreibendes Stück Arbeit dazu. Aufreibend und aufreizend zugleich, weil der Gedanke sich aufdrängt, daß das nicht sein müßte, daß nur die völlige kopf- und vernunftlose Wirtschaft diesen Jammer verschuldet hat und daß die Bevölkerung, ohne daß es sein müßte, um ein gesundes und köstliches Nahrungsmittel geprellt wird.

Wer übrigens das Geheimnis erfahren will, wie man in Wien selbst an den obstärmsten Tagen Obst erhalten kann, dem sei es verraten: Er lasse den Tag verstreichen und — warte auf die Nacht. In der Nacht — so zwischen Zehn und Zwölf — sieht man in einzelnen Straßen der Stadt die untertags vergeblich gesuchten „Schluckerln" in beliebiger Anzahl. In der Praterstraße, dem Zentrum des nächtlichen Obstmarktes, kann man sie an vier, fünf Stellen mühelos und ohne Anstellen erwerben, ebenso in der Kärntnerstraße, wo gleichfalls eine oder mehrere Obstlerinnen in den späten Abendstunden aufzutauchen pflegen. Freilich kostet das Kilo blaue Pflaumen sechs Kronen, während grasgrüne Birnen unter acht bis zehn Kronen nicht zu haben sind. Nicht unerhebliche Mengen von Obst kommen auf diese Art zahlungskräftigen Bummlern zugute, während es anderen, die es zur Stillung des Hungers brauchen würden, unerreichbar ist.

Die jüngsten Verlautbarungen des Ernährungsamtes sprechen auffallenderweise von einer ungünstigen Spätobsternte; da private Mitteilungen aus den Produktionsgebieten zu dieser Angabe in Widerspruch stehen, hat es den Anschein, als würde man amtlicherseits schon beizeiten für das Versagen der Obstaufbringung einen Sündenbock suchen. Bis jetzt steht es mit der Wiener Obstversorgung so schlecht wie nur irgend möglich. Der freie Handel hat bei dem Frühobst versagt, das ist wahr; die zentrale Bewirtschaftung des Spätobstes aber bisher Ergebnisse gezeitigt, die keinen sehr rosigen Ausblick in die Zukunft ermöglichen. Das so oft erprobte Sprichwort: „Es kommt nie etwas Besseres nach!" scheint sich wieder einmal bewahrheiten zu wollen.

Arbeiterzeitung
18./VIII. 1918

58

Der Obstmangel und die Obstpreise.

Wer in den letzten Tagen auf den Obstmarkt an der Wienzeile kam, den man einst wegen seiner Fülle an Obst den Naschmarkt nannte, war erstaunt, daß sich da noch immer nichts von den Genüssen einstellen will, die uns dieser Sommer verhieß. Sie schienen zwar schon im Frühling nicht so vielversprechend zu sein als in dem vorausgegangenen reichen Apfeljahr, aber es gab doch hie und da Marillen, Ringlotten und Zwetschken in Menge. Aepfel und Birnen gerieten nur stellenweise gut, im allgemeinen erholen sich diese Obstbäume von dem Zuviel des vorausgegangenen Jahres. Doch in Marillen hätten wir so viel zu erwarten gehabt, daß jede Familie davon einen Vorrat hätte anlegen können. Und wohin kam das alles? Die Marillenzeit geht zu Ende. Von den mit Früchten überladenen Bäumen verschwand das Obst spurlos zu unsinnigen Preisen. Wer ein Kilogramm für 4 Kronen erhielt, glaubte billig gekauft zu haben, weil man dafür zumeist 5 bis 7 Kronen verlangte. Der reichliche Regen ließ die heimischen Marillen wässeriger und weniger aromatlich werden als sonst und dennoch lief sich mancher die Füße aus, um nur ein Kilogramm zu bekommen. Wären nicht aus Kroatien vor Wochen größere Zufuhren erfolgt, dann würden wir Marillen kaum zu sehen bekommen haben. Das ist der Segen der freien Bewirtschaftung des Frühobstes, der heuer zu einer Mißwirtschaft führte, wie sie nie vorher da war. Preistreibereien schlimmster Art genügten den guten Patrioten nicht. Sie weigerten sich vielfach, an „hergelaufene" Leute Obst um Wucherpreise allein abzugeben, wenn sie nicht noch Tauschwerte dafür bekamen. Jeder, der etwas dafür herzugeben hatte und außerdem die Wucherpreise nach oben trieb, konnte sich mit Marillen versorgen. Man hörte von Leuten, die bis zu 100 Kilogramm eingekocht und dafür den Zucker aufgetrieben haben, während zahllose Kinder nicht ein Stück dieses Obstes bekamen. Eine der reichsten Marillenernten versickerte gänzlich an die Kriegsgewinner. Nicht anders scheint es mit Birnen und Aepfeln zu werden, für die Höchstpreise gelten. Ein Kilogramm Frühbirnen sollte um knapp über eine Krone erhältlich sein. In den Wiener Straßen werden sie hie und da abgegeben, aber nur zum Kilogrammpreis von sechs Kronen und teurer. Auch auf den Schiffen der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft treibt die Preistreiberei schöne Blüten. Da kostet ein Kilogramm kleiner Frühbirnen 6·50 Kronen, ein Kilogramm Marillen ebensoviel. Das ist gewiß keine ungarische Ware, weil man beobachten kann, wie sie aus der Wachau auf die Schiffe gebracht werden. Man hat wieder für ungarische Ware keine Höchstpreise festgesetzt und damit heimischen Wucherern den Weg gezeigt, wie sie es anstellen müssen, ihre Ware schamlos zu verteuern. Nun gibt es bisher scheinbar keine einheimischen Birnen und Aepfel, keine Reineclauden und Zwetschken. Alles ist „ungarische Ware" und kostet mindestens 3 bis 5 Kronen und mehr. Geht es so weiter, dann wird niemand um den Höchstpreis Ware bekommen, weil es jedem Händler und jedem Produzenten leicht gemacht wird, die Höchstpreise zu mißachten. Unter den Augen der Behörden in und um Wien und im übrigen Oesterreich wird das heimische Obst zu Wucherpreisen verkauft. Eine überaus reiche Zwetschkenernte steht bevor. Geht man nicht daran, sie zu erfassen, so wird man auch davon nichts im Handel sehen. Der Naschmarkt bleibt leer wie nie vordem. Man erzählt täglich, wie viel Obst zugeführt wurde, und sieht dort kaum etwas, weil es korbweise an Zwischenhändler oder an Hotels und an Reiche verkauft wird. Die Unbemittelten müssen sich stundenlang anstellen, um mit Mühe ein Kilogramm oder nichts zu bekommen. Wozu haben wir noch eine Gemüse- und Obststelle, wenn sie im zweiten Jahre ihrer Tätigkeit schläft? Der Lärm der Vorkämpfer für Preistreiberei und Ausbeutungsfreiheit hat anscheinend alle Hindernisse für die Wucherer aus dem Felde geräumt. Im fünften Kriegssommer stehen wir ohne Obst da und die Verantwortlichen schämen sich nicht, Verordnungen zu machen, von denen sie wissen, daß sie auf dem Papier bleiben werden. Geduldig sehen die Massen zu, wie ihnen auch heuer das Obst entzogen und im freien Handel den Fressern zugeführt wird. So suchen die Verantwortlichen uns zu beweisen, daß es ein Glück ist, in Oesterreich zu leben.

Vossische Zeitung 26/VIII. 1918.

Ebereschen-Marmelade.

Von

Professor W. Wetekamp,

Direktor des Werner-Siemens-Realgymnasi.

Im Morgenblatt der „Vossischen Zeitung" vom 23. August wird mitgeteilt, daß bei der knappen Obsternte wahrscheinlich eine Streckung der Marmelade mit Möhren nötig sein würde, und daran die Befürchtung geknüpft, daß wir vielleicht dieselbe böse Erfahrung machen würden, wie bei der Streckung mit Kohlrüben, die ein Erzeugnis lieferte, das kaum genießbar war. Ganz so schlimm wird es jedenfalls nicht werden, denn die Möhre enthält nicht jene scharfen, leicht zersetzlichen und dann häßlich riechenden Stoffe wie die Kohlrübe. Der Zusatz von Möhren war auch schon in Friedenszeiten besonders für Apfelsinenmarmelade vielfach üblich. Immerhin kommt es dabei sehr auf die Sorten an; manche haben einen so hervorstechenden Geschmack, daß sie in der Tat den Wert der Marmelade stark herabzusetzen imstande sind. Zudem kommt die Möhre auch als unmittelbares oder mittelbares (Umweg über Schlachtvieh) Nahrungsmittel zu sehr in Betracht, als daß wir sie in größeren Mengen zu Streckungszwecken gebrauchen sollten. Wenn einmal gestreckt werden soll, so dürfte sich der Kürbis mehr empfehlen, da er im Geschmack völlig indifferent ist.

Aber muß denn unbedingt gestreckt werden, stehen uns nicht noch bedeutende, bisher ungenutzte Schätze für die Vermehrung zu Gebote? Ich glaube ja. Tausende von Zentnern guter Marmelade könnten gewonnen werden, wenn wir eine stellenweise in ungeheuren Mengen vorkommende, unserem Obst nahestehende Frucht genügend ausnutzen wollten; ich meine die Vogelbeer oder Eberesche (Eber = aber in Aberglaube = falsche). Die Frucht hat angenehmen, kräftigen Duft, sie enthält Zucker und viel Apfelsäure, und erinnert in frischem Zustande im Geschmack an den der Preiselbeere. Die aus ihr gewonnene ungezuckerte Marmelade hat einen etwas bitteren, aber nicht unangenehmen Geschmack, der an das Orangenbittere erinnert. Durch Zusatz von Zucker kann das Bittere leicht auf ein angenehmes Maß herabgemildert werden. Wer einmal den Versuch gemacht hat, die uns gelieferte, gewöhnlich etwas zu weichlich-süßliche (Sacharin?) Marmelade mit etwas Vogelbeermarmelade zu mischen, wird angenehm überrascht gewesen sein von dem vorzüglichen, herzhaften, die Magennerven anregenden Geschmack.

Die Ernte der Vogelbeere ist sehr leicht und lohnend, da die Eberesche fast stets einen Fruchtansatz zeigt wie kaum ein anderer Baum. 20—30 Pfd. in einer Stunde zu pflücken dürfte nicht allzu schwer sein (dabei wird jetzt in Berlin ein Wucherpreis von 90 Pf. für das Pfund verlangt!). Es genügt, die Dolden abzuschneiden und nachher von der Erde aufzulesen. Empfehlenswerter ist es noch, die Beeren gleich am Stamme von den Stielen loszulösen, was sehr leicht ist, und in einem untergehaltenen oder untergehängten Schirm fallen zu lassen. Möchten die ungeheuren Mengen von Vogelbeeren, die in unserem Vaterlande wachsen, in diesem Jahre nicht ungenutzt verloren gehen.

Neues Wiener Tagblatt Abendl
20./VIII. 1918

a
20
60

Gefährliche Lebensmittel.

Wieder zehn Personen durch Schwämme vergiftet.

Vor wenigen Tagen erst wurde über die zahlreichen Vergiftungen berichtet, welche sich verschiedene Personen durch den Genuß gifthältiger Schwämme zugezogen haben. Drei der Vergifteten sind gestorben, zwölf andre befinden sich noch in Spitalspflege. Nun wird neuerlich die schwere Erkrankung von zehn Personen gemeldet, welche Vergiftungen ebenfalls auf nicht genießbare Schwämme zurückzuführen sind. Bei den Vergiftungsfällen in der vorigen Woche sollen die Schwämme zum Teil durch einen Hausierer verkauft worden sein. Bei den neuerlichen Erkrankungen ist die eigene Unvorsichtigkeit der davon Betroffenen schuld, welche die Schwämme selbst gepflückt und sie dann zubereitet haben, ohne daß sie die genießbaren Pilze von den ungenießbaren hätten unterscheiden können.

Im Hause Hetzendorferstraße Nr. 146 erkrankten nach Genuß solcher giftiger Pilze die 63jährige Private Anna Rössel, die 17jährige Agnes Mischnik, der sechsjährige Friedrich Schlewitzko, die vierjährige Elisabeth Schlewitzko und der achtjährige Karl Mischnik. Sie hatten selbstgesammelte Schwämme genossen. Der Zustand der Erkrankten, die in das Spital gebracht werden mußten, ist ein sehr bedenklicher.

Im Hause Lienfeldergasse Nr. 83 erkrankten ebenfalls gestern die 46jährige Reservistenfrau Magdalena Judek, dann ihre Kinder: Friedrich, 17 Jahre alt, Marie, 15 Jahre alt, Magdalena, 12 Jahre alt, und Therese, 11 Jahre alt, unter Erscheinungen einer schweren Vergiftung durch Schwämme. Sie hatten Pilze genossen, die sie selbst im Steinbruch gepflückt hatten. Der Zustand der Familie ist gleichfalls sehr bedenklich.

Vier Erkrankungen durch Wurstvergiftung.

Gestern erkrankten im Hause Lienfeldergasse Nr. 40 der 18jährige Dreherlehrling Richard Reinberger und sein Bruder, der 15jährige Hilfsarbeiter Leopold Reinberger, unter Erscheinungen einer schweren Wurstvergiftung. Sie wurden ins Krankenhaus gebracht. Ihre Mutter und Schwester sind leichter erkrankt und konnten in häuslicher Pflege bleiben. Die Untersuchung über die Herkunft der genossenen Wurst ist eingeleitet. Der Zustand der beiden Brüder ist lebensgefährlich.

Die Zeit Abendbl
20./VIII. 1918

6n

Das verschwindende Obst.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Zu den Eigentümlichkeiten unserer kriegerischen Zeit muß auch der Umstand gerechnet werden, daß Naturprodukte, wenn sie auch in reichem Maß vorhanden sind, der Bevölkerung dennoch unzugänglich bleiben. Sie verschwinden plötzlich vor unseren Augen. Es wird künstlich eine Not geschaffen, indem die betreffenden Artikel um jeden Preis für Fabriken aufgekauft werden. Nach Wochen und Monaten kommen sie dann in einer Form auf den Markt, die mit Umgehung der ursprünglichen Höchstpreise den Fabrikanten gestattet, Phantasiepreise zu verlangen. Dies ist namentlich bei den Nahrungsmitteln, wie Obst, Gemüse, Beeren usw., der Fall. Diese Nahrungsmittel sind im frischen Zustand, wo sie doch noch am schmackhaftesten und bekömmlichsten sind, schwer zu haben. Später kommen sie dann als Marmeladen, Powidel, Sauerkraut usw. oder in getrocknetem Zustand oft in großen Mengen, meist verfälscht, gar auch schon verdorben, zum Vorschein. Selbstverständlich viel teurer, als es der Einkaufspreis gerechtfertigt erscheinen läßt. Dabei können die Fabrikanten dem Produzenten für die frische Ware die höchsten Preise zahlen. Sie wird dem Verbraucher einfach entsprechend höher berechnet. Infolge der großen Prosperität wachsen die Konservenfabriken, zum Nachteil für das allgemeine Wohl, wie die Pilze aus der Erde. Sie haben sich nachgerade zu Schädlingen für die Ernährung der Bevölkerung herausgebildet.

Besonders vergriffen sind die Zwetschken. Sie werden nicht nur getrocknet und zu Marmelade und Powidel — sondern auch zu Sliwowitz verarbeitet. Dieses Getränk hat heute einen Wert von zirka 50 K. pro Liter, so daß der Produzent die Zwetschken erst gar nicht verkauft, sondern Sliwowitz daraus brennt. Es soll zwar die Herstellung des Sliwowitz in Haushaltungen nicht gestattet sein, aber seit wann kümmert sich der Produzent um solche Nichtigkeiten? Wenn er so kleinliche Bedenken hätte, dann würden sich in seine Kammern nicht alle die Schätze eingefunden haben, die der Städter, vom Hunger getrieben, schweren Herzens hinschleppt, um sich zu Phantasiepreisen Nahrungsmittel zu erkaufen, dann würden heute die bäuerlichen Sparkassen nicht solche Einlagen aufweisen, dann würden die Grundbesitzer nicht so glänzend dastehen und es nicht möglich sein, daß trotz aller Requisitionen auch noch heute Mehl im Schleichhandel waggonweise zu haben ist.

Und so ist auch heuer, wo eine überaus reiche Zwetschkenernte zu gewärtigen ist, zu befürchten, daß wir uns mit dem Anblick der reich beladenen Bäume werden zufrieden geben müssen, wenn nicht wenigstens die Verarbeitung auf Sliwowitz verhindert wird. Bei nur ein wenig gutem Willen kann dieses leicht geschehen. Die Fässer müssen ja monatelang im Keller liegen. Dort können sie einer ernsten Kontrolle unmöglich entgehen.

Die Bevölkerung, die schon so große Entbehrungen ertragen muß, erwartet mit Sehnsucht, daß nicht auch noch die Zwetschken ihr entzogen und der Gewinnsucht der Produzenten und Fabrikanten geopfert werden.

Ingenieur A. H."

Vossische Zeitung 20/VII. 1918.

6

Das Obst für Groß Berlin.

Von

Magistratsrat Dr. Kurt Gordan,

Dezernent in der Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung der Stadt Berlin.

Als die Frühobstzeit kam, hörte man von umfangreichen Maßnahmen zur Sicherung der Frühobsteinfuhr, die Bevölkerung hoffte und — im wesentlichen war Obst nicht zu sehen. Nun ist es gewiß nicht nur von theoretischer, sondern von höchst praktischer Bedeutung für die Maßnahmen der Zukunft, die Gründe festzustellen, die die Enttäuschung der Bevölkerung verursacht haben. Man sieht das Obst draußen auf Bäumen, gute Freunde vom Lande erzählen von dem diesjährigen reichen Segen an Beerenobst, namentlich Johannisbeeren, man weiß, daß auf der Tafel des Begüterten auch in Kriegszeiten vielfach das Obst nicht fehlt — oder vermutet es wenigstens —, schließlich werden von berufener Seite große Zahlen über die Zufuhr von Obst nach Berlin veröffentlicht, — und schnell bildet sich das Urteil: das Obst ist also da; es ist da, wie das Brot da ist, nur wird es nicht richtig verteilt! Zunächst weiß nun aber jeder überlegte Beobachter, daß die Einfuhrverhältnisse sich im Kriege derart geändert haben, daß normalerweise noch nicht der fünfte Teil der Zufuhr von Obst nach Berlin kommen kann. Es fehlen die Erdbeeren und Kirschen aus Frankreich und Italien, die Apfelsinen und die zahllosen Zentner ausländischer Aepfel, die es ermöglichten, daß eigentlich Berlin das ganze Jahr hindurch nie ohne Aepfel war, es fehlen Pflaumen vom Balkan und die süßen Bananen, die in den letzten Jahren vor dem Kriege ein Handelsartikel ersten Ranges in Berlin geworden waren. Von vornherein entfällt also die Möglichkeit, es könne das Bedürfnis nach Obst in Berlin auch nur zum kleinen Teil befriedigt werden.

Wenngleich wohl nun immer und immer wieder gesagt wird, daß sich an Obst ein reicher Segen über Berlin ergossen habe, und von großer Einfuhr zuweilen bis zu 2000 Zentner täglich gesprochen wird, so sollte man eigentlich in der heutigen Zeit, in der wir uns leider gewöhnen müssen, große Zahlen für klein und ungeheure Zahlen für normal zu halten, vor diesen Zahlen nicht mehr erstaunen. Was bedeuten täglich 2000 Zentner, also 200 000 Pfund, für Groß-Berlin, mit seinen nahezu 4 Millionen Einwohnern, seinem großen Fremdenverkehr und — seinem unüberwindlichen und doch auch berechtigten Wunsch, einzukochen, was nur das Weckglas halten will. Hier behaupten zu wollen, bei richtiger Verteilung würde alles gut gehen, heißt doch wirklich, das Pferd beim Schwanze aufzäumen. Erst Ware, dann Verteilung! Ob bei einer besonders günstigen Ernte doch einmal auch in Berlin der sehr gefährliche Versuch, so leicht verderbliche Ware zu rationieren, Erfolg verspricht, wir wissen es heute noch nicht. Eins ist sicher: daß niemand so vermessen sein wird, behaupten zu wollen, daß es jemals gelingen würde, selbst die obengenannte Gesamteinfuhr aus Werder restlos zu rationieren. Dies ist ebenso wenig möglich, wie die Butter, Nährmittel u. ä. restlos zu erfassen. Wir würden also nur wie bei diesen zweifellos leichter zu erfassenden Nahrungsmitteln mit einer Teilerfassung rechnen können. Ob es aber zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen würde, einmal im Sommer offiziell ein Pfund Obst zugewiesen zu bekommen, muß man zum mindesten als sehr zweifelhaft ansehen.

Vorbedingung für jede Rationierung ist eben eine wirklich ausreichende Zufuhr. Wer behaupten will, daß das dies Jahr geschehen ist, geht von irrigen Voraussetzungen aus. Vor allen Dingen muß der bedauerlicherweise immer wieder neu gerügte Wahn zerstört werden, als sei die Werdersche Zufuhr für Berlin ausschlaggebend. Jeder Sachkundige weiß, daß die Zufuhr aus Werder selbst in vollen Erntejahren nur einen Bruchteil des Bedarfs gedeckt hat. Vielleicht mag die vollkommene Versorgung Berlins von Werder in den Tagen des Vormärz stattgefunden haben. Seitdem ist aber die Einwohnerzahl von 400 000 auf annähernd 4 Millionen gestiegen. Gewiß wollen wir die städtische, mit dankenswerter Unterstützung der Reichsstelle für Gemüse und Obst geschaffene Organisation der Zufuhr aus Werder als eine Grundlage für die Versorgung nicht gering anschlagen. Aber die Hauptsache ist und bleibt die Zufuhr aus anderen Gegenden des Deutschen Reiches. Und aus diesem Grunde war die Neigung der Werderschen Obstzüchter in diesem Jahre wenn auch verständlich, so doch nicht verzeihlich. In der Massenzufuhr von Obst ist Berlin auf Schlesien, Thüringen, die Rheingegend und Süddeutschland angewiesen, und diese Zufuhr hat versagt. Versagt, weil unter leider ungünstigen Ernteverhältnissen wiederum der Widerstand der vielen kleinen Könige in Preußen und im außerpreußischen Deutschland die Sorge für den engen Kreis der eigenen Bevölkerung dem großen Ziel der Versorgung der großen Städte voransetzte.

Es würde zu weit führen, hier die große Frage „Frühobstbewirtschaftung oder nicht" zu erörtern. Die Frühobstbewirtschaftung kann Treffliches wirken, sie kann aber auch die großstädtischen Märkte entblößen. Getraut sich die Reichsstelle für Gemüse und Obst zu, ein wirklich straffes Regiment zu führen und weiß sie, daß sie die Ausfuhr aus einem Gebiet unbedingt zur Durchführung bringen kann, so läßt sich gegen die öffentliche Bewirtschaftung nichts sagen. Kann sie das nicht — und niemand weiß besser als der, der täglich mit diesen Dingen zu tun hat, wie sehr das rastlose Bemühen der Reichsstelle, für Berlin zu sorgen, an den kleinen und auch großen Widerständen draußen scheitert —, so ist die öffentliche Bewirtschaftung ein ganz gefährliches Ding, und bei dieser allerdings zu beklagenden Voraussetzung erscheint die völlige Freilassung noch als das kleinere Uebel; denn wenn, wie das jetzt geschieht, nur der zur Ausfuhr von der örtlichen Stelle freigegebene Ueberschuß verteilt wird, so steht dies, mag auch dabei der Anteil Berlins noch so groß sein, nur auf dem Papier. Gewöhnlich sind dann Ueberschußmengen überhaupt „nicht vorhanden".

Aber nun noch ein Wort über die Wirkung der Höchstpreise. Vielfach wird zum Versuch zur Aufhebung sämtlicher Höchstpreise geraten. Daß damit aber ein Kampf aller gegen alle, Gemeinden, Handel, Großverbraucher, Private entbrennen und namentlich bei schwächerer Ernte eine ungeheure Preissteigerung herbeigeführt wird, erscheint überaus wahrscheinlich; nötigt aber das starke Ansteigen der Preise doch schließlich auf Drängen der Minderbemittelten zur plötzlichen Festsetzung von Höchstpreisen, so erleben wir im großen das Beispiel, das wir in diesem Jahre im kleinen, namentlich bei Erdbeeren, erlebt haben. Die Festsetzung von Höchstpreisen, bevor eine Ware auf den Markt kommt, mag dem Schleichhandel etwas steuern und die Zufuhr verringern. Die Festsetzung von Höchstpreisen, nachdem eine Ware bereits zu hohen Marktpreisen auf dem Markte gewesen ist, läßt sie aber vollständig verschwinden.

Wir wissen, daß im Rahmen dieser kurzen Betrachtungen alle die schwierigen Fragen, an deren Lösung jedes redliche Streben, in der Kriegswirtschaft Befriedigendes zu leisten, fortgesetzt zu scheitern droht, nicht völlig gelöst werden können. Es erscheint uns aber als eine überaus wichtige Aufgabe, wenigstens die Hauptgesichtspunkte der Obstversorgung kritisch zu beleuchten, damit nicht, wie dies ja bedauerlicherweise so vielfach geschieht, Unzufriedenheit dadurch erregt wird, daß der Bevölkerung gesagt wird, dem Mangel an Obst sei durch eine einfache Organisation abzuhelfen. Nichts muß beunruhigender wirken als das Gefühl, die Not könne mit einem Schlage durch geschickte Handhabung der Verteilungsgeschäfte geändert werden. Das Bedürfnis nach Obst wird, das wiederholen wir immer und immer wieder, durch die Zufuhr einiger Waggons täglich besser gestillt als durch hundert neue Verteilungskarten.

Neues Pester Journal

21./VIII. 1918

63

Obstausfuhr nach Galizien.

Sperrung Oberungarns für den Export.

Aus Eperjes wird uns geschrieben: Im Tárczaer Stuhlbezirk (Komitat Sáros) war heuer eine reiche Marillenfechsung. Diese betrug nach beiläufiger Schätzung 3000 Meterzentner. Auf diese Nachricht hin überfluteten die Galizianer den Platz und boten 5—6 K. für das Kilogramm Marillen, welche sie dann zu dem horrenden Preis von 10—12 K. verwerteten. Die Behörde aber maximierte deren Preis mit 1 K. 90 H. und war diesbezüglich beim Ernährungsminister vorstellig. Der Ernährungsminister hat die Ausfuhr des Obstes verboten und ordnete an, daß die Marillen in den Komitaten Oberungarns in erster Reihe den Beamten und der armen Bevölkerung verkauft werden sollen.

Neue Freie Presse
21./VIII. 1918

64

[Pilzvergiftung und Volksaufklärung.] Wir halten heute dem abendlichen Polizeibericht zufolge bei sieben Todesfällen infolge Pilzvergiftung. Das ist ein trauriger Rekord, der sicherlich in keinem der Vorjahre erreicht wurde. Heuer ist ein schwämmereiches Jahr, und überdies sind viel, viel mehr Leute darauf angewiesen, von der verschwenderischen Wohltat der Natur Gebrauch zu machen, Schwämme zu sammeln und mit ihnen ihren Hunger zu stillen. Was einmal liebenswürdiger, harmloser Feiertagssport war, hat die bittere Not der Zeit zu etwas Notwendigem, zu etwas Unvermeidlichem avancieren lassen. Jetzt heißt es, den geänderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Und zwar so schnell als möglich. Lieber heute als morgen. Die Todesfälle infolge Pilzvergiftung dürfen sich nicht zu einer ständigen Rubrik in den magistratischen Tabellen über die Volksbewegung in Wien herauswachsen. Man muß — die Rathausgewaltigen mögen solchen Vorstoß gegen ihr Parteiprogramm verzeihen — etwas für die Volksaufklärung tun, und zwar ohne vorhergehende Enqueten und Kommissionsberatungen. Heute sind es, wie gesagt, nicht mehr ausschließlich vereinzelte Sonderlinge, die nach einem Regentag im Wienerwald nach eßbaren Pilzen suchen. Heute unternehmen die Leute familienweise Streif- und Beutezüge, um zu einem Schwämmegericht zu gelangen. Da kann man sich keineswegs damit zufriedengeben, daß irgendein Wanderlehrer oder ein kleiner Bezirksverein auf eigene Faust Pilzvorträge veranstaltet und die Schwämmesucher zu belehren trachtet, welche Pilze eßbar sind und welche ihre Gesundheit und ihr Leben bedrohen. Die Regierung ist bereits mit gutem Beispiel vorangegangen und veröffentlicht eine allerdings ein wenig allgemein und akademisch gehaltene Belehrung, wie man giftige Pilze zu erkennen vermöge und wie man sich im Falle von Pilzvergiftungen zu verhalten habe. Die Gemeinde soll dieses gute Beispiel in verstärktem Maße befolgen und die Sache gründlich in die Hand nehmen. An allen Straßenecken müssen über Nacht gemeinverständlich gehaltene, womöglich mit Illustrationen versehene Kundmachungen angeschlagen werden, welche die Schwämmesucher vor lebensgefährlichen Verwechslungen zu bewahren geeignet sind. Bis zum Schulbeginne sind noch einige Wochen. Der Gemeinde stehen jetzt die Turnsäle der Schulen zur Verfügung. Dort sind Pilzvorträge zu veranstalten, dem kleinen Manne, seiner Frau, seinen Kindern zugänglich zu machen. Der Großstädter wurde in der Friedenszeit der Natur immer mehr entfremdet. Er hat jeden Zusammenhang mit Wald und Flur, mit Wiese und Acker verloren. Des Lebens Notdurft zwingt ihn jetzt vielfach, diesen Zusammenhang wieder herzustellen, und dabei muß ihm eine vernünftige Kommunal- und Sozialpolitik behilflich sein. Aus den traurigen Berichten vom Kriegsschauplatze der Pilzsucher geht aber hervor, daß nicht in allen Fällen eigene Unvorsichtigkeit und Unkenntnis die Quelle lebensgefährlicher Verwechslungen gewesen ist. Bald haben Hausierer giftige Schwämme ihrer unglücklichen Zufallsbundschaft verkauft, bald wurden die verhängnisvollen Todespilze sogar auf einem vorstädtischen Markte feilgeboten. Wo blieb die Marktpolizei? Wie war es um die Tätigkeit der behördlichen Kontrollorgane bestellt? Der Konsument, der sich auf den schlecht beschickten Märkten herumschlagen und übervorteilen lassen muß, soll doch wenigstens die Beruhigung haben, daß er den Einkauf nicht mit seiner Gesundheit oder gar mit seinem Leben bezahlen muß. Solche Ueberschreitung der Höchstpreise wäre am Ende doch noch hintanzuhalten.

Die Zeit
21./VIII. 1918

65

Die guten und die bösen Pilze.

Jetzt darf ich es ja gestehen: Vor vierzehn Tagen noch habe ich von den Schwämmen nicht mehr gewußt als neunzig Prozent der übrigen Menschheit: ich habe die Herrenpilze gekannt und die Eierschwammerln, und ich habe gewußt, daß die herrlich roten, weißgetupften Fliegenschwämme giftig sind. Das war aber auch alles; darüber hinaus waren mir die Schwämme des Waldes ein unbekanntes und etwas unheimliches Gebiet, und ich blickte immer mit einer gewissen Ehrfurcht zu jenen auf, die den Unterschied zwischen dem Edelreizker und seinem giftigen Bruder kannten oder gar behaupteten, daß man die scheußliche, grauschwarze Totentrompete essen könne.

Seit mich aber neulich der Schwammerl-Professor mit auf die Jagd nahm und ich während eines Tages bei ihm bis zur vollständigen Erschöpfung praktischen und theoretischen Schwammerlunterricht genoß, hat sich die Sache wesentlich geändert. Jetzt bilde ich mir ein, von Schwämmen selber etwas zu verstehen, und ich kann es heute gar nicht mehr begreifen, daß es Leute gibt, die nur die Herrenpilze, die Eierschwammerln und die Fliegenschwämme kennen. Und ich bin geradezu entrüstet, wenn ich lese, daß jemand einen giftigen Schwamm gegessen hat. So selbstbewußt haben mich die Lehren meines Schwammerl-Professors gemacht.

Uebrigens ist mein Schwammerl-Professor gar kein Professor, sondern, wenn er nicht gerade, wie eben jetzt, Krieg führt, ein Bankbeamter, der aber noch vor wenigen Wochen an der Isonzofront stand. Wenn ich diesen pilzsuchenden Krieger einen Professor nenne, so geschieht es aus mehrfachen Gründen. Erstens hat er eine Brille auf der Nase. Zweitens weiß er ungeheuer viel und spricht immer in lateinischen Ausdrücken, so daß mir ganz schwül wird. Drittens doziert er ununterbrochen: während der Eisenbahnfahrt, im Walde, während des Essens und sogar dann noch, wenn wir schon im Bette liegen. Und viertens hat er wie ein richtiger Professor für nichts anderes an diesem Tage Auge und Sinn als für seine Wissenschaft: die Schwammerln.

Mit diesem kriegs- und pilzerfahrenen Führer reiste ich also unter den üblichen Beschwerden hinaus in unsere schönen Voralpen. Bevor wir noch an Ort und Stelle kamen, war ich schon über den Entwicklungsgang der Pilzpflanze orientiert und kannte haargenau den Unterschied zwischen Röhrenpilzen und Blätterpilzen, ja ich hatte sogar schon einige lateinische Worte meinem armen Gehirn eingeprägt. Der eigentliche Unterricht aber begann erst am Waldrand, und ich war verblüfft, wie viele Schwämme da überall herumstehen, die ich früher nie beachtet hatte, und wie viele von ihnen man essen kann. Da gab es die verschiedensten Speiseläublinge, Butterpilze und Sandpilze, im Jungholz standen langfüßige Birkenpilze und ein altersschwaches Rothäubchen; auf der Bergwiese aber fanden sich die guten Schmerlinge, denen wir sofort die klebrige Kopfhaut abzogen, und die geschätzten Edelreizker. Nun war der Herr Professor in seinem Element; er stöberte auch einen Giftreizker auf und konnte mir den zwar nicht oberflächlich sichtbaren, aber doch sehr deutlichen und unverkennbaren Unterschied zeigen. Auch der schön weiße, innen rosig angehauchte Waldchampignon, der so süß nach Anis duftet, wurde entdeckt. Eine größere Freude aber hätte ich meinem geschätzten Führer gar nicht machen können, als daß ich ihm bald darauf triumphierend ein Prachtexemplar eines solchen Champignons brachte, das sich allerdings bald als der gefährliche, sehr gifte Knollenblätterpilz entpuppte. Da heißt es freilich aufpassen! Wer die tiefsitzende, kugelige Knolle am Stiel übersieht und nicht darauf achtet, daß die Bläter nicht rosig gefärbt sind, der kann wohl einen Knollenblätterpilz als Champignon nach Hause tragen und einige Stunden später tot sein. Aber mein Schwammerl-Professor bewies mir die Unterschiede so deutlich, daß ich die beiden Pilze nie im Leben verwechseln werde. Je tiefer wir in den Wald stiegen, um so reichere Beute sammelte sich in unseren Körben. Im sonnigen, trockenen Föhrenwald lud ein stattlicher Hexenring von Semmelpilzen zum längeren Verweilen ein. Nie sah ich einen Schwamm in solcher Ueppigkeit wachsen wie diesen appetitlichen, in seiner Farbe so an Kaisersemmeln gemahnenden Pilz, dessen Hüte sich dachziegelförmig übereinander legen, so daß man mit einem Griff eine Brut von mehr als anderthalb Kilogramm aufheben konnte. Man sagt, daß dieser Schwamm, getrocknet und gerieben, einen sehr brauchbaren Semmelbröselersatz abgibt. Ein anderer Schwamm, der große, weiße Pfeffermilchling, hingegen, soll sich sehr gut als Ersatz für Pfeffer oder Paprika verwenden lassen. Aber das sind wohl bedeutungslose Spielereien.

Stunde um Stunde geht das Wandern weiter, durch Steilwald hinauf und hinunter, unter mächtigen Fichten hin oder unter schattigen Buchen, über Gräben und Bäche und über sonnenhelle, stille Waldwiesen. Immer wieder findet und zeigt mein Führer etwas Neues. Jetzt ist es eine prächtige Ziegenlippe, dann ein Brätling, der seinen Namen davon hat, weil er sich so schön braten läßt, ein brauner Samtfußkrempling oder ein weißer Mehlpilz oder gar ein außergewöhnlich groß geratener Schirmpilz. Sie alle könnte man essen, aber die wenigsten Schwämme sind auch nur einige Stunden lang haltbar. Sogar den galligen Geschmack des Bitterpilzes muß ich aus Instruktionsgründen verkosten, wie sehr ich mich auch dagegen wehre. Und schließlich erlebe ich noch die große Freude des Tages und finde einige prächtige steinharte Herrenpilze. Alles andere, mag es von der Wissenschaft noch so gestützt sein, muß zurücktreten gegen diesen schönsten, solidesten und ehrlichsten aller Pilze!

Unterdessen werden die Kenntnisse immer reicher, der Rucksack aber immer schwerer. Es nützt nichts, daß man allen Proviant zusammenißt, der Schwämme sind schon allzu viele. Und wie man endlich mit der ganzen wertvollen Last im Eisenbahnwagen sitzt, ist man todmüde. Aber doch herzlich froh des Gesehenen und Gelernten.

Gewiß, nicht jedermann muß Lust und Eignung haben, ein Schwammerlgelehrter zu werden. Aber das halbe Dutzend der giftigen Schwämme, die es in unseren Gegenden gibt, müßte doch jeder kennen. Den Satanspilz, den Knollenblätterpilz, den Giftreizker, den Fliegenpilz, den Speiteufel und den Kartoffelbovist. Diese Wissenschaft sollte schon jeder aus der Elementarschule mitbringen. Zumindest aber sollte ihrer Erwerbung jeder von denen einen Tag widmen, die in den Wald hinausgehen, um Schwämme zu sammeln. Wäre es der Fall, dann würden die Berichte über Vergiftungen durch Schwämme in diesen Tagen in den Zeitungen nicht eine ständige Rubrik bilden. Pf.

* * *

Fremdenblatt
21./VIII.1918

66

Die Verwendung der Kürbisse.

Die Kürbisse, die heuer in großen Mengen auf den Markt kommen, können in der Küche sehr vorteilhaft zur Herstellung von Speisen verwendet werden. Die Hauptsache ist, daß den Kürbissen der überreichliche Wassergehalt entzogen wird. Sie dürfen keinesfalls im Wasser gekocht werden, sondern müssen entweder, wenn sie als Gemüse genossen werden sollen, im eigenen Saft gedünstet oder, wenn sie als Gebäckzusatz dienen sollen, gebraten werden. Folgende Rezepte erläutern die richtige Behandlung:

Germteig mit Kürbissen. Ein Kürbis wird geschält, in der Mitte auseinandergeschnitten und von den Kernen befreit. Man legt die beiden Hälften mit der Schnittfläche nach unten auf ein Bratblech und schiebt dieses in eine mäßig heiße Röhre. Dort wird der Kürbis gelassen, bis der Wassergehalt möglichst verdunstet ist. Hierauf nimmt man den Brei mit einem Glas- oder Silberlöffel aus der Schale, läßt ihn, wenn es eine weniger mehlige Kürbissorte ist, noch ohne jeden Zusatz unter fortwährendem Rühren in einer Kasserole eindicken. Dieser Brei wird in einem Weidling mit Mehl, etwas Zucker, etwas aufgelöstem Fett und einem Dampferl aus Germ und lauwarmer aufgelöster Trockenmilch geknetet, bis man einen glatten Teig erhält. Aus diesem Grundteig kann man alle Mehlspeisen bereiten, die man aus gewöhnlichem Germteig herzustellen gewohnt ist. Man kann ihn entweder im ganzen als Frühstücksbrot backen oder aus ihm kleine Buchteln, beziehungsweise Kipfel usw. formen. Auch zu gefüllten Germknödeln, die man in Salzwasser kocht, läßt er sich verwenden. Das Kürbisgewicht darf höchstens ein Drittel des gesamten Teiges betragen.

Obstkuchen. Die Kürbisse werden wie oben vorgerichtet. Sodann treibt man Dotter mit Zucker ab und gibt die Kürbisse, nach Bedarf auch Mehl, sowie den Schnee der verwendeten Eier nebst Backpulver hinzu. Die Masse kommt in eine Tortenform, wird mit frischen Beeren belegt und im Rohr gebacken.

Kürbisse auf einfachste Art einzulegen. Die halbreifen Kürbisse werden geschält und fein geschnitten. Dann gibt man sie lagenweise in einen Holzkübel oder in einen größeren irdenen Topf, bestreut jede Lage mit Salz und Kümmel, drückt sie fest ein und gibt einen entsprechend beschwerten Holzdeckel darüber. Um das Sauerwerden zu beschleunigen, stellt man das Gefäß an einen warmen Ort. Die eingelagerten Kürbisse müssen ebenso peinlich rein gehalten werden wie das eingelegte Kraut, jede Schaumbildung muß entfernt werden und die Ränder mit frischem Wasser und einem reinen Leinentuche abgewischt werden. Die gut gesäuerten Kürbisse können eingebrannt oder gedünstet werden.

Kürbispowidl. Die Kürbisse werden geschält, entkernt und geschnitten, sodann in Essig an einer warmen Herdstelle langsam zum Kochen gebracht, bis sie eine gleichmäßige Masse bilden. Dann gibt man zur Aromatisierung Preiselbeeren, Heidelbeeren und Himbeeren hinzu, süßt nach Geschmack und läßt die Masse dick einkochen. Das Fertigprodukt ist unter dem Namen „Kunstmarmelade" bekannt.

Neue Freie Presse
21. VII. 1918

Verhaftung eines Gemüseeinkäufers der Gemeinde Wien.

Wien, 20. Juli.

In Prag ist gestern der für die Stadt Wien mit dem Einkauf von Gemüse betraute Kommissär Josef Adametz verhaftet worden. In Prag verlautet, daß er im Vorjahre bei der Requisition von Gemüse einen Bauern angeschossen habe. Er wurde wegen dieser Tat zu vier Monaten schweren Kerkers verurteilt. Die Revision ist vom Obersten Gerichtshof noch nicht erledigt. Die Dienststelle der Polizeidirektion Prag zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers hat in den letzten Tagen in Erfahrung gebracht, daß Adametz mit dem Gemüse der Stadt Wien große Betrügereien verübte, bei denen auch die Stadt Wien geschädigt erscheint. Angeblich handelt es sich hiebei um die Fälschung von Transportbescheinigungen im großen.

Die „Rathauskorrespondenz" meldet hiezu: Die Gemeinde Wien hat mit Josef Adametz einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge er verpflichtet ist, für die Gemeinde Wien Anbauverträge über Karotten, Frühkraut und Mairübe mit Landwirten der politischen Bezirke Kolin, Czaslau, Kuttenberg, Neubydzow, Pardubitz und Podiebrad abzuschließen und die Ernte zu übernehmen und zu bezahlen und an die Gemeinde Wien abzuliefern. Eine Mindestmenge von 500 Waggons zu 10.000 Kilogramm ist von ihm garantiert mit einem Pönale von 1000 K. für jeden nicht zur Ablieferung gelangenden Waggon. Die Sämereien wurden ihm von der Gemeinde Wien unter Haftung des Samenlieferanten beigestellt. Ueber die Vertrauenswürdigkeit und Anständigkeit des Adametz wurden vor Vertragsabschluß Informationen bei der Länderbank eingeholt, welche günstig lauteten. Adametz war im Vorjahre als Kommissär der Gemüse- und Obstversorgungsstelle tätig gewesen. Die Gemüse- und Obstversorgungsstelle stellt gleichfalls über ihn das beste Zeugnis aus. Anfang Juli wollte Adametz mit der Lieferung von Mairübe und Karotten beginnen. Da die Früchte zu schwach entwickelt waren und die Karotten mit Blätterwerk geliefert werden sollten, wurde vereinbart, mit der Anlieferung noch bis zur zweiten Hälfte Juli zu warten und die Bodenfrüchte dann ohne Blätterwerk zu liefern. Dem Adametz wurden 50 Stück Gemüsetransportscheine übermittelt. Nach den Berichten zu schließen, dürfte Adametz diese Transportscheine abgeändert und für anderweitige Gemüsesendungen verwendet haben. Welche Mengen Gemüse auf diese Weise der Gemeinde Wien verloren gegangen sind, ist unbekannt, doch dürfte es sich kaum um größere Partien handeln, da die Gemüseernte nach dem Aussehen der hier vorgelegten Muster zu schließen, erst vor kurzem begonnen haben konnte. Im Auftrag des Bürgermeisters wurden sofort zwei Beamte entsendet, damit die Sachlage festgestellt und die nötigen Anordnungen im Interesse der Gemeinde Wien getroffen werden.

Berliner Lokalanzeiger 22/VIII. 1918.

68

Wo das Obst bleibt.

Die Grundsätze der Reichsstelle für Marmeladebeschaffung.

Die „Reichsstelle für Gemüse und Obst" ist auch in diesem Jahre wieder damit beschäftigt, in starkem Maße Marmelade als Aufstrichersatz für Heer und Bevölkerung zu beschaffen. Die Versorgung der Verbraucher mit frischem Obst leidet unter dieser Politik freilich ganz empfindlich. Bekanntlich gibt es in den Städten jetzt überhaupt fast kein Obst. Ueber die von der Reichsstelle einzuschlagenden Wege zur Erreichung der genannten Ziele entnehmen wir einer von der Amtsstelle ausgehenden Darstellung folgende Einzelheiten:

Die Herbstobsternte, so wird ausgeführt, wird nicht so günstig ausfallen, und Auslandszufuhren fallen in diesem Jahre ganz aus. Deshalb müsse vorläufig das gesamte inländische Obst, soweit es nicht die Eigenschaft von Edelobst hat, der

Marmeladeindustrie zugeführt

werden. Nur auf diese Weise werde es zu erreichen sein, daß im nächsten Winter die angesichts des steigenden Fettmangels immer unentbehrlicher gewordenen Brotaufstrichmittel in annähernd der gleichen Menge und Güte wie im letzten Jahre an die Bevölkerung verteilt werden können. Zugleich muß der wiederum gestiegene Bedarf von Heer und Marine an Obsterzeugnissen (Backobst, Marmelade und Obstkonserven) befriedigt werden.

Hiernach hat sich die Reichsstelle für Gemüse und Obst entschlossen, auch in diesem Jahre die gesamte Herbstobsternte, soweit sie zum Absatz gebracht wird, in Zwangsbewirtschaftung zu nehmen. Es handelt sich dabei um eine selten schwierige Maßnahme, deren sachgemäße Durchführung nur dann gewährleistet sei, wenn die Erzeuger in verständnisvoller Weise mitwirken und wenn die beteiligten amtlichen Stellen unter weitgehender Heranziehung des Fachhandels und sonstiger sachverständiger Kräfte sich bis an die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit den an sie herantretenden Aufgaben widmen. Jedes schematische Vorgehen, jedes starre Festhalten an dem Wortlaute irgendeiner Sonderbestimmung müsse vermieden werden. Denn bei der Mannigfaltigkeit der täglich neu oder in veränderter Form auftretenden Verhältnisse lassen sich die unvermeidlichen Schwierigkeiten nur durch individuelle Behandlung des einzelnen Falles überwinden.

Gruppeneinteilung.

Die Reichsstelle hält für Aepfel und Birnen an der vorjährigen Einteilung in drei Gruppen fest. Die Bezeichnung nach Sorten kommt dabei in Fortfall. Nur die Güte des Obstes, festgestellt nach allgemein gültigen Grundsätzen, und seine Verwendbarkeit sollen die Merkmale für die Zuteilung zu den einzelnen drei Gruppen bilden. Die erste Gruppe heißt „Edelobst", die zweite „Tafelobst" und die dritte „Wirtschaftsobst".

Als Edelobst kommt ausschließlich allerfeinstes, schon bisher in Südfrüchten gehandeltes Obst in Betracht, das vollkommen ausgebildet, ohne Schönheitsfehler und ohne Beschädigungen sein, den anerkannt besten Sorten angehören und das für die betreffende Sorte gültige Mindestgewicht aufweisen muß.

Als Tafelobst sind alle übrigen gepflückten, nach ihrer Beschaffenheit sofort oder nach Ablagerung zum Rohgenuß geeignete Früchte anzusehen unter Ausscheidung sämtlicher kleinen verkrüppelten und beschädigten Früchte.

Wirtschaftsobst ist alles Schüttel-, Most- und Fallobst sowie das aus der Gruppe II ausgeschiedene Obst, soweit es für die Herstellung von Marmelade, zum Kochen und Dörren und zu sonstigen Wirtschaftszwecken geeignet ist.

Die Höchstpreise betragen für Tafelobst (Aepfel und Birnen) 35 Mark je Zentner, für Wirtschaftsobst (Aepfel und Birnen) 15 Mark je Zentner, für Zwetschen (Hauspflaumen, Hauszwetschen, Muspflaumen, Bauernpflaumen, Thüringer Pflaumen) 20 Mark je Zentner, für Brennzwetschen 10 Mark je Zentner. Dazu kommen Aufbewahrungszuschläge. Für Edelobst ist kein einheitlich bestimmter Höchstpreis festgesetzt, vielmehr nur angeordnet worden, daß der Satz von 80 Mark, ganz ausnahmsweise von 100 Mark je Zentner nicht überschritten werden darf.

Tafelobst und Wirtschaftsobst ist bis auf weiteres von den Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen den Marmeladenfabriken sowie Dörranstalten nach Anweisung der Reichsstelle zuzuführen. Für die Belieferung der Marmeladenfabriken teilt die Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen in Berlin SW., Kochstraße 6—7, das Nähere mit, während für die Dörranstalten die Reichsstelle selbst Bestimmung treffen wird. Um alle verfügbaren Kräfte dem Zwecke der Obsterfassung nutzbar zu machen, sind die Marmeladenfabriken von der Reichsstelle ermächtigt worden, selbst oder durch Beauftragte Obst aufzukaufen. Sie haben sich vor Abschluß von Käufen jedoch in geeigneter Weise mit den für das Erzeugungsgebiet zuständigen Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen in Verbindung zu setzen.

Obstversand an Private.

Am Schlusse der Darlegungen heißt es erfreulicherweise: Die Reichsstelle würde es nicht billigen können, wenn Anträge auf Genehmigung zum Obstversand an Privatpersonen ausnahmslos abgelehnt werden sollten. Der Versand in verhältnismäßig kleinen Mengen an Verwandte, auch an Fremde und Bekannte in Fortsetzung einer schon während des Friedens bestandenen Uebung ist nach Möglichkeit nicht zu unterbinden. Will ein Erzeuger Obst nach seinem außerhalb belegenen Wohnsitz senden, um seinen dortigen Haushalt zu versorgen, so ist das in der Regel als statthaft zu bezeichnen.

Reichspost Abendbl
22./VIII. 1918

Die Versorgungsfragen.

Muß das sein? — Wo kommen die Zwetschken hin?

Aus Leserkreisen wird uns berichtet: Heute vormittag war eine große Menge Menschen auf den Naschmarkt gepilgert, um vielleicht dort etwas Obst zu erhalten, das in den Bezirken unmöglich aufzutreiben ist. Es standen vor allen Ständen Hunderte von Menschen, in die endlich eine erlösende Bewegung kam: Eine Fuhre Zwetschken, die feierlich eingeholt wurde, zog sofort die Masse auf sich, die wie in einer Prozession dem Wagen folgte. Ihre Hoffnungen wurden aber bitter enttäuscht; denn die Auskunft lautete: „Die Zwetschken werden nur en gros verkauft." Tatsächlich haben die vielen Leute von der Fuhre nichts bekommen können, die da vor ihren Augen greifbar stand. Die Erregung der Massen darüber ist begreiflich; für sie waren nur Kürbis, Gurken und — Rüben zu kaufen, mit denen man bei dem Mangel an Mehl zum Einbrennen wenig anfangen kann; die Zwetschken, mit denen man wenigstens den Kindern den Magen füllen kann, blieben für sie unerreichbar. „Die Zwetschken sind für die Reichen, uns lassen sie die Rüben!" war natürlich sofort die Losung unter den Enttäuschten. Ich weiß nicht, ob wirklich die Zwetschken für die großen Restaurants und Delikatessenhandlungen unter diesem Vorwande reserviert wurden, Tatsache ist, daß sie auf dem Markte nicht zum Kleinverkaufe kamen. Muß man aber in dieser aufreizenden Form die Marktbeschickung zulassen, da doch die Erregung der Menge von Nahrungsmittelsuchenden immer zumindest einen Verdacht daraus schöpfen wird? Muß das sein?

Von anderer Seite wird uns über die Ursache des Zwetschkenmangels auf den Wiener Märkten und in den Kleingeschäften geschrieben: Die Händler, die bei der behördlichen Organisation um Ueberlassung von Zwetschken ansuchen, bekommen solche nur, wenn sie zugleich eine bedeutende Menge von Gurken übernehmen. Ein Händler, bei dem ich zu kaufen pflege, hat zweimal dieser Vorschrift sich unterworfen. Die Zwetschken gingen natürlich reißend ab, die Gurken blieben ihm, da sie heute wegen Mehlmangel nicht eingebrannt, wegen Oelmangel nicht als Salat verwendet werden können, geringen Sättigkeitswert haben und überdies sehr teuer sind. Der Händler hat nun das Geschäft voll Gurken, die ihm schlecht werden, zumindest durch Trocknen an Gewicht verlieren; er ist daher nicht in der Lage, wieder Zwetschken einzukaufen. Wo kommen nun die Zwetschken hin? — Darüber gibt vielleicht ein Zwischenfall Aufschluß, den ein Händler uns berichtet: Ich wollte Zwetschken bei der behördlichen Stelle einkaufen. Als ich die Ware besichtigte, rann bereits aus den Körben der Saft heraus und das Aussehen der Ware war ein solches, daß ich Bedenken trug, sie zu dem vorgeschriebenen Preise zu übernehmen. Als ich zögerte und auch wegen der gleichzeitigen Verpflichtung, Kürbisse zu übernehmen, Vorstellungen wagte, wurde mir brüsk erwidert, ich brauche die Zwetschken nicht zu nehmen, sie würden dann eben in die Marmeladefabriken geschickt. Die Bereitwilligkeit, diesen Ausweg zu ergreifen, erschien mir auffallend. Es mag sein, daß für die Marmeladefabriken noch nicht genug Obst draußen bei uns aufgekauft ist und daß sie auch noch auf die Zufuhren von außen Beschlag legen. Für die Bevölkerung aber, die in dieser Uebergangszeit in der Obstanlieferung eine wesentliche Erleichterung erblicken würde, ist es aber nicht gleichgültig, ob sie jetzt Obst bekommt oder ob sie dann später die Zwetschken von den Marmeladefabriken um sündteures Geld, wie im Vorjahre, kaufen muß. Diese Uebung der amtlichen Obstzuweisung dürfte für die Marmeladefabriken gewinnbringend sein, für die Bevölkerung bedeutet sie sicherlich einen großen Nachteil in jeder Hinsicht.

Vossische Zeitung 23/VIII. 1918.

70

Die Marmelade für 1919.

Obst auf Karten.

Die Beschaffung der für das nächste Jahr erforderlichen Marmelademengen macht den zuständigen Reichsstellen Sorge. Unsere Obsternte läßt sehr zu wünschen übrig. Frühobst gab es verhältnismäßig wenig und die Berichte über das Ergebnis der Pflaumenernte sind gleichfalls nicht gerade besonders erfreulich. Nur Aepfel wird es reichlich geben, die Birnenernte dürfte mittelmäßig ausfallen.

Unter diesen Umständen denkt man daran, der Marmelade in diesem Jahre einen größeren Prozentsatz Mohrrüben als Streckungsmittel beizugeben, als im vergangenen Jahre, wo 10 v. H. die Höchstgrenze darstellte. Es soll keineswegs verkannt werden, daß wir bei dem großen Fettmangel erhebliche Mengen Marmelade gebrauchen; und doch sollte man sich hüten, zuviel Mohrrüben bei der Herstellung zu verwenden. Es sei nur daran erinnert, daß die berüchtigte Kohlrüben-Marmelade vor zwei Jahren uns sehr viel Obst kostete. Große Mengen waren unnütz dem Markte entzogen worden, um zu Marmelade verwendet zu werden, die nachher niemand essen wollte. Mit der Mohrrübenmarmelade könnte es uns leicht ähnlich ergehen.

Wegen des Verkaufes von Spätobst in Groß-Berlin schweben Erwägungen, Aepfel und Birnen nur auf Karten abzugeben. Es ist ziemlich sicher, daß irgend eine Lebensmittelkarte bestimmt werden wird, auf die jedem Einwohner eine bestimmte Menge Obst zustehen wird. Viel wird es nicht sein, weil eben die Marmeladenindustrie zu große Mengen benötigt. Pflaumen kommen ja gar nicht erst auf den Markt; für diese Früchte meint man den kartenweisen Verkauf nicht bestimmen zu können, weil die Ware zu schnell verdirbt.

Neues Wiener Tagblatt
23./VIII 1918

71

Die Approvisionierung im Kriege.

Die verschwundenen Gurken.

Am 16. d. sind für inländische Gurken amtliche Höchstpreise in Kraft getreten, und seither gibt es auf den Wiener Märkten keine inländischen Gurken mehr. Diese Wirkung der vom Ernährungsamte verfügten ermäßigten Höchstpreise ist nicht überraschend, denn sie entspricht durchaus der bewährten Erfahrung, daß Höchstpreise ohne gleichzeitige Beschlagnahme nur die Waren verschwinden machen, und wir haben auch gelegentlich der Mitteilung der Höchstpreise vorhergesagt, daß es von deren Inkrafttreten an nur noch ungarische Gurken geben wird. Aber wenn auch das Verschwinden der inländischen Gurken keine Ueberraschung bildet, so kann es doch vom Ernährungsamt unmöglich widerstandslos hingenommen werden, denn das Ernährungsamt hat doch die Höchstpreise nicht zu dem Zweck verordnet, um die inländischen Gurken zu verscheuchen und kann sich daher mit der alleinigen Erreichung dieses Erfolges nicht zufriedengeben.

Sehr angemessen wäre es, wenn das Ernährungsamt bei dieser Gelegenheit auch den Obstzufuhren sein Augenmerk zuwenden wollte, denn mit diesen geht es uns auch nicht besser wie mit den Gurken. Wir haben annehmbare Höchstpreise für inländisches Obst, aber dieses selbst bleibt aus. Zweimal nur im Laufe dieses Erntejahres sind bescheidene Mengen inländischer Birnen auf den Wiener Märkten erschienen.

m. h.

Reichspost Abendbl
23./VIII. 1918

a 23
72

Die Versorgungsfragen.

Der Obstwucher in Böhmen.

Wir haben an dieser Stelle schon zu wiederholten Malen auf die Preisanarchie am Obstmarkt hingewiesen und dabei auch das Verhalten des freien Handels kritisiert, der die in ihn gesetzten Erwartungen in keiner Weise erfüllt hat. Daß die Dinge auch in der Provinz mit ihren weniger großen Konsumplätzen nicht besser liegen, das ersieht man aus einer Darlegung in der „Reichenberger Zeitung", in der über den Obstwucher in Böhmen u. a. folgendes ausgeführt wird:

Was erlebten wir bei der Birnen-, Aepfel- und Frühpflaumenernte, für welche doch Höchstpreise und Landessperre bestanden? Trotz Sperre und Höchstpreisen Obst in Massen, aber zu einem Preise von 6 bis 7 Kr. per Kilogramm, der bei Aprikosen auf 8 Kr. und mehr stieg. Es konnten also nur Kriegsgewinner Aprikosen einkochen. Wo war die Behörde mit dem Höchstpreise, wo das Syndikat mit der Sperre? Der Produzent verkaufte bereits um 3 bis 4 Kr. per Kilogramm, die wie die Pilze nach einem warmen Regen wachsende Zahl der kleinen Obstverkäufer nahm hundert Prozent Nutzen und die Bevölkerung, die sich nach frischem Obst sehnte, um sich über den knurrenden Magen hinwegzutäuschen, mußte die Wucherpreise bezahlen. Das Interessanteste an diesem traurigen Kapitel des Obstwuchers waren die berühmten Obstlizitationen, welche die Ursache der Verteuerung bilden. Sie sind zwar an behördliche Bewilligung gebunden, die aber jedenfalls überall erfolgte. Wozu jedoch überhaupt Lizitationen, wenn es einen amtlichen Höchstpreis gibt? Der Obstbauer, der unter den Höchstpreis geht, müßte noch geboren werden. Die Lizitationen brachten Herrschaften Hunderttausende, Gutspächtern das Mehrfache der gesamten Jahrespachtsumme und selbst größeren Bauern Tausende. Hier muß die Frage aufgeworfen werden: Wer lizitierte denn eigentlich, wenn das gesamte Spätobst des Landes zugunsten des Syndikats bezw. der utraquistischen Obsthandelsvereinigung gesperrt war? Logischerweise könnten es nur die bestellten Aufkäufer des Syndikats gewesen sein, die sich provisionshalber die Preise gegenseitig in die Höhe trieben. Den Nutzen hatte der schmunzelnde Produzent und wahrscheinlich auch das Syndikat, das mit Recht dann höhere Detailpreise verlangen wird, die von 1 Kr. 5 H. im Vorjahre etwas weit entfernt sein werden, den Schaden die ausgewucherte Bevölkerung. Noch aber steht die eigentliche Spätobsternte erst vor der Türe, und es entsteht eine neue bange Frage, die mit dem Preise nicht zusammenhängt: Kann die Regierung dafür bürgen, daß die heuer überreiche Obsternte in Böhmen wirklich in natura der Bevölkerung zufließt, oder wird diese mit einem kleinen Teile abgespeist werden, während die große Masse in die — Marmeladenfabriken abfließt, welche ihr Produkt dann zu hohen Preisen der Bevölkerung anbieten werden? Schon jetzt weiß man, daß in der Nähe Aussigs eine Marmeladenfabrik errichtet wird, die einigen Mitgliedern des früheren Obstsyndikates gehört (!). Für das nächste Jahr aber sollte die Bevölkerung schon jetzt folgende Forderungen an die Regierung stellen und von den Abgeordneten vertreten lassen: Im zeitigen Frühjahre allgemeine Sperre für Frühobst und Spätobst aller Sorten unter gleichzeitigen angemessenen Höchstpreisen, allgemeines Verbot der Lizitationen. Nur so dürfte eine Wiederholung des Obstwuchers ausgeschlossen sein.

Arbeiterzeitung
23./VIII. 1918

Gemüse, das dem Verderben preisgegeben wird. Vor uns liegt ein Gutachten des beeideten Sachverständigen S. Mandl, Landgutgasse Nr. 17, der über den Inhalt des im Wiener Ostbahnhof eingelangten Waggons Nr. 13.884 M. A. V., bestehend aus gelben Möhren, am 2. d. ausgestellt wurde. Die Möhren waren, wie das bei Obst- und Gemüsesendungen leider immer wieder vorkommt, verdorben, und als Ursache des Verderbens führt das Gutachten an, „daß die Möhren samt den Blättern verladen wurden, wodurch die Möhren gelitten haben". Nun wird aber in dem Schriftstück auch weiter angeführt, daß die Möhren „bereits vor drei Tagen durch Vertreter der Verteilungsstelle besichtigt wurden, und daß zu dieser Zeit noch bis zu fünfzig Prozent verwendbar gewesen sein müssen. Sie wurden jedoch infolge enormer Anlieferung und geringen Verkaufs auf den Märkten dem Verderben überlassen, da es sich nicht lohnt, sie auszuklauben, was mit einem großen Kostenaufwand verbunden wäre." Mit dem Gutachten wird zunächst einmal sachverständig unsere schon in früheren Fällen aufgestellte Behauptung bestätigt, daß das Verderben der Waren vielfach durch die vollständig unzweckmäßige Verladungsweise herbeigeführt wird. Zum zweiten aber ersieht man aus dem Gutachten, daß man einen ganzen Waggon mit Möhren, nachdem man sah, daß diese bereits angefault waren, noch drei Tage herumstehen ließ und sie absichtlich dem vollständigen Verderben preisgab, weil bei einer enormen Anlieferung nur ein geringer Verkauf zu verzeichnen ist und sich das Ausklauben überdies nicht lohne. Daß der Umstand, daß jetzt in der Zeit, wo man sonst Qualitätsgemüse in Ueberfluß hatte, die Wiener Bevölkerung die vielen Rüben, die auf die Märkte kommen, nicht bewältigt, ein Grund sein soll, die Rüben einfach absichtlich verderben zu lassen, wird man natürlich kaum verstehen. In der Zeit der Lebensmittelnot sollte man schon meinen, daß, wenn von einem Waggon Rüben noch die Hälfte zu verwenden ist, auch Vorsorge getroffen wird, zu retten, was zu retten ist. Man wird es jedenfalls, wo jetzt schon die Marktversorgung nicht klappt, im kommenden Winter schon verspüren, daß zu einer leichtsinnigen Vergeudung kein Grund vorlag.

Arbeiterzeitung
23./VIII. 1918

74

Wucher mit Sauerkraut. Vor ungefähr drei oder vier Tagen wurde von der Obst- und Gemüseübernahmsstelle von einem Herrn Jaklowitsch ein Waggon Sauerkraut übernommen und als Einkaufspreis 1·36 Kronen für das Kilogramm bezahlt. Wie uns nun mitgeteilt wird, wurde dasselbe Kraut später am Markte das Kilogramm zu 2·66 Kronen verkauft. Bei einer derartigen Spannung zwischen dem Einkaufs- und Verkaufspreis ist wohl die Frage am Platze, ob ein derartiger Händlerverdienst gerechtfertigt ist. Es wäre doch Sache der Marktbehörden, darauf zu achten, daß nicht in einer derartigen Weise mit Lebensmitteln Wucher getrieben wird, daß der Verkaufspreis gleich das Doppelte des Einkaufspreises ausmacht.

Fremdenblatt
24./VIII. 1918

N
14
75

Eine gute Aepfel- und Pflaumenernte in Sicht.

Das diesjährige Jahr dürfte, dank der günstigen Witterungsverhältnisse, eine sehr reiche Ernte für die Aepfel und nicht minder für die Pflaumen aufweisen. Nach den uns zukommenden Mitteilungen stehen die Aepfel und Pflaumen sowohl in Wien, wie auch in den ländlichen Ortschaften Niederösterreichs usw. sehr günstig. Die Bäume sind mit diesen Früchten fast durchwegs voll behangen. Ja, eine überaus große Menge der Bäume weisen diese begehrenswerten Früchte in solch großen Massen auf, daß die Baumstämme und Aeste wegen der Schwere der Früchte gestützt werden müssen. Wenn die warme und sonnenreiche Witterung anhält, ist die Erntezeit baldigst zu erwarten.

Das heurige Jahr abermals ein sehr gutes Weinjahr.

Wie aus Weinhauerkreisen verlautet, wird auch das heurige Jahr für die Weinernte ein sehr günstiges werden. Der Stand der Weingärten ist fast durchwegs ein guter. Die Stöcke sind mit Trauben voll behangen. Manche derselben weisen mehr als 3 Kilogramm Trauben auf, die heute schon ziemlich groß sind. Auch an Süßigkeit lassen dieselben nichts zu wünschen übrig. Wenn die derzeitige Witterung anhält, dürfte das heurige Weinjahr sowohl qualitativ als quantitativ dem Vorjahre gleichstehen. Wie hoch der 1918er Wein im Preise zu stehen kommen wird, läßt sich heute noch nicht voraussagen. Jedenfalls wird er im Preise bedeutend in die Höhe steigen, da seitens der Händler den Weinhauern heute schon ab Stock neun und zehn Kronen und noch mehr geboten werden.

Neues Wiener Tagblatt
24./VIII. 1918

* („An dem Baume hängt 'ne Pflaume...")
An diesen einst bis zum Ueberdruß gesungenen Berliner Gassenhauer wird man gemahnt, wenn man jetzt die „Menüs" der Mahlzeiten betrachtet. Man braucht nämlich statt der „Pflaume" nur die uns geläufigere „Zwetschke" zu setzen, und man begreift sagte ich, welche Sehnsüchte da in einem erwachen. Sonst gab es um diese Zeit kaum einen Mittagtisch in Wien, sowohl in den reichsten als in den ärmsten Familien, ebenso wie in den vornehmsten und in den bescheidensten Restaurants, in denen nicht mindestens ein- oder zweimal in der Woche „Zwetschkenknödel" die Attraktion der Mahlzeit bildeten. Es war sozusagen eine Selbstverständlichkeit, daß man in der Zwetschkenzeit diese famose Mehlspeise, mit Semmelbröseln dicht bestreut und mit viel Butter übergossen, so häufig als möglich genoß. Man verzeichnete sogar berühmte Rekords im Zwetschkenknödelessen, und wir erinnern uns an eine Gerichtsverhandlung, in der einem Zechpreller nachgewiesen wurde, daß er sich im Gasthause „unter andern" sieben Portionen Zwetschkenknödel, die Portion zu fünf Stück, geben ließ, was zusammen die stattliche Summe von fünfunddreißig ausmachte. Nun, das soll heute einer nachmachen! Die Knödel sind rar geworden und die Zwetschken erst recht. Man hat sie in diesem Sommer bisher überhaupt nicht zu Gesicht bekommen, wie ja fast alle andern Obstsorten auch. Und angesichts dieser betrübenden Tatsache fragt man sich immer wieder, ob denn jetzt überhaupt kein Obst wachse und ob am Ende das Versagen der Obstbäume auch irgendwie mit dem Krieg zusammenhänge? Freilich, die Obstbäume haben sicher nicht versagt, im Gegenteil, im Vorjahre war die Obsternte eine glänzende und auch heuer wird sie als eine gute bezeichnet. Insbesondere was die Zwetschken betrifft, sind sie in Ungarn, in Slawonien und vor allem in dem von uns besetzten Serbien reichlich gewachsen. Von all diesem Segen entfällt aber blutwenig auf die Wiener Bevölkerung. Ungarn sendet uns Tagesrationen von 5000 bis höchstens 10,000 Kilogramm. Was bedeutet das für den Bedarf einer Millionenstadt, ganz zu geschweigen von den hohen Preisen, die für den Mittelstand heute ebensowenig mehr erschwinglich sind wie für die unteren Klassen. Und wieviel von dieser kleinen Menge verschwindet noch außerdem so „unterderhand" — durch Begünstigungen, welche die Verkäufer einzelnen Personen angedeihen lassen — oder durch die Käufe der Marmeladenfabriken? Und wenn man alle diese Umstände mit in Rechnung zieht, dann fängt man allerdings zu verstehen an, daß die guten Zwetschkenknödel für uns verschwunden sind. Aber trotz alledem winkt uns doch noch eine Hoffnung. Bei uns zu Lande werden die Zwetschken später reif als in Ungarn, Slawonien und Serbien, sie hängen vorläufig noch an den Bäumen und können gewöhnlich erst im September gepflückt werden. Ja, wenn sie aber dann von Kettenhändlern gepflückt und an Schleichhändler verkauft werden — und wer wollte behaupten, daß es diesmal ausnahmsweise nicht so sein werde? —, dann ist auch diese schwache Hoffnung dahin, dann — ade, Zwetschkenknödel!

Arbeiterzeitung
25./VIII. 1918

72

Gemüse, das dem Verderben preisgegeben wird. Zu der am 23. d. gebrachten Mitteilung erhalten wir von der Obst- und Gemüseübernahmsstelle folgende Berichtigung: Es ist unwahr, daß zur Zeit der Besichtigung des Waggons Nr. 13.884 M. A. V. (gelbe Möhren) durch die Sachverständigen der Verteilungsstelle noch 50 Prozent für Speisezwecke verwendbar waren und daß diese ganze Sendung absichtlich dem Verderben preisgegeben wurde, weil wegen der enormen Anlieferung nur ein geringer Verkauf zu verzeichnen war und sich das Ausklauben überdies nicht lohnte. Wahr dagegen ist folgender Sachverhalt: Waggon Nr. 13.884 mit Möhren, der am 31. Juli 1918 im Ostbahnhof ohne Verrechnung einlangte, wurde der Gemüse- und Obstübernahmsstelle zur Verwertung übergeben, die sofort die Besichtigung durch einen gerichtlich beeideten Sachverständigen für Gemüse und einen zu diesem Zwecke im Ostbahnhof exponierten Marktamtskommissär vornehmen ließ. Dabei wurde festgestellt, daß die Möhren infolge der Verladung samt den Blättern gänzlich verdorben waren. Der Waggon konnte daher nicht übernommen werden. Die Bahnverwaltung ließ nun nach zwei Tagen, am 2. August, eine Besichtigung durch ihren eigenen Sachverständigen, Herrn Mandl, vornehmen, der nach oberflächlicher Besichtigung der Ware erklärte, daß noch 50 Prozent der Ware verwendbar seien. Daraufhin wurde von den Organen der Verteilungsstelle eine amtliche Besichtigung durch Herrn Marktamtskommissär Tomecek, den Leiter der Marktamtsabteilung für Favoriten, veranlaßt, der die Ware auch für Futterzwecke unverwendbar erklärte und deren Konfiskation und Vernichtung aussprach. — Was da eigentlich berichtigt wird, mag Gott wissen. Zugeben wird, daß erstens ein Waggon Rüben unverwendbar ankam, daß die Stelle mit dem langen Namen die Möhren für ganz verdorben erklärte, wogegen ein Sachverständiger zwei Tage später angab, daß die Hälfte noch zu retten sei. Daß die „Stelle" darauf beharrte, die Ware ganz verderben zu lassen, ist freilich auch wahr, reitet aber ihr Vorgehen keineswegs. Es ist leichter, „Berichtigungen" zu schicken, als Rüben abzuschätzen . . .

Österr. Volkszeitung
25./VIII. 1918

78

Kürbisüberfluß.

Nahrungsmittel nur bei Abnahme von Kürbissen. — Riesiges Angebot und gleichbleibende Preise. — Harmloser und gefährlicher Unfug.

Die Wiener Hausfrauen, an Ueberraschungen nachgerade gewöhnt, erleben in der letzten Zeit beim Einkauf wieder etwas Neues. In den Lebensmittelabgabestellen gibt es, unter den gewohnten alltäglichen Dingen, mitunter etwas Besonderes, zum Beispiel Spalterbsen, Schokoladepulver, Tee und dergleichen. Das sind heißbegehrte Artikel, um die sich die Hausfrau natürlich unverzüglich bewirbt. Die Verkäuferin macht auch keine Einwendungen, aber es ist eine Bedingung daran geknüpft: die Leckerbissen werden nur dann abgegeben, wenn auch ein entsprechendes Quantum Kürbis gekauft wird. Proteste fruchten nichts, der Hinweis auf die Tatsache, daß die Speisekammer daheim schon mit Kürbissen überreich bestellt ist, begegnet nur einem bedauernden Achselzucken. „Dann ...“ Der Sack mit den Spalterbsen, das Schachterl mit dem Schokoladepulver, das Säckchen mit dem Tee macht Miene, von der Hand, die sich schon begehrlich danach ausstreckte, wieder abzurücken. Der Verkäuferin tut es leid, aber ... sie hat diesbezüglich ganz bestimmte Aufträge ... sie kann nicht anders.

Welche Hausfrau hätte das Herz, den wunderlichen Handel kurzerhand abzulehnen? Wo nähme sie im fünften Kriegsjahr die Seelenstärke her, Spalterbsen, die schon so gut wie ihr gehören, nur deshalb fahren zu lassen, weil ihre Abgabe an eine sinnlose Bedingung geknüpft ist? Nein! Sie kauft natürlich die ersehnte Ware, und da es nicht anders geht, nimmt sie in Gottes Namen den lästigen Kürbis mit und bereichert ihre ohnehin schon erkleckliche Samlung um ein neues, geräumiges Exemplar. Darauf verläßt sie kopfschüttelnd die Abgabestelle und begibt sich zur Gemüsefrau. Gott sei Dank, sie hat ein Körberl Paradeiser, schöne, rote, prächtige Exemplare. „Ah, Paradeiser — das ist gescheit! Was kosten sie denn?“ „Zwa Guld'n, gnä Frau; aber Sie müssen a an Kürbis nehmen, sonst ...“ Die Hausfrau ist aufs höchste bestürzt; ja, hat sich denn heute alles gegen sie verschworen? Schon will sie wütend den Laden verlassen, da erinnert sie sich des Anstellrummels, der sich auf dem Naschmarkt überall entwickelt, wo Paradeiser verkauft werden, sie gedenkt ferner ihres Gatten, dessen Lieblingsgericht sie sind; im nächsten Augenblick hat sie seufzend, aber gefaßt, das Recht auf ein Kilogramm Paradeiser mit der Erwerbung eines weiteren Riesenkürbis erkauft. Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß ein dritter Kürbis der einzige gangbare Pfad gewesen ist, der zu einem Kilogramm Zwetschken führte.

Diese Zeit nannte man, als sie begann, groß; dann wurde ihr der Ehrentitel wieder aberkannt; aber mit Unrecht. Sie ist in der Tat groß, und groß sind die Menschen in der Erfindung stets neuer, unerwarteter, unvorhergesehener Tricks. Der Handel mit den Kürbissen blüht jetzt üppig; er wird von Greislern, Gemüsefrauen, Obstlerinnen geübt und — was bedenklicher ist — auch von einzelnen Konsumentenorganisationen, die doch mehr oder minder Wohlfahrtseinrichtungen sind und derlei Kniffen abhold sein sollten. Die Begründung ist überall die gleiche: Die Wiederverkäufer erklären, daß sie die seltene und erstrebte Ware nur unter der Bedingung bekamen, daß sie auch eine große Post der mißliebigen Kürbisse übernahmen; infolgedessen müssen sie, um nicht zu Schaden zu kommen, trachten, die Kürbisse wieder an den Mann zu bringen. In der gleichen Weise erklärt der Großhändler, daß er beim ländlichen Produzenten Obst und Feingemüse nur bei gleichzeitiger Abnahme von Kürbissen erhielt, die heuer in überreicher Menge gediehen. Also eine ganze Kette, wie man sieht, deren letztes Glied der Verbraucher ist.

An dem Handel wäre weiter nichts Schlimmes: Kürbisse sind ein wohlschmeckendes und gesundes Nahrungsmittel, daß sich schon mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Zubereitungsmöglichkeiten zu starkem Konsum eignet. Man kann den Kürbis dünsten, abschmalzen, als Salat bereiten, zum Kompot verwenden, er ist in jeder Form schmackhaft. Die zwangsweise Abgabe von Kürbissen ist vielleicht eine der originellsten, aber gewiß nicht die übelste Kriegserfahrung. Was die Sache bedenklich macht, ist etwas ganz anderes. Der primitivste Grundsatz der Volkswirtschaft ist jener von Angebot und Nachfrage: Je stärker das Angebot, desto tiefer, bei gleichbleibender Nachfrage, der Preis; je schwächer das Angebot, desto höher bei gleichbleibender und um so höher bei steigender Nachfrage der Preis. Dieser Leitsatz, dachte man, bestehe, trotz der Kriegsverhältnisse immer noch zu Recht, nur zu ungunsten der Preisbildung, weil eben das Angebot in allen Artikeln stetig sinkt. Nun aber erscheint mit einemmal eine Ware auf dem Plan, bei der, in ganz unkriegerischer Weise, die Nachfrage hinter dem Angebot weit zurückbleibt: Diese Ware ist der Kürbis ... Und nun sollte man meinen, daß nach der volkswirtschaftlichen Regel der Preis für Kürbisse rapid sinken müsse. Aber — o Wunder: Er bleibt von der Ueberschwemmung des Marktes gänzlich unberührt. Das Kilogramm Kürbis kostet heute, ebenso wie in den ersten Tagen der damals noch bescheidenen Kürbisernte, 1 K. Die spärliche Nachfrage gilt nicht mehr; statt sie durch eine ausgiebige Preisermäßigung auf natürliche Weise zu heben, wird den Leuten der Kürbis einfach ungefragt in den Einkaufskorb gelegt und durch solcherlei wunderliche Machenschaften das Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot herzustellen versucht. Der Kürbis dürfte, bei Fortdauer der alten Gesetzmäßigkeit, heute nicht mehr als 20 H. per Kilogramm kosten und wäre für diesen Preis ein ausgezeichnetes, hochwertiges Volksnahrungsmittel; so aber wird der hohe Preis von 1 K. künstlich gehalten und die breiten Massen des Volkes werden um den Gewinn der Rekordernte geprellt. Warum? Weil die Produzenten es so haben wollen und weil in Kriegszeiten eine Ware nicht billiger werden darf. Geschweige denn: Wirklich billig.

In der letzten Zeit gibt es noch einen zweiten Artikel, der in Ueberfluß vorhanden ist, nämlich Schwämme. Insbesondere „Eierlinge“ sieht man in riesigen Mengen in Gemüse- und Gemischwarenhandlungen aufgeschichtet, wo sie nur schwer an den Mann zu bringen sind. Die günstigen Erfahrungen, die man mit dem „Kürbiszwang“ machte, haben nun einzelne Geschäftsleute auf den Gedanken gebracht, ähnliches auch mit Schwämmen zu machen. Es handelt sich zwar vorläufig nur um vereinzelte Fälle, aber sie genügen, um einen energischen Protest notwendig zu machen. Der Handel mit den Kürbissen kann als verhältnismäßig harmlose Kriegsplage hingenommen werden; der gleiche Vorgang, auf Schwämme übertragen, schließt — man braucht nur die traurige Chronik der letzten Tage zu beachten — Gefahren für Leben und Gesundheit in sich. Auch Kürbissen gereicht es nicht zum Vorteil, wenn sie auf Vorrat gekauft werden; bei Schwämmen kann dies zum Verhängnis werden. Es kann den Hausfrauen daher nicht dringend genug ans Herz gelegt werden, Kaufangebote der erwähnten Art unbedingt abzulehnen, auch dann, wenn ein noch so begehrtes anderes Nahrungsmittel in Frage steht. Die Aufsichtsbehörden aber seien auf den Mißbrauch aufmerksam gemacht, damit sie ihm beizeiten steuern, noch bevor er größeren Umfang angenommen hat.

Österr. Volkszeitung
26./VIII. 1918

80

Gefährliche Lebensmittel.

Wieder ein Todesopfer von Giftschwämmen.

Die Serie der Schwämmevergiftungen setzt sich ins Endlose fort. Nach dem Genuß selbstgepflückter Schwämme sind am 23. d. der 75jährige Steinmetz Heinrich Severini, XIX., Obkirchergasse 21, seine 41jährige Tochter Marie Hlawatschek und ihre beiden Söhne Franz, 19 Jahre alt, und Heinrich, 9 Jahre alt, unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Sie wurden ins Spital geschafft. Heinrich Hlawatschek ist noch am selben Tage im Annen-Kinderspital gestorben. Seine Mutter und der ältere Sohn, die sich im Allgemeinen Krankenhaus befinden, schweben in Lebensgefahr.

Am 24. d. ist die 63jährige Bedienerin Wilhelmine Klima, V., Ziegelofengasse 14, nach dem Genusse giftiger Schwämme erkrankt und mußte ins Wiedner Krankenhaus gebracht werden. Ferner sind am 24. d. abends die 46jährige Private Marie Peterselka und ihr neunjähriger Sohn Wilhelm, XX., Spaungasse 22 wohnhaft, nach dem Genusse von Schwämmen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt und wurden ins Rudolfspital gebracht.

Der Zustand der in den verschiedenen Wiener Heilanstalten infolge des Genusses von nicht genießbaren Schwämmen teils lebensgefährlich erkrankten Personen ist zum größten Teil ein befriedigendes. Einige konnten bereits gestern das Spital verlassen.

Strenge Vorkehrungen der Marktamtsorgane.

Auf sämtlichen städtischen öffentlichen Marktplätzen wurden seitens der städtischen Marktabteilungen bei dem Verkaufe von Schwämmen strenge Vorkehrungen getroffen. Die Händler dürfen mit dem Verkauf von Schwämmen nicht früher beginnen, als bis ein Organ des Marktamtes die Ware auf ihre Genußtähigkeit geprüft und den Verkauf gestattet hat. Diese Maßregel hatte auch zur Folge, daß seit einigen Tagen die auf den Märkten sich einfindenden Hausierer fast zur Gänze ausblieben.

Neben den Tafeln der Preise für Obst und Gemüse wurde gleichzeitig eine Warnung zur Vorsicht beim Kaufe von Schwämmen, insbesondere von Hausierern angebracht. In den letzten Tagen hatten die Marktamtsabteilungen eine schwere Arbeit zu leisten, da viele Frauen teils mit selbst gepflückten, teils mit gekauften Schwämmen erschienen, um die Ware auf ihre Genußtähigkeit prüfen zu lassen. Die Beamtenschaft kam den Wünschen in allen Fällen nach.

Die Fleischvergiftungen.

Wie berichtet, ist die Familie des Schuhmachermeisters Josef Stursa am 18. d. nach dem Genuß von Pferdefleisch, das als Gulyas zubereitet war, schwer erkrankt. Die siebenjährige Tochter Leopoldine Stursa starb alsbald. Drei Söhne wurden ins Elisabethspital gebracht und die Eltern blieben in häuslicher Pflege. Nun ist am 24. d. auch der zwölfjährige Karl Stursa im Elisabethspital gestorben.

Vossische Zeitung 27/VIII. 1918.

Die Gemüse-Höchstpreise.

Von

Regierungsrat Dr. Reichardt, Charlottenburg,

stellvertretendem Vorsitzenden der Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Mit Bekanntmachung vom 22. August hat die Reichsstelle für Gemüse und Obst allgemeine, für das ganze Reichsgebiet gültige Erzeugerhöchstpreise für Herbstgemüse bekanntgegeben. Sie stimmen hinsichtlich der Gemüsearten, die in den Lieferungsverträgen der Reichsstelle aufgenommen sind, mit den dort von vornherein vorgesehenen Preisen überein, und gelten für Lieferungen auf Grund solcher Verträge, während für Gemüse, das nicht durch Verträge gebunden ist, sondern nach Maßgabe der Verordnung vom 19. Juli 1918 von den bewirtschaftenden Stellen erfaßt oder im Einzelhalle auch freigegeben wird, ein Abschlag von durchschnittlich 5 v. H. gemacht worden ist. Mit dieser Regelung ist der allmählich vorgenommene Uebergang von den Frühgemüse- zu den Herbstgemüsepreisen zum Abschluß gelangt. Es ist davon auszugehen, daß von den von dieser Preisregelung betroffenen Gemüsearten die Frühware nunmehr restlos zur Aberntung und zum Absatz an den Verbraucher gelangt ist und nunmehr nur noch eigentliche Herbstware zur Verfügung steht. Gegenüber dem Vorjahr ist dieser Zeitpunkt heuer reichlich 14 Tage früher eingetreten, was sich aus der zeitigeren Ernte der Herbstgemüse rechtfertigt. Eine weitere Aenderung gegenüber dem Vorjahre besteht auch darin, daß durch die vorjährige Bekanntmachung vom 8. September 1917 die in den Verträgen vorgesehenen Preise durchweg um eine Kleinigkeit erhöht worden waren und außerdem für das Vertragsgemüse noch ein besonderer Zuschlag vorgesehen war. Das im allgemeinen günstige, zum Teil sogar sehr günstige Ergebnis der Ernte ließ diesmal weder eine allgemeine Erhöhung der Preise noch auch einen besonderen Zuschlag für das Vertragsgemüse angezeigt erscheinen. Um aber dem von der Reichsstelle aufgestellten allgemeinen Prinzip gerecht zu werden, nachdem derjenige Erzeuger, der einen Lieferungsvertrag abschließt, gegenüber einem, der dies nicht tut, unter allen Umständen günstiger dastehen soll, ist für das vertragsfreie Gemüse ein Abschlag von — wie schon erwähnt — etwa 5 v. H. vorgenommen worden. Auch der so errechnete Preis muß doch als durchaus reichlich angesehen werden, so daß der Gelbertrag im Hinblick auf das Ergebnis auch unter Berücksichtigung der zweifellos im 4. Kriegsjahre wieder gestiegenen Erzeugungskosten als für den Erzeuger günstig angesehen werden muß und ihm auch für das kommende Jahr genügenden Anreiz bieten wird, sich dem Gemüsebau zu widmen. Für kleine runde Karotten besteht nur ein Preis, da diese Gemüseart für den Abschluß von Lieferungsverträgen nicht vorgesehen ist.

Die Festsetzung der Groß- und Kleinhandelspreise auf Grund der nunmehr geltenden Erzeugerhöchstpreise liegt den Kommunalverbänden ob. Diese Preise müssen natürlich für gebundenes und vertragsfreies Gemüse einheitlich sein, soll nicht eine heillose Verwirrung auf den Märkten entstehen, und sie müssen daher unter Zugrundelegung eines Mittelpreises gefunden werden, der je nach den örtl. Verhältnissen sich mehr dem höheren Vertragspreise oder dem niedrigeren für vertragsfreies Gemüse festgesetzten Höchstpreis nähern wird. Jedenfalls ist der Unterschied zwischen den beiden Erzeugerpreisen nicht so erheblich, daß der Handelspreis etwa zu Ungunsten der Verbraucher in die Höhe getrieben zu werden braucht oder etwa den Kommunalverbänden oder dem Handel aus dieser Preisdifferenz unangemessene Gewinne zufließen.

Wie im Vorjahre sind auch diesmal Vergütungen an den Erzeuger vorgesehen, der durch die Aufbewahrung und den Schwund besondere Unkosten hat. Diese Vergütungen sind in Form von zeitlich gestaffelten Zuschlägen bemessen, die nach den verschiedenen Gemüsearten verschieden vorgesehen sind. Bei Weißkohl, Rotkohl und Wirsingkohl ist zwischen Herbst- und Dauerware unterschieden. Für erstere war eine Aufbewahrungsgebühr nur für einen Monat, den November, festzusetzen; denn vorher erscheint die Zubilligung eines besonderen Zuschlags nicht erforderlich und vom 1. Dezember ab ist davon auszugehen, daß nur noch eigentliche Dauerware zur Ablieferung kommt, für die ohnehin ein höherer Preis vorgesehen ist. Aber auch für die Dauerware ist ein steigender Zuschlag vorgesehen. Bei Möhren, Karotten und roten Rüben ist ein Zeitpunkt für den Beginn der Zuschläge nicht bestimmt. Es wird daher, falls vom Erzeuger schon zeitig ein Zuschlag verlangt wird, besonders streng zu prüfen sein, ob tatsächlich die Berechtigung dazu vorliegt. Bei Grünkohl und Zwiebeln sind die Unkosten für Aufbewahrung und Schwund schon in dem zeitlich gestaffelten steigenden Höchstpreis selbst berücksichtigt, so daß ein besonder Zuschlag entbehrlich war.

Der Zuschlag ist anfänglich um deswillen stets höher bemessen, weil anzunehmen ist, daß das Einmieten, Einkellern usw. zu Anfang eine einmalige höhere Aufwendung erfordert, während dann nur noch eine Kontrolle der Ware und der natürliche Schwund und Verderb zu berücksichtigen ist.

An einem Beispiel soll noch die Wirkung dieser Zuschläge erläutert werden. Es kostet also der Zentner Weißkohl auf Grund eines Lieferungsvertrages von jetzt ab und in den Monaten September und Oktober 4 Mark, im November an sich auch 4 Mark, aber der Erzeuger kann, wenn er die vorstehend bezeichneten besonderen Unkosten gehabt hat, 5 Mark fordern. Im Dezember kostet der Weißkohl an sich auch 5 Mark, aber unter den gegebenen Voraussetzungen können 6 Mark verlangt werden. Im Januar dürfen dann 6,50 Mark und im Februar 7 Mark verlangt werden. Spätere Lieferungen werden im allgemeinen nicht vorkommen, da nach § 1 Abs. 2 des Normalvertrags der Erwerber die Ware bis zum 1. März abzunehmen hat.

Die Zeit Abendl
27./VIII. 1918

82

Kein Obst.

Die Bewucherung des Wiener Marktes.

Die in der letzten Zeit wiederholt erörterte Obstversorgung Wiens zeigt noch immer keine Verbesserung, sondern gestaltet sich von Tag zu Tag unzulänglicher. Die Frühobsternte ist längst vorüber, doch auch diese brachte für den Wiener Obstmarkt nur ganz geringe Zufuhren, was um so verwunderlicher erscheint, als gerade heuer ein sehr reiches Morillenjahr war. Am meisten bemerkenswert aber ist die Tatsache, daß der vielgepriesene freie Handel vollständig versagt hat. Er war nicht imstande, den Wiener Obstmarkt auch nur halbwegs ausreichend mit den Frühobstsorten zu versorgen.

Auch Ungarn, wo die Obstkonservierung weit um sich gegriffen hat, blieb hinsichtlich der Beschickung des Wiener Marktes sehr weit zurück, kein Wunder, wenn trotz der Maximierung der Preise in den ungarischen Städten für Obst direkte Wucherpreise bezahlt wurden.

In der österreichischen Provinz haben die größeren Orte infolge des Mangels an anderen Nahrungsmitteln den größten Teil der Obsternte auf dem flachen Lande an sich gebracht. Der freie Handel mit Frühobst hatte daher das Bestreben, schon zur Vermeidung des Transportrisikos und auch, weil die Provinzorte in bezug auf die Preiskonzessionen sehr liberal waren, das aufgekaufte Obst in der Provinz selbst zu verwerten. Der Wiener Markt kam daher infolge dieser Verhältnisse sehr zu Schaden, und die Konsumenten mußten sich in Wien sogar um Reineclauden und Pflaumen anstellen.

Jetzt ist auch die Pflaumenernte so ziemlich zu Ende, und die Erwartungen wenden sich besonders diesem Obst zu, das vor allem in Ungarn, Kroatien, Slawonien und Bosnien ziemlich ergiebig geerntet wird. Auch die heimische Pflaumenernte wird ziemlich günstig eingeschätzt, doch besteht auch hier wieder die Gefahr, daß dieses beliebte Obst, bevor es den Weg in die Großstädte findet, von der Provinz zum größten Teil wieder aufgesogen wird. Dazu kommt, daß in Ungarn und Bosnien die Lequarbereitung und das Schnapsbrennen, die der Spekulation infolge der großen Gewinste reichen Lohn versprechen, auch viel dazu beitragen werden, große Mengen von Zwetschken an sich zu ziehen.

Infolge der Kriegsverhältnisse hat das Obst seinen Charakter als Genußmittel verloren und es ist zu einem wichtigen Nahrungsmittel geworden. Deshalb sollten die Behörden, wenn sie auch durch die Obstkonservierung dem Nahrungsbedürfnis für die winterliche Jahreszeit nachkommen wollen, doch dafür Sorge tragen, daß das jetzt geerntete Obst, soweit es die Transportverhältnisse gestatten, dem Geäder der Märkte zugeführt wird. Es würde nur im Interesse der Hebung der Nahrungsmittelversorgung liegen, wenn auch bezüglich der einzelnen Obstsorten das Brennverbot in ähnlicher Weise erlassen werden würde, wie es bei den Kartoffeln und beim Korn der Fall ist.

Was die heurige Spätobsternte anlangt, so ergibt sich hinsichtlich der Aepfel heuer ein ziemlich bedeutender Ausfall gegenüber dem Vorjahr. Auch die Birnenernte verspricht heuer bei weitem nicht, die Rekordziffer des vorigen Jahres auch nur annähernd zu erreichen.

Infolge des Mangels an Lebensmitteln in Wien sollte man auch dafür sorgen, daß die einzelnen Kronländer nicht allzu egoistisch und allzu reichlich auf den lokalen Bedarf Rücksicht nehmen, und es sind dringend Maßnahmen erforderlich, daß nach Sicherstellung des Bedarfes für die Konservierungsinstitute die in der Provinz freien und verfügbaren Obstmengen dem Wiener Markt zugewiesen werden, der infolge der regen Inanspruchnahme von mehr als zwei Millionen Konsumenten einen Riesenbedarf an Obst aufweist.

In Steiermark, in Böhmen und auch in Oberösterreich tragen sich, wie bereits durchgesickert ist, die dortigen Landesbehörden mit der Absicht, auf das Spätobst bis zur vollen lokalen Bedarfsbefriedigung Ausfuhrsperren zu legen, wodurch die ungarische Spekulation schon jetzt zu wahren Preisorgien für Spätobst verleitet wird. Wiewohl die Wiener Marktpreise bei ungarischen Aepfeln eine Höhe von K. 2·60 bis K. 3·20 pro Kilogramm und für ungarische Birnen Preise von K. 3·20 bis K. 3·60 vorgeschrieben haben, werden doch heute in Wien in einzelnen Geschäften für dieses größtenteils nicht reife Obst pro Kilogramm 6 K. und mehr verlangt. Während man auf den Grazer Märkten und auch in Oberösterreich bereits Tafeläpfel um K. 2.— bis K. 2·20 pro Kilogramm erhält, kosten solche heute noch bis zu K. 8 pro Kilogramm; dabei sind Aepfel und ungarische Birnen in Wien nur sehr schwer und sehr selten erhältlich.

Die Obstversorgung Wiens hat durch den Krieg schwer gelitten und der freie Handel hat also auf diesem Gebiet mehr versagt als der staatliche Aufbringungsapparat, der trotz des fünften Kriegsjahres noch immer schleppend arbeitet. Und auch mit der Spätobstversorgung Wiens wird es heuer leider sehr im Argen liegen.

Arbeiterzeitung
29./VIII. 1918

Wie man Aepfel kaufen kann. Ein Leser schreibt uns: Ich bin ganz stolz, daß ich heute der einzige Mensch auf dem Naschmarkt war, der Aepfel im kleinen zu kaufen bekam. Das ist nicht wenig, wenn man weiß, daß sie da so vollständig unsichtbar sind, daß man meinen könnte, es gebe heuer keine Aepfel. Und doch gibt es solche und man kann sie bekommen, wenn man Ausdauer hat. Die wollte ich heute anwenden und ich sah, daß sie mir einen unerwarteten Erfolg brachte. Gehe ich da an einem Marktstand vorbei, an dem Rüben, Kürbisse und Gurken verkauft werden. Die lockten niemanden, denn es gibt davon überall genug. Zu meinem Erstaunen sehe ich, daß da eine ganze Eierkiste voll Aepfel, die zugenagelt war, in diese Verkaufsstelle getragen und gleich im dunklen Hintergrund verdeckt wurde. Ich fragte, wann diese verkauft werden sollen, und bekam zur Antwort, daß sie nicht der Inhaberin des Standes gehören. Ich ließ nicht locker und drohte mit einem Wachmann. Als auch das nicht half, ging ich zu dem nahen Marktamt und fragte den Kommissär, ob es berechtigt sei, den Verkauf der Aepfel zu verweigern, wenn dort Rüben und Gurken im Kleinverkauf abgegeben werden. Er verneinte dies und da ich ihm sagte, daß das bei dem Stande der Frau S t a r k l der Fall sei, gab er mir einen dem Marktamt zugeteilten Soldaten mit, dem die Verkäuferin sagte, sie könne nichts abgeben, weil sie den Preis nicht wisse. Ich erwiderte ihr, daß ihr doch bekannt sei, daß es Höchstpreise für Aepfel gebe; wenn sie den Preis nicht kenne, dann solle sie eben zum Höchstpreis verkaufen. Langes Hin und Her. Man sah die Absicht, die Ware im Hintergrund zu belassen, um sie an gute Geschäftsfreunde zu verschleppen. Ich sagte das auch der Händlerin. Als diese noch immer nicht verkaufen wollte, ging der Soldat auf das Marktamt zurück und kam mit einem Beamten des Amtes. Dieser ordnete an, daß die Frau die Aepfel infolge Auftrages des Marktamtes verkaufen müsse. Sie riß nun ärgerlich die Kiste auf und fragte mich, wie viel Aepfel ich wolle. Ich verlangte zwei Kilogramm und einer ihrer Helfer sagte ihr, daß ihr Einkaufspreis 2·94 Kronen sei. Sie gab mir das Kilogramm für 3·14 Kronen, zu dem Preise, zu dem man ungarische Ware verkauft, jedoch nicht zum heimischen Höchstpreis, um den man nirgends Ware erhält, obgleich diese Aepfel aus dem Inland sein konnten. Immerhin hatte ich als einziger Käufer Aepfel erhalten, was mich sehr freute. Ein Beamter, den ich nachher darauf aufmerksam machte, daß da Aepfel zu haben seien, ging nach einer Viertelstunde auf den Markt und bekam natürlich n i c h t s m e h r. Alles sei schon verkauft worden. Die Kiste war nicht mehr da. Sie war mittlerweile mit dem Inhalt verschleppt worden. Es tat mir nur leid, daß, als ich die Aepfel bekam, keine Leute vor dem Stande zu sehen waren. Sonst hätte ich viele auf diese Gelegenheit aufmerksam gemacht . . ." Dieser Vorgang erklärt, weshalb jetzt auf dem Markte kein Obst zu haben ist. Die Händler stellen Waren, die sie nicht an die Marktkunden verkaufen wollen, in den Hintergrund und verschleppen sie zu Luxuspreisen. Wenn die freiwillige Marktaufsicht ein größeres Betätigungsgebiet erhielte und ausgebaut würde, dann könnten derartige Dinge nicht vorkommen; die meisten Leute sehen kein Obst, obwohl die täglichen Marktausweise erzählen, daß Tausende Kilogramm zugeführt wurden. Das ist alles Schwindel; von dem Zugeführten wird nur ein kleiner Teil offen angeboten, der überwiegende Teil kommt an die Preistreiber und an die Reichen. Mit einiger Energie und durch Anrufen des Marktamtes kann es aber gelingen, die Schliche der Obstverschlepper zu hintertreiben.

Arbeiterzeitung
29./VIII. 1918

84

Die Gemüseteuerung.

Die Gestehungskosten und die offizielle Preisbildung.

Bei der wiederkehrenden Erhöhung der Preise für Artikel des täglichen Lebens, die staatlich bewirtschaftet werden, spielen die Gestehungskosten eine bedeutende Rolle. Der Laie hat ja sehr oft das Gefühl, man könne die Gestehungskosten berechnen, wie man sie braucht, und wenn ein Vertreter städtischer Interessen einmal meinte, es müsse dem Schuster gestattet sein, auch die Rezepte und Verpflegskosten für seine kranke Familie als Gestehungskosten einzukalkulieren, so zeigt dieser besonders kennzeichnende Ausspruch schon, wohin man mit der Gestehungskostentheorie kommt. Auch die famose Zentralpreisprüfungskommission hat ja zu wiederholtenmalen erfahren, in welche Sackgassen diese Theorie führt. Bezeichnend ist es nun, daß bei der Errechnung der Gestehungskosten sehr oft die Produzenten zu vollständig verschiedenen Schlüssen kommen und der Konsument, der zuhört, die Erkenntnis gewinnt, es hänge die Errechnung der Gestehungskosten einfach von dem größeren oder geringeren Mut des Produzenten ab. Der eine hat noch ein Restchen von Scham und traut sich nicht, die höchsten Preise zu fordern, der andere aber vermeint, nun könne man den armseligen Konsumenten alles bieten, und wagt den höchsten Preis zu errechnen, immer auf Grund der Gestehungskosten. Oft entwickelt sich dann ein ergötzlicher, aber für den zuhörenden Konsumenten sehr trauriger Kampf der Produzenten und dem Bescheidenen werden dann Sottisen gesagt, weil er Rücksicht nimmt, und das gelindeste, was ihm vorgeworfen wird, ist, er verstände eben nicht zu rechnen.

Die Geos, die Gemüse- und Obstabteilung des Volksernährungsamtes, beschäftigt sich jetzt mit der Erstellung neuer Gemüsepreise. Nachdem wir mit dem freien Handel bei der Bewirtschaftung des Frühgemüses so schlechte Erfahrungen gemacht haben, wagen auch die enragiertesten „Freihändler" nicht mehr dem freien Handel das Wort zu reden. Nur hie und da entringt sich einer agrarischen Brust der Seufzer: Heben wir jede Form der staatlichen Bewirtschaftung auf, der Konsument zahlt doch jeden Preis! Es haben nun die einzelnen Landeskulturräte die Preise für Gemüse errechnet und gutachtlich der Geos zur Verfügung gestellt. Wir wollen die Preise gegenüberstellen, damit die Konsumenten sehen, wie verschieden die Gestehungskosten von den Landesbehörden eingeschätzt werden:

Sorte per 100 Kilogramm	Vorschlag der Geos	Landeskulturrat Böhmen, tschech. Sektion	Landeskulturrat Oberösterreich
Kraut	30 Kronen	50 Kronen	30 Kronen
Weißkohl	45 „	75 „	—
Grünkohl	50 „	— „	63 „
Karotten, rote und gelbe	40 „	80 „	66 „
Weiße Karotten (Futterrüben!)	25 „	50 „	—
Wrucken	20 „	25 „	24 „
Stoppelrüben	20 „	40 „	19 „
Rote Rüben	30 „	70 „	39 „
Zwiebeln	150 „	200 „	97 „

Wir empfehlen allen Konsumenten, diese Liste eifrig zu studieren, dann werden sie erst ein Bild gewinnen, wie schwer es für die Ernährungsämter ist, sich durch das Gewirr ähnlicher Preisberechnungen hindurchzuwinden. Man wird nun vielleicht einwenden, die Gestehungskosten seien eben in Oberösterreich niedriger als in Böhmen. Ganz abgesehen, daß zum Beispiel für

Neues Wiener Tagblatt Abendblatt
29./VIII. 1918

Die gefährlichen Lebensmittel.

Verschärfte behördliche Maßnahmen.

Der neuerliche Zuwachs an Todesfällen infolge Pilzvergiftungen und die weitere Vermehrung von Erkrankungen macht verschärfte Maßnahmen der Behörden notwendig. Die Marktamtsabteilungen haben durch öffentliche Kundmachungen die gewerbsmäßigen Hausierer mit Pilzen aufgefordert, ihre Ware zum Zweck der Untersuchung bei den Marktämtern anzumelden, worauf sofort die Untersuchung der Pilze auf ihre Verwendungsmöglichkeit erfolgt. Die Nichtbefolgung dieser Anordnung unterliegt strenger Bestrafung.

In einer Reihe an uns gelangter Zuschriften wird der Vorschlag gemacht, die Tafeln mit anschaulichen Abbildungen giftiger und eßbarer Pilze sowie kurzer Beschreibung in den Schaufenstern der Geschäftsleute verschiedener Branchen zur Besichtigung des Publikums auszuhängen. Einige Geschäftsleute, so Herr Rob. Jnl. Mich am Stubenring, haben diese Anregung auch durchgeführt. Ferner wird in manchen Zuschriften von Hausfrauen darauf aufmerksam gemacht, daß das Abbrühen der Schwämme und Abgießen des Brühwassers manchen Pilzen, so zum Beispiel den Morcheln, die Gifthältigkeit benimmt, wobei der Geschmack nicht leidet.

Auch am nächsten sowie an den folgenden Sonntagen finden Pilzausflüge in die Umgebung Wiens statt. Herr Bert Larsen wird den um 7 Uhr 20 Minuten früh vom Westbahnhof abgehenden Ausflüglern, die über Dürrwien, Eichgraben oder Rekawinkel mittags in Kronstein eintreffen, die aufgefundenen Pilze vor der Restauration Haubner untersuchen und daran Aufklärungen knüpfen. — Der Allgemeine Naturheilverein veranstaltet einen Pilzausflug nach Rekawinkel, wobei als Führer Herr Brouold fungiert.

Neue Freie Presse
29./VIII.1918

86

Die Ursachen des Obstmangels in Wien.

Von fachlicher Seite.

Wien, 28. August.

Wer den Obstsegen des heurigen Sommers in nahezu allen Gegenden unseres Landes sieht, wird immer wieder die erstaunte Frage hören, wieso es kommt, daß bei diesem Reichtum Wien auch im heurigen Sommer vergebens auf Obst wartet. Diese Frage ist eigentlich mit wenigen Worten beantwortet. Die österreichischen Produzenten scheinen absolut nicht gewillt, das Obst zu solchen Preisen herzugeben, daß ein Verkauf auf den Wiener Märkten zu den hier geltenden Höchstpreisen, die für österreichisches Obst weit niedriger als für ungarisches Obst sind, möglich wäre. Sie erzielen bei den Verbrauchern der ihnen nahegelegenen Städte, bei den Einkäufern der Marmeladefabriken, bei den Wiener Verbrauchern, die notgedrungen selbst die Produzenten aufsuchen, leicht das Fünf- bis Achtfache derjenigen Preise, welche die Wiener Händler anlegen können, wenn sie in Wien zu den gesetzlichen Höchstpreisen verkaufen wollen. Diese Preise sind sogar noch weit höher als jene, welche der Händler für ungarisches Obst anlegen darf.

Nicht viel anders sieht es bei dem Einkauf von Obst in Ungarn aus. Vor allem ist die Obstausfuhr aus Ungarn beschränkt. Die Mehrheit der ungarischen Großhändler hat sich in Budapest zu drei Syndikaten vereinigt, denen die Aufgabe zufällt, zunächst Budapest und einige andere ungarische Verbrauchszentren mit billigem Obst zu versorgen. 70 Prozent der ungarischen Obsternte muß im Lande verbleiben und nur, wenn der Obstbedarf Budapests vollkommen gedeckt ist, werden jeweilig Transportbewilligungen ausgegeben. Da diese Syndikate oft das Obst nach Budapest weit unter dem Gestehungspreise liefern müssen, sind sie natürlich bemüht, bei den 30 Prozent, die für die Ausfuhr frei bleiben, einen möglichst großen Gewinn zu erzielen. Nun fahren aber nicht nur Wiener Händler nach Budapest, um Obst zu kaufen, sondern auch eine große Anzahl Käufer aus Galizien und Triest machen unseren Wiener Käufern erfolgreiche Konkurrenz, indem sie weit höhere Preise anlegen, als den Wiener Händlern vorgeschrieben sind. Der Wiener Großhändler ist aber beim Einkauf auch noch durch andere Vorschriften als die der Höchstpreise beim Einkauf arg behindert. Zunächst war es ihm von der „Geos" wohl erlaubt, Obst bei allen drei Syndikaten einzukaufen, wenn aber das Obst in Wien eintraf, wurde es von der Verteilungsstelle übernommen und einem anderen Händler zum Verkaufe überwiesen. Auf Vorstellung der Großhändler wurde dieser Vorgang nicht mehr beibehalten, doch wurde den Wiener Großhändlern nur gestattet, bei dem kleinsten der drei Budapester Syndikate und bei den wenigen kleinen Händlern, welche sich nicht diesen Syndikaten angeschlossen hatten, einzukaufen. Den Wiener Großhändlern ist es ferner untersagt, Kürbisse und Gurken in Ungarn einzukaufen, da die Verteilungsstelle namentlich in diesen beiden Artikeln Abnahmsverpflichtungen eingegangen ist, die selbst bei der Knappheit aller übrigen Gemüsesorten weit über den Bedarf Wiens hinausgehen. Nun fordern aber die ungarischen Händler und Erzeuger von den Wiener Großhändlern, daß sie beim Kaufe von Obst auch Kürbisse und Gurken abnehmen. Dagegen hat es die Verteilungsstelle versäumt, als sie die Verträge wegen Lieferung von Kürbissen, Gurken, Kraut und Rüben in Ungarn einging, an die Abnahme dieser in Ungarn im Ueberfluß vorrätigen Artikel auch die Lieferung von Obst und Qualitätsgemüse zu binden. Darum erhalten wir aus Ungarn auf Grund der Transportscheine an Obst und Gemüse nur das, was die ungarische Bevölkerung verschmäht und sich auch bei uns nicht zur Beliebtheit emporringen kann. Also auch die höheren Preise, die für ungarisches Obst bewilligt wurden, geben uns wenig Hoffnung, daß wir von dort heuer viel gutes Obst erhalten werden.

Ein spezielles Kapitel in der Obstversorgung Wiens bilden die Transportschwierigkeiten, die sich ergeben, wenn der Händler schon glücklich Obst zu den gesetzlichen Höchstpreisen erhalten hat. Handelt es sich um eine Ausfuhr aus Ungarn, so werden die Waggons an der Grenze wegen Durchsicht der Transportscheine und der Waggons oft einen bis zwei Tage aufgehalten, ist aber die Sendung, die meist schon unterwegs infolge der längeren Transportdauer und der mangelhaften Verpackung gelitten hat, schon in Wien eingetroffen, so ist es dem Bezieher der Ware oft erst 30 bis 48 Stunden nach Erhalt des Avisos möglich, die Verschiebung des Waggons auf die Abladerampe zu erreichen. Ist endlich das Obst oder Gemüse in Wien, der Adressat verständigt, findet er auf dem Bahnhof den Waggon und sieht er, daß es bereits die höchste Zeit wäre, die Ware auszuladen und dem Verkaufe zuzuführen, dann kann er meist die notwendige Verschiebung des Waggons innerhalb des Wiener Bahnhofes nicht erreichen. So kommt es, daß von den unzulänglichen Mengen, die Wien überhaupt erhält, noch ein unverantwortlich großer Teil durch Verderben verloren geht. Alle diesbezüglichen Beschwerden, alle Bitten um besondere Berücksichtigung der Lebensmittelsendungen waren bisher erfolglos.

Werden also in letzter Stunde nicht noch einschneidende Aenderungen in jeder Beziehung verfügt, so werden wir auch heuer kein Obst erhalten, vielleicht dafür im Winter bescheidene Mengen wenig schmackhafter Marmelade.

Neue Freie Presse
29./VIII. 1918

Transportscheine für Frischgemüse.

Die bisher beim freien Gemüsehandel gemachten Erfahrungen lassen, wie eine amtliche Mitteilung besagt, eine geregelte Bewirtschaftung des für die Allgemeinversorgung ungemein wichtigen Spätgemüses um so notwendiger erscheinen, als zu befürchten ist, daß, abgesehen von unbegründeten Preissteigerungen, allzuleicht ein Mißverhältnis zwischen der Versorgung der Verbraucher und der Verwertungsindustrie eintreten könnte. Um nun eine den Bedürfnissen beider angemessene Versorgung zu sichern, beabsichtigt das Amt für Volksernährung in den Haupterzeugungsländern die geregelte Aufbringung des Feldgemüses durchzuführen. Als Ergänzung dieser Maßnahme ist eine Neuregelung der Vorschriften über die Transportscheinpflicht bei der Versendung von Frischgemüse unerläßlich. Durch eine im morgigen Reichsgesetzblatte zur Verlautbarung gelangende Verordnung des Amtes für Volksernährung wird der Transportscheinzwang für eine Reihe von Gemüsearten teils neu eingeführt, teils verschärft, indem nunmehr Mengen von 20 Kilogramm (brutto) aufwärts dem Transportscheinzwang unterworfen werden. Für die verhältnismäßig ausgiebigen Sorten — Knoblauch und Zwiebel — wird der Transportscheinzwang ohne Rücksicht auf die Menge festgesetzt, zumal diese Gemüsesorten voraussichtlich nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen werden. Die Transportscheine werden von der Gemüse-Obst-Stelle des Amtes für Volksernährung oder von deren Landesstellen ausgestellt. Bei Versendung kleiner Gewichtsmengen durch und an Private wird weitestgehendes Entgegenkommen geübt werden.

Durch eine weitere, gleichfalls morgen zur Verlautbarung gelangende Verordnung des Amtes für Volksernährung wird das Verbot der Verarbeitung von Frischgemüse zu Dauerware aufgehoben; die Erzeugung von Dauergemüse bleibt jedoch wie im Vorjahre an die Bewilligung der Gemüse-Obst-Stelle des Amtes für Volksernährung gebunden.

Neue Freie Presse Abendbl
30./VIII. 1918

a 30
88

Obligatorische Erzeugung von Marmelade mit Rübenzusatz.

Kürzlich wurde, wie bereits gemeldet, im großen Saale der Handels- und Gewerbekammer eine vom Reichsverein der Obstkonservenfabrikanten einberufene Vollversammlung der Obstkonservenindustrie abgehalten, der auch Vertreter des Volksernährungsamtes anwohnten. Der Vorsitzende und Präsident des Vereines Max Baumer schilderte in einer längeren Rede die Schwierigkeiten, mit welchen die Obstkonservenindustrie gegenwärtig zu kämpfen hat.

Der Vizepräsident der Gemüse-Obst-Stelle des Amtes für Volksernährung Dr. Kurt Schechner führte unter anderm aus, daß die Absicht bestehe, in diesem Jahre den Zusatz von Gemüse zur Marmeladeerzeugung obligatorisch zu machen. Diese Maßregel sei durch den schwächeren Ausfall der Hartobsternte notwendig geworden. In Deutschland sei die Marmelade mit Gemüsezusatz, die dort als Streckmarmelade bezeichnet werde, schon seit langem eingeführt. Dr. Schechner erklärte ferner, daß Raffinadezucker infolge des Kohlenmangels voraussichtlich nicht in den nötigen Mengen erzeugt werden wird und die Industrie sich daher mit der Verarbeitung von Rohzucker werde abfinden müssen.

Mehrere Vertreter der Industrie machten diesen Erklärungen gegenüber geltend, daß die mit Gemüsezusatz hergestellte Marmelade wahrscheinlich dem Geschmack des Wiener Publikums nicht entsprechen und daher bei uns noch weniger Anklang finden dürfte als in Deutschland. Es sei auch zu erwägen, daß zur Herstellung von Gemüsemarmelade, namentlich wenn zu ihrer Erzeugung Rohzucker verwendet werde, unvergleichlich größere Kohlenmengen benötigt werden, als bei der bisherigen Produktion der Marmelade aus Aepfeln und Raffinadezucker. Außerdem werde sich, was für das Publikum besonders ins Gewicht falle, der Preis der mit Rohzucker erzeugten Marmelade unverhältnismäßig höher stellen, als jener des mit Raffinadezucker hergestellten Produktes. Einzelne Fachleute aus der Praxis und Theorie der Marmeladeproduktion schilderten auf Grund ihrer Erfahrungen, beziehungsweise vom Standpunkte des Chemismus der Gemüse- Obstkonserve die geringe Haltbarkeit und den geringen Nährwert dieses Produktes. Nahezu einstimmig wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Beschlagnahme des Hartobstes zugunsten der Marmeladeindustrie, mit der in Deutschland und England bereits vorgegangen werde, auch bei uns durchgeführt werden sollte.

Der Vizepräsident des Vereines Herr S. Falticzek betonte in seiner Schlußrede, daß es notwendig sei, Versuche anzustellen, ehe irgendwelche Beschlüsse gefaßt werden. Das Ergebnis dieser Untersuchungen werde dem Ernährungsamt vorgelegt und bei dieser Gelegenheit werden diesem Amte entsprechende Vorschläge über die Typen von Obstkonserven unterbreitet werden, die heuer erzeugt werden sollen.

Arbeiterzeitung
31./VIII. 1918

Die Zustände auf dem Rudolfsheimer Markte. Zu sehr krassen Zuständen haben sich die Verhältnisse auf dem Rudolfsheimer Markte entwickelt. Man kann dort die Wahrnehmung machen, daß am Abend von den Großhändlern das Obst auf den Markt gebracht und an die Kleinhändler verteilt wird. Diese schleppen es noch in später Stunde in ihre Wohnungen, von wo es nicht wieder auf den Markt kommt, sondern an die verschiedenen Käufer, die die hohen Preise bezahlen, abgegeben wird. So kommt es, daß auf diesem Markte in der Regel nicht ein Kilogramm Obst zu bekommen ist. Man muß sich nur wundern, daß die Marktbehörden von allen diesen Vorgängen nichts merken und der Obstverschleppung nicht Einhalt gebieten.

Der Neue Abend

31./VIII. 1918

Kraut statt Wohlfahrtsfleisch.

Wegen Transportschwierigkeiten und gänzlich ungenügender Zufuhr kann Wohlfahrtsfleisch an die Besitzer der rosafarbigen Einkaufsscheine in der 71. Woche nicht abgegeben werden. Es wird jedoch frisches Kraut zum Preise von 40 h für ein Kilogramm in den bekannten Ständen und Geschäften der Großschlächterei, und zwar für Haushalte bis drei Personen ½ Kilogramm, für Haushalte von vier bis sechs Personen 1 Kilogramm, für Haushalte mit mehr als sieben Personen 1½ Kilogramm gegen Abtrennung des Buchstabens „H" vom rosafarbigen Einkaufsschein an folgenden Tagen erhältlich sein: am Dienstag, den 3. September „A" bis „F", Mittwoch, den 4. September „G" bis „K", Donnerstag, den 5. September „L" bis „R", Samstag, den 7. September „S" bis „Z". Es wird aufmerksam gemacht, daß bei der Teilung der Krautköpfe kleine Gewichtsunterschiede unvermeidlich sein werden, weil genaueste Gewichtseinhaltung die Abfertigung bei den Ständen zu sehr verzögern würde.

Reichspost
1./IX. 1918

91

Die Ankunft des ersten Zwetschken-Extrazuges in Wien.

Es wird mitgeteilt: Der erste Versuch, durch schnelle Beförderung von auswärtigem Obst dem in Wien herrschenden schrecklichen Zwetschkenmangel zu steuern, ist über alles Erwarten gut gelungen. Die Gemüse- und Obstverwertungsstelle hat Abschlüsse getroffen, denen zufolge täglich ein Extrazug lediglich mit Zwetschken aus Bosnien nach Wien geleitet werde. Durch die beschleunigte Führung des Zuges hoffte man die Zwetschken auch in genußfähigem Zustand nach Wien zu bringen und man hat sich in dieser Hoffnung auch keineswegs getäuscht, weil es überall klappte, weil alles einen guten Willen hatte. Wenn es so weiter geht, wird voraussichtlich der Zwetschkennot ein für allemal abgeholfen werden. Heute ist nämlich der erste Zwetschken-Extrazug mit dreißig Waggons aus Bosnien hier angekommen. Er brachte nur Ware guter Qualität und es zeigte sich, daß fast gar nichts durch den Transport, der immerhin 60 Stunden währt, gelitten hat. Die Zwetschken werden von der Gemüse- und Obstverwertungsstelle an alle Märkte verteilt, so daß morgen (Sonntag) als angenehme Ueberraschung auf allen Wiener Märkten gute und preiswürdige bosnische Zwetschken zum Preise von Kr. 3.30, der nicht überschritten werden darf, zu haben sein werden. Da der erste Versuch so vorzüglich gelungen ist, wird der Zwetschken-Extrazug von nun an täglich nach Wien geleitet werden und täglich 30 Waggons vorzüglicher bosnischer Zwetschken bringen, so daß die Not an diesem in Wien so beliebten Obst für diesen Herbst ein Ende und die Spekulation ihre liebe Not hat.

Hamburger Fremdenblatt 1./IX. 1918.

Bekanntmachung

über

Richtpreise für Gemüse und Obst

Die Preisprüfungsstelle erachtet ab Dienstag, 3. September 1918, folgende Preise für Gemüse und Obst mit der Maßgabe als angemessen, daß die Forderung höherer Preise die Einleitung eines Strafverfahrens wegen übermäßiger Preissteigerung nach sich zieht:

	Großhandelspreis für den Absatz an Wiederverkäufer:	Kleinhandelspreis für den Absatz an Verbraucher:
Ausländische Möhren ohne Kraut	M. —.10 f. d. Pfd.	M. —.15 f. d. Pfd.
Gurken aller Art einschl. Salatgurken und Treibhausgurken	M. —.37 „ „	M. —.45 „ „
Blumenkohl, je nach Beschaffenheit mit der Maßgabe, daß der als Höchstgrenze festgesetzte Richtpreis nur für große, feste Köpfe (allerbeste Ware) zu verstehen ist	M. —.50 bis 1.10 für den Kopf	M. —.60 bis 1.40 für den Kopf
Ausländische Tomaten	M. 0.83 f. d. Pfd.	M. 1.00 f. d. Pfd.
Grüner Kopfsalat	M. 0.20 „ „	M. 0.30 „ „
Ausländ. grüne Bohnen (Schneide- u. Brechbohn.)	M. 0.41 „ „	M. 0.55 „ „
Steinpilze, ungeschält	M. 0.80 „ „	M. 1.20 „ „
„ geschält u. kleine geschlossene Köpfe sowie Pfifferlinge	M. 1.10 „ „	M. 1.50 „ „
Echte, geschloss. Artischocken, je nach Größe	M. 0.30—0.80 für das Stück	M. 0.40—1.00 für das Stück
Gewöhnl. Distelartischocken, je nach Größe	M. 0.10—0.20 für das Stück	M. 0.15—0.30 für das Stück
Melonen (Vierländer Netzmelonen)	M. 1.20 f. d. Pfd.	M. 1.60 f. d. Pfd.
Andere Melonen	M. 0.50 „ „	M. 0.70 „ „
Frische Hagebutten	M. 0.35 „ „	M. 0.50 „ „

Hamburg, den 31. August 1918.

Die Preisprüfungsstelle.

Fremdenblatt
2./IX. 1918

93

* (Wiener Powidl.) Der Herbst ist vor der Türe. Das ist — soweit wir Wiener informiert sind — die Zeit der Ernte. Wir sind sogar darüber informiert, daß in Ungarn, Kroatien, Slawonien, Bosnien usw. die Zwetschkenernte mitten im Gange ist und eine Rekordernte darstellt. Die Bäume brechen unter der Last der Früchte zusammen. Und wir Wiener warten und warten wie auf hesperidische Früchte und spinnen uns ganz in die Sage vom Obst ein, das irgendwo, mehr oder weniger draußen vor unseren Stadttoren wachsen soll. In der Tat erinnerten sich die Behörden daran, daß die österreichisch-ungarischen Zwetschken auch für die Wiener wachsen sollen, und sie brachten einige Waggons ins Rollen. Wann das etwa gewesen sein mag? Man weiß es nicht und wird es nie erfahren. Man weiß nur so viel, daß am gestrigen Obstmarkte 109.000 Kilogramm Zwetschken einlangten. Bei einem allgemeinen Verteilungsschlüssel wären da vielleicht fünf Zwetschken auf einen Wiener gekommen. Man wird zugeben, daß dies im Verhältnis zu dem, was die Regierung für das Leben des Einzelnen rationsmäßig erlaubt, viel ist und die Wiener entsprechend ihrer unerreichten Lebenskunst damit ein paar Wochen lang ausgekommen wären. Aber es kam gar nicht zu diesem schönen Ereignis, weil die Zwetschken ganz einfach wie Kohlen verladen worden waren und 80.000 Kilogramm — wie der Fachausdruck lautet — „nicht mehr konsumfähig" hier anlangten! Damit wurde den Wienern eine besondere Freude bereitet. Leider ist aber dieser unbeabsichtigte Powidl auch nicht konsumfähig. Darum wurden sie den Brennereien überwiesen. Muß man das glauben oder ist es wahr? Wie sich die Sache auch immer verhält, das eine ist sicher, daß die Zwetschken ihrem Zweck nicht zugeführt wurden. Das stimmt melancholisch. Weniger wegen der Zwetschken, als wegen des Umstandes, daß bei allen fäulniserregenden Anlässen immer wieder die gleiche Hand, das gleiche System zu sehen ist. Dies wird es auch bewirken, daß die Wiener Schnapsbrenner den Slivovitz dieser Ernte, zu dem ihnen das Material in splendider Weise geliefert wurde, doppelt so teuer verkaufen werden wie bisher, bis 1 Liter dieses edlen, nasenfärbenden Getränkes auf 100 Kronen steigt. So ist immer dafür gesorgt, daß die Wiener, wenn sie nicht von der Luft leben wollen, vom Schleichhandel leben müssen, für den keine Entfernung zu weit, kein Transport zu schwer ist und der immer über jenen Frachtraum verfügt, den die Regierung nicht hat. Das nennt man, mit einer kleinen Metapher, Wiener Powidl.

Tägliche Rundschau
2./IX. 1918

94

* **Marmelade mit Obsttrester.** Für die Vermehrung des Marmeladebestandes hat die „Reichsstelle für Gemüse und Obst" ein neues Streckungsmittel anbefohlen. Sie teilt darüber folgendes mit:

„Die wenig günstigen Ernteaussichten für Obst machen eine möglichst restlose Verwendung von Obsttrestern zur Marmeladenstreckung notwendig. Nun eignen sich nur unbeschädigte und saubere Trester zur Bereitung von Marmelade, während sonstige Trester lediglich als Futtermittel verwendbar sind. Deshalb werden Marmeladentrester auch um 1 M. für das Kilo höher bezahlt als Futtermitteltrester. Darin kommt das Interesse der Erzeuger an einer pfleglichen Behandlung der Marmeladentrester und gleichzeitig dasjenige der Allgemeinheit an einer reichlichen Beschickung der Marmeladefabriken zum Ausdruck. Alle Beteiligten haben die vaterländische Pflicht, daran mitzuarbeiten, daß die im Verhältnis zu dem gewaltigen Bedarf nur recht knappen Brotaufstrichmittel, deren Herstellung die alleinige Aufgabe der Marmeladenindustrie ist, durch reichliche Zuführung von Obsttrestern an diese vermehrt werden."

Trester ist dasselbe wie Treber, es sind also die ausgepreßten Reste von Obst, das für Obstweinbereitung usw. verwendet wurde. Sehr verlockend ist die Aussicht auf die hiermit gestreckte Marmelade gerade nicht, doch wird sie immerhin besser sein als die „Kohlrübenmarmelade" gräßlichen Angedenkens.

Tägliche Rundschau 3./IX. 1918.

95

* Die gewerbsmäßige Herstellung von Pflaumenmus verboten. Der geringe Ausfall der diesjährigen Obsternte macht die Aufrechterhaltung des bereits im vorigen Herbst durch Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst ausgesprochenen Verbotes einer gewerbsmäßigen Herstellung von Pflaumenmus erforderlich. Die gewerbsmäßige Herstellung von Obstkraut und ebenso von Brockenkraut, einer Mischung von Rüben und Obst, ist zwar formell mit Genehmigung der Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen zulässig. Indessen kann diese Genehmigung, wie wir hören, grundsätzlich in diesem Jahre nicht erteilt werden, da den Marmeladenfabriken, die für die der Volksernährung unentbehrlichen Brotaufstrichmittel zu sorgen haben, andernfalls wertvolle Rohstoffe in größeren Mengen entgehen würden. Nur die nichtgewerbsmäßige Herstellung von Pflaumenmus und Obstkraut ist wie bisher zulässig. Daneben ist aber auch die in einigen Gegenden übliche Verarbeitung von Birnen zu Obstkraut dann zulässig, wenn sie von Obsterzeugern einem anderen zwar übertragen wird, aber lediglich für den Hausbedarf des Auftraggebers, dem das hergestellte Obstkraut abzuliefern ist.

Neue Freie Presse Abendbl
4./IX. 1918
a 4 97

Die Gemüse- und Obstversorgung Wiens.

Protest des Bürgermeisters gegen ein Einfuhrverbot aus der Grafschaft Görz.

Wien, 4. September.

Der Stadtrat hat sich heute zu einer Sitzung versammelt. Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der gestern abend von seinem Urlaub nach Wien zurückgekehrt ist, wohnte der Sitzung an und machte der Versammlung eine bemerkenswerte Mitteilung. Bekanntlich hat die Gemeinde Wien im Görzischen mit einem großen Aufwand von Geld und Mühe Grundflächen erworben und für den Gemüseanbau eingerichtet. Es sollen bedeutende Mengen von Frühgemüsen, Kartoffeln und Obst nach Wien geschafft werden. Der Statthalter des Küstenlandes hatte nun die Ausfuhr aller dieser Waren aus dem Görzischen nach Wien verboten. Der Bürgermeister begab sich um die Mittagstunde zum Ministerpräsidenten Baron Hussarek, um ihm den Vorfall bekanntzugeben und um die Rücknahme des Ausfuhrverbotes zu ersuchen, weil hiedurch die Approvisionierung von Wien entschieden gehemmt werde und im gegenwärtigen Zeitpunkte die Bevölkerung auf die Einfuhr des Gemüses aus dem Görzischen angewiesen sei. Man hofft im Rathause, daß das Ansuchen des Bürgermeisters Erfolg haben werde.

Neue Freie Presse
4. IX. 1918

[Theorie und Praxis.] Von geschätzter Seite wird uns geschrieben: „Letzthin verlautete, die „Geos" hätte einen täglichen Extrazug ausschließlich für die Versorgung Wiens mit Zwetschken durchgesetzt. Samstag seien die ersten dreißig Waggons mit nur guter Ware hier angelangt, das Obst wäre an alle Märkte verteilt, so daß Sonntag, 1. d., überall gute bosnische Pflaumen à 3 K. 30 H. — ein Preis, der nicht überschritten werden darf — zu haben sein werden. In Wirklichkeit: Sonntag, 1. d., — nichts. Montag, 2.: Die Pflaumen werden nicht unter 5 K. 60 H., auch 6 und 7 K. abgegeben. Grund: Das seien „ausgesuchte" Zwetschken. Ob Minderbemittelte die weniger schönen Exemplare im Kompensationswege billiger erhielten, ist mir nicht bekannt geworden. Ich möchte den kennen, der das glaubt. Heute, 3. d., sind diese Pflaumen nur in Geschäften zu Phantasiepreisen zu haben."

Neue Freie Presse
5./IX. 1918

88

[Theorie und Praxis.] Von der Gemüse-Obst-Stelle des k. k. Amtes für Volksernährung geht uns nachstehende Zuschrift zu: „In Ihrer geschätzten Zeitung vom 4. d. erschien unter der Spitzmarke „Theorie und Praxis" eine Notiz, daß „die Ausgabe der bosnischen Zwetschken entgegen der Ankündigung der Gemüse-Obst-Stelle vom 1. d. überhaupt nicht erfolgte, während am 2. d. die bosnischen Zwetschken nur zu Preisen von 5 K. 60 H., auch 6 und 7 K. abgegeben wurden. Am 3. d. waren die Pflaumen endlich nur in Geschäften zu Phantasiepreisen zu haben." Ich würde nun außerordentlich bitten, nachstehender Mitteilung in Ihrem geschätzten Blatte Raum zu geben: Am 1. d. wurden 3338 Meterzentner Zwetschken von der Wiener Verteilungsstelle derart verteilt, daß 1561 Meterzentner auf den Naschmarkt, 572 Meterzentner auf den Rudolfsheimer Markt, 556 Meterzentner auf den Lerchenfelder Markt, 127 Meterzentner auf den Kutschkermarkt und der Rest an Konsumentenorganisationen abgegeben wurden. Am 2. d. wurden 3363 Meterzentner derart verteilt, daß 106 Meterzentner auf die Großmarkthalle, 1371 Meterzentner auf den Naschmarkt, 470 Meterzentner auf den Rudolfsheimer Markt, 66 Meterzentner auf den Brigittenauer Markt und der Rest an die Konsumentenorganisationen entfielen. In ähnlichem Verhältnisse wurden auch am 3. d. die Sendungen von über 30 Waggons verteilt. Wenn die Preise im Detailverkaufe nicht eingehalten wurden, so ist dies eine außerordentlich beklagenswerte Erscheinung, die auf den offenkundigen Mangel der Marktaufsichtsorgane zurückzuführen ist. Daß allerdings auch die zugeführten Mengen den Bedarf lange nicht befriedigen können, ist auf die allgemein konstatierte Tatsache zurückzuführen, daß Obst zur Hauptnahrung im Kriege wurde. Die Gemüse-Obst-Stelle wird der erhöhten Nachfrage dadurch Rechnung tragen, daß sie in der nächsten Woche größere Mengen böhmische Zwetschken auf die Wiener Märkte dirigieren wird. Für die Gemüse-Obst-Stelle des k. k. Amtes für Volksernährung der Vizepräsident Dr. Kurt Schechner."

Die Zeit
6./IX. 1918

a
b
100

Der Obst- und Gemüseskandal.

Unsere Versorgung mit Obst und Gemüse — wenn man von einer „Versorgung" überhaupt noch sprechen kann — gestaltet sich zu einem immer ärgeren Skandal. Seit dem Frühsommer schon herrscht in allen Kreisen der Konsumenten die größte Erbitterung über die Anarchie auf den Wiener Obst- und Gemüsemärkten, über den gänzlichen Mangel einer geordneten Zufuhr, über das vollständige Versagen der Organisationsbestrebungen und über das fortgesetzte Emporschnellen der Preise. Um diesen unhaltbaren Verhältnissen ein Ende zu bereiten, wurde Ende Juli eine Uebernahms- und Verteilungsstelle für Obst und Gemüse geschaffen, eine Zentrale, von der es hieß, daß sie auf gemeinnütziger Grundlage arbeiten, Preisüberschreitungen hindern und eine gerechte Verteilung herbeiführen werde. Die Aktivierung dieser Zentralstelle erfolgte am 24. Juli. Schon damals war in der „Zeit" die Befürchtung ausgesprochen, daß auch diese Stelle es an der notwendigen Energie fehlen lassen wird.

Seither sind nun vier Wochen vergangen und der Wiener Obst- und Gemüseskandal ist nicht beseitigt, sondern er hat sich nur noch vergrößert. Waren jedoch früher in erster Linie nur die Konsumenten unzufrieden, so erstreckt sich nunmehr die Unzufriedenheit auch auf die Händler selbst, also auf jene Leute, die die Errichtung der Obst- und Gemüsestelle seinerzeit in zahllosen Versammlungen unter der Führung des Bezirksvorstehers Dr. Blasel verlangt und endlich auch ganz nach ihren Wünschen durchgesetzt hatten. Die Händler beklagen sich nun, und zwar anscheinend nicht ohne Berechtigung, darüber, daß sie von der sogenannten Verteilungsstelle nicht ihren tatsächlichen Bedarf an gangbaren Obst- und Gemüseartikeln zugewiesen erhalten, sondern daß man sie in willkürlichster Weise zwingt, neben den gangbaren Artikeln auch Dinge einzukaufen, die einerseits zu wahren Wucherpreisen berechnet werden, und die andererseits beim Publikum keinen Abiatz finden. Zwetschken zum Beispiel werden an die Kleinhändler nur abgegeben, wenn sie gleichzeitig auch größere Quantitäten von unverschämt teuren Gurken oder Kürbissen abnehmen. Waren, mit denen der Wiener Markt geradezu übersüllt ist, und für die infolge der Preisgestaltung die Konsumentenwelt kein Interesse besitzt.

Die Erbitterung der kleinen Händler gegen ihre Verteilungsstelle hat sich in der letzten Zeit wiederholt sehr drastisch geäußert, sie scheint aber jetzt ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Fast täglich finden in den Kanzleiräumen der Verteilungsstelle stürmische Auseinandersetzungen zwischen deren Funktionären und der Händlerschaft statt, ebenso oft kommt es zu aufsehenerregenden Ansammlungen vor dem Hause der Zentralstelle, Bauernmarkt Nr. 22. Auch heute wieder ging es dort sehr lebhaft zu. In Händlerkreisen besteht der Plan, die Stände zu schließen und korporativ einen Aufzug am Bauernmarkt zu veranstalten. Auch die Großhändler sind durchaus unzufrieden. Sie behaupten wieder, daß auf die Kleinhändler zu viel Rücksicht genommen werde.

Die Obst- und Gemüseverteilungsstelle steht unter Aufsicht des Volksernährungsamtes. Man darf wirklich gespannt sein, wie lange diese oberste Zentralstelle dem tollen Durcheinander in der Obst- und Gemüseversorgung Wiens hilflos und untätig zusehen wird.

Arbeiterzeitung
6./IX. 1918

101

Der Obstmarkt in der Praterstraße. Wenn man jetzt am Abend die Praterstraße entlang geht, so gewahrt man eine Erscheinung, die einem als ganz neu auffällt. Auf dem ganzen rechtsseitigen Gehsteig bis zum Praterviadukt sind nämlich Obststände aufgerichtet, bei denen man recht schöne Ware, wie man sie auf den Märkten nur nach mühseligem „Anstellen" oder überhaupt nicht bekommt, in reichlichster Auswahl haben kann. Der ganze regelrechte Markt, der sich allmählich entwickelt hat, ist natürlich ein „Nachtgeschäft". Sobald nämlich die Dunkelheit anbricht, sieht man aus den verschiedenen Seitengassen die Händler mit Handwagerln und Körben angerückt kommen und nun beginnt auf der Straße der Verkauf. Der fliegende Verkaufsstand, der errichtet wird, besteht aus dem Handwagen, der, mit einer Wage versehen, mehrere Körbe mit Obst enthält. Kleinere Händler verkaufen auch einfach aus einem Handkorb, den sie auf den Boden stellen. Man hat es hier mit Markthändlern zu tun, zum Teil auch mit kleinen Zwischenhändlern, die das Obst korbweise von den Markthändlern beziehen und es hier weiter verkaufen. Da die Preise, wie sie hier gefordert werden, die üblichen Marktpreise weit überschreiten, ist es natürlich klar, daß das Obst einfach unter der Hand von den Märkten weg verschleppt und hier verkauft wird. Ein Kilogramm Weintrauben kostet hier 12 Kronen, ein Kilogramm Zwetschken wird mit 6·40 Kronen verkauft. Pfirsiche, die auf den Märkten überhaupt nicht zu sehen sind, gibt es hier in reichlichen Mengen. Man hat durch diese nächtlichen Märkte die Erklärung zur Hand, wohin das Obst kommt, das auf den Märkten zahlenmäßig ausgewiesen wird, in Wirklichkeit aber dort nicht zu finden ist. Jedenfalls ist dieser nächtliche Marktverkehr, der mit jedem Tage üppiger wird, ein recht deutlicher Beweis dafür, wie unsere famosen Marktverhältnisse beschaffen sind.

Arbeiterzeitung
6/IX. 1918

102

Die bosnische Pflaumenernte.

Ueber die in Aussicht genommene Verwertung der bosnischen Pflaumenernte gibt ein Bericht über eine kürzlich in Brčko stattgehabte Enquete der bosnischen Pflaumeninteressenten Aufschluß. Nach dem, was die dort versammelten Großproduzenten von Pflaumen, Dörrobst und Pflaumenschnaps sowie die Vertreter der an diesen Industriezweigen beteiligten Geldinstitute der Oeffentlichkeit übermittelten, wird die heurige Pflaumenernte in Bosnien auf 20.000 Waggons geschätzt und ist sonach eine so reichliche, daß man alle Ansprüche der Interessenten wird befriedigen können. Zunächst sollen davon etwa 9000 Waggons Pflaumen gedörrt werden, während etwa 1500 Waggons der Musbereitung zugeführt werden sollen. Weitere 5000 Waggons von Pflaumen sollen für die Branntweinerzeugung verwendet werden, was, wie der Bericht über die Enquete sagt, unbedingt im Interesse eines finanziellen Erfolges gelegen sei. Das Dörren der Pflaumen soll gleichfalls in großem Umfang betrieben werden und die Landesregierung war daher schon bisher bestrebt, diese Produktion eifrigst zu fördern, und hat an die Bezirksämter den Auftrag gegeben, daß alle vorhandenen Dörröfen herzurichten und möglichst viel neue Dörröfen zu errichten seien, zu welchem Zwecke auch ein tunlichst liberales Vorgehen bei der Abgabe von Holz für Dörröfen aus den ärarischen Forsten verfügt wurde. Weiter hat die Landesregierung beim Kriegsministerium wegen Zuweisung einer Schmiede zur Herstellung von Kochkesseln für Pflaumenmus sowie um Zuweisung von Nägeln und von Faßbindern für die Herstellung von Kisten und Gebinden für Pflaumenmus interveniert.

Was nun den Verkehr mit Dörrobst und Mus betrifft, so wird die Landesregierung auch in diesem Jahre den Verkehr mit diesen Produkten zentralisieren und dies nicht nur aus öffentlichen Ernährungsrücksichten und wegen der Sicherstellung der hiezu erforderlichen Menge, sondern auch aus dem Grunde, weil diese Produkte in Oesterreich und in Ungarn gleichfalls werden zentralisiert werden und der freie Verkehr mit diesen Produkten einstweilen noch ausgeschlossen ist und es weiter Aufgabe der Landesregierung ist, das ganze Quantum dieser Produkte, soweit es den eigenen Landesbedarf übersteigt, zu mäßigem Preise der Militärverwaltung für den Heeresbedarf abzutreten sowie der österreichischen und der ungarischen Regierung als Kompensation für jene Lebensmittel, die Bosnien aus Oesterreich und Ungarn zu Maximalpreisen bekommt, in erster Reihe für Getreide, Mehl, Zucker und Kartoffeln, zu geben. In letzter Zeit hat sich auch noch die Gelegenheit geboten, Dörrobst für Schuhe und Kleider einzutauschen.

Was den Verkehr mit rohem Obst anlangt, so will die Landesregierung dem freien Verkehr in Bosnien-Herzegowina keinerlei Hindernisse bereiten, wie dies auch der Ernährungsrat und die Handelskammer gewünscht hatten. Was aber die Ausfuhr von Rohobst über die Landesgrenze anlangt, so ist es nicht im Interesse des Landes und der Produzenten gelegen, daß das Obst außerhalb Bosniens und der Herzegowina verarbeitet, sondern daß es lediglich zu Konsumzwecken in frischem Zustand ausgeführt werde, aus welchem Grunde nur die Ausfuhr handgepflückten Obstes in Körben oder anderen Gefäßen bis zu 30 Kilogramm Nettogewicht und gegen Entrichtung einer gewissen Gebühr zu Gunsten des bosnisch-herzegowinischen Landesärars zu gestatten ist.

Ueber die Preise, die verlangt werden sollen, hat die Enquete ein schriftliches Memorandum an die Regierung ausgearbeitet, in dem eine bedeutende Preiserhöhung gefordert wird. Es soll nämlich, weil der österreichisch-ungarischen Regierung für etwa 4000 Waggons Getreide und Mehl, 1200 Waggons Butter und 1000 Waggons Kartoffeln, die für Bosnien nun zur Verfügung gestellt werden, Pflaumen im Kompensationswege überlassen werden müssen, vorgesorgt werden, daß dieses Geschäft ein gutes für die bosnischen Pflaumenproduzenten und die an diesem Produktionszweig interessierten Kaufleute wird. Der Preis für Rohpflaumen beträgt in Oesterreich 35 bis 40 Kronen, in Ungarn 40 Kronen für den Meterzentner. Mit Rücksicht auf die besondere Qualität der bosnischen Pflaumen soll der Preis für diese für Dörrpflaumen auf 320 Kronen für den Meterzentner erhöht werden. Eine besondere Sorgfalt soll natürlich der Slibowitzproduktion zugewendet werden, die nicht zentralisiert, sondern dem freien Verkehr mit Höchstpreisen überlassen werden soll. Man rechnet natürlich damit, daß besonders die Ausfuhr von Slibowitz nach Oesterreich und Deutschland ein gutes Geschäft zu werden verspricht. Schon im vorigen Jahre ist, wie man sich erinnert, von den an den Branntweinbrennereien beteiligten Banken fast der größte Teil der Pflaumenernte aufgekauft worden, und wir haben von bosnischen Pflaumen zu Ernährungszwecken nur einen verschwindenden Bruchteil bekommen. Diese Gefahr besteht natürlich auch heuer, und für den Rest an Pflaumen, die aus Bosnien zu bekommen sind, werden wir die unerhörtesten Preise zu bezahlen haben. Es ist daher sehr fraglich, ob wir von den von der Geos eingeleiteten Extrazügen für bosnische Pflaumen besonders reichliche Zufuhren zu erwarten haben. Die Vorgänge, die sich auf der erwähnten Pflaumenenquete abspielten, sprechen jedenfalls sehr gegen eine solche Annahme.

Die Zeit Abendbl
7/IX. 1918

103

Die Marmeladefabrikanten für Beschlagnahme des Hartobstes.

In der kürzlich abgehaltenen Vollversammlung des Reichsvereins der Obstkonservenfabrikanten wurde über Maßnahmen zur Sicherstellung des Spätobstbedarfes für die Marmeladeerzeugung beraten. Der Präsident des Reichsvereins Max Baumer gab der Besorgnis Ausdruck, mit der der bevorstehenden Kampagne entgegengesehen werde. Nebst Arbeitskräften, Zucker, Obst und Kohle müßten der Industrie auch Preise zugebilligt werden, die die Gestehungskosten decken. Weiter müsse die Sicherung eines möglichst großen Zuckerkontingents erfolgen. Hauptsächlich müsse so viel Obst als möglich der Konservierung zugeführt werden.

Vizepräsident Falticzek besprach die traurigen Erfahrungen mit der Freigabe des Frühobsthandels, der für die Industrie allein durch „Richtpreise" gesperrt war. Die Bewirtschaftung des Dauerobstes bilde eine Existenzfrage für die Marmeladeindustrie. Für die Herstellung sogenannter Dreiermarmelade mit Kürbissen, Melonen, Möhren, Rüben, Gurken und dergleichen stehen derzeit keine Maschinen zur Verfügung. Was die Aepfel anlangt, so erscheint es vollständig ausgeschlossen, auch nur einen Apfel zu den jüngst erlassenen Höchstpreisen zu erhalten. Es werde unbedingt nötig sein, das Hartobst zu beschlagnahmen und die Absperrung einzelner Kronländer zu verhindern. Die inländische Hartobsternte müßte, wie der Redner meinte, auf die Konservenindustrie aufgeteilt werden. Wenn die Bevölkerung, so schloß er, das Hartobst im Spätsommer und Herbst konsumiert, wie soll dann die Marmeladeindustrie große Mengen Marmelade erzeugen können? Wenn schon die vollständige Beschlagnahme des Hartobstes nicht möglich ist, so sollte doch, wie der Referent schloß, ein Kompromiß der Industrie den größten Teil des Hartobstes sichern.

Neue Freie Presse
7./IX. 1918

104

Neuregelung der Gemüseaufbringung.

Sperre der gesamten Spätgemüseernte. Zentralisierung bei der behördlichen Einkaufsstelle.

Die Regierung hat sich veranlaßt gesehen, Maßnahmen zu treffen, welche die sicherlich vollkommen ungenügende Versorgung mit Gemüse verbessern sollen. Die Zufuhren zu den Wiener Märkten und auch zu den Märkten des übrigen Niederösterreich entsprechen durchaus nicht der Gemüseproduktion unseres Kronlandes. Ueberall, insbesondere aber in Niederösterreich, hat diese Produktion eine große Ausdehnung erfahren. Auf allen jenen Feldern, auf denen Winterschäden zu konstatieren waren, wurde Gemüse als Ersatz angebaut. Man hätte erwarten sollen, daß diese Ueberschüsse der Produktion sich auf den Märkten irgendwie fühlbar machen würden. Das ist jedoch nicht der Fall gewesen und gerade das Gegenteil trat in die Erscheinung. Nur ganz ausnahmsweise haben in den letzten Wochen die Bulletins vom Lebensmittelmarkt eine ausreichende Beschickung gemeldet.

Die Regierung macht nun den Versuch, durch Zentralisierung des Einkaufes auf die bessere Versorgung der Märkte hinzuwirken. Es erscheint nämlich einzig und allein die behördlich autorisierte Gemüseeinkaufsstelle berechtigt, das Gemüse von den Erzeugern, Pächtern und Händlern zu beziehen und dann nach Weisung des Amtes für Volksernährung aufzuteilen. Nach dem Wortlaut der Verordnung scheinen allerdings die Gemüseproduzenten berechtigt zu sein, an jene Händler, mit denen sie etwa im Vertragsverhältnis stehen, ihr Gemüse weiter abzuliefern. Die Händler dürfen aber nicht direkt an den Zwischenhandel oder an den Konsum gehen, sondern müssen das Gemüse der Zentralstelle abliefern.

Der Erfolg dieser Maßregel wird zum Teil davon abhängen, ob sich nicht doch wiederum ein Schleichhandel entwickelt und neben der offiziellen Gemüsestelle sich Schleichhandelsstellen eröffnen, die selbstverständlich ihr Risiko durch weitere Preissteigerungen hereinzubringen trachten. Auch ist es fraglich, ob die Gemüseproduzenten denn doch nicht ihre gewohnten Abnehmer vorziehen, was dann die Gemüseeinkaufsstelle in die Zwangslage versetzen würde, diesen Händlern einen gewissen Gewinn zuzubilligen, woraus wieder eine Verteuerung des Gemüses sich ergeben müßte. Wie bei allen solchen Maßregeln, wird es eben von ihrer Durchführung abhängen, ob und inwieweit sie den gewünschten Erfolg zeitigen.

Die Gemüseeinkaufsstelle wird sich selbstverständlich nur an den großen Abnehmer wenden können, zum Beispiel an Gasthöfe, Kriegsküchen, Spitäler, Konsumvereine.

Die regelmäßige Marktversorgung wird durch Zuweisung an einzelne Markthändler und Greisler von seiten der Zentralgemüsestelle erfolgen. Das große Publikum wird also eine Wirkung der neuen Maßregel nur dann verspüren, wenn sie das Resultat haben sollten, daß die Märkte reicher beschickt sein werden und die verschiedenen Umwege vom Produzenten bis zum Konsumenten die Ware nicht am Ende noch mehr verteuern, als es bisher der Fall war und vielleicht gar der Anreiz zu einem neuen Schleichhandel geboten wird.

Die offizielle Verlautbarung.

Um die Gemüseproduktion Niederösterreichs zur Versorgung Wiens und der niederösterreichischen Konsumzentren heranzuziehen, erscheint eine geregelte Gemüseaufbringung unbedingt geboten.

Die Statthalterei hat daher mit einer morgen im Landesgesetz- und Verordnungsblatte erscheinenden Kundmachung die gesamte Ernte in Niederösterreich an Frischgemüse, und zwar Kraut, Kohl, Grünkohl, Kohlrabi, Karotten, Speisemöhren, rote Rüben, Wruken und Stoppelrüben zugunsten der Gemüse-Obst-Stelle des Amtes für Volksernährung für die Zwecke der Versorgung der Bevölkerung angefordert und mit der Wirkung unter Sperre gelegt, daß dieses Gemüse von den Erzeugern, Pächtern und Händlern ausschließlich nur an die behördlich autorisierte Einkaufsstelle, beziehungsweise deren ordnungsmäßig legitimierte Einkäufer verkauft werden darf.

Die Aufteilung des angeforderten Gemüses erfolgt nach Weisung des Amtes für Volksernährung.

Alle Einkaufsstelle wird die Wiener Gemüse- und Obstübernahms- und Verteilungsstelle in Wien, 1. Bezirk, Bauernmarkt 22, bestimmt.

9/IX. 1918

105

[Nochmals die bosnischen Zwetschken.] Von sehr geschätzter Seite wird uns geschrieben: „Oesterreich ist das gelobte Land der sich durchkreuzenden Kompetenzen und der daraus entspringenden Kompetenzkonflikte, hauptsächlich der negativen, das heißt auf gut deutsch der Fälle, in denen keine der in Betracht kommenden Stellen sich betätigen oder keine der Stellen, die sich betätigt hat, die Schuld eines Mißerfolges auf sich nehmen und es ein andermal besser machen will. Dies wird wieder durch die bosnischen Zwetschken illustriert. Erst durchläuft die Blätter die frohe Botschaft, daß es gelungen ist, einen Extrazug mit 30 Wagen rasch nach Wien zu bringen. Große Genugtuung, daß es doch geht bei gutem Willen aller Beteiligten. Darauf Schmerzensschrei, daß schon am Tage nach dem Eintreffen nur mehr „ausgesuchte Ware" zu weit höheren als den bekanntgegebenen Preisen auf den Märkten zu haben war, am folgenden Tage aber überhaupt nur mehr Ware in den Läden zu Phantasiepreisen. Darauf prompte Rechtfertigung der „Geos", daß sie die Märkte versorgt hat, die beklagenswerte Erscheinung, daß die vorgeschriebenen Preise auf den Märkten nicht eingehalten wurden, sei auf den offenkundigen Mangel an Aufsichtsorganen zurückzuführen. Damit glaubt die „Geos" ihre Pflicht getan zu haben. Glaubt diese Anstalt, in der doch keineswegs verknöcherte Bureaukraten sitzen, damit aber auch die Verbraucher zufrieden gestellt zu haben, denen es ganz gleichgültig ist, ob die Erwerbung der Ware — natürlich soweit der Vorrat überhaupt reichte — zu erschwinglichen Preisen durch das Versagen der Transportanstalt oder der Einkaufsstelle oder der Händler, denen die Ware zum Verkauf übergeben wurde, herbeigeführt ist? Bedurfte es nicht noch des Zusammenwirkens der „Geos" mit der Marktüberwachung, um das Einhalten der Preise sicherzustellen? Die geringe Zahl der Aufsichtsorgane ist leider notorisch. Wenn aber die Ware jeden Tag auf vier Märkte abgegeben wird und wenn die noch bestehende Vorschrift eingehalten wird, daß der Preis derselben ersichtlich gemacht wird, so hätte selbst die geringe Zahl von Aufsichtsorganen genügt, um die Händler von Ausschreitungen abzuhalten. Es braucht nur guter Wille der Beteiligten nicht bloß auf seiten der Bahnverwaltungen, sondern auch der übrigen beteiligten Stellen und das Zusammenwirken aller Beteiligten vorhanden zu sein."

Tägliche Rundschau
10./IX. 1918

106

* **Die allzuhohen Gemüsepreise.** Im Verhältnis zu der überaus reichen Gemüseernte dieses Jahres sind die Preise zu hoch. An dem Beispiel der weißen Möhren haben wir dieser Tage nachgewiesen, daß die amtlichen Stellen die verschiedenen Höchstpreise mit viel zu großen Spannungen abstufen. Einen lehrreichen Beitrag zu diesem Kapitel liefert die „Deutsche Obstbauzeitung", die Zeitschrift des Deutschen Pomologenvereins (Eisenach), der von einem erfahrenen, zuverlässig beobachtenden Mitgliede, das den Berliner Obst- und Gemüsemarkt seit langen Jahren gründlich kennt, einen Bericht erhält, worin es unter Bezug auf die Anfang August eingetretene reiche Gemüsebeschickung des Berliner Marktes heißt:

Kohlrabi, Möhren und Mairüben waren oft nicht mehr unterzubringen, und es sind von diesen leider viele umgekommen. Mir scheint, als wenn in diesem Jahre von manchen Gemüsesorten zu viel angebaut ist. (?) Auch Suppengemüse gibt es in Hülle und Fülle. Aber alle Gemüsearten sind zu teuer, mit Ausnahme von Mairüben, für die der Erzeugerhöchstpreis 4 M., der Großhandelspreis 7 M. und der Kleinhandelshöchstpreis 11 M. beträgt. Der Großhandelspreis von 7 M. ist nicht zu hoch, weil der Großhandel Fracht und Schwund tragen muß. Der Kleinhandelshöchstpreis ist zu hoch, weil der Kleinhandel den Preis niemals braucht. Wenn aber der Großhändler Gemüse und Obst nicht absetzen kann, so verkauft er billiger, oft sogar zum Selbstkostenpreis und noch darunter. Dies tut der Kleinhändler nicht; eher stellt er den Verkauf ein. Im allgemeinen sind die Erzeuger- und Großhandelspreise für Gemüse bei der jetzigen übergroßen Zufuhr zu hoch, und für den Kleinhandel ist der jetzige Höchstpreis viel zu hoch. Dadurch kommen die unerschwinglichen Preise; z. B. verdient der Kleinhändler an grünen Bohnen 17 Pf., an Kohlrabi und Möhren ohne Kraut 8 Pfg. für ein Pfund, während für beide 4—5 Pf. Verdienst an einem Pfund vollauf genügen. Die Kleinhändler haben jetzt einen Riesenumsatz, bedeutend mehr als zur Friedenszeit. Damals verdienten sie an dem Gemüse im Durchschnitt 3 Pfg. für ein Pfund, an Tomaten 10 Pf. — und heute 35 Pf. an einem Pfund, während 20 Pf. bei Tomaten vollauf genügten. Wer soll nun das Gemüse in Massen kaufen und bezahlen? Die kleinen und mittleren Beamten und die meisten Familien, deren Ernährer im Felde sind, waren und sind die Hauptverbraucher, und diese haben kein dem hohen Preis entsprechendes Einkommen.

Fremdenblatt
10./IX. 1918

107

Der Rüben- und Weintraubenstreik des Wiener Marktpublikums.

Das Wiener Publikum, dieses sonst so geduldige Marktpublikum hat zur Selbsthilfe gegriffen. Seit einigen Tagen ist eine auffallende Erscheinung immer fühlbarer auf den großen Märkten geworden. Der still und mit Zähigkeit geführte „Kürbis-, Rüben- und Weintraubenstreik" der Wiener Marktbesucher hat nachdrücklich eingesetzt. Die Frühmärkte bieten interessante Bilder und charakteristische Szenen. Frauen mit Einkaufkörben umdrängen die Kukuruz-, die Paradeiserstände. Wird, wie dies neuestens Mode geworden ist, Kraut und Kohl direkt vom Wagen herab verkauft, so umdrängen Hunderte schreiend und erregt die Verkäufer. Aber man promeniert ruhig zwischen Kürbis- und Rübenpyramiden hindurch und läßt verachtungsvoll die Körbe mit den teuren Trauben (12 Kronen das Kilogramm) stehen. Nur sehr selten entschließt sich eine Frau, ein Kilo Rüben zu kaufen, wobei sie noch darauf besteht, die „gelben" auszusuchen. Gurken werden noch gekauft, aber der Streik richtet sich hauptsächlich gegen die drei Artikel, von denen namentlich die Kürbisse und Rüben anscheinend aus ganz Mitteleuropa auf den Märkten des bedauernswerten Wien zusammengeströmt sind.

Der stille Streik hat auch bereits seine ersten Erfolge erzielt. Unter dem Eindruck der unzweideutigen Haltung des Publikums kriechen die überspannten Preise langsam zurück. Rüben, für die noch vor kurzem Kr. 1.24 pro Kilo gefordert wurden, sind bereits um 20 Prozent gefallen. Selbst Weintrauben sind bereits (schwarze) auf 8 bis 9 Kronen „gesunken". Aber der Proteststreik, von Ausnahmen natürlich abgesehen, hält an und man wird noch weitere „Preisstürze" erleben.

Die Händler selbst lehnen jede Verantwortung ab. Sie behaupten, durch die Gemüse- und Obststelle zum Ankauf von Rüben und Kürbissen gezwungen zu sein. Wer nicht so viel Rüben und Kürbisse übernimmt, der bekommt eben seine gekauften eigenen Zwetschken, sein Kraut usw. nicht „frei". Er muß die Zugaben nehmen, wie man behauptet, weil unkundige Zentraleneinkäufer sich den größten Schund anhängen lassen, den dann das Wiener Publikum essen soll. So weit die Händler. Aber Tatsache ist, daß zuviel Rüben und Kürbisse da sind.

Das Wiener Publikum aber hilft sich mit dem Proteststreik, der ruhig seinen Fortgang nimmt. Es kauft Rüben und Kürbisse nur gezwungen und tatsächlich haben selbst große bekannte Konsumentenorganisationen und staatliche Lebensmittellager in den letzten Tagen zu Zwang greifen müssen, um in einem Falle ein Stück Fleischkonservendose „nur mit drei Kilo Rüben," in einem anderen Falle ein Fläschchen Himbeersaft „nur mit ein Kilo Rüben" abzusetzen. Solche Dinge können natürlich die einmal bestehende Abneigung gegen das „Streikgemüse" nur steigern.

Arbeiterzeitung

10./IX. 1918

108

Die heurige Obstversorgung.

Während einer Zeit der Dürre, wie man sie seit langem nicht erlebte, ging im vergangenen Jahre eine Menge Obst dadurch zugrunde, daß es von den Bäumen fiel, ehe es reifte. Heuer hat dieser Umstand die Obsternte nicht beeinträchtigt. Es regnete so oft, daß es weniger Fallobst gab und die Erträge unter gleichen Verhältnissen größer sein müßten als 1917, weil durch die reichliche Aufnahme von Feuchtigkeit die Früchte größer und schwerer, wenn auch nicht so zuckerreich wurden als vor einem Jahre. Allerdings haben sich die Ergebnisse der Obsternte verschoben. Der überreiche Behang der Aepfel- und Birnbäume im vorjährigen Sommer mußte notgedrungen zu einer Erschöpfung dieser Bäume und zu einer schwachen Ernte im heurigen Jahre führen, die sich zum größten Teil erst in den kommenden Monaten fühlbar machen wird, wenn das Spätobst in den Handel kommen soll. Der Ertrag an Aepfeln und Birnen ist heuer durchschnittlich so schlecht, daß die an den Obstmost gewöhnten Bewohner der westlichen Alpenländer damit rechnen, im kommenden Jahre ohne dieses Getränk dazustehen. Die Menge des gesamten heuer geernteten Obstes wird jedoch nicht kleiner, vielleicht sogar größer sein als 1917. Kirschen, Marillen, Pfirsiche und Zwetschken gediehen diesmal ausgezeichnet und in einer Menge, die im Frieden genügt hätte, die Märkte zu füllen. Ein großer Teil dieses Obstes ist längst eingebracht, nur ein wenig der Pfirsichernte und der überwiegende Teil der Pflaumenernte ist noch zu erwarten. Leider besteht wenig Hoffnung, daß wir davon etwas erhalten werden. Seitdem man dem Schreien der kleinen Händler nachgab und ihnen die Zügel losließ, haben sie maßlos die Preise hinaufgetrieben. Der Lärm der Blasel, Zenker und der christlichsozialen Gewerbereiter in zahlreichen Versammlungen hatte die Wirkung, daß die ursprüngliche Geos beiseitegeschoben und durch eine neue Organisation ersetzt wurde, die nur noch die Interessen der Händler vertritt. Man hat die Höchstpreise über den Haufen geworfen und es dem „freien Handel" überlassen, die Preise zu bestimmen und den Markt zu versorgen. Und die Folge?

Es gibt kein Obst bei den Marktständen und wenn welches kommt, dann ist es unerschwinglich teuer. Man hat Höchstpreise für Birnen, Aepfel und Zwetschken gemacht und findet in ganz Oesterreich keinen Menschen, der sich daran hält, jeder überschreitet sie schamlos, keine Behörde kümmert sich darum. Die Verlotterung des öffentlichen Lebens zeigt sich auch darin. Wer heute Aepfel, Birnen oder Zwetschken haben will, muß für das Kilogramm mindestens 4 Kronen und auch mehr auslegen. Selbst in Oberösterreich, dem Obstland, verlangt man an manchen Orten für ein Kilogramm Falläpfel schlechtester Art 4 Kronen, für Birnen besserer Sorte 6 bis 8 Kronen. Marillen waren nirgends unter 5 Kronen erhältlich. Zumeist forderten die Produzenten 7 bis 8 Kronen. Nicht anders ist es mit den Preisen der Pfirsiche. Jeder Landwirt macht Preise, wie es ihm beliebt. War das gestattet bei dem Frühobst, das man heuer ganz dem freien Handel überließ, so gab es doch Leichtgläubige, die aufatmeten, als sie hörten, daß man wenigstens für Aepfel, Birnen und Zwetschken Höchstpreise anordnete. Nach vier Kriegsjahren Erfahrung hätten sie sich doch sagen müssen, daß das alles nur eine Vorspiegelung von Hoffnungen ist, die sich nicht erfüllen. Daß sie aber so gänzlich beiseitegeschoben werden, hätte man doch nicht geahnt. Noch vor seinem Jahre nahm sich die Geos wenigstens die Mühe, Obst aufzubringen, das um den Höchstpreis abgegeben wurde. Es zeigte sich damals, daß nur die Zwangsaufbringung es ermöglichte, die Märkte damit zu versorgen. Heuer glaubt man, daß die Höchstpreise allein das Obst herzaubern werden. Und nun sehen wir, wie unsere amtlichen Einkaufsstellen aus Bosnien Zwetschken zuführen, die 3·30 bis 3·60 Kronen kosten, obgleich unser Höchstpreis 1·50 Kronen wäre. Man hat wieder das Türchen für „ausländische Ware" offen gelassen. Auch um Wien und überall in Oesterreich, wo Zwetschken gedeihen, sind sie heuer in Mengen gewachsen. Niemand verkauft sie unter drei bis vier Kronen und niemand kümmert sich darum, ihren Höchstpreis durchzusetzen. Sie kommen gar nicht bis nach Wien, ebenso wie Aepfel, Birnen und Marillen aus dem Inland nicht den Weg auf unsere Märkte fanden.

Die Schlamperei ist so groß geworden, daß alle besseren Waren mit Umgehung der Märkte verkauft werden. Das hat zur Folge gehabt, daß heuer die Beschickung unserer Märkte wesentlich schlechter wurde als vor einem Jahr. Es wurden Meterzentner Obst nach Wien gebracht:

	1918	1917	1913	Heuer weniger als 1917	Heuer weniger als im Frieden
Juli	13.000	25.000	85.000	12.000	72.000
August	35.000	72.000	92.500	37.000	57.500
September	—	145.000	88.000	—	—

Die wöchentlichen Zufuhren stiegen von 3100 Meterzentner im Anfang Juli auf 20.000 Meterzentner im Anfang August. Von da an fielen sie bis jetzt auf 7000 Meterzentner.

Im Juli stand bloß etwa ein Drittel, im August etwa ein Viertel der Obstmenge zur Wahl, die es vor einem Jahr auf den Wiener Märkten gab. Berücksichtigt man noch, daß selbst das wenige heuer zugeführte Obst zum größten Teil von den Märkten an die Zahlungsfähigsten verschleppt wurde und im Kleinhandel kaum erhältlich war, so stellt sich das Elend der heurigen Obstversorgung noch viel ärger dar. Es fehlt eben an der Organisation zur Aufbringung des Obstes und an dem Willen, der Preistreiberei entgegenzutreten.

Pester Lloyd Abendbl
10./IX. 1918
109

(Neue Höchstpreise für Gemüse und Obst.)

Am 16. September treten folgende Höchstpreise für Gemüse und Obst in Kraft:

Produkt	Preis pro 100 Kgr. in Kronen beim Produzenten	beim Großhändler	Preis pro Kgr. in Hellern beim Kleinhändler
Kohl	60	88	112
Häuptelkraut	40	60	76
Rotkraut	80	116	130
Kohlrüben I.	60	88	112
Gelbe Rüben	40—56	60—70	74—96
Petersilie, ohne Blätter	70	96	114
„ mit wenig Blättern	60	86	104
Suppengemüse (1 Bund 25 Deka)	—	—	26
Rote Rüben	50	70	84
Mairettig	40	58	70
Großer Rettich, braun, weiß, schwarz, 100 Stück	6—10	8—12	1 St. 10—14
Kren	170	210	250
Häuptelsalat, 100 Stück	8	12	1 Stück 16
Zuckersalat	40	56	70
Spinat und Sauerampfer	40	66	80
Grüne Erbsen in der Hülse	110	154	184
„ „ ohne Hülse	—	—	360
Grüne Fisolen	140	184	216
Butterfisolen	180	230	270
Erfurter und Malcer Zwiebeln	95.40	128	154
Andere Zwiebeln	82.70	111	142
Butterfisolen	180	220	270
Knoblauch	270	330	380
Kürbisse	26	42	54
Gurken (zum Salat)	50	75	90
„ zum Einlegen	60	85	100
Essiggurken	80	110	130
Tomaten	80	80	100
Grüne Paprika zum Füllen, 100 Stück	7	9	1 St. 11
„ „ stark, 100 Stück	1.50	2.50	1 „ 3
Wassermelone edle Sorten	58	78	96
„ gewöhnliche	40	60	74
Zuckermelone feine Sorten	80	108	138
„ gewöhnliche	48	68	84
Mais 100 Stück	14	18	1 St. 22
Sommerpflaumen (rot)	60	96	118
Beßtereeer usw.	80	140	170
Reineclanden	100	144	174
Pfirsiche I.	240	320	380
„ II.	120	180	220
Himbeeren	240	320	360
Aepfel, Tafelobst I.	280	330	420
„ „ II.	2 0	280	320
„ gewöhnliche Sorte	120	150	180
„ gemischte	70	96	116
Birnen, Tafelobst I.	300	400	450
„ „ II.	200	280	320
„ gewöhnliche Sorte	120	170	200
Nüsse (in Budapest) ohne Sack	—	460	550
Nußkerne (Nettogewicht)	1880	2600	21.50

Die neuen Produzentenpreise sind bis inklusive 28. September, die Engros- und Detailpreise bis 30. September gültig.

Tägliche Rundschau
11./IX. 1918

110

* **Kriegs-Marmelade.** Die Reichsstelle für Gemüse und Obst schreibt uns:

Angesichts der Bedeutung des gegenwärtig wichtigsten Brotaufstrichmittels, der Marmelade, ist es erfreulich, daß seit mehr als Jahresfrist in weitesten Verbraucherkreisen Zufriedenheit hinsichtlich des Wohlgeschmacks und der Bekömmlichkeit der gelieferten Erzeugnisse herrscht. Nicht nur den technischen Fortschritten, die seit dem Kohlrübenwinter unseligen Angedenkens durch das unablässige Bemühen der Reichsstelle für Gemüse und Obst erzielt worden sind, ist dieses Ergebnis zu danken, sondern auch dem scharfen Einschreiten der Reichsstelle gegen diejenigen Fabriken, die durch unsaubere oder sonstige für die Gesundheit bedenkliche Machenschaften die Allgemeinheit zu schädigen und den guten Ruf der deutschen Kriegsmarmelade zu beeinträchtigen versuchen. Mit welcher Strenge in dieser Hinsicht vorgegangen wird, erhellt beispielsweise daraus, daß von den rund 650 deutschen Marmeladenfabriken in der Zeit vom September vorigen Jahres bis jetzt 28 Betriebe vorläufig und 9 endgültig gesperrt sind; außerdem noch 53 Fruchtsaftpressereien. Abgesehen von den ständigen Kontrollen, denen die Betriebe durch mehr als 50 Revisionsbeamte der Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen und der Reichsstelle in Berlin unterworfen sind, erfährt jedes Fabrikat auf seinem Wege zum Privathaushalt mindestens noch eine nahrungschemische Untersuchung bei der Bezirkszentrale und dem Kommunalverband sowie eine Beschaffenheitsprüfung durch den Groß- und Kleinhändler. Ein vor wenigen Tagen in zweiter Instanz durch Freisprechung des Angeklagten, eines Marmeladenfabrikanten aus Bochum, entschiedener Strafprozeß ist geeignet, die Oeffentlichkeit zu unrichtigen Schlüssen zu verleiten. Es sei deshalb festgestellt, daß die von dem Angeklagten hergestellten und beanstandeten Fabrikate nicht in den Verkehr gelangt sind. Gerade die Revisionen der Kriegsgesellschaft und der Reichsstelle hatten nämlich im Oktober vorigen Jahres die vorläufige Schließung der Bochumer Fabrik und die Strafanzeige gegen ihren Leiter zur Folge. Eben weil Fabrikate aus angefaultem Obst vorgefunden wurden, die als gesundheitsschädlich erachtet werden mußten, wurde ihr Abbrennen angeordnet, die Fabrik gesperrt und Strafanzeige erhoben. Die sämtlichen vorhandenen unverdorbenen Halbfabrikate aber wurden, da sie der Verarbeitung der bisherigen Fabrikleitung nicht anvertraut werden konnten, unter ständiger sorgfältiger Ueberwachung der Aufsichtsorgane sachgemäß verarbeitet, wobei bemerkt wird, daß selbst in Gärung übergegangenes Halbfabrikat durch diesen Umstand allein nicht wertlos oder gar gesundheitsschädlich wird, sofern es nur einem sachgemäßen Verfahren unterworfen wird.

Westungarischer-Grenzbote

11./IX. 1918

g
11
III

* **Die neuen Gemüse- und Obstpreise** sind für die Zeit vom 16. bis 30. September per Kilo wie folgt festgesetzt worden: Kohl 1 K. 12 Kraut 76 H., Rotkraut 1 K. 30. Kohlrüben 1 K. 12 gelbe Rüben 74—96 H., Petersilie 1 K. 4—1 K. 14, ein Bund 26 H., rote Rüben 84 H., Rettig (das Stück) 10—14 H., Kren 2 K. 50 Kopfsalat (der Kopf) 16 H., Kressesalat 70 H., Spinat und Sauerampfer 80 H. grüne Erbsen in Schoten 1 K. 84 geschält 3 K. 60, 1 Liter 2 K. 20. grüne Fisolen 2 K. 16, Butterfisolen 2 K. 16. Zwiebel 1 K. 42—1 K. 54, Knoblauch 3 K. 80 (das Stück 18 H.), grüne Paprika (das Stück) 11—18 90 H., Sauerteiggurken 1 K. zum Einlegen in Essig 1 K. 30, Kürbis 54 H., Wassermelone 74—96 H., Zuckermelone 84 H. bis 1 K. 28 Kukuruz (das Stück) 22 H., Pfirsiche 2 K. 20—3 K. 30, Pflaumen 1 K. 18 bis 1 K. 74. Himbeeren 3 K. 60 Aepfel 1. Qual. 1 K. 20, 2. Qual. 3 K. 20. 3. Qual. 1 K. 80, Falläpfel 1 K. 20. Birnen 1. Qual. 4 K. 50, 2. Qual. 3 K. 20. 3. 2 K., Nüsse (in der Provinz) 5 K. 20. in Budapest 5 K. 50, geschälte 21 K. 50 H.

Österr. Volkszeitung
12./IX. 1918

Die Lebensmittelversorgung.

Eine Riesenernte an Kraut und Kürbissen.

Aus Fachkreisen wird uns gemeldet: Die glänzenden Erlöse für die vorjährige Gemüseernte regten die Produzenten zu stark vermehrtem Gemüseanbau im heurigen Jahre an. Man schätzt den Mehranbau auf mehr als 10 Prozent normaler Jahre. Kraut- und Kürbissamen standen aber reichlich zur Verfügung und wurden auch später viel ausgesät und verpflanzt. Der heurige kühlere, regenreiche Sommer war für die Entwicklung dieser Gemüsearten sehr günstig und die Ergebnisse übertreffen weit alle Erwartungen. Kraut und Kürbis gediehen vortrefflich und nachdem letztere schon seit Wochen nahezu überreichlich auf die Märkte kamen, ist dies jetzt noch beim Kraut der Fall. Abgesehen von den billigeren Verkäufen der Gemeinden, ist Kraut und auch Kürbis bei verschiedenen Konsumorganisationen zu niedrigen Preisen in beliebiger Menge zu haben. Für den Winter werden große Quantitäten Kraut und Kürbis eingesäuert. Die zuverlässigste Konservierung ist aber das Trocknen. Schon im Vorjahre haben viele mährische und böhmische Malzfabriken das Dörren von Kraut und anderem Gemüse aufgenommen. Aber auch in jedem einzelnen Haushalte sind solche Konserven leicht herzustellen und die Hausfrauen sollten sich die geringe Mühe nicht verdrießen lassen und sich durch Trocknen Vorräte sichern.

Die Versendung von Kartoffeln.

Die Abgeordneten Stanek, Dr. Funk und Dr. Hübschmann sprachen gestern beim Minister Paul in der Frage des Rucksackverkehrs vor. Abgeordneter Stanek führte Beschwerde wegen des Verbotes dieses Verkehrs, und wies auf die mangelhaften Vorkehrungen der Behörde in bezug auf die Versorgung mit Lebensmitteln hin. Minister Paul schilderte die Schwierigkeiten, die sich der Versorgung entgegenstellen, bemerkte, daß viele Waren durch den Rucksackverkehr verschleppt werden, und daß diesem Uebelstande gesteuert werden müsse, fügte jedoch hinzu, daß er bereit sei, sobald die Ernte durch die staatlichen Organe erfaßt sein werde, gewisse Erleichterungen zu bewilligen. Was die Kartoffeln betrifft, sei bereits gestattet worden, bis zu zehn Kilogramm zu befördern.

Sobald in den nächsten Tagen eine Verordnung publiziert sein werde, nach der für jede Person an Kartoffeln 100 Kilogramm für die ganze Versorgungsperiode entfalle, werde jedoch die Beförderung von Kartoffeln mittels Rucksack gänzlich eingestellt werden.

Arbeiterzeitung
13. IX. 1918

113

Gemüsehöchstpreise. Man hat es versäumt, die Gemüsepreise herabzusetzen, als die ersten großen Zufuhren kamen, und wird auch jetzt kaum etwas mit den neuen Höchstpreisen erreichen, die vom 15. d. für den Kleinhandel in Geltung treten sollen. Alle neuen Höchstpreise für Spätgemüse, wie Kohlarten und Rüben, schwanken zwischen 20 und 50 Heller für ein Kilogramm. Dazu kommen 50 bis 130 Prozent Zuschläge an die Großhändler. Deshalb werden Spätgemüse, die nun an die Kleinhändler verkauft werden, etwa doppelt so teuer sein, als der Uebernahmspreis für die gelieferte Ware ausmacht. Es sollen daher vom 15. d. im Kleinhandel kosten: ein Kilogramm Kraut 60 bis 70 Heller, Kohl 80 bis 90 Heller, Karotten 70 bis 80 Heller, Speiserüben 50 bis 60 Heller, rote Rüben 60 bis 70 Heller, Zwiebeln 1·80 bis 1·90 Kronen. Für den heimischen Gemüsebauer sind das Preise, die er sich im Frieden nie erhofft hätte.

Vossische Zeitung 14./IX. 1918

Sind die Gemüsepreise zu hoch?

Eine Erklärung des Berliner Magistrats.

Ausgehend von der „Deutschen Obstbau-Zeitung, Zeitschrift des Deutschen Pomologen-Vereins", sind in letzter Zeit von verschiedenen Seiten die Gemüsepreise in Berlin als zu hoch bezeichnet worden. Unangemessener Verdienst des Handels verteuere das Gemüse künstlich. Im einzelnen wurde darauf hingewiesen, daß der Kleinhändler an grünen Bohnen 17 Pfennige, an Kohlrabi und Möhren ohne Kraut 8 Pfennige verdiene, während für beide 4—5 Pfennige Verdienst an einem Pfund genügen würden. Hierzu schreibt jetzt der Berliner Magistrat:

Hinsichtlich der Großhandelspreis-Festsetzung erklärt die „Deutsche Obstbau-Zeitung" selbst, daß bei Mairüben gegenüber dem Erzeugerpreis von 4 M. der Großhandelspreis von 7 M. nicht zu hoch sei, weil der Großhandel Fracht und Schwund tragen muß. Die Forderung aber, die Kleinhandelsspanne für Kohlrabi und Möhren solle nicht höher als 4—5 Pfennige betragen werden, ist erfüllt. Der Großhandelspreis für Kohlrabi beträgt 12 M., der Kleinhandelspreis 16 M. Der Großhandelspreis für rote Möhren 10 M., der Kleinhandelspreis 15 M. Die Kleinhandelsspanne bei Bohnen beträgt gegenwärtig nicht mehr 17, sondern 14 M. Abgesehen bei den ganz leicht verderblichen Gemüsesorten, wie Rhabarber, Erbsen, Spinat und Bohnen, ist in Berlin die Kleinhandelsspanne von 4—5 Pfennigen kaum überschritten. Die Spanne beträgt bei roten Möhren 5 Pf., bei gelben Möhren 3½ Pf., bei Mairüben 1½ Pf., bei weißen Möhren 3 Pf., bei Kohlrabi 4 Pf., bei Kohlrüben 3 Pf., bei Weißkohl 5 Pf., bei Wirsingkohl 5 Pf., bei Rotkohl 5½ Pf. Wenn gesagt wird, daß im Frieden im Durchschnitt 3 Pf. am Pfund verdient worden sind, so kann die Steigerung um 2 Pf. in der gegenwärtigen Zeit nicht als erstaunlich betrachtet werden. Die Erörterungen über die Preisgestaltung im Handel sind deswegen besonders bedauerlich, weil sie die durchaus irrige Ansicht der Erzeuger bestärken, als sei die Preissteigerung der Verdienstsucht von Händlern und Zwischenhändlern zuzuschreiben und dadurch die Unzufriedenheit mit den Erzeugerpreisen, die reichlich bemessen sind, gestiegen. Eine große Anzahl von Städten hat, im Gegenteil, die Bemessung der Großhandelspreise als zu niedrig bei der zuständigen Behörde beanstandet."

•

Zu demselben Gegenstand schreibt uns die Reichsstelle für Gemüse und Obst: „Dem Groß- und Kleinhandel gemeinsam sind die hohen Geschäftsunkosten, Löhne, Gehälter, Lager- und Ladenmieten. Der Großhandel hat außerdem erhebliche Frachtkosten, vor allem aber die Gefahr für Beraubung und Diebstahl, sowie für Verschlechterung und Verringerung der Ware und für die Verpackung zu tragen. Der Berliner Kleinhandel leidet besonders unter der Teuerung für Fuhrwerk und Bespannung und unter der Gefahr des Verderbs von Ware. Wird dem Großhandel durch die Preisfestsetzung kein angemessener Nutzen gesichert, so verweigert er seine Mitwirkung bei der großstädtischen Gemüse- und Obstversorgung und zieht es vor, andere Märkte zu beschicken. Die Folge wäre, daß trotz der guten Gemüseernte Berlin kein Gemüse hätte! Der Kleinhändler aber, dem nicht genügende Gewinnmöglichkeiten durch die Preisfestsetzung gewährt werden, unterliegt leichter der Versuchung, sich im Schleichhandel höheren Nutzen zu verschaffen. Sicherlich wären Behörde, Erzeuger und vor allem Verbraucher mit einer Beschneidung der Groß- und Kleinhandelspreise einverstanden — wenn nicht die Herabsetzung der Preise das Gemüse vom Groß-Berliner Markt verscheuchen würde."

Die Zeit
16./IX. 1918

M15

Gegelung der bosnischen Obstausfuhr.

Aus Sarajevo, 15. d., wird uns gemeldet: Von der Landesregierung wird eine Verordnung verlautbart, mit der der gesamte Verkehr mit frischem Obst sowie mit Dörrobst, Lequar und Walnüssen geregelt wird, und die sowohl den Interessen der Produzenten und Obsthändler als auch den Konsumenten weitgehendst Rechnung trägt. Im Sinne der Verordnung können Pflaumen, Birnen und Aepfel und alles sonstige Obst im frischen Zustand in Bosnien und der Herzegowina frei gehandelt werden, während gedörrte Pflaumen, sonstiges Dörrobst, Walnüsse, Pflaumenmus (Lequar) und auch getrocknete Feigen sowohl aus der heurigen als auch aus der Ernte der früheren Jahre unter Sperre gestellt werden, also der Beschlagnahme verfallen. Die Sperre bezieht sich auf wo immer und bei wem immer befindliche Vorräte, mit Ausnahme jener, die sich im Besitz des Landesärars und der Militärverwaltung befinden. Zur Ausfuhr über die Landesgrenze wird nur frisches, gesundes, handgepflücktes Obst transportfähiger Qualität, sachgemäß in Behältern bis 30 Kilogramm Nettogewicht verpackt, zugelassen, jedoch dürfen Eisenbahnen und Schiffsunternehmungen solches Obst zur Beförderung über die Landesgrenze nur dann annehmen, wenn den Frachtdokumenten eine behördliche Transportbescheinigung beigegeben ist. Eine weitere wichtige Bestimmung ist, daß die gewerbsmäßige Versendung von frischem Obst über die Landesgrenzen in Postpaketen mit Bewilligung der politischen Behörde erster Instanz des Aufgabeortes gestattet ist.

Tägliche Rundschau
16/IX. 1918

116

* **Das Obst im Rucksack — genehmigungspflichtig!** Die Bezirksstelle für Gemüse und Obst im Regierungsbezirk Potsdam hat mit Zustimmung der Reichsstelle für den Regierungsbezirk mit Ausnahme der zum Gebiet des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin gehörenden Kommunalverbände (also in erster Reihe für Werder und Umgegend) bestimmt, daß die bisher nur für den Versand mit Eisenbahn, Schiff, Wagen, Karre oder Tier vorgeschriebene schriftliche Genehmigung auch zur Beförderung von Herbstobst auf Traglasten (Körben, Koffern, Säcken, Rucksäcken usw.) ausgedehnt wird. Die Verordnung ist mit ihrer amtlichen Veröffentlichung bereits in Kraft getreten. — Nach der Verordnung der Reichsstelle vom 19. Juli 1918 ist die schriftliche Genehmigung vom Versender oder Erzeuger einzuholen. Wie soll sich da aber der Käufer, der sich z. B. Obst im Rucksack aus dem Havelobstgau holt, über die erteilte Genehmigung ausweisen? Es müßte also vorgesehen werden, daß die Genehmigung auch dem Verbraucher erteilt wird, was zu einem höchst umständlichen Verfahren führen dürfte.

Tägliche Rundschau 19./IX.1918.

117

* Die Zwangsbewirtschaftung am Herbstobst und Gemüse im Kreise Teltow wird durch zwei neue Verordnungen des Teltower Kreisausschusses geregelt. Danach darf alles der Zwangsbewirtschaftung unterliegende, zum Absatz kommende sogenannte Kontrollobst (Aepfel, Birnen, Pflaumen, Zwetschen) nur an die von der Kreisstelle für Gemüse und Obst hierzu bestimmten Sammelstellenleiter abgesetzt werden. Die Ablieferungspflicht erstreckt sich auf das gesamte Obst der genannten Arten, ohne Rücksicht darauf, ob es sich dabei um Edelobst, Tafelobst oder Wirtschaftsobst handelt. Der Höchstpreis beträgt bei Aepfel und Birnen: für Tafelobst 35 M. je Zentner, für Wirtschaftsobst 15 M. je Zentner; bei Pflaumen und Zwetschen für alle Sorten, außer Brennzwetschen, 20 M. je Zentner, für Brennzwetschen 10 M. je Zentner. Für Edelobst (Aepfel und Birnen) besteht kein Höchstpreis. Die zu zahlende Vergütung richtet sich nach der Güte der Ware und bewegt sich zwischen 35 und 80 M. je Zentner. Für besonders gute Stücke kann bis zu 100 M. je Zentner gezahlt werden. Die Festsetzung der Preise für Edelobst unterliegt dem sachverständigen Gutachten des zuständigen Sammelstellenleiters. Auf Beschwerden über zu niedrige Preisfestsetzung entscheidet ein Obergutachter endgültig. Als solche sind für den Kreis Teltow bestimmt: der Kreisobergärtner Scharnke in Steglitz, Stephanstraße 28, und der Leiter der Obstverwertungsanstalt Beuß in Zossen.

Alles der Zwangsbewirtschaftung unterliegende, zum Absatz kommende Kontrollgemüse (Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Grünkohl, Möhren aller Art und Zwiebeln) darf nur mit behördlicher Genehmigung befördert werden. Die Genehmigung und die erforderlichen Genehmigungspapiere werden durch die Magistrate, die Gemeinde- und Gutsvorsteher erteilt. Für Beförderungen innerhalb derselben Ortschaft bedarf es einer Genehmigung nicht. Die Bestimmung, daß niemand berechtigt ist, an ein und demselben Tage mehr als 5 Kilogramm Kontrollgemüse — bei Zwiebeln jedoch nur 1 Kilogramm — vom Erzeuger zu beziehen, bleibt hierdurch unberührt.

Der Neue Abend 118

20./IX. 1918

Wien ohne Obst.

Preis- und Lieferungsanarchie. — „Verteilungs"stellen", die nichts zu verteilen haben. — Slibowitz statt Zwetschken.

Ob dem Wiener Verbraucher auch nicht jede Hoffnung zu Wasser würde! Da freut er sich, auf amtliche Zusagen bauend, Monate vorher der Trostsprüchlein angesichts des Mangels an Frühobst, daß er im Herbste wenigstens Zwetschken, Äpfel und Birnen reichlich und billig zu kaufen bekommen werde.

Jetzt hören wir, Äpfel und Birnen sind „nicht geraten". (In manchen Gegenden, wie in der Hannakei, müssen freilich die Zweige und Äste gestützt werden, um nicht zusammenzubrechen.) Aber wie steht es mit den Zwetschken? Hie und da ein kleiner „Rummel", wie vorigen Sonntag in der Viktualienhalle auf der Landstraße, wo an zehn Stellen zur Mittagszeit Zwetschken zu K 1.22 das Kilogramm für ein paar Dutzend Leute verkauft wurden, und dann wieder völliges „Abreißen". Man geht an den Greislerzwetschken zu 5 K vorüber, wenn man gestern einige billige Ware erhascht hat. Aber tags darauf bleibt die billige Ware wieder aus und man bequemt sich zu den hohen Preisen.

Und doch gibt es heuer eine Zwetschkenernte von beispielloser Reichhaltigkeit. Mit den Zwetschkenreserven muß aber der Abgang an Äpfeln gedeckt werden. Es sind sehr große Lücken zu füllen. Die südliche Steiermark hat heuer sehr wenig Äpfel aufgebracht, sogar die „Obstschatzkammer", die Obersteiermark, versagt diesmal gänzlich. Die Äpfelernte in Niederösterreich, Böhmen und Mähren ist gleichfalls mittelmäßig ausgefallen.

Der Abgang soll durch eine reichliche Zwetschkenzufuhr gedeckt werden. Aber wo sind diese Zwetschken? Man schickt hier einen Waggon nach Innsbruck, dort wieder andere nach Graz, Salzburg usw. Nach Wien werden wohl sehr viel Zwetschken hereingeschleppt, aber der Markt hat nichts davon. Händler haben ein ganzes Heer von Rucksackträgern ausgerüstet, um der Überwachung zu entgehen. Da werden Onkel, Tanten, Vettern, Bekannte, selbst halbwüchsige Kinder in den Dienst des Zwetschken-Schleichhandels gestellt. Die Ware wird in Mähren, wo Zwetschkenüberfluß herrscht, zu K 1.20 bis K 1.50 eingekauft und auf zwanzig Rucksackträger verteilt, anstandslos und unter dem schützenden Scheine eines familiären Ausfluges nach Wien gebracht.

Hier verwandeln sich die einheimischen Zwetschken plötzlich in „bosnische", „serbische" und so weiter und werden zum Preise von K 5 bis K 6.40 für das Kilogramm in den Bezirken verkauft. Man stellt sich sogar noch darum an, und selbst die minderwertigsten Zwetschken finden mit Umgehung der Höchstpreise noch zu K 4.80 ihre Käufer.

Aus Ungarn kommen keine Zwetschken, da bekanntlich die Ausfuhr eingestellt wurde. Welche Massen ungarischer Zwetschken bot früher die Keckemeter Gegend! Die Anlieferung bosnischer Pflaumen wird überhaupt bald aufhören, weil die Reife vorüber ist und die Ware nicht mehr beförderungsfähig sein wird. Böhmische Pflaumen sollen statt der bosnischen eintreffen, aber es ist sehr fraglich, ob dies in so reichem Maße erfolgt, daß der tägliche Entgang von 20 bis 30 Waggons eingebracht werden kann. Die böhmischen Zwetschken, die in geringen Mengen bisher eintrafen, sind in schlechtem Zustande gewesen. In Mähren ist wohl eine reiche Zwetschkenernte vorhanden, aber sie kommt leider nur für den Schleichhandel in Betracht. Es fehlt an der Erfassung für die Märkte und deshalb war der größte Teil der Zwetschkenernte der Slibowitzerzeugung zugeführt. Die Schnapsfabrikanten haben die Früchte schon auf dem Baume vor der Reife um 2 Kronen das Kilogramm angekauft.

Birnen sind wenig zu erwarten. Die Birnenernte Böhmens ist wohl nicht günstig ausgefallen, aber der Schleichhändler weiß sich die vorhandenen Bestände viel eher zu sichern. Noch voriges Jahr sind 2000 Waggons böhmischer Birnen nach Wien gekommen. Äpfel werden wohl aus Oberösterreich und Steiermark kommen, aber niemand weiß, wie viel und selbst die „Verteilungsstellen" werden sehr vorsichtig sein, wenn sie darüber Auskunft geben sollen. Und ob Äpfel aus Ungarn kommen, ist sehr fraglich, weil dies von der ungarischen Regierung abhängt.

Fremdenblatt
20./IX. 1918

Ungewöhnlich reiche Krautzufuhren.

Im Vordergrunde des heutigen Verkehres standen die Gemüsemärkte, die erfreulicherweise auf allen Gebieten fast mehr als bedarfdeckend botiert wurden. Namentlich der Naschmarkt bot den erschienenen Käufern eine reichhaltige Auswahl in allen Gemüsesorten. In Kraut waren geradezu Rekordzufuhren zu verzeichnen. Ungarisches Weißkraut langte im Gewichte von 161.900 Kilogramm ein. Der Import in ausländischem Weißkraut betrug 22.000 Kilogramm und in Rotkraut 7000 Kilogramm. Auch in Zwiebeln und in den diversen Rübenarten übertrafen die Angebote die Nachfrage. Gärtnerware langte im Gewichte von mehr als 22.000 Kilogramm ein. Ein Teil der Vorräte blieb sogar unverkauft.

Der Obstmarkt wurde in bezug auf Aepfeln und Weintrauben nicht ungünstig beschickt. Hingegen machte sich in den viel begehrten Zwetschken, von denen einheimische Provenienzen heute stärker vertreten waren, ein empfindlicher Mangel fühlbar, da die Ankünfte in ungarischer und bosnischer Ware sich in den bescheidensten Grenzen hielten.

In der Großmarkthalle blieb der Verkehr bloß auf ganz unzureichende Mengen Flußfische beschränkt. Außerdem wurde noch Speck für Mindestbemittelte ausgegeben.

Eine angenehme Ueberraschung boten die relativ günstig bedachten Eiermärkte.

Fremdenblatt
21./IX. 1918

No

Obst und Marmelade im Winter 1918.

Wie wir von kompetenter Seite erfahren, sind die Aussichten auf dem Obstmarkt keineswegs rosige. Nachdem im Vorjahre die Bäume hergegeben haben, was sie seit Jahrzehnten nicht getragen, ist in diesem Jahre naturgemäß ihre Ertragsfähigkeit geringer. Der Frost im Frühjahr und der nasse Sommer haben die Obsternte nachteilig beeinflußt. Speziell läßt die Tiroler Obsternte zu wünschen übrig. Während in Tirol im Vorjahre in einzelnen Gegenden Hunderte Waggons Obst geerntet wurden, ist in diesem Jahre nur mit 60 bis 80 Waggons zu rechnen. Die Zwetschken beispielsweise haben in der letzten Zeit unter den Regengüssen sehr gelitten, sie sind aufgesprungen und dadurch nicht mehr so haltbar und transportfähig. Das Hauptkontingent für die Marmeladenerzeugung stellen die Aepfel. Man hat alles Mögliche getan, um auch aus Rumänien Obst für die Marmeladenerzeugung zu schaffen. Von dort soll das Obst der Haltbarkeit wegen und, um es transportfähig zu machen, als halbfertiges Marmeladeprodukt versendet werden.

Die Gemüse- und Obststelle bemüht sich angeblich, den Winterbedarf an Marmelade so weit als möglich zu decken. Es wird in Anbetracht der stark gekürzten Lebensmittel wirklich eine ernste Pflicht dieser amtlichen, dem Ernährungsamt unterstellten, Gesellschaft sein, für eine regelmäßige und genügende Marmeladeversorgung bemüht zu sein! Wie wir erfahren, wird die diesjährige Marmelade wieder mit Gemüse gestreckt, und zwar ausschließlich mit den wohlschmeckenden Möhren und Karotten. Es wird aber den einzelnen Marmeladefabrikanten nicht überlassen sein, die Streckung nach eigenen Rezepten vorzunehmen, sondern die Gemüse- und Obststelle wird ein bestimmtes Rezept vorschreiben und den Fabriken ein nach diesem Rezept in besonders gut eingerichteten Betrieben hergestelltes Halbfabrikat verteilen. Die Marmelade wird zu einem Drittel aus Zucker, einem Drittel aus Obst und einem Drittel aus dem Streckungsgemüse bestehen. Wie es allerdings mit der Zuckerbereitstellung und besonders mit der zur Fabrikation notwendigen Kohle sich in diesem Jahre verhalten wird, das ist leider noch gar nicht zu bestimmen. Feinmarmelade wird nur in sehr geringen Mengen erzeugt werden, die sogenannte Zweier-Marmelade fällt in diesem Jahre ganz aus, sondern nur die mitGemüse gestreckte Dreier-Marmelade wird dem Konsum zugeführt werden. Der Preis für die Marmelade ist noch nicht kalkuliert. Sicher ist, daß es den Marmeladefabrikanten nicht gestattet sein wird, ihre Kalkulation auf höhere als die behördlich festgesetzten Richtpreise aufzubauen.

b. r.

Fremdenblatt
21./IX. 1918

Eine Eingabe der Obstgroßhändler an das Ernährungsamt.

Der Mangel an einheimischem Obst auf den Märkten veranlaßte die Obstgroßhändler vom Naschmarkt eine Eingabe an das Ernährungsamt über die Ursachen der unzureichenden Zufuhren zu richten. In der Eingabe verlangen die Händler auch eine Erhöhung des Verdienstes aus ihrer Vermittlertätigkeit zwischen der Obst- und Gemüseverteilungsstelle und den Kleinhändlern, da sie unter den obwaltenden Verhältnissen in den meisten Fällen aus ihrer Tätigkeit nicht nur keinen Gewinn erzielen, sondern sehr oft mit schweren Verlusten arbeiten.

In der Eingabe an das Ernährungsamt heißt es: Die Produzenten scheinen angesichts ihrer schwachen Aepfel- und Birnenernte nicht gesonnen, Obst zu den gesetzlichen Höchstpreisen zu liefern, sie werden es vorzugsweise an Schleichhändler, die das Vielfache der Höchstpreise anbieten, verkaufen, da sie auf diese Weise den Obstentgang vergütet sehen wollen. Unter solchen Umständen wird inländisches Obst nur in verschwindend geringer Quantität nach Wien kommen können. Um genügend Obstmengen dem ordentlichen Marktverkehr zuzuführen, ist es notwendig, den Produzenten jenes angemessene Aequivalent zu bieten, welches sie sonst bei Schleichhändlern suchen. Das ist nur durch angemessene Erhöhung der Höchstpreise für Aepfel, Birnen und Zwetschken möglich, was das k. k. Volksernährungsamt unverzüglich in Erwägung ziehen sollte.

Für Zwetschken beträgt gegenwärtig die Großhandelspannung 9 Kronen für 100 Kilogramm. Marktleute, die von der Obst- und Gemüseverteilungsstelle inländische Zwetschken zum Verkaufe zugewiesen erhielten, mußten ausnahmslos mit Verlusten arbeiten, da der Fuhrlohn allein 4 Kronen beträgt und die Entladungsgebühren, Ablegespesen, Manko und sonstiger Schwund die restlichen 5 Kronen der Spannungsgebühr verschlangen, was wiederholt marktamtlich nachgewiesen wurde. In häufigen Fällen hatten die Großhändler sogar Verluste in barem zu verzeichnen. Zu den aufgedrungenen, verlustreichen Kürbis- und Rübengeschäften werden nunmehr auch die Großhändler gezwungen, bei Zwetschken ohne den bescheidensten bürgerlichen Gewinn zu arbeiten.

Die Genossenschaftsvorstehung bringt dies mit der Bitte zur Kenntnis, das Volksernährungsamt wolle ungesäumt die Großhandelspannung für Zwetschken, Aepfel und Birnen um 50 bis 60 Prozent erhöhen.

Österr. Volkszeitung
21./IX. 1918

M

Die Wiener Lebensmittelmärkte.

In der Lebensmittelversorgung spielen gegenwärtig die Gemüsemärkte die Hauptrolle, da es sowohl an Fleisch, wie auch an fast allen Ersatzartikeln mangelt. Die Beschickung der Gemüsemärkte erfolgt denn auch entsprechend dem gesteigerten Verbrauche in dauernd aufstrebender Richtung. Auch gestern waren die Zufuhren ungemein günstig. Mit Kraut sind die Märkte geradezu überschwemmt; aber auch Zwiebeln, Rüben verschiedener Art und Gärtnerware langten in mehr als ausreichenden Mengen ein.

Auf dem Obstmarkt hält der Mangel in Zwetschken unvermindert an und ist eine Wendung zum Besseren kaum mehr zu erwarten. Die Sendungen aus den einheimischen Produktionsorten fielen gestern zwar etwas günstiger aus; den Ausfall von bosnischer und ungarischer Ware konnten sie aber nicht wettmachen.

In der Großmarkthalle blieb der Verkehr bloß auf geringe Mengen Flußfische beschränkt.

Arbeiterzeitung
22./IX. 1918

Die heurige Marmelade-Erzeugung.

Marmelade aus Rüben.

Die hohen Obstpreise und die kleine Ernte von Aepfeln, die für die Obstverarbeitung ausschlaggebend sind, mußten die Erzeugung von Marmeladen einschränken. Wir stehen daher vor der Wahrscheinlichkeit, daß für den kommenden Winter viel zu wenig Marmelade hergestellt werden wird. Ihre Wichtigkeit für den Haushalt hat sich gerade in den letzten Jahren erwiesen, als Fett abzunehmen begann und für Kinder kein anderer Brotaufstrich zu haben war als der aus Obstmus. Bleibt heuer die Marmelade den Massen unzugänglich, dann haben die Unbemittelten nichts, das sie ihren Kindern zum Brot bieten können. Eingekochtes Obst der heurigen Ernte hat Preise erreicht, die man vor einem Jahre für unmöglich gehalten hätte. Man verkauft in Geschäften der Innern Stadt ein Kilogramm für 16 bis 18 Kronen und teurer. Wer soll das erschwingen können? Legt man die heurigen Obstpreise der Marmelade-Erzeugung zugrunde, dann könnte ein Kilogramm reiner Marillenmarmelade nicht unter 13 bis 16 Kronen zu haben sein. Auch Himbeer- und Ribiselmarmelade würden sich so hoch stellen; damit würde diese Nahrung aus dem kleinen Haushalt völlig ausscheiden, wenn es nicht gelänge, billigeren Ersatz zu schaffen. Man hat es zuerst verabsäumt, Obst zu bewirtschaften und dessen Preise niedrig zu halten. Nun gehen die Zentralstellen, die sich mit der Obstverwertung befassen, daran, G e m ü s e heranzuziehen, um es mit auf Marmelade verarbeiten zu lassen. Dazu dienen S p e i s e r ü b e n, die entweder verkocht als Saft den Marmeladefabriken geliefert werden oder von diesen selbst verarbeitet werden sollen. Das neue Blatt der Gemüse-Obst-Stelle berichtet darüber, daß 2000 Bahnwagen eingedicktes Rübenmark, das auf die Hälfte des ursprünglichen Gewichts eingekocht ist, geliefert werden sollen. Da aus dem Inland zu wenig Obst beschafft werden kann, werden aus den Balkangebieten 600 Bahnwagen Obst, vorwiegend kleine Aepfel, für die Marmelade-Industrie hergeholt werden. Weil sich die Heranbringung von Zwetschken heuer wegen der langsamen Bahntransporte schwer durchführen läßt, sollen auch diese Früchte eingekocht und in halbflüssigem Zustand in Behälterwagen herangeführt werden. Auch aus Bessarabien hofft man auf die gleiche Weise Obst zu beschaffen. Wenn es gelingt, die heurige überaus reiche Zuckerrübenernte auf Zucker zu verarbeiten, dann wird die Rübenmarmelade sehr süß werden. Bisher besteht die Gewißheit noch nicht, weil die Aufbringung der für die Zuckerfabriken nötigen Kohlen Schwierigkeiten macht. Um Kohlen zu ersparen, hat man vorgeschlagen, Rohzucker an die Marmeladefabriken zuzuweisen. Er hat den Nachteil, daß er der ohnehin zum großen Teil aus Rüben bestehenden Marmelade einen unangenehmen Beigeschmack verleiht und sie wenig haltbar macht. Da ein Mehrerfordernis von nur 300 Bahnwagen Kohlen ausreichen würde, um statt Rohzucker Grießzucker abgeben zu können, so will man doch die Kohlenbelieferung der Zuckerfabriken soweit steigern, daß wenigstens Grießzucker erzeugt werden kann. Es ist allerdings noch unsicher, ob diese Zuckermenge, selbst wenn sie erzeugt wird, für diesen Zweck Verwendung finden kann, weil es bisher schon schwer war, die erforderlichen Mengen von Obst für die Marmelade-Erzeugung aufzutreiben. Wenn auch auf eine Verfügung des Ernährungsamtes hin heuer die Ablieferung von Obstreste — den Rückständen aus der Verarbeitung von Obst auf Flüssigkeiten, wie Most und anderes — für die Marmelade-Erzeugung angeordnet wurde, so wird es kaum dazu kommen, daß man wieder 4700 Bahnwagen Marmeladen durch die Gemüse-Obst-Stelle wird verteilen können. Der große Ausfall der früher als Streckungsmittel verwendeten Aepfel geht daraus hervor, daß heuer, wie die Zentralstelle mitteilt, aus Südtirol kaum mehr als 50 bis 90 Bahnwagen Spätäpfel zur Ausfuhr kommen können, während vor einem Jahre mehr als 3000 Bahnwagen Apfel ausgeführt wurden. Dazu kamen noch die reichen Zufuhren aus Steiermark, Oberösterreich, Niederösterreich und Böhmen, die nun gleichfalls fehlen. Wir müssen also damit rechnen, daß die so wichtige Marmelade uns heuer nur in eingeschränkter Menge und in sehr verschlechterter Güte zu hohem Preise zugänglich sein wird.

Arbeiterzeitung
22./IX. 1918

115

Die Lebensmittelmärkte.

Langsam zeigt sich auf den Märkten, daß die große Einbringung der Sommererträge begann. Vorwiegend Kraut und Rüben stehen jetzt zur Wahl, weil diese Bodenfrüchte heuer über alle Erwartung gut gediehen. Im Durchschnitt bringen diesmal in Niederösterreich die damit bebauten Aecker mindestens doppelt so viel hervor wie vor einem Jahre. Stellenweise weiß man nicht, wie man die Rüben unterbringen und verwerten soll. Würden unsere amtlichen Stellen, denen die Verordnungen das Recht geben, auf den Märkten die Preise dem Angebot entsprechend festzusetzen, davon Gebrauch machen, dann müßten wir Kraut und Rüben halb so billig kaufen können, als es jetzt der Fall ist. Unter 1 Krone wird selbst 1 Kilogramm schlechtes Kraut nicht abgegeben, denn die meisten Händler verlangen jetzt noch immer 1·30 Kronen, obwohl die Höchstpreise damit gewaltig überschritten werden. Auch 1 Kilogramm Speiserüben und Karotten stellt sich auf 1·20 bis 1·40 Kronen, also doppelt so hoch als der Höchstpreis für einheimische Ware. Wer nimmt sich die Mühe, die Herkunft festzustellen! Solange man nicht die Verbraucher zur Aufsicht in ausgiebigstem Maße heranzieht, wird die Marktanarchie nicht bekämpft werden. Man läßt die Waren zugrunde gehen, ehe man sie billiger verkauft. Das sieht man unter anderem an Gurken, die in kleineren Mengen ausgeboten werden, um die Preise nicht zu drücken, die noch immer 1·40 bis 1·70 Kronen für ein Kilogramm dieser so wasserreichen und wenig nährenden Frucht erreichen. Auch Kürbisse verderben in den Lagern, weil die Händler nicht von dem hohen Kilogrammpreis von 70 bis 90 Heller heruntergehen wollen. Rotkraut wird nun in Massen angeboten wie seit Jahren nicht. Es scheint, daß der erwartete hohe Preis der Anreiz war, es heuer reichlich anzubauen. Nun verlangt man für ein Kilogramm zumeist 2 bis 2·20 Kronen. Der langsame Umsatz dieser Ware verbilligt sie nicht. Warum helfen da nicht die Marktbehörden nach? Wenn man die Märkte ansieht, dann müßte man glauben, daß auch heuer das Inland keine Gemüse hervorbringt, denn bei den meisten Händlern wird der Wucherpreis mit der Rechtfertigung „ungarischer Ware" abgetan. Wenn man jetzt in der Zeit des größten Angebots derartige Riesenpreise duldet, wie werden sie sich im tiefen Winter bei kleinem Angebot stellen? Man läßt den Verbraucher ausplündern und unternimmt nichts, um die Geldgier des freien Handels einzudämmen. Auch die unverschämten Zwiebelpreise sollten längst abgebaut werden. Ein Kilogramm für 2·80 Kronen, das vor zwei Jahren nicht den dritten Teil kostete, ist schamlose Ausbeutung, die nur in Oesterreich geduldet wird, wie die mit allen Waren. Gegenüber anderen Jahren ist es auffallend, daß manche Gemüse gar nicht auf die Märkte kommen. So sucht man vergebens nach Kohlrabi, nach zartem Kohl. Auch Paradeiser, ein Kilogramm kostet jetzt 2·30 bis 3 Kronen, werden in viel zu kleinen Mengen und oft in schlechter Beschaffenheit angeboten, weil die gute Ware verschleppt und an die Reichen, ihre Gaststätten oder an Marmeladefabriken verkauft wird, die dann wieder Wucherpreise verlangen können. Von den Grünwaren, wie Blätterspinat für 80 Heller bis 1·50 Kronen, Neuseeländerspinat bis 2·60 Kronen, gibt es jetzt morgens ausreichende Wahl. Auch Kochsalat wird für 10 bis 14 Heller reichlich angeboten. Geradezu überschwemmt sind die Märkte mit Paprikaschoten, die stückweise für 10 bis 20 Heller verkauft werden. Ueberall Preise aus dem Märchenland des Wuchers. Leider bleiben die Kartoffelzufuhren noch so klein, daß viele Leute nicht ihre kleine Wochenmenge von einem halben Kilogramm erhalten können. Es scheint, daß Händler, die mit Rucksäcken gleich in Massen die Erdäpfel vom Produzenten holen, dadurch verhindern, daß die Ablieferung auf die Märkte erfolgen kann. Milchwaren sieht man jetzt wieder häufiger. Ihre Kilogrammpreise schwanken zwischen 20 und 34 Kronen; es ist so wasserreiche Ware, daß sich die Marktaufsicht besser darum kümmern sollte. Eier und Fette sieht man im freien Handel seit langem nicht mehr. Von der Obsternte verschwindet dank der freien Bewirtschaftung alles im Schleichhandel. Aus dem Inland ist nahezu kein Obst von den Sorten auf die Märkte gekommen, die man für 2 bis 5 Kronen verkaufen muß. Würden nicht unter allen Hemmnissen Zwetschken zugeführt worden sein, die als Brei anlangen und für 3·40 bis 4·40 Kronen verkauft werden, dann hätte man auch dieses Obst nicht zu sehen bekommen. Aepfel gehören zu den Seltenheiten, Birnen sind aber geradezu unauffindbar wie ein Goldstück. Ihre Ernte war schlecht, aber daß sie in einem Jahre ganz verschwinden, hätte man nicht erwartet. Trauben gibt es, weil sie an 10 bis 12 Kronen kosten. Ihr Preis sank stellenweise auf 8 Kronen. Wie billig! werden die Produzenten ausrufen, die den Städtern das Blut aussaugen, um in Seide gekleidet das Leben in Herrlichkeit zu genießen.

Arbeiterzeitung
22./IX. 1918

126

Höchstpreise für den Kleinverkauf von Frischgemüse. Mit einer Verordnung hat die Statthalterei die Höchstpreise für den Kleinverkauf von frischem, feldmäßig gebautem Gemüse inländischer Herkunft festgesetzt. Demnach stellen sich die Preise in Wien für das Kilogramm je nach dem Verkauf der Ware auf den Märkten oder außerhalb derselben wie folgt: Kraut auf den Märkten 86 Heller (außerhalb der Märkte 90 Heller); Kohl 1 Krone (1·04 Kronen); Grünkohl 1·06 (1·10); Karotten 84 Heller (88 Heller); Speisemöhren 68 (72); Wrucken 68 (72); Stoppelrüben 68 (72); Rote Rüben 78 (82); Zwiebeln 2·22 Kronen (2·26 Kronen); Knoblauch 3 (3·04).

Die Zeit
26./IX. 1918

127

Die Verhältnisse bei der Marmeladeerzeugung.

Auf eine Intervention des Abg. Dr. Schürff wegen der Marmeladeerzeugung sowie deren Höchstpreise hat der Minister für Volksernährung unter anderem erklärt: Die mit dem freien Verkehr hinsichtlich Frühobst gemachten Erfahrungen waren keineswegs günstig, und es zeigt sich, daß der freie Handel es nicht zuwege gebracht hat, eine Beschickung der Märkte mit auch noch so teurer Ware zu erzielen. Das Amt für Volksernährung und die ihm unterstehende Gemüse-Obststelle waren sich vom Augenblick der Freigabe des Frühobstverkehrs wohl bewußt, daß die Verwertungsindustrie sich um jeden Preis in den Besitz von Rohware zu setzen bemüht sein wird. Soweit es mit dem Prinzip des freien Handels vereinbar war, wurden auch rechtzeitig alle Maßnahmen dagegen ergriffen. Die Gemüse-Obststelle verfügte unter anderem, daß nur jene Betriebe Feinmarmelade erzeugen dürfen, die infolge ihrer Einrichtung und ihrer Erfahrungen hierzu besonders geeignet waren, während alle anderen Betriebe ihre eventuell erzeugte Feinpulpe nur als Zweier-Marmelade verkaufen dürfen. Eine neue Festsetzung der Marmeladehöchstpreise wird kaum vor dem Spätherbst möglich sein.

Reichspost
26./IX. 1918

178

Die Preistreibereien der Marmeladefabriken.

In einer Antwort auf eine Beschwerde hat der Ernährungsminister Dr. Paul bezüglich der traurigen Erfahrungen mit der Freigabe des Handels mit Frühobst erklärt,

es habe sich gezeigt, daß der freie Handel es nicht zuwege gebracht hat, eine Beschickung der Märkte mit auch noch so teurer Ware zu erzielen. Das Amt für Volksernährung und die ihr unterstehende Gemüse-Obststelle waren sich vom Augenblick der Freigabe des Frühobstverkehres wohl bewußt, daß die Verwertungsindustrie sich um jeden Preis in den Besitz von Rohware zu setzen bemüht sein wird. So weit es mit dem Prinzipe des freien Handels vereinbart war, wurden rechtzeitig alle Maßnahmen dagegen ergriffen. Zuerst wurde den Marmeladenbetrieben in einem Zirkulare der Gemüse-Obststelle mitgeteilt, daß sie Frühobst (Aprikosen, Kirschen, Weichseln usw.) nur zu bestimmten Richtpreisen, und zwar mit 3 Kr. 20 H. einkaufen dürften und daß dieser Richtpreis zur Grundlage für die Erstellung von Kriegspreisen für Feinmarmelade dienen wird. Da die Marmeladebetriebe verpflichtet sind, ihre Ware der Gemüse-Obststelle anzuzeigen, anzubieten und auf Verlangen zu verkaufen und da an dem Prinzipe der Bewirtschaftung und Maximierung der Ware auch im heurigen Jahre festgehalten wird, erscheint schon diese Verfügung allein eine ausreichende Maßnahme gegen allzu teure Einkaufspreise seitens der Marmeladebetriebe. Die Gemüse-Obststelle verfügte auch in einem weiteren Zirkulare, daß nur jene Betriebe Feinmarmelade erzeugen dürfen, die infolge ihrer Einrichtung und ihrer Erfahrungen hiezu besonders geeignet waren, während alle anderen Betriebe ihre eventuell erzeugte Feinpulpe nur als IIer Marmelade verkaufen dürften. Eine neue Festsetzung der Marmeladehöchstpreise wird kaum vor dem Spätherbste möglich sein. Da die Marmeladebetriebe genau wissen, daß diese Höchstpreise auf Grund der bestehenden Frischobst-Höchstpreise, bezw. auf Grund des ihnen bekanntgegebenen Richtpreises von 3 Kr. 20 H. erfolgen werden, scheint mir eine frühere Festsetzung auch keinen besonderen Vorteil zu versprechen.

Trotzdem ist es bekannt, daß die Preistreibereien der Marmeladefabriken die unglaublichsten Formen angenommen haben. Wahrscheinlich erinnern auch sie sich trotz der Worte des Ernährungsministers daran, daß auch im Vorjahre nachträglich nicht die seinerzeitigen Richtpreise, sondern die „Gestehungskosten" ihnen als Grundlage der Marmeladepreise bewilligt wurden.

Die Zeit
28./IX. 1918
Abendbl.

Unsere Obstversorgung.

Der Schleichhandel mit Zwetschken.

Aus dem Leserkreis wird uns geschrieben:

Wer beruflich oder dienstlich bemüssigt ist, oft die Nordwestbahnstrecke zwischen Wien und Znaim zu befahren, dem bietet sich seit einigen Wochen Gelegenheit, zu sehen, warum man in Wien in diesem Jahre trotz der ausgezeichneten Obsternte weder Pfirsiche noch Zwetschken oder ein anderes Obst anders als zu enormen Preisen und, wie der Berliner sagt, nur hintenherum bekommen kann. Man muß, um eine Fahrkarte zum normalen Preis zu bekommen, zum 8 Uhr-Zug ungefähr schon um 5 Uhr zur Stelle sein, und entnimmt schon aus den Gesprächen der mit Rucksäcken, Butten und Körben aller Art bereits zahlreich „Angestellten", daß 95 vom Hundert Hamsterer sind.

Steht man länger dort und fängt von näher und weiter Gesprächsfragmente auf, dann erfährt man aber, daß nur ein sehr geringer Teil der Wartenden für den eigenen Haushalt Nahrungsmittelzubußen ergattern fährt. Diese wenigen, zumeist arme Reservistenfrauen, haben wenig Gepäck und mehr Tauschartikel, während der weitaus größte Teil aus Greislern und deren Familienangehörigen besteht, die zwar viel Gepäck, aber keine Tauschartikel bei sich haben und weniger die Preisverhältnisse beim Einkauf des Obstes als die besseren Möglichkeiten des Verkaufes des Obstes besprechen und auch die mehr oder minder strenge Ueberwachung einzelner Bahnstationen in Erwägung ziehen. Jung und alt, Mann und Frau, werden in den Dienst dieser lukrativen Einkaufsreisen gestellt, und mit Vorliebe bedienen sich diese Lebensmittelhyänen, die aus sehr lerchenfelderischen Gegenden stammen, verwandter oder weitläufig bekannter Eisenbahner oder deren Angehörigen als Hilfskräfte, weil sie dadurch mit der Vorteile der billigen Regiekarten teilhaftig werden.

Diese Schleichhändler aus Währing und Ottakring belagern schon auf der Hinfahrt die Wagen mit ihren umfangreichen Gepäckstücken und gebärden sich auch sonst recht breitspurig und herrisch. Aerger noch gestaltet sich die Rückfahrt, wo die gefüllten Rucksäcke, Kisten und Körbe rücksichtslos in den Abteilen, Gängen, ja sogar in den Aborten, aufgestapelt werden. Manche dieser Gepäckstücke werden wegen ihres Umfanges sogar durch die Fenster hinein- und hinausbefördert, und jeder Widerspruch der in ihrer Freiheit eingeschränkten Mitreisenden wird mit vorstädtischen Redewendungen, von denen der Zuruf Götzens an den Hauptmann die mildeste ist, niedergebügelt. Das Zugspersonal ist infolge der Ueberfüllung der Wagen mit Reisenden und Gepäckstücken überhaupt nicht mehr in der Lage, eine Kontrolle auszuüben oder auch nur die Fahrkarten zu überprüfen.

Aus den Gesprächen der Schleichhändler ist zu entnehmen, daß sie ausgeklaubte Ware zu 6 bis 8 Kronen in ihren Wohnungen oder in den späteren Abendstunden in den Läden an besondere Protektionskunden verkaufen, und nur die beschädigten Stücke zu Höchstpreisen während der Tagesstunden feilbieten. Bedenkt man, daß die Zwetschken von den Händlern durchschnittlich um 2 Kronen in der Retzer oder Znaimer Gegend gekauft werden, daß jeder täglich 50 bis 60 Kilogramm hereinbringt, dann wird es klar, wie viel an diesen Volksnahrungsmitteln erwuchert wird und warum die Ueberfüllung der Wagen schon katastrophale Dimensionen annimmt. Sache der Bahnen wäre es, die Zahl der Regiefahrten zur Eindämmung des Schleichhandels, dessen Mithelfer unter den Angehörigen der Eisenbahner nicht selten sind, einzuschränken. Andererseits wird aber auch die durch die Ueberwachungsorgane des mährischen Landeswirtschaftsamtes eingeführte Gepäckübersprüfung in Znaim und Schattau sowie auf der Strecke Znaim—Grußbach niemals die mit allen Salben geschmierten Schleichhändler, sondern nur jene unglückseligen Opfer des Wirtschaftskrieges erfassen, die Zeit, Mühe und Geld opfern, um sich für die eigenen Angehörigen eine kleine Nahrungsmittelzubuße zu verschaffen.

Tägliche Rundschau 29./IX. 1916. 130

Unsere Marmelade.

Marmelade ist heute in fettarmer Zeit zu einem unentbehrlichen Brotaufstrich geworden. Deshalb ging das Bestreben der Reichsstelle für Gemüse und Obst nach dem Grundsatz „Marmelade ist wichtiger als Frischobst" von je dahin, möglichst viel Obst für die Marmeladefabriken zu „erfassen". Im Vorjahr war dies Bestreben ja auch erfolgreich; die Bevölkerung wurde ausreichend mit guter Marmelade versorgt. In diesem Jahr ist die Obsternte leider nicht so gut, deshalb ist man genötigt, die Marmelade mit etwa 30 v. H. Mohrrüben- oder Kürbiszusatz zu strecken. Trotz dieser Streckung wird die Marmelade aber wohlschmeckend sein, denn die Fabriken, die meist erst im Kriege mit der Marmeladenfabrikation begonnen haben, haben jetzt genügend Erfahrungen gesammelt, um gute und haltbare Marmeladen herzustellen. Unsere leistungsfähigste Marmeladenfabrik ist die Fruchtkonservenfabrik Tangermünde, die wohl in jeder Beziehung mustergültig ist. Sie kennen zu lernen, gab die Reichsstelle für Gemüse und Obst einigen Pressevertretern Gelegenheit durch eine Einladung zu einer kleinen Besichtigungsfahrt.

Tangermünde — geschätzt und viel besucht wegen seines mittelalterlichen Städtebildes — ist die Stadt der „süßen" Fabriken. Hier befindet sich die größte Zuckerraffinerie Deutschlands, an die sich eine Fruchtkonservenfabrik und eine Schokoladenfabrik gliedern. Gründer und Hauptbesitzer all dieser Fabriken ist die Familie Meyer. Vor den Toren der Stadt, unmittelbar an der Elbe, haben sich diese Riesenbetriebe ausgebreitet. In Friedenszeiten wurden in der Raffinerie, durch die Direktor Meyer selbst führte, im Jahre 2 400 000 Ztr. Rohzucker genußfähig gemacht. Der Rohzucker ist nämlich nie ganz farblos und hat stets einen unangenehmen, bitteren Geschmack, der von dem dem Zucker anhaftenden Sirup herrührt. Dieser Sirup wird durch die Raffinerie beseitigt. Der Zucker wird zu diesem Zweck aufgelöst und mit Kalk aufgekocht. Durch schweflige Säure wird der Kalk wieder entfernt. Die Lösung geht dann noch durch mehrere Reinigungsanlagen, um schließlich zur Kristallisation gebracht zu werden. In alle dazu nötigen Anlagen erhielt man einen Einblick. Neuaufgenommen wurde im Kriege die Herstellung von Kunsthonig. An die Raffinerie schließt sich die Fruchtkonservenfabrik, der hauptsächlich unser Besuch galt. Die Direktoren Reimers senior und junior hatten die Führung übernommen.

Die Konservenfabrik war vor dem Kriege noch englisches Unternehmen. Erst im Jahre 1914 wurde die „Konservenfabrik Tangermünde G. m. b. H." gegründet, um die bekannte Fabrik „James Keiler u. Son (Germany) Ltd." zu übernehmen. Nach mancherlei Schwierigkeiten gelang es schließlich, die Keilersche Fabrik unter Genehmigung der Regierung mit allen Immobilien und Rezepten zu erwerben und so zu einem rein deutschen Unternehmen zu machen. Die Hauptgesellschafter der G. m. b. H. sind die Besitzer der Zuckerraffinerie Fr. Meyers Sohn A.-G., welche schon im Jahre 1903 die Konservenfabrik als eine Abteilung ihrer Werke begründeten. Auf einem Gelände von mehr als 37 500 Geviertmtr. dehnt sich das Werk aus, zu dem noch eine Obstplantage von etwa 300 000 Geviertmtr. gehört. Vor dem Kriege wurden im Vollbetriebe über 500 Arbeiter und Arbeiterinnen und etwa 60 Beamte beschäftigt. Infolge des gewaltig gesteigerten Bedarfs hat sich der Jahresumsatz vervielfacht und sich auf 12 Millionen gesteigert. 40 Eisenbahnwagen Obst werden jetzt täglich vorkonserviert, in große Fässer gefüllt und aufeinandergeschichtet, um dann im Winter nach und nach zu Marmelade verarbeitet zu werden. An fertiger Marmelade kann die Fabrik bei zehnstündiger Arbeitszeit täglich 1000 Ztr. fertigstellen. Eine eigene Böttcherei sorgt für Herrichtung und Ausbesserung der Fässer, in die die Pülpe, das vorkonservierte Obst, gefüllt wird. Ein Zusatz von schwefligsaurer Säure schützt das Halbfabrikat vor dem Verderben. Das Eindicken des Obstmuses geschieht fast ohne menschliches Zutun. Nachdem die Marmelade mit 50—60 v. H. Zucker vermischt ist, erfolgt die langsame Abkühlung und das Einfüllen in die Transportgefäße. Bei allen Arbeiten wird selbstverständlich peinlichste Sauberkeit beobachtet und Menschenarbeit nach Möglichkeit überhaupt ausgeschaltet. Die Güte der Tangermünder Fabrikate ist allgemein bekannt. Besonders beliebt war in Friedenszeiten die Orangemarmelade. Aber auch die hier nach den Vorschriften der Reichsstelle hergestellten gestreckten Marmeladen sind vorbildlich.

—e.

Neues Pester Journal

29./IX. 1918

131

Nüsserequirierung.

Nur in einem Teile des Landes.

Eine in der heutigen Nummer des Amtsblattes verlautbarte Verordnung des Ernährungsministers ordnet die obligatorische Anmeldung der Nüsse der 1918er Ernte an. Gleichzeitig wird verfügt, daß die Produzenten der Komitate Zemplén, Ung, Bereg, Ugocsa, Máramaros, Beßtercze-Naßód, Szolnok-Doboka, Szilágy, Szatmár, Bihar, Arad, Krassó-Szörény, Hunyad, Kisküküllö, Nagyküküllö, Alsófehér, Maros-Torda und Kolozs die ihren Haus- und Wirtschaftsbedarf übersteigenden Vorräte an Nüssen der Landes-Grünzeug-, Gemüse und Obstverkehrs-A.-G. gegen Bargeld zu überlassen haben. Die Menge des Haus- und Wirtschaftsbedarfs wird mit 50 Kilogramm festgestellt. Als Uebernahmspreis gilt der für die Zeit der Uebernahme festgestellte Produzentenhöchstpreis. Diejenigen, die ihre anmeldungspflichtigen Vorräte bis zum 1. November bei der Verwaltungsbehörde nicht anmelden, erhalten zehn Perzent weniger als den Höchstpreis. Der in Anspruch genommene Vorrat darf nur gemäß den der erwähnten Aktiengesellschaft erteilten Instruktionen des Ernährungsministers in Verkehr gebracht werden. Nüsse und Nußkerne dürfen per Bahn, Schiff und Kraftwagen auch in Mengen unter 1000 Kilogramm nur auf Grund der von der erwähnten Aktiengesellschaft ausgestellten Transportzertifikate befördert werden. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Neues Pester Journal 1918

29./IX. 1918

Ernährung und Versorgung.

Neue Maximalpreise für Grünzeug, Gemüse und Obst.

Der leitende Ausschuß für den Grünzeug-, Gemüse- und Obstverkehr setzt folgende neue Höchstpreise fest, die für Produzenten vom 29. September bis 13. Oktober d. J., für den Handel vom 1. bis 15. Oktober d. J. gelten:

Produkt:	Preis per 100 Kgr. in Kronen beim Produzenten	beim Großhändler	Preis per Kgr. in Hellern beim Kleinhändler
Kohlkraut und Krauskohl...	60	88	112
Kraut	40	60	76
Rotkraut	80	110	130
Kohlrüben, nur mit den Herzblättern	60	88	112
Gelbe Rüben (Karotten):			
dunkelgelbe, ohne Blätter	56	79	96
hellgelbe, ohne Blätter ...	40	60	74
Petersilie, ohne Blätter ...	70	98	114
detto mit wenig Blättern	60	86	104
Pastinaks, ohne Blätter ...	60	86	104
Suppengrünzeug (gelbe Rüben und Petersilie) mit Blättern, 1 Bündel (mindestens 25 Dekagramm)	—	—	98
Rote Rüben, ohne Blätter	50	70	84
Mairüben	40	58	70
Großer brauner, Sommer-, weißer u. schwarzer Rettig nach Größe, 100 Stück ...	6—10	8—12	1 St. 10—14
Kren, nach Gewicht	120	154	180
Sellerie...	80	108	128
Bund- und Krauskohl ...	40	56	70
Häuptelsalat, 100 Stück ...	8	12	1 St. 16
Spinat und Sauerampfer	40	66	80
Grüne Erbsen in Schoten	110	154	184
ausgelöst	—	—	360
"		1 Liter	220
Grüne Bohnen	140	184	216
Wachsbohnen	180	230	270
Zwiebel (reif) bis 31. Okt.			
Makóer und Erfurter Sorte	98	125	156
Sonstige Sorten	85.90	115	146
(In dem Großhandelspreis ist der Sackpreis nicht enthalten; der Selbstkostenpreis des Sackes kann hinzugerechnet werden.)			
Knoblauch (reif) bis 31. Okt.	280	350	400
			1 Stück 18
Grüne Paprika zum Füllen 100 Stück	7	9	1 St. 11
detto spitzige, scharfe, 100 St.	1.50	2.50	1 St. 3
Steckzwiebel I. (800 bis 1000 Stück auf 1 Kg.)...	400	500	600
Steckzwiebel II. (400 bis 600 Stück auf 1 Kg.) ...	320	406	480
Steckzwiebel III. (bis 400 Stück auf 1 Kg.)	160	220	270
Paradeis	40	64	80
Gurken für Salat	50	75	90
detto zum Einlegen	60	85	100
detto für Essigkonservierung	80	110	130
Kürbis	26	42	54
Wassermelonen, veredelte Rasse	58	78	36
detto gewöhnliche	40	60	74
Zuckermelonen: Cantaloup und Turkestan	80	108	128
detto gewöhnliche	48	68	84
Pfirsiche Ia	240	320	380
detto IIa	120	180	220
Pflaumen, Sommersorten	60	96	118
Reineclauden	100	144	174
Zwetschken	80	140	170
Aepfel, edle Dessertsorten, fehlerlos, handgepflückt, fachmäßig verpackt	280	350	420
detto kleiner	200	280	320
Wirtschaftsäpfel, Normalware, handgepflückt ...	120	150	180
Schüttelobst, gemischte Ware	70	96	116
Birnen, edle Dessertsorten, fehlerlos, handgepflückt, fachmäßig verpackt	300	400	450
detto kleiner	200	280	320
detto Normalware	120	170	200
Nüsse (ohne Sack):			
in der Provinz	350	440	520
in Budapest	—	460	550
Nußkerne	1880	2000	2150

Arbeiterzeitung
6./X.1918

133

Der heurige Obstmangel. Ein Leser schreibt uns: Ich gehe öfter durch die Innere Stadt und kann da in den Schaufenstern der Gemischtwarenhändler und der Delikatessenhandlungen sehen, daß diese sehr oft Waren in größeren Mengen anbieten, die man durch Monate auf keinem Markt zu sehen bekommt. So fand ich gestern schöne große **Birnen** in einem Schaufenster für acht Kronen angeschrieben, die man da ohne Anstellen erobern konnte, ja die sogar durch Stunden vor den Augen der Vorübergehenden liegen blieben, ohne daß sie aus dem Schaufenster verschwanden. Derartiges wäre auf den Märkten gar nicht möglich, weil man sie dort erstens nicht so teuer verkaufen dürfte und weil dort Obst so selten ist, daß man sofort nach den Birnen griffe, um diese Seltenheit zu ersehen. Daraus ergibt sich wieder die Gewißheit, daß seltenes Obst nur dazu da ist, um es den Wohlhabendsten zuzuführen und es im Schleichhandel von den Märkten zu verschleppen, damit man hohe Erträge herausbekomme. Daß heuer gar keine Birnen gewachsen seien, wird doch niemand annehmen, und daß die Aepfel so selten wurden, daß man sie auf dem Naschmarkt nur hie und da nach stundenlangem Anstellen erringt, ist nicht glaubhaft. Seitdem die Zwangsaufbringung aufhörte und der freie Handel zügellos wuchert, sind die Verordnungen über die Höchstpreise über den Haufen geworfen worden und die Preisanarchie vollständig herrschend. Nur noch Weintrauben kommen herein, weil man dafür den hohen Kilogrammpreis von 8 bis 10 Kronen erzielt, der nicht herabgehen will. So vergeht die heurige Zeit des Obstes, ohne daß die Kinder das jetzt für sie so wichtige Nahrungsmittel erhalten können. Wer gute Beziehungen und Geld im Beutel hat, wird dennoch nicht leer ausgehen oder er wird einen Weg durch die Innere Stadt oder in die Bezirke der Bessersituierten machen, um sich dort bei den Händlern Ersehntes zu besorgen.

Fremdenblatt
8/X. 1918

134

Die Wirtschaftsfragen.

Die Gemüse- und Obstversorgung.

In diesem Jahre ist die Versorgung mit Gemüse und Obst nicht mehr von der „Geos" durchgeführt, sondern diese Gesellschaft ist in vollem Umfange dem Volksernährungsamte untergeordnet worden. Sicher ist, daß die vorher häufig vernehmbaren Klagen sich verringert haben und daß die „Gemüse- und Obststelle des k. k. Amtes für Volksernährung" — wie ihr Name heute lautet — den an sie gestellten Ansprüchen mehr genügt. Einer unserer Mitarbeiter hatte Gelegenheit, den Vizepräsidenten dieser „Gemüse- und Obststelle" Herrn Dr. Kurt Schechner über die augenblickliche Lage und die Aussichten auf dem Gemüse- und Obstmarkte zu befragen. Herr Dr. Schechner sagte:

„Die Gemüseversorgung ist in diesem Jahre höchst günstig zu bezeichnen. In der letzten Zeit sind die Märkte mit Gemüse überfüllt. Besonders gut ist die Krauternte ausgefallen. Der Bedarf ist vollkommen gedeckt. Ebenso gut ist der Ertrag an Rüben ausgefallen. Weniger gut ist der Markt mit Kohl beschickt. Der Wirsingkohl, der allgemein verlangt wird, ist nicht österreichisches Produkt, sondern wurde vor dem Kriege aus dem Auslande eingeführt. Es muß die Tatsache festgestellt werden, daß an jedem Tag in der letzten Woche das Gemüseangebot die Nachfrage überstiegen hat. Die überschüssigen Mengen werden sofort der Verwertung zugeführt. Hand in Hand damit geht eine ausreichende Versorgung der Verwertungsbetriebe mit Gemüse. Es ist zu hoffen, daß die im Inland erzeugten Mengen sowie die unumgänglich notwendigen aus dem Auslande eingeführten Mengen den Bedarf der Verwertungserzeugungen decken werden.

Schlechter ist die Versorgung mit Obst. Die Zwetschkenernte war zwar nicht ungünstig, aber der lange Regen hat die Zwetschken für große Strecken verladeunfähig gemacht. Außerdem ist es nicht zu leugnen, daß der Mangel an Ueberwachungsorganen viele Leute ermuntert, die Zwetschken zur Erzeugung von Sliwowitz zu verwenden. Leider fehlt ein derartig niedriger Höchstpreis für Sliwowitz, daß von vorneherein die Sliwowitzbrennerei nicht rentabel erscheinen ließe. Die Apfelernte in Tirol ist katastrophal ausgefallen. Während im Vorjahre in den Südtiroler Stationen etwa 3000 Waggons verladen wurden, ist in diesem Jahre mit einer Ernte von höchstens 50 Waggons zu rechnen. Auch in Oberösterreich und Steiermark ist die Apfelernte durchaus schlecht zu nennen. Die „Gemüse- und Obststelle" hat die Vermostung von Aepfeln in gewerblichen Betrieben verboten. Trotz dieser Maßregel kann aber nur auf sehr geringe Apfelmengen gerechnet werden.

Arbeiterzeitung
11/X. 1918

135

Das Verschleppen des Obstes. In den letzten Tagen erzählte der Marktamtsdirektor Bauer einem Berichterstatter einiges über die Beschickung des Wiener Marktes mit Gemüse und Obst und dabei erwähnte er, daß nun auch wieder einmal Birnen und Aepfel zu haben waren und daß vielleicht noch Spätobst kommen wird. Man glaubt offenbar im Marktamt, daß alles, was da als zugeführt hineingemeldet wird, auch wirklich auf dem Naschmarkt an die Kleinkäufer abgegeben wird. Wie es aber in Wirklichkeit zugeht, haben wir wiederholt erzählt, und auch in den Tagen dieser Woche konnte man wieder feststellen, wie die Marktbehörden gar keine Initiative haben, um eine Regelung des Verkaufes von Obst herbeizuführen. An dem Tage, an dem die Birnen und Aepfel auf den Markt gebracht wurden, erschienen nachmittags bei mehreren Händlern große Wagen, die darauf warteten, die Birnen und die Aepfel wieder wegzuschleppen. Da hatte sich eine Anzahl Leute vor den Ständen angesammelt, wo es solches Obst gab. Sie warteten eine Viertelstunde, eine halbe Stunde, und mußten dann sehen, wie zwei und zwei Kisten voll Birnen oder Aepfel aus dem Dunkel des Vorratsraumes hervorgeholt, auf eine Wage gebracht, abgewogen, auf die wartenden Wagen gebracht und verschleppt wurden. Die geduldigen Leute verliefen sich schließlich, ohne etwas gegen diese Manöver unternommen zu haben. Derartiges kommt in jeder Woche mehrmals vor und immer noch wollen uns die Marktbeaufsichtiger erzählen, daß soundso viel Obst zugeführt wurde. Da man es auf dem Naschmarkt zu Höchstpreisen abgeben soll, bietet sich da zu wenig Gewinn. Deshalb fließt alles den Händlern zu, die im stillen das Vielfache dafür bieten. Geht man jetzt zu den Händlern, die für die Reichen liefern, dann findet man dort die Plutzerbirnen und die Aepfel wieder, die vom Naschmarkt in Massen weggeführt wurden, die aber beim Delikatessenhändler nun 8 Kronen und mehr kosten. Wer wird da für 1·50 Kronen seine Ware auf dem Naschmarkt abgeben, wenn solches möglich ist! Ist schon das Marktamt unfähig, diese Treibereien zu verhindern, dann soll es nicht immer mit Zahlen prahlen, die in Wirklichkeit nur Täuschung sind. Es kennt doch diese Dinge und möchte immer wieder vormachen, daß wir so gut versorgt sind. Diejenigen, die den Schlaf opfern und sich zeitlich morgens um dieses so seltene Obst anstellen, gehen leer aus und die reichen Fresser können mühelos das für die Allgemeinheit bestimmte Obst bekommen. Das Kriegswucheramt könnte sich wieder einmal um diese Schiebereien auf dem Naschmarkt kümmern.

Die Zeit
13./X. 1918

136

(Keine Nüsse.) Da es keine Kirschen gab und fast keine Zwetschken, keine Aepfel und keine Birnen, darf man sich nicht allzusehr darüber wundern, daß gar keine Nüsse zu sehen sind. Das Gegenteil wäre gewiß weit erstaunlicher gewesen. Um so mehr, als die Nüsse im laufenden Jahre herzlich schlecht geraten sind. Aber bedauerlich ist es jedenfalls sehr, daß uns nun auch diese Frucht vorenthalten bleibt, die nicht nur wohlschmeckend, sondern auch außerordentlich nahrhaft ist. Denn die Nüsse zählen zu den vollkommensten Nahrungsmitteln aus dem Pflanzenreiche, da sie alle drei Hauptgruppen unserer Nahrung in bedeutenden Mengen enthalten: Eiweiß bis zu 17 Prozent, Kohlenhydrate bis zu 11 Prozent und Fette sogar bis zu 60 Prozent; sie sind reich an Phosphor und Nährsalzen. Im Notfalle könnte also ein Mensch von Nüssen allein ganz gut leben, und tatsächlich bilden diese Nüsse für manchen überzeugungstreuen Vegetarianer die Hauptnahrung. Jedenfalls kann derjenige, der genügend Nüsse zur Verfügung hat, auf den Fleischgenuß vollständig verzichten, denn ein Kilogramm Walnüsse entspricht dem Nährwert von drei Kilogramm Fleisch. Das sagt sehr viel und beweist, daß die Nüsse mit weit größerer Berechtigung das Epitheton nahrhaft verdienen, als beispielsweise die Eier oder gar die Schwämme. Dazu kommt noch die große Haltbarkeit der Nüsse, die freilich im getrockneten Zustand nicht mehr so schmackhaft sind wie im frischen, von ihrer Nahrhaftigkeit aber nichts verlieren. Um so bedauerlicher ist es, daß gerade heuer den Nüssen ein Mißjahr beschieden war. Die Nußbäume sind eben sehr empfindlich, und eine einzige Frostnacht genügt, um die schönsten Hoffnungen zu zerstören. Es sind also in unseren Gegenden nicht viele Nüsse gediehen, und der geringe Ertrag ist natürlich in festen Händen. Uebrigens wurde auch in Friedenszeiten unser Nüssebedarf nicht durch die heimische Produktion gedeckt, sondern große Mengen gelangten alljährlich aus Rumänien, Italien und aus der Türkei zur Einfuhr. Wenn man den Nährwert der Nüsse in Berücksichtigung zieht, muß man es für erstaunlich finden, daß der Nußbaumpflanzung kein größeres Augenmerk zugewendet wird, denn der Nußbaum gedeiht in unseren Strichen bis zu einer Höhe von etwa 1000 Meter besonders gern an südseitigen freien Hängen. Freilich muß man einen Nußbaum schon in den Jugendjahren pflanzen, wenn man ihn noch im Ertrag sehen will, denn der Baum wird frühestens im seinem 15. Jahre fruchtbar. Dafür aber erreicht er leicht ein Alter von 150 Jahren, und man erzählt sogar von Nußbäumen, die bis zu 300 Jahren alt sind und noch immer guten Ertrag liefern. Wer einen Nußbaum pflanzt, der arbeitet also für Kinder und Kindeskinder, oder aber für Holzspekulanten, denen die Nußbäume immer ein ersehntes Objekt waren. Auch der Krieg hat vielen der herrlichen Bäume das Leben geraubt, denn das Nußbaumholz eignet sich besonders gut zur Herstellung der Gewehrschäfte, und schon Napoleon hat deshalb unter den Nußbäumen übel gehaust. Aber auch hier wird die Zukunft heilen, was der Krieg gesündigt hat. Mit Nußstrudeln und Nußkipfeln ist es vorläufig freilich nichts.

Reichspost
16/X. 1918

737

Der Verkehr mit Obstkonserven.

In einer morgen zur Veröffentlichung gelangenden Verordnung des Amtes für Volksernährung werden die Erzeuger von Dörrobst verpflichtet, ihre Erzeugnisse auch heuer bis zum 15. November der Gemüse-Obststelle des Volksernährungsamtes anzuzeigen, anzubieten und den von ihr Beauftragten zu verkaufen. Zum Ankaufe von Dörrobst bei den Erzeugern wurde ausschließlich das Dörrobstsyndikat berechtigt.

Die Zeit
16./X. 1918

138

(Eine gebratene Kastanie — 14 Heller.) Der herkömmliche Termin für die Aufstellung der Maronibraterverkaufsstände war sonst immer der 1. Oktober. Im heurigen Jahre hat am Sonntag der erste Maronibrater seinen Betrieb am Praterstern eröffnet. Trotz des horrenden Preises, der für die gebratenen Kastanien gefordert wurde — ein Stück kam auf etwa 14 Heller zu stehen — umstanden nicht wenige Personen den Verkaufsstand. In kurzer Zeit hatte der Maronibrater seine Ware an den Mann gebracht.

Die Zeit

17./X. 1918

139

Erhöhung der Obsthöchstpreise.

Für die nächsten Tage ist die Verordnung zu erwarten, durch die die Höchstpreise für Spätobst, insbesondere Aepfel und Birnen, wesentlich erhöht werden sollen.

Diese Erhöhung dürfte gegen 50 Prozent betragen. Man erwartet von der Maßnahme die Wirkung, daß Produzenten und Händler die Stadtmärkte, in erster Linie die Märkte Wiens, ausgiebiger beschicken werden. Hoffentlich wird die Besserung in den Zufuhren nach Wien eine merkliche sein.

Neues Wiener Tagblatt Abend
26./X. 1918

140

Die Approvisionierung im Kriege.

Der Handel mit Aepfeln und Birnen freigegeben.

Ganz unerwartet ist im heutigen Reichsgesetzblatt eine Verordnung des Ernährungsamtes erschienen, durch welche der Handel mit Aepfel und Birnen restlos freigegeben wird, so daß jede Art Sperre, der Transportscheinzwang und ebenso auch die Höchstpreise vollständig entfallen. Mithin wird künftig das Obst auf dem ganzen Wege vom ersten Käufer bis zum Verbraucher in die Hände der besten Zahler übergehen. Die Hauptstadt beherbergt sehr gute Zahler, und es wird gewiß Obst nach Wien kommen, allerdings aber werden die Preise stetig steigen, so daß die breiten Schichten aus den besseren Obstzufuhren keinen Nutzen ziehen werden. Die Mengen, die bisher nach Wien kamen, waren wohl sehr geringfügig. Es kamen nämlich durchschnittlich im Tage 10,000 Kilogramm Birnen und 10,000 bis 30,000 Kilo Aepfel an, und mit einer solchen Menge kann man in einer Zweimillionenstadt wenig anfangen. Aber auch diese geringe Zufuhr war für die Zukunft gefährdet, denn heuer sind Aepfel und Birnen in nennenswerten Massen nur in nichtdeutschen Gebieten geerntet worden, und da solche dem deutschen Nationalrat nicht unterstehen, kann von dort Obst nur im Wege gütlicher Vereinbarung nach Wien gebracht werden. Diese gütliche Vereinbarung werden die hohen Preise ermöglichen, auf die wir uns nun gefaßt machen müssen.

Die Zeit
26./X. 1918

(Der Hallimasch.) Was ein Hallimasch ist, das haben vor wenigen Jahren nur die naturwissenschaftlich Gebildeten, die Damen von der Halle und einige besonders tüchtige Hausfrauen gewußt; denn bei allen anderen reichte die Schwämmekunde über die Herrenpilze und die Eierschwammerln nicht hinaus. Heute aber ist der Hallimasch ein sehr angesehenes Nahrungsmittel geworden, das in diesen Herbsttagen gar oft über die Sorgen des Abendessens hinweghilft. Und das Einsammeln der Hallimasch bedeutet für viele einen sehr einträglichen Erwerb. Wer jetzt morgens einen Lokalzug der Westbahnstrecke benützt, dem müssen die Scharen von Männern, Weibern und Kindern auffallen, die mit riesigen Körben die Reise mitmachen. Schon lange nicht haben die Berge, die das Wiental begleiten, solche Mengen von Hallimasch hervorgezaubert wie im heurigen nassen Herbst, und jeder der großen Körbe, der morgens leer hinausgetragen wird, kommt abends gutvoll zurück. In allen Schlägen, wo alte, halbverfaulte Baumstrünke stehen, am liebsten aber dort, wo Brombeerstauden über sie hinwuchern, wachsen in dichtgedrängten Gesellschaften die vorzüglichen Schwämme, die ein so dankbares Sammelobjekt darstellen. Freilich, zimperlich darf man beim Hallimaschsuchen nicht sein, man muß durch dick und dünn, um zu ihren Brutstätten zu kommen, und darf sich zerkratzte Hände nicht verdrießen lassen. Aber wer diese Mühe auf sich nimmt und entsprechend trainierte Rückenmuskeln hat, der kann innerhalb acht Stunden fünfzig und mehr Kilogramm Hallimasch sammeln. Da das Kilogramm von den Händlern mit 2 Kronen 40 Hellern bezahlt wird, sind Tagesverdienste von 100 bis 120 Kronen gar keine Seltenheit. Ganze Familien wandern hinaus, die Frau kocht im Walde ab, der Mann und die Kinder tragen die Schwämme zusammen, und wenn der Abend kommt, schleppen sie wohlgemut die Riesenlasten zur Bahn; man muß staunen, was schwächliche Kinder tragen können und mit welcher Energie sie sich und ihrem Korb doch noch ein Plätzchen auf den Stufen des überfüllten Eisenbahnwaggons erkämpfen. Diese lebensgefährliche Heimfahrt ist wohl das Mühsamste der ganzen Tagesarbeit. Beim Greisler aber stehen unterdessen schon die Käuferinnen und warten, bis die frische Sendung duftender Schwämme aus dem Walde ankommt.

Tägliche Rundschau
1./11. 1918.

1./11

142

Aus der Reichshauptstadt.

* **Die Marmelade- und Käseverteilung in Groß-Berlin.** Man schreibt uns: Unter der Herrschaft des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin ist es seit dem Frühjahr d. J. in der gleichmäßigen Verteilung von Brotaufstrichmitteln und Nährmitteln in den Groß-Berliner Gemeinden besser geworden. In den letzten Wochen scheint es aber doch, als hapere es hierbei wieder. Nach den Mitteilungen der Reichsstelle für Gemüse und Obst soll, wie mehrfach berichtet wurde, mit der neuen Marmeladeverteilung am 1. November begonnen werden. Während in Berlin und einigen anderen größeren Gemeinden die Vorbereitungen für diese Marmeladeverteilung bereits durchgeführt sind, so daß mit dem Verkauf der Marmelade in den ersten Tagen des November begonnen werden kann, ist von gleichen Vorbereitungen oder Ankündigungen in den meisten anderen Gemeinden nichts zu spüren. Und doch ist die Not an Brotaufstrichmitteln überall gleich groß. Es sollte daher die Verteilung von Marmelade und anderen Brotaufstrichmitteln mit allen Mitteln beschleunigt werden. Aehnliche Ungleichheiten bestehen bei der Käseverteilung. In Berlin und den großen westlichen Vororten ist in den letzten Wochen wiederholt pommerscher Weichkäse, Kuh- oder Faustkäse auf die Groß-Berliner Lebensmittelkarte abgegeben worden, während die südlichen und östlichen und die kleineren westlichen Gemeinden hiervon wenig oder nichts erhalten haben. Zuständig ist die Fettstelle Groß-Berlin (Käse). Es ist dringend zu wünschen, daß sie sich bei der Käseverteilung nun auch der Bevölkerung der übrigen Vororte erinnert.

Tägliche Rundschau
2./11. 1918.

* **Frischobst für Großstädte.** Da die Herstellung ausreichender Marmelade für die nächste Wirtschaftsperiode nach den reichlicheren Zufuhren in den letzten Wochen als gesichert betrachtet werden kann, ist die Reichsstelle für Gemüse und Obst dazu übergegangen, alles Tafelobst, das noch durch die öffentliche Bewirtschaftung erfaßt wird, dem Frischverbrauch zuzuführen. Für eine Belieferung kommen im allgemeinen nur Stadtgemeinden in Frage. Ihre Versorgung erfolgt durch die bewirtschaftenden Stellen der Gebiete, in denen sie liegen. Nur solchen großen Städten, die ohne entsprechendes Hinterland sind und daher nicht aus der Nähe versorgt werden können, beabsichtigt die Reichsstelle Tafelobst aus den Mengen zuzuweisen, die ihr für diese Verteilung zur Verfügung gestellt werden. Die Reichsstelle macht hierbei zur Bedingung, daß sich die Städte verpflichten, das Obst nur auf Lebensmittelkarten an die Bevölkerung zu verabfolgen. — So erfreulich diese Maßnahme ist, so dürfen doch allzu große Hoffnungen auf Obst im Hinblick auf die vorgerückte Zeit nicht gehegt werden.

Vossische Zeitung 2/11. 1918.

144

Frischobst für Großstädte. Da die Herstellung ausreichender Marmelade für die nächste Wirtschaftsperiode nach den reichlicheren Zufuhren in den letzten Wochen als gesichert betrachtet werden kann, ist die Reichsstelle für Gemüse und Obst dazu geschritten, alles Tafelobst, das noch durch die öffentliche Bewirtschaftung erfaßt wird, dem Frischverbrauch zuzuführen. Für eine Belieferung kommen im allgemeinen nur Stadtgemeinden in Frage. Ihre Versorgung erfolgt durch die bewirtschaftenden Stellen der Gebiete, in denen sie liegen. Nur solchen großen Städten, die ohne entsprechendes Hinterland sind und daher nicht aus der Nähe versorgt werden können, beabsichtigt die Reichsstelle Tafelobst aus den Mengen zuzuweisen, die ihr für diese Verteilung zur Verfügung gestellt werden. Die Reichsstelle macht hierbei zur Bedingung, daß sich die Städte verpflichten, das Obst nur auf die Lebensmittelkarten an die Bevölkerung zu verabfolgen. Allzu große Hoffnungen auf Obst dürfen freilich im Hinblick auf die vorgerückte Zeit nicht gehegt werden.

Vossische Zeitung 6./11.1918.

145

Wintergemüse. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst schreibt uns: „Die deutsche Gemüseernte geht zu Ende. Noch kommen zwar reichlich Weißkohl und Rote Rüben (Beeten) auf die Märkte. Das wird aber nur noch kurze Zeit dauern. Deshalb benutze jede Hausfrau die jetzt gebotene Gelegenheit. Es kann nicht dringend genug empfohlen werden: Schneidet möglichst viel Weißkohl selbst ein! Macht Rote Beeten in großen Mengen ein! Wer rechtzeitig Weißkohl und Rote Beeten einlegt, wird besonders in den letzten schwierigen Wintermonaten und namentlich beim nächsten Frühjahrsanfang den Nutzen davon haben."

Der preußische Staatskommissar für Volksernährung beabsichtigt, verschärfte Bestimmungen über die Ackerbestellung zu erlassen, und hat deshalb die Landwirtschaftskammern zu gutachtlichen Aeußerungen über seine Vorschläge aufgefordert.

Arbeiterzeitung
12./VI. 1918

146

Die Bedingungen der Marmeladeerzeugung.

Vor einiger Zeit wurde bekannt, daß die neue Gemüse- und Obststelle, die Nachfolgerin der früheren Geos, angeordnet habe, daß wegen des Mangels an Obst die neue Marmelade zum großen Teil aus Rüben hergestellt werden solle. Es wurden dafür Grundzüge geschaffen, die erst jetzt in dem Mitteilungsblatt dieser Stelle verlautbart werden. Es ist da so viel theoretisch angeordnet worden, daß es wohl kaum überall praktisch durchgeführt werden wird. So verlangen diese Verfügungen, daß Werkmaschinen, Werkvorrichtungen und die Verpackungen, wie Fässer, Kübel und Dosen, vor der Verwendung zu desinfizieren sind, die Arbeiter gesund sein und für diese Arbeit geeignet befunden werden müssen. Sie sollen sauber gekleidet und alle Arbeitsräume von größter Reinheit sein, Stiegen und Fußböden sollen täglich gewaschen, die Schimmelbildung an Wänden und Decken soll verhindert werden. Gänzlich verfaultes oder teilweise verdorbenes Obst darf unter keinen Umständen verwendet werden. Verfaulte Stücke sollen entfernt, angefaultes oder von Faulteilen befreites Obst muß in hygienisch einwandfreiem Wasser gereinigt werden, Schmutz darf nicht an den Möhren bleiben, weil das Mark sonst erdig schmeckt. Das Kerngehäuse von Kürbissen soll ganz entfernt werden, die geschälten Kürbisse sind vor Verunreinigung zu bewahren. Das alles ist recht schön. Eingehalten wird es wohl kaum überall werden. Als Arten der Marmelade wurde bestimmt: Feinmarmelade, die aus gleichen Hälften Feinmark und Obstgeleemark besteht. Solche Sorten sollen mit dem Namen des Obstes unter Hinzufügung des Wortes Melange bezeichnet werden. Nur ausdrücklich dazu ermächtigte Firmen dürfen solche Marmeladen herstellen. Dreiermarmelade besteht aus gleichen Teilen Obst und Gemüsezusatz. Im heurigen Wirtschaftsjahr werden Zweiermarmeladen, die vorwiegend aus Obst bestehen, nicht erzeugt. Für Dreiermarmelade kommen auf 40 Kilogramm Weißzucker je 50 Kilogramm Obstmark und Rübenmark. Dieses Gemenge wird solange eingedampft, bis es so dick ist, daß es in Packgefäßen nicht ausrinnt. Die fertige Ware darf nicht mehr als 35 Prozent Wasser haben. Sie besteht dann zur Hälfte aus Zucker und aus je 7·5 Prozent Trockenstoffen von Obst und Rüben. In 100 Kilogramm fertiger Marmelade dürfen nicht mehr als höchstens 10 Gramm schweseliger Säure oder 60 Gramm benzoesaures Natron als Haltbarmachungsmittel enthalten sein. Jede Marmelade ist einheitlich mit der „Marmeladerot" genannten Farbe rot zu färben. Um die Betriebe zu überwachen, wurden herumreisende Inspektoren bestimmt, die ohne Anmeldung die Betriebe besichtigen sollen und Stichproben in der Marmeladeherstellung machen können. Hoffentlich hat man dazu unabhängige, energische und erfahrene Leute eingesetzt und ihnen nicht so viele Betriebe zugewiesen, daß sie abgehalten würden, in sehr kurzen Zeiträumen Ueberprüfungen durchzuführen. Diese sind nötig, wenn alle diese Bestimmungen nur halbwegs eingehalten werden sollen. Man hat ja früher oft genug Marmeladen bekommen, in denen allerlei Mist enthalten war.

Die Zeit
15./XI. 1918.

147

Die Lebensmittelversorgung.

Aufhebung der Gemüsebewirtschaftung.

Vom deutschösterreichischen Staatsamte für Volksernährung wird mitgeteilt:

Durch die eingetretene politische Umwälzung sind die Eisenbahn- und Postverhältnisse überaus erschwert; überdies ist uns eine Anzahl wichtiger Produktionsgebiete durch die von den anderen Staaten vorgenommene Absperrung völlig verschlossen worden. Da angesichts dieser Sachlage eine zentrale Bewirtschaftung des Frischgemüses derzeit nur schwer durchführbar ist, hat das Staatsamt für Volksernährung mit Ermächtigung des Staatsrates die in den einzelnen Ländern erlassenen diesbezüglichen Vorschriften und Sperrmaßnahmen aufgehoben, um in Anbetracht der günstigeren Gemüseernte eine bessere Beschickung der Märkte und eine freiere Bewegung zu erzielen. Im Zusammenhang damit werden die Höchstpreise für Frischgemüse sowie der Transportscheinzwang für Frischgemüse im Inland außer Kraft gesetzt. Im Verkehr mit Frischgemüse bestehen sonach derzeit bis auf weiteres keine den Handel und Verkauf einschränkenden Vorschriften. Aus denselben Gründen wird auch die Gemüsesamenbewirtschaftung aufgehoben und die Transportscheinpflicht für Gemüsesamen auf die für das Ausland bestimmten Sendungen eingeschränkt.

Der bestehende Anbotzwang für aus dem Ausland eingeführte Gemüse und Gemüsesamen an die Gemüseobststelle bleibt aufrecht.

Die Zeit
17./XI. 1918

148

Abgabe von Sauerkraut.

Mit der Ausgabe von Sauerkraut wird am 21. d. begonnen. Infolge Ermächtigung des Staatsamtes für Volksernährung wird die Abgabe in folgender Weise geregelt: Donnerstag den 21. d. A bis H, Freitag den 22. d. I bis Q, Samstag den 23. d. R bis Z, Sonntag den 24. d. an jene Haushaltungen, die an den vorhergehenden Tagen das Kraut nicht beziehen konnten. Die Abgabe findet nur gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufscheines und Abtrennung des Abschnittes mit der Ziffer 5 statt. Auf jede Person entfällt ein halbes Kilogramm.

Sämtliche Abgabestellen sind verpflichtet, bei ihren Verkaufsständen eine Tafel mit der Aufschrift „Städtische Abgabestelle für Sauerkraut" derart anzubringen, daß die Aufschrift schon von der Gasse aus deutlich sichtbar ist, die für den Kleinverschleiß festgesetzten Preise in ihren Geschäftsräumen für jedermann lesbar ersichtlich zu machen und die Preise genauestens einzuhalten. Das Verzeichnis der im Bezirke errichteten städtischen Abgabestellen wird mit einem besonderen Anschlag bekanntgegeben. Mitglieder von Konsumentenorganisationen haben das Sauerkraut bei ihren Organisationen zu beziehen. Kranken- und Humanitätsanstalten, Klöster, Lehr- und Erziehungsanstalten usw. haben sich wegen Zuweisung von Sauerkraut unter Angabe des Namens und der Adresse der Anstalt und der Zahl der dort verpflegten Personen an das Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 6, 1. Bezirk, Neues Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, schriftlich zu wenden.

Tägliche Rundschau 18./11.1918.

149

* **Die Bewirtschaftung des Gemüses und Obstes im Jahre 1919.** Wie der Vorsitzende der Reichsstelle für Gemüse und Obst den einzelnen Landesstellen in einem Rundschreiben mitteilt, haben in den Tagen vom 21. bis zum 23. Oktober bei der Reichsstelle drei zahlreich besuchte Versammlungen der Vertreter der sämtlichen Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst sowie der in Betracht kommenden bedeutenderen Erzeuger- und Verbraucherverbände stattgefunden, die sich einstimmig dahin ausgesprochen haben, daß auch für das Jahr 1919 das jetzt schon zwei Jahre hindurch bewährte System der Gemüselieferungsverträge beibehalten werden soll. Die gleiche Anschauung kam in einer am 30. Oktober abgehaltenen Beiratssitzung der Reichsstelle einhellig zum Ausdruck. Der Vorsitzende der Reichsstelle für Gemüse und Obst hat sich daher mit Zustimmung des Präsidenten des Kriegsernährungsamts entschlossen, auch für das Jahr 1919 wiederum in der gleichen Weise wie im Vorjahre Lieferungsverträge für Gemüse zuzulassen. Als rechtliche Grundlage des ganzen Systems dient wiederum die Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917, die unverändert in Kraft geblieben ist. Die neuen Vertragsmuster haben im Vergleich zu den bisherigen nur wenige Aenderungen erfahren.

Arbeiterzeitung
21./XI. 1918

150

Die Aufhebung der Gemüsesperre. Weite Kreise der Bevölkerung wissen noch immer nicht, daß der Verkehr mit Frischgemüse innerhalb des deutschösterreichischen Staatsgebietes gemäß den letzten amtlichen Verfügungen des deutschösterreichischen Staatsamtes für Volksernährung keinerlei Beschränkungen unterworfen ist. Die Bestimmungen über den Transportscheinzwang und über Höchstpreise sind zur Gänze aufgehoben. Für die Aufhebung der Gemüsesperre war insbesondere die Erwägung maßgebend, daß bei den überaus ungünstigen Transportverhältnissen und den verschiedenen Absperrungsmaßnahmen der auf dem Boden der ehemaligen Monarchie entstandenen Staaten durch die Aufrechterhaltung des Transportscheinzwanges der Gemüsetransport ungünstig beeinflußt und dadurch auch die Gefahr des Verderbens von Gemüse erhöht worden wäre. Gemüse kann sonach ohne jede Beschränkung verfrachtet werden. Für die Aufhebung der Höchstpreise war insbesondere maßgebend, daß die heurige Gemüseernte sehr günstig ausgefallen ist. Zum großen Teil ist die erhöhte Gemüseproduktion auch der staatlichen Förderung des Gemüseanbaues zuzuschreiben, indem große Mengen von Gemüsesamen aus dem Ausland bezogen, landwirtschaftliche Maschinen für den Feldgemüsebau bereitgestellt wurden u. s. w. Die staatliche Bewirtschaftung hat demnach den Boden bearbeitet, auf dem sich nunmehr der freie Handel betätigen kann.

Arbeiterzeitung

28/XI. 1918

151

Die Gemüseversorgung. Trotz der kürzlich erfolgten Freigabe des Frischgemüsehandels ist dem Kleinverbraucher der Bezug von Gemüse, ausgenommen Weißkraut, Stoppelrüben und Zwiebeln, weder erleichtert noch verbilligt worden. In Bezirken, die keine Märkte besitzen, ist Gemüse überhaupt nicht erhältlich, da sich die Gemischtwarenverschleißer, von einigen Ausnahmen abgesehen, mit dem Grünwarenhandel nicht befassen. Besonders ungünstig ist es mit der Gemüseversorgung in den Bezirken Neubau, Josefstadt, Favoriten, Hietzing, Hernals, Währing, Döbling und teilweise auch in der Brigittenau bestellt. Die vom Marktamt festgesetzten Verkaufspreise (Marktpreise) beziehen sich nur auf Wiener Gärtnergemüse. Wie früher die inländischen Waren als „ungarische" zu den höheren Preisen abgegeben wurden, so bekommt man jetzt auf den Märkten feldmäßig gebaute Karotten, rote Salatrüben, Wirsing- und Blattkohlarten nur zu den höheren „Gärtnerpreisen" zu kaufen. Auch gelbe Möhren, obgleich für diesen Artikel in der jüngsten Bekanntmachung der marktamtlichen Verkaufspreise keine Gärtnerpreise vorgesehen sind, werden nur zu hohen Preisen als „Gärtnerware" im Kleinverschleiß abgegeben. Im übrigen werden auch für das von den Gärtnern gezogene Gemüse die marktamtlichen Preise nicht eingehalten; das zeigt sich am besten bei Spinat, der im kleinen unter 2·20 bis 2·60 Kronen je nach Sorte und Qualität nicht erhältlich ist, obgleich die festgesetzten Produzentenpreise 1 bis 1·30 Kronen für ein Kilogramm betragen. Vertrauenswürdige Großhändler — es gibt noch einige von solchen — hört man immer wieder klagen, daß Gemüse derzeit nicht unterzubringen sei. Die Ursache des ganzen unhaltbaren Zustandes liegt in folgendem: Die Kriegsverhältnisse haben die Kleinverschleißer in die Lage versetzt, die ihnen von offiziellen Stellen zugewiesenen Waren sofort im ganzen unter voller Ausnützung der Konjunktur (oftmals ohne Berührung des Marktes) an Zwischenhändler und große Gastwirtschaften weiterzugeben. Sie erzielten bei geringerer Mühe sowie auch bei wesentlich verringerten Spesen einen besseren Gewinn, als wenn sie die Ware im Kleinverschleiß zum festgesetzten Preise abgegeben hätten. Diesen Kleinverschleißern ist es jetzt nicht angenehm, sich, wenn es zu großen Zufuhren käme, wieder wie einst mit dem stückweisen Verkauf ihrer Ware Tag für Tag zu bemühen. Sie trachten daher, den Kleinverbraucher auf seinen „Kriegsbezug", an den er sich während mehr als vier Jahren nach und nach gewöhnen mußte, zu erhalten, und hüten sich daher, größere Bestellungen zu machen. Darin werden sie durch den gänzlichen Mangel einer Konkurrenz wesentlich unterstützt. Ihr gefährlicher Gegner, der Hausierhandel, wurde schon vor dem Kriege an die Wand gedrückt und ist während des Krieges bis auf kleine Reste verschwunden. Die Gemischtwarenverschleißer, die der überwiegenden Mehrheit nach es nie nötig hatten, sich mit dem Verkauf von Gemüse zu beschäftigen, haben sich auch während des Krieges diesem Erwerbszweig ernstlich nicht zugewendet, zumal da die Verteilung des Gemüses eine derartige war, daß Gemischtwarenverschleißer fast gar nicht damit bedacht wurden. Wien krankte schon vor dem Kriege in hohem Grade daran, daß immer wieder verhindert wurde, eine Aufteilung der manchmal sehr beträchtlichen Zufuhren bis in die letzten und kleinsten Verkehrsadern der Millionenstadt zu ermöglichen. Die Kämpfe, die es gab, um die unliebsame Konkurrenz der von Haus zu Haus ziehenden Hausierer zu beseitigen, sind noch in jedermanns Erinnerung. Alle diese Mängel haben natürlich sehr wesentlich dazu beigetragen, daß die Gemüseversorgung Wiens während des Krieges in jeder Hinsicht versagt hat.

Arbeiterzeitung
3./XII. 1918

152.

Die Gemüsepreise. Obwohl jetzt die Grünwarenmärkte in einzelnen Artikeln wie Weißkraut, Möhren, Rüben und Zwiebeln wirklich ganz ausreichend versorgt sind, halten sich die Kleinverkaufspreise auf einer Höhe, die mit den Großeinkaufspreisen durchaus in keinem Einklang stehen. So kostet heute Weißkraut im Kleinhandel das Kilogramm 50 bis 80 Heller, während der Preis für 100 Kilogramm 12 bis 16 Kronen beträgt. Karotten bezahlt man 100 Kilogramm mit 22 bis 30 Kronen, verkauft werden sie im Kleinhandel das Kilogramm zu 1·40 bis 1·70 Kronen. Zwiebeln, die das Kilogramm zu 2 bis 2·20 Kronen abgegeben werden, kosten 100 Kilogramm 80 bis 120 Kronen. Gelbe Möhren werden 100 Kilogramm mit 18 bis 22 Kronen gekauft, während das Stück zu 40 bis 56 Heller abgesetzt wird. Wirsingkohl kostet das Kilogramm 1·30 bis 1·40 Kronen und wird zu 100 Kilogramm mit 80 bis 86 Kronen bezahlt. Die Spannung ist also wohl zwischen den Hunderkilogrammpreisen und den Kleinverschleißpreisen so groß, daß den Händlern ein Nutzen verbleibt, der schon als Kriegsgewinn bezeichnet werden kann. Auf keinen Fall kann man wohl sagen, daß bei den Wiener Marktpreisen die Händler nicht auf ihre Rechnung kommen.

Die Zeit
4./XII. 1918

Mißstände des Gemüsemarktes.

Mit zwei Vollzugsanweisungen vom 13. November d. J. hat das Staatsamt für Volksernährung die Höchstpreise für feldmäßig gewonnenes Gemüse und den bezüglichen Transportscheinzwang aufgehoben. Da seit dem Vorjahr die Gemüseerzeugung durch Herbeischaffung von Samen, Unterstützung des Anbaues usw. wesentlich gehoben wurde, sollte man annehmen, daß der „ausgehungerte" Handel, seiner Fessel nunmehr frei, sich auf den Gemüseverkehr stürzen und dem Kleinverbraucher reichliche Gemüsemengen zu mäßigen Preisen auf den Markt bringen werde. Von Weißkraut, Zwiebeln und weißen Rüben abgesehen, welche Artikel keineswegs so billig abgegeben werden, als man anzunehmen berechtigt wäre, herrscht auf den Wiener Märkten im Kleinverkehr nicht nur eine unentwegt gleichgebliebene Teuerung, sondern nach wie vor eine — Gemüsenot. In den Bezirken, die keinen Markt besitzen, sind nur hie und da etwas Kraut und weiße Rüben, sonst aber gar kein Gemüse zu sehen.

Die vom Marktamt verlautbarten Marktverkaufspreise führen nur mehr Preise für Wiener Gärtnergemüse an. Erfolg für die Allgemeinheit: alles Gemüse, darunter das meiste aus landwirtschaftlichen, also nicht aus Gärtnereibetrieben stammend, ist mit einem Schlage wegen des verlockenden höheren Preises (denn für das Gärtnergemüse ist ein solcher infolge der höheren Gestehungskosten und der, allerdings nicht immer vorzufindenden besseren Qualität im Durchschnitt anzunehmen) — alles Gemüse „Gärtnerware" geworden! Also stets dieselbe Melodie, nur mit etwas verändertem Text!

Was nützt die beste und reichlichste Gemüseerzeugung, wenn die Ware nicht in die letzten und kleinsten Versorgungskanäle gebracht wird und wenn die Kleinverbraucher, obgleich sie ohnedies nicht mehr auf die Höhe der Preise achten, diesen sogenannten Gemüsesegen nur als einen Hohn auf ihren Hunger betrachten müssen?

Geht man dieser himmelschreienden Mißwirtschaft auf den Grund, so findet man: die Wiener Kleinverschleißer wollen sich vor großen Gemüsezufuhren schützen. Sie haben es nicht mehr nötig, im kleinen, Stück um Stück, zu verkaufen. Während der letzten zwei Kriegsjahre verkauften sie ihr von den Zuweisungsstellen erhaltenes Gemüse sofort nach erfolgter Zuweisung im Ganzen an Zwischen-, Schleich- und Kettenhändler weiter, verdienten hierbei mehr, als dies im Kleinverkauf möglich gewesen wäre, und erwarben sich ein schönes Stück Geld. Wozu soll, nach ihrer Ansicht, die Zufuhr größer werden, wenn sie weder von den Bezirksgeschäften noch von den längst beseitigten Hausierern, am wenigsten aber von der lokalen Approvisionierungsbehörde etwas zu befürchten haben? Die Gemischtwarenverschleißer wieder führen Gemüse in geringen Mengen erst dann, wenn es eine Delikatesse geworden und zu unverschämten Preisen loszuschlagen ist. Die Gemüsehausierer bestehen nicht mehr, und die Marktbehörde scheint sich nicht der Mühe unterziehen zu wollen, eigene Verkaufsplätze zu schaffen, in denen bedienstete Verkäufer gegen Provision auf Kosten und Gefahr der Gemeinde Gemüse kleinweise verkaufen würden.

Auf die angegebene Art können die Kleinverschleißer die Großhändler zur Beibehaltung der bisherigen Mindestbezüge zwingen, denn wer außer den Marktleuten sollte das „zu viel zugeführte, unplacierbare" Gemüse verkaufen? Die Kleinverschleißer erhalten hierin noch einen indirekten Bundesgenossen in Gestalt der Wiener Gemüse- und Obst-Uebernahms- und Verteilungsstelle, die beliebig Gemüse übernehmen und verkaufen kann. Die heurige Uebernahmstechnik tritt rücksichtslos diktatorisch auf, während die vorjährige nur vorbeugend von Fall zu Fall in Tätigkeit trat. In der Verordnung vom 22. Juli d. J. betreffend die Uebernahme von Gemüse und Obst durch die Wiener Gemüse- und Obst-Uebernahms- und Verteilungsstelle ist zwar das Einvernehmen zwischen Händler (Einführer) und Verteilungsstelle sowie das Entscheidungsrecht des Bezirkswirtschaftsamtes, Stelle 6, vorgesehen; welchen Zweck hat dies aber, wenn die zur Preisfestsetzung notwendigen allgemeinen Richtlinien nicht mehr bestehen? Ein solches Uebernahmsrecht ist ein Unding.

Kurz zusammengefaßt, muß ausdrücklich festgestellt werden, daß der freie Gemüsehandel wieder vollständig versagt und, wie das Kriegswucheramt auch in seinem letzten Bericht aufzeigte, in den meisten Fällen zu einer Verteuerung, wenn nicht gar zu direktem Gemüsewucher geführt hat.

Wenn die weitere Gemüseversorgung Wiens nicht empfindlich leiden soll, müssen, ohne Rücksicht auf veraltete Vorrechte einer der Zeit nicht gerechtwerdenden Gewerbezunft Aufteilungsmaßregeln ergriffen werden, die dem Kleinverbraucher den Bezug von Gemüse auch in den entlegensten Bezirken zu annehmbaren Preisen sicherstellen. Die Behörde aber hat auf ein anderes Einflußrecht hinsichtlich des Warenverkehrs zu dringen, als daß sie im Wege der Verteilungsstelle die Unklarheiten und Unsicherheiten zum Schaden der Gesamtheit noch vermehren hilft.

Größte Eile ist vonnöten! Die günstigste Produktion ist wertlos, wenn es an der Aufteilung fehlt.

Arbeiterzeitung
12./XII. 1918

154

Der Aepfelwucher. Aepfel sind jetzt auf den Märkten eine besonders seltene Ware, die, wenn sie irgendwo in bescheidenen Mengen auftaucht, zu den unerhörtesten Preisen verkauft wird. Die ungarische Ware, von der das Kilogramm zu 5·50 und 5·60 Kronen abgegeben wird, ist fast durchwegs von recht fragwürdiger Beschaffenheit, findet aber dennoch überall glänzenden Absatz. Die Aepfelpreise, wie sie gestern am Hannovermarkt in der Brigittenau begehrt wurden, sind aber selbst in der Zeit der Preismerkwürdigkeiten eine Rarität. Für ein Kilogramm ganz minderwertiges Fallobst, das von einem Herrn Schick aus der Klosterneuburgerstraße auf den Markt gebracht wurde, wurde der Preis von drei Kronen begehrt. Von den Aepfeln hatten selbst die größeren Exemplare die Größe eines Taubeneies. Der Skandal fand dadurch ein Ende, daß die Aepfel auf Einschreiten des Marktinspektors Z a c h zu einer Krone das Kilogramm verkauft werden mußten. Unter solchen Umständen kann die Marktaufsicht wirklich nicht streng genug geübt werden.

Die Zeit

Abend
17./XII. 1918

FX 155

Die teuren Aepfel.

Angesichts der trostlosen Oede und Leere, wie sie monatelang auf dem Wiener Obstmarkt herrschte, hätte man es nicht für möglich gehalten, heuer noch auf den hiesigen Märken in größerer Menge Aepfel zu sehen. In Lebensmittelgeschäften und Delikatessenhandlungen sowie bei Hausierern erhielt man zwar hin und wieder Aepfel, die K. 8.— bis K. 10.— pro Kilogramm kosteten, auf den Märkten aber bildeten geringfügige Aepfelankünfte stets eine Sensation. Die dafür begehrten Preise stellten sich, trotzdem es sich in den meisten Fällen um Aepfel schlechtester Qualität handelte, auf mehr als 5 Kronen pro Kilogramm.

Die Wiener, die bereits durch die Unfähigkeit des freien Handels, die Obstzufuhren zu heben, bitter enttäuscht worden waren und seit Monaten auch der bescheidensten Versorgung an Aepfeln entbehrten, griffen ohne langes Bedenken auch nach diesen minderwertigen und teuren Aepfeln und gaben sich neuerlich der Hoffnung hin, daß die Preise ja schließlich doch sinken werden. Letzteres wäre wohl auch der Fall gewesen, wenn nicht in den letzten Tagen die mit dem Anforderungsrecht und diversen anderen behördlichen Vorrechten ausgestattete Wiener Obst- und Gemüse-Uebernahms- und Verteilungsstelle sich ein nettes Hirschauerstückchen geleistet hätte.

Einer in der Großmarkthalle ansässigen, in bezug auf Warenherbeischaffung sehr verdienten Wiener Großhandlungsfirma war es trotz aller Schwierigkeiten gelungen, in Siebenbürgen 48 Waggons Aepfel für Wien aufzutreiben und auch tatsächlich in einem eigens zusammengestellten Aepfelzug, der von bewaffnetem Militär begleitet wurde, nach Wien zu bringen. Die Aepfel waren vereinbarungsgemäß ab Siebenbürgen um 4 Kronen pro Kilogramm angekauft, doch war ausdrücklich in den Abmachungen vorbehalten, daß der endgültige Kaufpreis erst nach Ankunft der Aepfel in Wien und nach ihrer Besichtigung festgesetzt werde. Diese Abmachung war vom Käufer deshalb vorgesehen, um bei mangelhafter, nicht entsprechender Qualität auch eine Verbilligung des Preises erwirken zu können. Den Aepfelzug begleiteten neben den zu seiner Bewachung bestimmten Soldaten auch noch Vertreter der siebenbürgischen Lieferfirma, die mit allen Vollmachten ausgestattet waren.

Gleich bei seiner Ankunft in Wien wurde aber der gesamte Aepfelzug von der Uebernahmsstelle beschlagnahmt und die größtenteils mehr als minderwertigen Aepfel wurden von dieser Stelle mit 4 Kronen 30 Heller pro Kilogramm übernommen. Wie der Wiener Käufer der Aepfel, der Großhändler Fröhlich, versichert, wäre es ihm auf Grund der von ihm mit der siebenbürgischen Lieferfirma getroffenen Abmachungen als privaten Kaufmann sicherlich gelungen, diese Aepfel um 3 Kronen pro Kilogramm übernehmen zu können, wodurch sich ihr Verkaufsdetailpreis höchstens auf K. 3.54 bis K. 3.60 pro Kilogramm gestellt hätte. So aber berechnete die Uebernahmsstelle, die gar nichts anderes zu tun hatte, als die Aepfel an der Bahn zu übernehmen und an die Händler aufzuteilen, für sich pro Waggon einen Regieaufschlag von 4600 Kronen. Dadurch erhöhte sich der Preis für diese minderwertigen Aepfel, die wegen ihrer schlechten Qualität vielfach noch bei Detailhändlern herumliegen, im Kleinverkauf bis auf K. 5.20 pro Kilogramm.

Die Uebernahmsstelle, gegen die in der letzten Zeit zahlreiche berechtigte Klagen laut geworden sind, befindet sich zwar schon in Liquidation, doch sollte die Bevölkerung schneller als dies geschieht, von ihrer weiteren Wirksamkeit erlöst werden. Zum Verteuern von Lebensmitteln brauchen wir keine mit amtlichen Vollmachten ausgestatteten Stellen, die noch dazu, wie es in diesem Falle eklatant erwiesen ist, gemeinschädlich wirken.

Gegenwärtig liegen aus Ungarn zahlreiche Offerte über Aepfel vor, deren Offertpreis unter 3 Kronen pro Kilogramm heruntergeht. Die ungarischen Produzenten und Händler scheinen zu Weihnachten ihre Vorräte endgültig abstoßen zu wollen. Hoffentlich aber wird hier die Uebernahmsstelle nicht wieder preisverteuernd eingreifen.

Fremdenblatt
18./XII. 1918

156

Verkauf von Marmelade.

Die erste Ausgabe von Marmelade an die Haushaltungen beginnt am 19. Dezember. Donnerstag den 19. A bis G, Sch., Freitag den 20. H bis L, St., Samstag 21. M bis R und Montag den 23. S bis Z. Von Dienstag den 24. d. erfolgt die Ausgabe für alle Haushaltungen, welche an den erwähnten Tagen Marmelade nicht beziehen konnten. Ausgabe nur gegen amtlichen Einkaufschein, per Kopf ½ Kg. Kinder unter 14 Jahren erhalten ¼ Kg. Zubuße gegen Milchkarte, Schwerarbeiter gegen die Fettkarte. Die Verkaufspreise wurden vom Staatsamt für Volksernährung festgesetzt, wie folgt: Für Feinmelangemarmelade aus offenen Gefäßen oder in Holzpackungen für alle Sorten das Kg. Kr. 9.—, in Jamesgläsern mit 90 Dkg. Inhalt das Stück einschließlich Glas und Verpackung Kr. 9.—, in Jamesgläsern mit 45 Dkg. Inhalt das Stück Kr. 4.60, für Dreier- (Konsum-) Marmelade aus offenen Gefäßen (Auswägepreis) das Kg. Kr. 6.40.

Neue Freie Presse
27. II. 1919

157

Neuerliche Herabsetzung des Preises für Sauerkraut.

Die Abgabe von Sauerkraut durch die städtischen Abgabestellen wird auch in der kommenden Woche fortgesetzt und die Ware bis auf weiteres ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Ausweiskarte abgegeben. Der Kleinhandelspreis für 1 Kilogramm Sauerkraut wird nunmehr mit 1 K. 20 H. festgesetzt.

Neue Freie Presse
25./II. 1919

158

Marmeladeabgabe.

Die nächste Abgabe von Marmelade beginnt am 27. d., und zwar in folgender Ordnung: Donnerstag den 27. für die Buchstaben A bis G, Sch, Freitag den 28. H bis L, St, Samstag den 1. März M bis R und Montag den 3. März S bis Z. Von Dienstag den 4. März angefangen erfolgt die Ausgabe für alle Haushaltungen, welche an den oberwähnten Tagen Marmelade nicht beziehen konnten. Die Ausgabe der Marmelade erfolgt nur gegen amtliche Ausweiskarten. Für jede im Haushalte verköstigte Person ist entsprechend der im Einkaufsscheine ersichtlich gemachten Personenanzahl ½ Kilogramm Marmelade abzugeben. Eine Zubuße von ¼ Kilogramm Marmelade für Kinder unter 14 Jahren und für Schwerarbeiter wird ebenfalls ausgegeben. Vom amtlichen Einkaufsscheine ist die Ziffer 49 abzutrennen, während für die Zubuße für Schwerarbeiter der am Stamm der (lila bedruckten) Fettkarte befindliche mit S bezeichnete Abschnitt und für Kinder der Abschnitt II der Milchkarte abzutrennen ist.

Wiener - Stimmen 159

27./II. 1919.

Ausgiebigere Gemüsezufuhren.

Der Fleischmarkt in der Großmarkthalle war gänzlich ohne Ware. Die vorhandenen 570 Kilogramm Weichwürste wurden nur im Großhandel abgegeben. Die drückende Fleischnot trieb heute Hunderte von Käufern schon in den ersten Marktstunden auf den Fischmarkte wo sie sich um das Haifischfleisch zu 3 Kr. das Kilogramm anstellten. Obwohl der Haushalt nur ½ Kilogramm erhielt, reichte das Angebot nicht einmal für die Hälfte der Kauflustigen aus. Besonders gut waren die Märkte mit Gemüsen beschickt. Der Naschmarkt verfügte über 25.700 Kilogramm Gärtnergrünwaren, 73.150 Kilogramm Rübensorten, 42.000 Kilogramm Karotten, 10.200 Kilogramm Zwiebeln, aus Ungarn, 34.500 Kilogramm Kohlrüben und 42.000 Kilogramm Möhren aus Böhmen. Hier wurden auch 100 Kilogramm Schweinefleisch zu 20 Kr. das Kilogramm angeboten, das um 7 Uhr ausverkauft war. Ferner 1200 Kilogramm Weichwürste für den Großhandel. In der Viktualienhalle im 3. Bezirk gab es 350 Kilogramm Grundbirnen, 360 Kilogramm Grünwaren und Binsenblätter. Auf die reichlichere Gemüsezufuhr wirkt namentlich das günstige Wetter befruchtend. Aber Eier und Obst sah man leider auch heute nirgends. Der Geflügelmarkt protzte mit ganzen fünf Hühnern, die „reißend Absatz fanden". Damit war die Marktherrlichkeit erschöpft. Im Laufe der nächsten Woche wird das Haifischfleisch in den Gasthäusern ausgekocht, da es in der fleischlosen Zeit als Fleischersatz dienen muß.

15. III. 1919

160

Der Marmeladebezug der außerhalb Wiens Wohnenden. Das Staatsamt für Volksernährung hat angeordnet, daß die außerhalb Wiens wohnenden Mitglieder der Wiener Konsumentenorganisationen bei den Organisationen zum Bezug von Marmelade zugelassen werden, denen sie angehören. Die Abgabe der Marmelade erfolgt an diese in der gleichen Menge und an demselben Tage wie an die in Wien wohnenden Mitglieder. Die Zahl der zum Bezug berechtigten Familienmitglieder ist durch eine gemeindeamtliche Bestätigung nachzuweisen, ebenso die Zahl der Kinder unter vierzehn Jahren und der Schwerarbeiter.

Vossische Zeitung
1./IV.1919

161

Verdorbenes Gemüse und Obst.

Erklärungen der Reichsstelle und des Magistrats.

Die scharfe Abrechnung, die eine Versammlung der Obst- und Gemüsehändler gestern mit der Reichsstelle für Gemüse und Obst und teilweise auch mit dem Berliner Magistrat gehalten hat, veranlaßt die genannten Behörden zu Erwiderungen. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst führt aus:

„In der übrigens nur mäßig besuchten Versammlung von Vertretern des deutschen Obst- und Gemüse-Großhandels haben einige Redner ebenso temperamentvolle wie unsachliche Angriffe gegen die Reichsstelle für Gemüse und Obst und deren Wirksamkeit gerichtet. Wer sich durch diese Ausführungen vielleicht beunruhigen lassen könnte, möge sich daran erinnern, daß nachweislich das von der Reichsstelle eingeführte System der Lieferungsverträge für Gemüse zu einer Steigerung des Gemüseanbaues des Deutschen Reiches um 130 v. H. im Vergleich zu den Vorjahren geführt hat, und daß den Lieferungsverträgen in Verbindung mit der Zwangsbewirtschaftung durch die Reichsstelle zu danken ist, wenn in den kritischsten Zeiten des Jahres 1918 die breite Verbrauchermasse der Großstädte und Industriezentren reichlich mit Gemüse versorgt waren. Die vielgeschmähte Reichsstelle darf das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, im Jahre 1918 das deutsche Volk vor Hungersnot beschützt zu haben. Wenn in einzelnen Fällen größere Warenmengen verdorben sind und dadurch ihrer Bestimmung entzogen wurden, so ist das auf die gesteigerten Beförderungsschwierigkeiten zurückzuführen, deren aus naheliegenden Gründen nur eine behördliche Zentrale einigermaßen Herr zu werden imstande sein kann."

Der Berliner Magistrat führt u. a. aus:

„Die Zufuhr und die Verteilung von Gemüse war noch in keinem Jahre seit Ausbruch des Krieges so reichlich wie in diesem. Es ist das zu danken einerseits einer sehr guten Ernte und anderseits den Lieferungsverträgen, die die Stadt im Einvernehmen mit der Reichsstelle über das ganze Reich abgeschlossen hat. Beide Umstände haben dazu geführt, daß die Belieferung Berlins zeitweise, namentlich in den Monaten September bis Dezember, überreichlich ausfiel und daß Mengen übrig geblieben sind, zu deren Aufnahme die Bevölkerung trotz lebhafter Anstrengung nicht fähig oder bereit war. Gleichwohl hat die Stadt nur in äußerster Not zu dem Mittel gegriffen, eine Sendung von auswärts überhaupt zurückzuweisen, weil es ihr bei der Knappheit der sonstigen Lebensmittel vor allem darauf ankam, nicht plötzlich aller Vorräte zu entbehren. Die Lagerung dieser Vorräte ist unter sachverständiger Leitung und unter Mitwirkung des Berliner Großhandels erfolgt. Soweit die erhobenen Vorwürfe sich auf Verluste beziehen, die aus diesem Anlaß und bei der geringen Lagerfähigkeit des diesjährigen Gemüses unvermeidlich entstehen mußten, sind sie hiernach unberechtigt. Sie mußten hauptsächlich um deswillen auf ihr richtiges Maß zurückgeführt werden, weil sie von einem Kreise erhoben werden, dem es daran gelegen ist, sobald als möglich von dem System der öffentlichen Bewirtschaftung loszukommen, das beim Gemüse noch nicht einmal zu seiner vollen Reinheit durchgeführt ist."

Wenn in der Versammlung der Obst- und Gemüsehändler die sofortige restlose Beseitigung der Reichsstelle für Gemüse und Obst gefordert worden ist, so stehen dieser Forderung auch heute noch schwerste Bedenken entgegen. Zunächst müssen wir an gewissen Einfuhrbeschränkungen im Interesse unserer Valuta festhalten. Man denke nur an die jüngst erhobene Anklage, daß große Mengen holländisches Dörrgemüse der deutschen Ernährung infolge der „Einfuhrschwierigkeiten" verloren gegangen sein sollen. Wir glauben nicht, daß unsere Bevölkerung durch dieses entgangene Lebensmittel einen nennenswerten Schaden erlitten hat, denn es dürfte nur sehr wenige geben, denen Dörrgemüse als ein erstrebenswerter Leckerbissen erscheint. Auf der anderen Seite müssen wir gerade in Anbetracht der jetzt in Aussicht stehenden Lebensmittelzufuhr, mit der Bewilligung von Auslandskrediten sehr haushälterisch wirtschaften.

Auch die inländische Bewirtschaftung von Obst und Gemüse kann nicht von heute auf morgen fallen gelassen werden. Gewiß soll nicht verkannt werden, daß alle Behörden die Pflicht haben, so schnell wie möglich wieder den freien Handel an die Stelle der Zwangswirtschaft zu setzen. Die Tatsache, daß heute die Sicherstellung des Bedarfs von Heer und Marine auch hinsichtlich der Obst- und Gemüseversorgung in Fortfall kommt, wird hoffentlich dazu beitragen, daß alle Beschlagnahmen aufgehoben werden, und daß der Handel in weit größerem Umfange als bisher frei wird. Durch die zentralisierte Bewirtschaftung sind nicht nur Kohlen und Transportmittel oft unnötigerweise verpeudet worden, sondern es sind, — das wird auch von den maßgebenden Stellen nicht bestritten — Lebensmittel in unerwünschtem Umfange verdorben. Der Auffassung des Magistrats, daß die Versorgung Berlins mit Gemüse in diesem Winter nicht unbefriedigend gewesen ist, muß man zustimmen. Die großen Städte, an der Spitze Berlin, werden deshalb gut tun, auch in Zukunft an den Abschluß von Lieferungsverträgen, namentlich für Gemüse, festzuhalten. P. E.

Mittagblatt
2./IV. 1919
162

Der Obstreichtum Deutschösterreichs.

Statistische Berechnungen. — Die Obstversorgung nicht ungünstiger wie früher. — Maßnahmen zur Erzielung regelmäßiger Ernten. — Ausbau der Obstverwertungsbetriebe.

In dem offiziellen Anzeiger der Gemüseobststelle des deutschösterreichischen Staatsamtes für Ernährung „Die Gemüse- und Obstwirtschaft" finden wir einen von J. Löschnig stammenden Aufsatz über den Obstbau Deutschösterreichs, in dem sich der Verfasser mit der Intensität der Obstkultur in unserem neuen Staate beschäftigt. Wir entnehmen diesem Aufsatz folgende interessante Daten:

Im alten Oesterreich betrug die Produktion der österreichischen Kronländer nach den statistischen Jahrbüchern des Ackerbauministeriums im Durchschnitte pro Jahr 5,966.469 Meterzentner Kernobst, 4,874.764 Meterzentner Steinobst und 34.925 Meterzentner Schalenobst. Bei einer Einwohnerzahl von 28·57 Millionen kamen von der inländischen Produktion auf einen Einwohner 20 Kilogramm Kernobst, 17 Kilogramm Steinobst und 0·1 Kilogramm Schalenobst pro Jahr.

Wird die Produktion nur jener Länder und Landesteile in Rechnung gestellt, welche Innen-Deutschösterreich bilden, so betrug dieselbe in Meterzentner:

Jahr	Kernobst	Steinobst	Schalenobst
1909	1,321.703	205.963	14 321
1910	1,289.333	291.407	17.405
1911	1,602.093	261.203	18.622
1912	2,052.658	309 534	7.038
1913	2 272.418	260 595	6.970
Summe	8,538.205	1.379.702	63.456
oder im Durchschnitte p. Jahr	1,707.641	255 940	12.851

Für die Zusammenstellung wurden die Länder Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg ganz, Tirol zu drei Fünfteln, Steiermark zu zwei Dritteln und Kärnten zu drei Vierteln sowohl hinsichtlich der Erzeugung als auch in bezug auf die Bevölkerungsziffer in Rechnung genommen. Böhmen und Mähren blieben derzeit außer Berechnung, da die Grenzen dieser Länder noch nicht festgestellt sind und diese außerdem das Ergebnis nur im günstigen Sinne beeinflussen. Die Einwohnerzahl der einzelnen Länder beträgt in runden Zahlen: Niederösterreich 3,532.000, Oberösterreich 853.000, Salzburg 215.000, zwei Drittel von Steiermark 962.000, drei Viertel von Kärnten 297.000, drei Fünftel von Tirol 567.000, Vorarlberg 145.000, zusammen 6,571.000 Einwohner. Unter diesen Voraussetzungen entfallen in Deutschösterreich auf einen Einwohner pro Jahr 25 Kilogramm Kernobst, 19 Kilogramm Steinobst und 0·6 Kilogramm Schalenobst.

Die Zahlen der Statistik würden daher kein ungünstiges Bild der heimischen Obstproduktion gegenüber der Einwohnerzahl in Deutschösterreich geben, umsomehr als Südmähren und Böhmen obige Zahlen noch wesentlich verbessern werden, wenn sowohl hinsichtlich des Obstverbrauches der Einwohner als auch in bezug auf die Obstbeschaffenheit eine Gleichmäßigkeit zwischen Einst und Jetzt bestehen möchte. Alle derzeit Deutschösterreich angehörenden Länder haben eine hochentwickelte Obstweinerzeugung, die wohl die Hälfte der Produktion des Kernobstes aufnimmt und dem Frischobstverkehre entzieht, andererseits ist auch der Obstverbrauch der Bevölkerung von Deutschösterreich seit jeher ein bedeutend größerer, als jener in den abgefallenen Ländern.

Ein viel günstigeres Bild der Produktionsverhältnisse erhält man, wenn man die Zahl der Obstbäume in den einzelnen Ländern zur Grundlage der Berechnung heranzieht. Ueber die Zahl der Bäume in den einzelnen Ländern liegen nur von Niederösterreich und Steiermark genaue Daten vor, während für die anderen Länder nur Schätzungen zur Verfügung stehen. Letztere können, mit den Produktionszahlen verglichen, immerhin noch als brauchbare Unterlage gelten.

Land	Stückzahl Kernobstbäume	Stückzahl Steinobstbäume	Stückzahl Schalenobstbäume
Niederösterreich . . .	2,800.000	2,100.000	270.000
Oberösterreich . . .	5,700.000	1,200.000	10.000
Salzburg	52.000	22.000	2.700
Ober- und Mittelsteierm.	5,560.000	975.000	74 000
Kärnten (deutschösterreichisches Gebiet) . .	1,800.000	300.000	40.000
Tirol (deutschösterreichisches Gebiet . . .	600.000	230 000	60.000
Vorarlberg	300.000	40 000	500
Zusammen	16,752.000	5,067.000	457.200

So verschieden auch die Erträge nach Klima, Boden und Sorte sein mögen, so kann man den Ertrag eines Kernobstbaumes doch mit durchschnittlich 15 Kilogramm, eines Steinobstbaumes mit 12 Kilogramm und eines Schalenobstbaumes mit 10 Kilogramm pro Baum und Jahr annehmen. Es würden daher auf einen Einwohner Deutschösterreichs aus der eigenen Produktion pro Jahr entfallen: 38·8 Kilogramm Kernobst, 9·3 Kilogramm Steinobst und 0·7 Kilogramm Schalenobst. Die Unsicherheit der Ernten, insbesondere die natürliche Erscheinung, daß die Kernobstbäume eines Gebietes in der Regel alle zwei Jahre größere Ernten abwerfen, bringt es weiter mit sich, daß in einzelnen Jahren ein Mehrfaches der genannten Zahlen, dagegen in anderen Jahren bedeutend weniger Obst aus der eigenen Produktion auf den einzelnen Einwohner entfallen wird. Es wird daher der Ausfuhr in einzelnen Jahren und in einzelnen Obstarten eine bedeutende Einfuhr gegenüberstehen.

Aus der Intensität der Obstkultur in Deutschösterreich lassen sich nachstehende Schlüsse ziehen:

1. Die Versorgung mit Obst wird in Deutschösterreich nicht ungünstiger sein als früher. Wegen Kleinheit des Gebietes werden aber die Obstmißernten einzelner Jahre empfindlicher in Erscheinung treten als bisher.

2. Die Maßnahmen zur Erzielung regelmäßiger Obsternten, wie Sortenwahl, Schädlingsbekämpfung, Frostschutz erfordern eine besondere Beachtung.

3. Die Kapazität der inländischen Obstverwertungsbetriebe muß eine derartige sein, daß sie sich bei Vollernten auch für die Jahre mit Mißernten eindecken können.

Tägliche Rundschau

2./IV. 1919

163

Novau der Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Freigabe des Handels mit Frühobst und Frühgemüse. Einstellung der Marmeladezuteilung.

In einer heute vormittag stattgehabten Besprechung mit Vertretern der Presse gab der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Oberregierungsrat v. Tilly, einen Ueberblick über das Wirken der Reichsstelle, die dieser Tage wieder einmal von einem Teil der Berliner Obst- und Gemüsegroßhändler heftig angegriffen worden ist. Zusammenfassend sagte Herr v. Tilly:

Eins müssen auch die größten Gegner unumwunden zugeben: Es ist gelungen, die wichtigste Aufgabe der Kriegswirtschaft, nämlich die Steigerung der inländischen Produktion, bedingungslos zu lösen. Denn während der Gemüseanbau in den letzten Jahrzehnten in Deutschland ständig zurückgegangen war, und dieser Rückgang in den ersten beiden Kriegsjahren einen katastrophalen Umfang angenommen hatte, ist im letzten Wirtschaftsjahre der feldmäßige Gemüseanbau um 130 v. H. und der gartenmäßige Gemüseanbau um 100 v. H. im Vergleich zum Vorjahre gestiegen, das ebenfalls bereits eine Steigerung aufwies.

Der gesteigerte Gemüseanbau, unterstützt in diesem Jahre durch eine im ganzen gut ausgefallene Ernte, hat es bewirkt, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse durchaus befriedigend war. Bis noch vor wenigen Tagen hielten sich in ganz Deutschland Angebot und Nachfrage in frischer Ware auf annähernd gleicher Höhe, und für die bevorstehende Zeit stehen so große Mengen an Erzeugnissen aus Gemüse (Sauerkraut, Salz- und Faßgemüse, Dörrgemüse und Gemüsekonserven) zur Verfügung, daß auch bei einer ungünstigen Entwicklung der Verhältnisse ein Mangel keinesfalls zu berichten steht.

Das Obst wurde bekanntlich von der Zwangswirtschaft besonders scharf erfaßt, um die Versorgung mit Marmelade als Brotaufstrich sicherzustellen, auf die die Bevölkerung mangels anderer Mittel fast allein angewiesen war. Damit wird es nun leider bald ein Ende nehmen. Durch die Folgen der Revolutionswirtschaft ist nämlich so viel Zucker verschwunden, daß nicht mehr genug vorhanden ist, um das aufgespeicherte Obstmark zu Marmelade zu verarbeiten. Die Zuteilung von Marmelade wird daher in naher Zeit eingestellt werden müssen! Das Obstmark wird gut haltbar für das nächste Jahr aufbewahrt werden. Da unter diesen Umständen eine weitere Beschlagnahme von Obst keinen Zweck hat, so wird der Handel mit Frühobst freigegeben werden. Es ist aber auch die Freigabe des Herbstobstes vorgesehen, da, wie Herr v. Tilly sagte, im Herbst nicht mehr genügend Autorität vorhanden sein dürfte, um Zwangsmaßregeln durchzuführen!

Aber dabei wird die Reichsstelle nicht stehen bleiben, sondern sie ist, wie Herr v. Tilly weiter ausführte, trotz vieler Gegenströmungen fest entschlossen, mit Beschleunigung ihren eigenen Abbau durchzuführen:

Ich habe bereits freigegeben den Verkehr mit Kohlrüben, Runkelrüben, Sauerkraut, Faß- und Salzgemüse sowie mit Dörrgemüse und Dörrobst. Des ferneren ist der Handel unbeschränkt im Verkehr mit Frühgemüse. Für Frühgemüse, das durch Lieferungsverträge erfaßt werden darf, werden allerdings Höchstpreise festgesetzt werden. Dabei handelt es sich in der Hauptsache um Kohl, Mohrrüben und Zwiebeln, während beispielsweise für Spargel, Spinat, Mairüben, Salat und Rhabarber auch nicht einmal Höchstpreise bestehen werden. Absatzbeschränkungen und Verkehrskontrollen kommen überhaupt nicht mehr in Frage. — Des weiteren ist dem Handel auch der Aufkauf von Frischgemüse und Frischobst im Auslande freigegeben worden. Beschränkungen sollen nur in bezug auf die Geldmittel bestehen, die ins Ausland abgeführt werden dürfen.

Auch ein Abbau der hier in Betracht kommenden Kriegsgesellschaften wurde angekündigt: Die Kriegsgesellschaften für Dörrgemüse, Sauerkraut und Obstwein stehen unmittelbar vor ihrer endgültigen Liquidation, die Kriegsgesellschaft für Gemüsekonserven wird noch bis zum Spätherbst bestehen bleiben, und wegen der Kriegsgesellschaft für Marmelade schweben zurzeit Verhandlungen.

Mit der Freigabe des Frühgemüses und Frühobstes wird also die Probe aufs Exempel gemacht, ob der freie Handel imstande ist, die Bevölkerung besser zu versorgen als unter der Zwangswirtschaft. Die Hoffnungen darauf darf man nicht sehr hoch schrauben, besonders was die Preise anlangt, denn die die Preise regulierende „Konkurrenz" wird vorläufig nicht groß sein.

Vossische Zeitung
2./IV. 1919

166

Der Abbau der Reichsobststelle.

Marmeladenot in Aussicht. — Die Gemüseversorgung. — Auslandsware.

Wie wird sich unsere Obst- und Gemüseversorgung in diesem Jahre gestalten? Diese Frage versuchte der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Oberregierungsrat von Tilly, heute zu Vertretern der Berliner Presse eingehend zu beantworten. Er stellte fest, daß infolge zu geringer Arbeitskräfte und infolge des Fehlens von künstlichen Düngemitteln in diesem Jahre weniger Gemüse angebaut werden wird als im Vorjahr. Aber es stehen für die nächste Zeit so große Mengen an Gemüseerzeugnissen (Sauerkraut, Salz- und Faßgemüse, Dörrgemüse und Gemüsekonserven) zur Verfügung, daß ein wirklicher Gemüsemangel nicht zu befürchten ist. Dagegen werden wir sehr bald auf den Genuß von Marmelade verzichten müssen, da es an Zucker fehlt. Wo der Zucker geblieben ist, ist nicht recht festzustellen, sicher sind große Diebstähle und dergleichen vorgekommen, die den Zuckervorrat stark angegriffen haben. Aus diesem Grunde stehen der Reichsstelle aus der vorjährigen Zwangsbewirtschaftung des Herbstobstes noch rund 2 Millionen Zentner Obstfabrikate zur Verfügung, die der Marmeladeherstellung in diesem Jahre verbleiben. Infolgedessen dürfte die Erfassung des diesjährigen Herbstobstes nicht nur sehr locker gehandhabt werden, sondern wahrscheinlich völlig unterbleiben.

Ueberhaupt scheint die Reichsstelle jetzt ernsthaft an den geforderten Abbau heranzutreten. Freigegeben ist bereits der Verkehr mit Kohlrüben, Runkelrüben, Sauerkraut, Faß- und Salzgemüse sowie mit Dörrgemüse und Dörrobst. Auch die von uns mehrfach erhobene Forderung nach freiem Handel in Frühobst und Frühgemüse wird jetzt erfüllt, allerdings werden für Frühgemüse, das durch Lieferungsverträge erfaßt wird, noch Höchstpreise festgesetzt, hierbei handelt es sich aber nur um Kohl, Mohrrüben und Zwiebeln, während Spargel, Spinat, Mairüben, Salat und Rhebarber völlig freibleiben, ebenso fallen allgemein die Absatzbeschränkungen und Verkehrskontrollen fort.

Auch der Handel und Aufkauf von Frischgemüse und Frischobst im Auslande ist gestern freigegeben worden, und Beschränkungen bestehen hierfür nur noch hinsichtlich des Zahlungsverkehrs. Aber auch hierbei ist eine Vereinfachung geschaffen worden, indem die Befugnisse des Reichswirtschaftsamtes und der Reichsbank der Reichsstelle für Gemüse und Obst bezw. deren Unterabteilung übertragen worden sind. Die Reichsstelle wäre also in der Lage, für den Ankauf von Obst und Gemüse beispielsweise in Holland wie im Vorjahr Geldmittel im Betrage von insgesamt 85 Mill. Mark freizugeben, wenn dem nicht die Beschränkungen der Devisenzentrale entgegenstehen würden. Infolge dieser Beschränkungen können dem Handel zur Bezahlung der Auslandskäufe nur ein Drittel in Devisen zur Verfügung gestellt werden, während die Restbezahlung durch Aufnahme von Krediten erfolgen muß. Der Einkauf von Erzeugnissen aus Gemüse und Obst im Ausland bleibt dagegen vorläufig noch zentralisiert. Besonders deutlich geht der Abbau der Reichsstelle schließlich auch daraus hervor, daß die Kriegsgesellschaften für Dörrgemüse, Sauerkraut und Obstwein unmittelbar vor der Auflösung stehen, die Kriegsgesellschaft für Gemüsekonserven wird im Spätherbst aufgelöst, und wegen der Beseitigung der Kriegsgesellschaft für Marmelade schweben gegenwärtig Verhandlungen.

13./IV. 1919

165

Marmeladeabgabe und Preiserhöhung.

Am 15. d. beginnt die nächste Ausgabe von Marmelade in folgender Ordnung: A bis G, Sch am Dienstag den 15., H bis L, St am Mittwoch den 16., M bis R am Donnerstag den 17., und S bis Z am Freitag den 18. April. Von Samstag den 19. d. angefangen, erfolgt die Ausgabe für alle, die bis dahin Marmelade nicht beziehen konnten. Marmelade wird nur gegen amtliche Ausweiskarten und für jede Person nur ½ Kilogramm gegen Abtrennung des Abschnittes 67 des alten Einkaufscheines abgegeben. Zubußen für Schwerarbeiter und Kinder werden diesmal nicht ausgegeben. Infolge der bedeutenden Erhöhung des Zuckerpreises ist eine Erhöhung der Preise für Marmelade unabweisbar geworden. Die Kleinverschleißpreise stellen sich nunmehr in Wien auf Kr. 14.76 für 1 Kilogramm Feinmarmelade der Sorte A und auf Kronen 13.50 für 1 Kilogramm der Sorte B in Holzpackung, für IIer Marmelade auf Kronen 9.44, für IIIer Marmelade auf Kronen 9.08 für 1 Kilogramm. Diese Preise gelten bereits bei der am 15. d. beginnenden Ausgabe.

Reichspost

13./IV. 1919

166

Die Versorgung mit Frühgemüsen.

Obwohl die Jahreszeit bereits weit vorgeschritten ist, merkt man auf den Märkten noch sehr wenig von Frühgemüse. Die unbedeutenden Mengen, die hin und wieder sichtbar werden, kommen zu Preisen in den Verkehr, die ein gewöhnlicher Sterblicher aufzubringen kaum in der Lage ist. Wenn man sich erinnert, daß in Friedensjahren z. B. ein Bund Rettich mit zwölf Wurzeln 10 Heller gekostet hat, heute aber eine einzige Wurzel 20 Heller kostet, wenn man sich erinnert, daß ein Kilogramm Spinat einmal 1 Krone und weniger gekostet hat, heute aber mit 5 Kronen angeschrieben ist, so muß man wohl sagen, daß ein solches Frühgemüse höchstens auf den Tisch der Bemittelten gelangen kann, für die Ernährung des Volkes aber keine Rolle spielt.

Der Mangel und die hohen Preise haben, wie heute ein Funktionär der Gemüse- und Obststelle einem unserer Redakteure mitteilte, ihre Ursache darin, daß die heimischen Gärtnereien, auf deren Produktion wir ja in erster Linie angewiesen sind, mit den größten Schwierigkeiten beim Anbau von Frühgemüse zu kämpfen haben. Vor allem fehlte es an dem nötigen Material, die Mistbeete ausbessern zu können: Mistbeetrahmen, Glas, Strohdecken konnten nur mit großer Mühe beschafft werden. Unsere Gärtnereien haben leider Gottes keine Treibhäuser, ja, nicht einmal heizbare Mistbeete. Auf ganz natürliche Weise nehmen sie die Wärme vom Boden, vom zugeführten Pferdedünger an. Letzterer ist aber weder in der Qualität noch in der Quantität genügend vorhanden; obwohl nur die Gärtnereien damit versorgt werden, kann kaum ein Viertel des Friedensbedarfes gedeckt werden. Den Pferdedünger durch Straßenmist zu ergänzen, geht deswegen nicht an, weil letzterer nicht wärmt und nur zur Komposterbereitung verwendet werden kann, was aber ein bis zwei Jahre in Anspruch nimmt. Eine weitere Schwierigkeit lag in der Beistellung der Pferde, und vor allem in der Beschaffung des Pferdefutters. Der Gärtner kann sich nicht Futtermittel im Tauschwege verschaffen, so wie der Bauer, der doch Fleisch, Milch, Butter usw. als Gegenleistung anbieten kann, der Gärtner ist fast ausschließlich auf die Zuteilung des Pferdefutters durch die Zentrale angewiesen. Nun stehen wir gerade mit den Futtermitteln sehr schlecht; wir sind immer auf Ungarn und Böhmen angewiesen gewesen, woher wir aber jetzt gar nichts erhalten können. Doch auch dieser Schwierigkeit sind wir insoferne Herr geworden, als die Futtermittelzentrale gewillt ist, auf einige Zeit den Gärtnern mit Aushilfen im größtmöglichen Maße entgegenzukommen. Wir haben alles getan, um den Anbau von Gemüse zu sichern. Wenn unsere Hoffnung auf warme Nächte und nicht zu große Hitze bei Tag in Erfüllung geht, so können wir nach Ostern mit größeren Mengen Spinat und vierzehn Tage später auch mit Salat rechnen.

Die Wiener Gemüse- und Obstübernahms- und -verteilungsstelle erhielt den Auftrag, wegen Lieferung von Frühgemüsen, Frühkartoffeln, grünen Erbsen und Bohnen, verschiedener Salatarten, Orangen und Zitronen in Verhandlung mit Vertretern der hier weilenden italienischen Kommission zu treten. Bei der Lieferung kommen große italienische Firmen in Betracht, die schon vor Ausbruch des Krieges in Wien ihren Sitz hatten oder durch verwandtschaftliche Beziehungen zu hiesigen Firmen mit diesen leichter in Geschäftsverkehr treten können. Die Art der Bezahlung, bezw. Kreditgewährung bildet natürlich auch hier ein großes Hindernis. Frühkartoffeln aus der Ernte der südlichst gelegenen Gegenden Italiens haben wir vor dem Kriege bereits Ende März in größeren Mengen erhalten. Italien soll aber heuer selbst Mangel an Kartoffeln haben und die Ueberschüsse, die vielleicht vorhanden sind, laufen sehr leicht Gefahr, während des Transporties zu verderben. Die Transportdauer bis Wien ist jetzt ungefähr zehn Tage, da Jugoslawien den Durchzug möglichst zu verzögern sucht. Die Transportschwierigkeiten und noch mehr die Unsicherheit vor einer Beschlagnahme auf dem Wege nach Wien sind auch die Gründe, warum wir nicht größere Mengen Gemüse von Holland beziehen können. Doch spricht auch hier die Valutafrage — zehn Kronen für einen holländischen Gulden — die größte Rolle. Augenblicklich können wir also nur mit dem Gemüse unserer Gärtnereien rechnen.

Der Neue Tag. Abendbl. 16. IV. 1919 167

Lohnbewegung bei der Firma Meinl.

Forderung der Angestellten nach Aufhebung der Marmeladehöchstpreise.

Vor einigen Tagen hat eine aus über 30 Personen bestehende Deputation von Angestellten und Arbeitern der Firma Meinl beim Staatssekretär für Volksernährung Löwenfeld-Ruß vorgesprochen, um die Aufhebung der festgestellten Höchstpreise für Marmelade und Freigabe des Verkaufes von Marmelade zu fordern. Sie begründeten die Forderung damit, daß sie von dem Chef der Firma Meinl eine Lohnerhöhung gefordert hätten, daß dieser aber die Gewährung dieser Lohnerhöhung unter Hinweis auf die Unzulänglichkeit der derzeitigen Höchstpreise für Marmelade davon abhängig gemacht habe, daß diese Höchstpreise aufgehoben und der Firma der Verkauf ihrer Marmelade zu dem von ihr bestimmten Preise freigegeben werde.

Diese Besprechung hat einen ziemlich exrezten Verlauf genommen. Der Staatssekretär erklärte, den vorgebrachten Wünschen nicht entsprechen zu können, da eine Aufhebung der Höchstpreise im gegenwärtigen Zeitpunkt sofort zu einem Hinaufschnellen der Marmeladepreise führen müßte und durch die Freigabe des Verkaufes eine gleichmäßige Verteilung des Artikels und die Gewährleistung der Beteilung der unbemittelten Kreise mit einer bestimmten, wenn auch kleinen Menge zu festem Preise unmöglich gemacht würde. Ein Angestellter erklärte hierauf, daß die Angestellten die Ausfolgung der Marmelade verweigern würden, wenn die Aufhebung der Höchstpreise nicht sofort erfolge. Das Mitglied des Direktoriums des Staatsamtes für Volksernährung Abg. Elbersch gab seinem Befremden Ausdruck, daß seitens der Angestellten einer Firma an das Ernährungsamt mit der Forderung herangetreten werde, eine Lohnerhöhung, die der Chef verweigere, auf Kosten der Allgemeinheit durchzusetzen. Wenn andere Betriebe diesem Beispiel folgen würden, würde dies zu ganz unmöglichen Konsequenzen führen.

Im Laufe der Besprechung erwiderte der Leiter der Gemüse-Obst-Stelle Dr. Schechner auf die in der Besprechung von den Angestellten der Firma Meinl mehrfach aufgestellten Behauptungen, daß die geltenden Marmeladepreise zu niedrig seien und für die Firma unrentabel seien. Die Unrentabilität könne sich nur so erklären lassen, daß die Firma entweder Verluste an anderen Geschäften auf den Marmeladebetrieb überwälze, oder daß sie das Obst viel zu teuer eingekauft habe. Hätte die Firma übrigens wie alle anderen Fabriken sich nicht bloß auf die Erzeugung von Feinmarmelade geworfen, sondern, wie sie es auch im Jahre 1917 getan hat, eine Konsummarmelade erzeugt, und vor allem nicht zur Zeit des Umsturzes ihre Pulpvorräte frühzeitig abverkauft, so wären Verluste eben nicht eingetreten.

Der Staatssekretär erklärte schließlich, daß er eine Freigabe des Verkaufes von Marmelade und eine Aufhebung der Höchstpreise im gegenwärtigen Zeitpunkte nicht in Erwägung ziehen könne, er sei jedoch bereit, die Angemessenheit der derzeitigen Höchstpreise, und zwar bei allen Firmen unter Beiziehung von Vertreter der Organisationen, der Angestellten und Arbeiter überprüfen zu lassen, wobei auch die im Laufe der Beratung angeschnittene Frage der Einfuhr von Marmelade aus dem tschecho-slowakischen Staate erörtert werden soll.

Kölnische Zeitung
5. IV. 1919

168

Zur Zwangswirtschaft in der Marmeladen- und Konservenindustrie.

Der Reichsernährungsminister hatte kürzlich mitgeteilt, daß die Marmeladen- und Konservenindustrie sich für die weitere Beibehaltung der Zwangswirtschaft ausgesprochen habe, teils weil sie von deren Aufhebung nachteilige Rückwirkungen auf die Deckung ihres Bedarfs an Gemüsen, Zucker und Blechen befürchte, teils auch deshalb, weil von der Aufhebung die Entstehung neuen Wettbewerbs zu erwarten sei. Auf die Wiedergabe dieser Darlegungen und die daran geknüpften Bemerkungen in Nr. 311 unsrer Zeitung gehen uns verschiedene Zuschriften aus den Kreisen der genannten Industrie zu, von denen eine darauf verweist, daß die Überfüllung namentlich in der Marmeladenindustrie so groß sei, daß niemand heute eine Marmeladenfabrik anfangen könnte, ohne wirtschaftlichen Selbstmord zu begehen. Eine zweite Zuschrift betont gleichfalls die starke Zunahme der Betriebe in der Gemüse- und Obstkonservenindustrie, deren Leistungsfähigkeit weit über den künftigen Friedensbedarf gewachsen sei. Der Grund, weshalb die Konserven- und Marmeladenindustrie ein Fortbestehen der Zwangswirtschaft wünsche, sei nur der Wunsch, den vor Augen stehenden Untergang aller Fabriken abzuwenden. Sowohl diese Zuschrift wie eine weitere beschäftigt sich dann eingehend mit der Tätigkeit der Reichsstelle für Gemüse und Obst, und dabei kommen recht erbauliche Einzelheiten über die amtliche Wirksamkeit auf diesem Gebiet zur Sprache. So seien die Fabrikanten im April v. J. mit der Aufforderung an die genannte Reichsstelle herangetreten, die Zuteilung an Rohobst so zu begrenzen, daß jeder Fabrikant das Friedenswagnis aus eignen Kräften würde tragen können. Sollte aber die Reichsstelle ihre Absicht auf Versorgung der Bevölkerung mit zehn Millionen Zentnern Marmelade durchführen, so müßte die Reichsstelle die Gewähr für die notwendigen Zuckerlieferungen und für den Absatz der Erzeugnisse übernehmen, weil jeder Fabrikant wüßte, daß mit Eintreten der Friedenswirtschaft der Bedarf schnell zurückgehen müsse. Die Reichsstelle hat auf eine diesbezügliche Eingabe am 19. April 1918 folgendes geantwortet:

> Auch hinsichtlich der Gestaltung der Verhältnisse der Konservenindustrie in der Zeit der Übergangswirtschaft, worüber zurzeit schon Verhandlungen gepflogen werden, werde ich, so weit es im Rahmen der Gesamtwirtschaft angängig erscheint, die Interessen der Konservenindustrie nachdrücklich vertreten.

Auf diese vage Zusicherung sind dann die Fabriken — besonders die Marmeladefabriken — gezwungen worden, sich unterschriftlich bei Vermeidung der Betriebssperre zu verpflichten, die sämtlichen Zuweisungen der Reichsstelle oder ihrer Tochtergesellschaften an Rohobst und Streckungsmitteln widerspruchslos hereinzunehmen und selbstverständlich zu bezahlen. Auf diese Weise sind die Fabriken mit Kürbissen, Möhren, Roten Beeten, Tomaten, Wildfrüchten und Auslandsobst besonders aus Rumänien, Polen und Oberost so stark durch die Reichsstelle versorgt worden, daß sie jetzt Rohstoffe für 10 000 000 Zentner Ware im Hause haben. Die Bezahlung dieser ungeheuern Menge mußten die Fabriken übernehmen. In der Hauptsache sind die Rohstoffe in die Form des Halberzeugnisses für Marmeladenzwecke (rohkonserviertes Obst und Pulp) übergeführt worden, so daß es auch nur für diese Zwecke verwendbar ist.

Nachdem nun die Fabriken nicht nur ihr eignes Vermögen, sondern darüber hinaus einen gewaltigen Bankkredit festgelegt haben, um diese Riesenmenge Ware für die Zwecke und nach den Vorschriften der Reichsstelle für Gemüse und Obst bereitzuhalten, muß die Reichsstelle ihre Unfähigkeit zugeben, auch nur für einen Teil den notwendigen Zucker zur Marmeladenherstellung zu beschaffen. Infolgedessen liegt für den Geschäftszweig der vollständige Untergang klar zutage, wenn jetzt die Zwangswirtschaft aufhört und die Einfuhr ausländischer, besonders englischer Marmelade einsetzt. Angebote in englischer Marmelade sind in Köln bereits am Markt.

Aus eignem Willen hätte ein Fabrikant niemals die riesigen Mengen an Obst hereingenommen, noch vor allen Dingen diese Streckungsmittel wie Möhren, Kürbisse, Tomaten, Wildfrüchte gekauft, da das Wagnis der Übergangs- und Friedenswirtschaft leicht zu berechnen war. Aber die Reichsstelle hat die Fabrikanten durch Unterschrift gezwungen. Sie zwingt sie ferner mit drastischen Mitteln zur Zahlung, soweit nicht bereits Vorauszahlungen die Lieferungen gedeckt haben, und sie wird nun ohne weiteres die ganze Industrie dem Zusammenbruch ausliefern, wenn sie nicht ihrerseits für ihre Maßnahmen wenigstens durch Fortbestehen der Zwangswirtschaft bis zum Verbrauch der vorhandenen Halbfabrikate Sorge trägt.

Danach erscheint die ganze Angelegenheit in einem wesentlich andern Licht, als sie nach den kurzen Äußerungen des Reichsernährungsministers erscheinen mußte. Die Konserven- und Marmeladenindustrie sucht sich dann allerdings durch Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft über Wasser zu halten, und hat hierbei ihr eignes Interesse im Auge, aber sie ist eben durch die Zwangswirtschaft in die Lage hineingebracht worden, in der sie sich jetzt befindet. Und offenbar sind dadurch Zustände herbeigeführt worden, die eine ganze Industrie sehr gefährden. Ob indes die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft wirklich das Mittel ist, um aus dieser Lage herauszukommen, ist um so mehr die Frage, als, wenn die vorstehenden Angaben richtig sind, die für diese Wirtschaft verantwortliche Stelle ihre Unfähigkeit wohl zur Genüge erwiesen hat

Österr. Volkszeitung
13./IV. 1919
168

Invalide als Gemüsebauern.

Uebernahme des Mitterndorfer Flüchtlingslager.

Gestern fanden im Sozialen Verwaltungsamt Verhandlungen über die Verwertung des Mitterndorfer Flüchtlingslagers und der umliegenden Gründe statt. Der Zentralverband deutschösterreichischer Kriegsbeschädigter beabsichtigt ein Unternehmen ins Leben zu rufen, das den Invaliden nicht nur Erwerb bei freier Wohnung und Beheizung, sondern auch genügende Ernährungsmöglichkeiten bietet. Der Plan sieht die Bebauung großer Flächen mit Gemüse vor, wobei die schwere Umbrucharbeit durch Arbeitslose bei guter Bezahlung zu machen wäre, während die leichteren Arbeiten des Gemüseanbaues Invalide und deren Angehörige zu leisten hätten. Der Betrieb dieser Invalidengemüsebaukolonie soll von einer gemischtwirtschaftlichen Aktiengesellschaft oder Genossenschaft übernommen werden, an der sich der Staat, der die Lagerbauten als Apport einbrächte, das Land, die Konsumentenorganisationen und die gesamte Invalidenschaft beteiligen sollen. Um auch den einzelnen, mittellosen Invaliden Eintritt und die Beteiligung am Reingewinn zu ermöglichen, wurde vom Staatsamt für soziale Verwaltung der Vorschlag gemacht, den dort arbeitenden Invaliden aus dem Karlsfonds ein unverzinsliches Darlehen zu gewähren.

In den nächsten Tagen findet die kommissionelle Besichtigung und Ueberprüfung des Projekts an Ort und Stelle durch die Vertreter der Staatsämter und des Zentralverbandes deutschösterreichischer Kriegsbeschädigter statt. Die baldige Inangriffnahme der Arbeiten ist zu gewärtigen. Aehnliche Projekte bestehen bezüglich der Flüchtlingslager in Bruck a. L., mit dem Unterschiede, daß dort eine vorwiegend industrielle Arbeitskolonie für Invalide unter Verwendung der Dampfwäschereien und Werkstätten vorgesehen ist. Auch hier käme als übernehmender Faktor eine gemischtwirtschaftliche Genossenschaft unter gewissen Garantien des Staates in Betracht.

Ostdeutsche Rundschau 170

14./V. 1919

Invalide als Gemüsebauer und Versorgung der Stadt Wien mit billigem Gemüse. Montag fanden im Staatsamt für soziale Verwaltung unter Anwesenheit der Vertreter der Staatsämter und der Vertreter der organisierten Invalidenschaft (Zentralverband deutschösterreichischer Kriegsbeschädigter) Verhandlungen über die Verwertung des Mitterndorfer Flüchtlingslagers und der umliegenden Gründe statt. Von seiten des Zentralverbandes deutschösterreichischer Kriegsbeschädigter besteht die Absicht, ein Unternehmen ins Leben zu rufen, das den Invaliden nicht nur Erwerb bei freier Wohnung und Beheizung, sondern auch genügende Ernährungsmöglichkeiten bietet. Das Projekt sieht die Bebauung großer Flächen mit Gemüse vor, wobei die schwere Umbrucharbeit durch Arbeitslose bei guter Bezahlung zu machen wäre, während die leichteren Arbeiten des Gemüseanbauens Invalide und deren Angehörige zu leisten hätten. Der Betrieb dieser Invalidengemüsebaukolonie soll von einer gemischtwirtschaftlichen Aktiengesellschaft oder Genossenschaft übernommen werden, an welcher sich der Staat, der die Lagerbauten als Apport einbrächte, das Land, die Konsumentenorganisationen und die gesamte Invalidenschaft beteiligen sollen. Um auch dem einzelnen, mittellosen Invaliden Eintritt und die Beteiligung am Reingewinn zu ermöglichen, wurde vom Staatsamt für soziale Verwaltung der Vorschlag gemacht, den daselbst arbeitenden Invaliden aus dem Karl-Fond ein unverzinsliches Darlehen zu gewähren. In den nächsten Tagen findet die kommissionelle Besichtigung und Ueberprüfung des Projektes an Ort und Stelle durch die Vertreter der Staatsämter und des Zentralverbandes deutschösterreichischer Kriegsbeschädigter statt. Da das Staatsamt für soziale Verwaltung dem Projekte im Interesse der Invalidenschaft günstig gegenübersteht, so ist die baldige Inangriffnahme der Arbeiten zu gewärtigen. Aehnliche Projekte bestehen bezüglich der Flüchtlingslager in Bruck an der Leitha mit dem Unterschiede, daß daselbst eine vorwiegend industrielle, Arbeitskolonie für Invalide unter Verwendung der daselbst befindlichen Dampfwäschereien und Werkstätten vorgesehen ist. Auch hier käme als übernehmender Faktor eine gemischtwirtschaftliche Genossenschaft unter gewissen Garantien des Staates in Betracht.

Vossische Zeitung

19. IV. 1919

19
771

Zur Zwangsbewirtschaftung in der Marmeladen- und Konservenindustrie.

Im Anschluß an die Mitteilungen, die wir unter dieser Überschrift in Nr. 356 unsrer Zeitung aus beteiligten Kreisen gebracht haben, geht uns noch eine Anzahl weiterer Zuschriften aus der Marmeladen- und Konservenindustrie zu, die sich zum Teil in sehr heftiger Weise gegen die Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen (Koma genannt) wenden und die zurzeit herrschenden Übelstände wenigstens teilweise auf deren Geschäftspolitik zurückführen. So schreibt beispielsweise eine Fabrik, daß ihr zwar von einem unbedingten Zwang, sich den Anordnungen der Koma bei der Zuteilung von Obst zu unterwerfen und von einer Drohung mit Betriebssperre, nichts bekannt sei, obwohl derjenige, der sich bei der Koma nicht sehr beliebt machte, viel zu leiden hatte. Heute könne jeder froh sein, der von der Koma in der Zuteilung von Obst und Möhren geschnitten wurde, während andre unsinnige Vorräte liegen haben und dabei dreimal soviel Streckungsmittel wie Obst. Wie andre Zuschriften so fordert auch diese die Beseitigung der Koma und ihrer Wirtschaft. Neben den Fabrikanten selbst nimmt zu der ganzen Frage jetzt auch die Reichsstelle für Gemüse und Obst das Wort, indem sie u. a. schreibt:

Marmeladenfabriken haben nicht zehn Millionen Zentner an Waren im Hause. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist vielmehr bereits so viel Marmelade hergestellt und dem Verbrauch zugeführt worden, daß vom Juni an nur etwa zwei Millionen Zentner Obst-Halberzeugnisse bis zur neuen Zuckerernte im Herbst unverarbeitet liegen bleiben. Die hinlänglich bekannten Umstände, der Fortfall ost- und westdeutscher Zuckererzeugungsgebiete, die Streiks, die Kohlenkrisen, die Transporthindernisse haben einen Zuckermangel hervorgerufen, der die Marmeladenindustrie in die schwierigste Lage gebracht hat. Amtliche Stellen oder die Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen dafür verantwortlich machen zu wollen, ist verfehlt. Der zur Aufarbeitung der restlichen zwei Millionen Zentner Pülps notwendige Zucker ist, wie bemerkt werden darf, vom Reichsernährungsminister aus der neuen Zuckerernte in bestimmte Aussicht gestellt worden.

Die Aufgabe der Zuschrift, die Reichsstelle für Gemüse und Obst habe die Marmeladenfabriken „durch Unterschrift gezwungen", riesige Mengen an Obst und Streckungsmitteln hereinzunehmen, obwohl „das Wagnis der Übergangs- und Friedenswirtschaft leicht zu berechnen war", ist unverständlich. Vielleicht hat die Zuschrift an die Konventionalstrafen gedacht, durch die die Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen, nicht die Reichsstelle, sich die Durchführung der im öffentlichen Interesse von ihr aufgestellten Grundsätze sichern muß. Unverständlich ist auch, inwiefern die Reichsstelle „mit drastischen Mitteln" die Marmeladenfabriken zur Zahlung zwingen soll. Niemals hat die Reichsstelle unmittelbar Obst an die Marmeladenfabriken geliefert. Sie war deshalb auch niemals in der Lage, Rechnungen auszustellen oder Vorschriften über die Bezahlung zu machen. Das bewirtschaftete inländische Obst ist durch die Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen den Marmeladenfabriken zugeteilt worden, und seine Bezahlung erfolgte an diese Stellen. Das Auslandsobst wurde der Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen zugewiesen, die es an die Fabriken verteilte und verrechnete. Die hohen Preise für Auslandsobst veranlaßten die Kriegsgesellschaft, den Fabriken besonders entgegenzukommen. Es wurden nur Teilzahlungen gegen Sicherheiten verlangt, während es im Frieden üblich war, daß die Fabrikanten alle gekaufte Ware bei Empfang oder vorher voll bezahlen mußten. Die Fabriken haben in weitestem Umfange von dem Entgegenkommen der Kriegsgesellschaft Gebrauch gemacht. Das Verfahren zur Herbeiführung der Zahlung für die gelieferte Ware nimmt hiernach eine anerkennenswerte Rücksicht auf die derzeitige Lage der Marmeladenindustrie.

Bekanntlich ist die Frage der Beibehaltung oder Aufhebung der bisher auch von der Reichsstelle nur als notwendiges Übel angesehenen Zwangsbewirtschaftung von Herbstobst noch offen. Für ihre Beantwortung ist ausschließlich ein Gesichtspunkt entscheidend: Lassen sich die notwendigen Brotaufstrichmittel für die breiten Verbrauchermassen, namentlich für die Millionen der minderbemittelten Großstädter, ohne Zwangswirtschaft beschaffen oder nicht?

Wir schließen damit die Erörterung dieser ganzen Frage, sind aber der Meinung, daß durch das bisher beigebrachte Material die Berechtigung der Forderungen nach baldiger Beseitigung der Zwangswirtschaft, eine Forderung, die den Anlaß zu den bisherigen Erörterungen gegeben hatte, keineswegs irgendwie erschüttert ist. Je früher alle diese Reichsstellen verschwinden, um so besser für die Industrie und um so besser auch für die verbrauchende Bevölkerung. Es würde zu weit führen, alle Einzelheiten, die uns über die geschäftliche Wirksamkeit der Zwangsorganisationen des Reichs und auch über die Tätigkeit der Gemeinden auf diesem Gebiet mitgeteilt worden sind, hier vorzubringen. In ihrer Gesamtheit zeigen sie, daß die Leistungen der Zwangswirtschaft den berechtigten Anforderungen der Gesamtheit nicht zu genügen vermögen.

Tägliche Rundschau
20.IV.1919

172

Der Obsthandel gegen die Zwangswirtschaft.

Der Verband deutscher Obst-, Gemüse- und Südfrüchte-Großhändler hielt gestern in der Berliner Handelskammer seine Frühjahrstagung ab, die den Behörden die Auffassung des Handels über das System des regulierten Handels und seine Wirkungen vor Augen führen sollte. Die Tagung war von Vertretern aus allen Teilen Deutschlands sehr gut besucht. Von der Reichsstelle für Gemüse und Obst war Oberregierungsrat Tilly anwesend.

Dr. Arno Schade-Düsseldorf führte den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Reiches zu einem großen Teile auf die Ein- und Durchführung der Zwangswirtschaft zurück. Die Einfuhrmaßnahmen der Reichsstelle hätten vollständig versagt, ebenso die ganze zwangsweise Verteilung; die Folge sei nur die Züchtung des Schleichhandels gewesen. Wenn Deutschland sich erneuern will, muß es sich abkehren von einer Wirtschaftsmoral, die wider die Natur ist.

Der zweite Referent, Hermann Böcking aus Großengottern, erwarte von der Wiedereinsetzung des freien Handels einen Preissturz. Unter allen Umständen müsse für das Herbstgemüse die Zwangswirtschaft fallen.

Paul Gehrke-Berlin erklärte, kein Mensch kümmere sich mehr um die Anordnungen der Reichsstelle. Um die Provinzial- und Bezirksstellen herum habe sich eine Kamorra von Vertretern der Großmärkte gebildet, die mit den Landräten verfippt seien, und diese Leute wollten den freien Handel nicht, damit sie sich ihre Taschen füllen könnten. Der Redner wendet sich auch gegen die Einmischung der Kommunen und führt Beispiele unerhörter Verteuerung durch dieses System an. Während sich der Großhandel früher mit 10 v. H. begnügt habe, kämen jetzt 100 v. H. Aufschlag auf die Ware. Die Zwangswirtschaft müsse in allen ihren Teilen verschwinden.

Der Vorstand des Deutschen Pomologenvereins, Lorkus, befürchtet durch die plötzliche Freigabe des Handels eine große Preissteigerung für Gemüse und Obst. Er hält es für das zweckmäßigste, bei der Wiedereinsetzung des freien Handels für den Kleinhandel eine Preisgrenze festzusetzen.

Der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Oberregierungsrat Tilly, erklärte sich als Gegner der Zwangswirtschaft, aber während des Krieges sei es nicht ohne Zwang gegangen. In den Jahren 1913—1916 ging der Gemüseanbau im Reiche von 166 000 Hektar auf 104 000 Hektar zurück. Auf Grund meiner Erfahrungen schritt ich zu dem Lieferungsvertragssystem. Ich bin viel deshalb angefochten worden, aber der Erfolg ist auf meiner Seite. Der Anbau ging wieder in die Höhe. (Zuruf: Leider!) Ich teile die Auffassung nicht. Wäre der Krieg nicht zu Ende gegangen, wäre nicht zu viel dagewesen. Was wollen Sie mit dem freien Handel, wenn Sie keine Ware haben? Daß das Geschäft mit den Lieferungsverträgen kein schlechtes war, wird dadurch bewiesen, daß viele Händler bei mir ihre Zulassung nachsuchten. Es ist jetzt der merkwürdige Zustand eingetreten, daß ich für den freien Handel gegen den Willen des Handels kämpfen muß, denn viele Großhändler sind an mich herangetreten und haben mich ersucht, unter keinen Umständen am 1. April schon den Handel freizugeben. Sie sind im Frühobst- und Gemüsehandel ja vollkommen frei. Für die Herbsternte kann ich noch keine Versprechen geben. Es besteht die Befürchtung, daß die Preise für Frühobst so hohe werden, daß die Bevölkerung wieder die Zwangsbewirtschaftung verlangt. Der Außenhandel ist noch nicht völlig frei wegen der Vorschriften, die sich meinem Einfluß entziehen. Die Reichsstelle selber kauft jedoch nichts mehr im Ausland. In nicht zu ferner Zeit hoffe ich den Aufkauf von Fabrikaten im Auslande freigeben zu können. Ich stehe jetzt in Unterhandlungen mit einem holländischen Konsortium, das der Gesamtheit der deutschen Händler einen festen Kredit einräumen will, so daß jeder Händler, der den grünen Schein hat, ohne weiteres daran teilnehmen kann. Ich gehe unbekümmert meinen Weg im weiteren Abbau der Zwangswirtschaft. Wenn Sie die Reichsstelle angreifen, so greifen Sie die Stelle an, die für sie kämpft.

In einer Entschließung, die angenommen wurde, erhebt der Großhandel für Früchte und Gemüse Protest gegen die Fortführung der Zwangswirtschaft für Früchte und Gemüse in irgendeiner Form und fordert die unverzügliche Freigabe des Inlandsverkehrs sowie die Oeffnung der Grenzen für Früchte und Gemüse und deren Fabrikate.

Wiener - Stimmen
31./V. 1919

173

Wo bleibt heuer das Obst?

Den „Wiener Stimmen" wird von einem Geschäftsmanne geschrieben: Gibt es denn heuer keine Kirschen, keine Weichseln? Um diese Zeit war der Wiener Markt sonst immer schon reich beschickt. Heuer sieht man aber vom Obst überhaupt nichts.. Wohl ist die Obstreife durch die kaltnasse Witterung ungünstig beeinflußt worden; aber schuld daran, daß die Wiener kein Obst kriegen, ist die unselige Zentralenwirtschaft. Es ist das geradezu ein lehrreicher Beleg dafür, wie durch die Zentralenbewirtschaftung die Bedarfsartikeln dem Konsum entzogen werden. Die Obstzentrale des Volksernährungsamtes versorgt ausschließlich die Marmeladefabriken, die im letzten Jahre wie die Pilze aus dem Boden geschossen sind. Diese verschlingen Obst und Zucker, der auch für gewönhilche Sterbliche nicht leicht zu haben ist, in ungeheuren Mengen. Was sie dafür den Wienern oft zu Wucherpreisen bieten, ist ja zur Genüge bekannt. Jedes Lebensmittelgeschäft verfügt heute zentnerweise über Marmelade. Die Obstzentrale nennt sich zwar auch „Verteilungszentrale"; sie faßt aber ihre Aufgabe so auf wie ein Großkaufmann, der eine Monopolstellung inne hat und mit der geringsten Aufwendung von Mühe und Arbeit den größten Profit erzielen will. Es erfolgt nicht eine Verteilung des angekauften Obstes auf die konsumierende Bevölkerung, sondern lediglich eine Verteilung auf die kapitalistischen Marmeladefabriken. Das ist Segen der von den Sozialdemokraten so gepriesenen Zentralen. Daß die Herren der Obstzentrale sehr zufrieden sind, geht aus einer amtlichen, vor einigen Tagen erschienenen Mitteilung hervor:

„In der am 31. v. M. abgehaltenen Generalversammlung wurde die per 31. Dezember 1918 abgeschlossene Bilanz des Unternehmens vorgelegt, die als recht befriedigend bezeichnet werden kann. Nach reichlichen Abschreibungen und Reservierungen ist die Gesellschaft in der Lage, an ihre Mitglieder die statutenmäßig zulässige Höchstdividende von 6 Prozent zu verteilen. Die Gesellschafter sprachen sich fast einstimmig für den Fortbestand des Unternehmens aus.

Was die Bevölkerung dazu zu sagen hat, darum wird gar nicht gefragt. Die Wiener werden also von den Schützlingen der Sozialdemokraten weiter benachteiligt werden. Statt Obst- werden sie eben Rübenmarmelade essen müssen.

Die Zeit
3./VI. 1919

774

Kirschen und Frühkartoffeln.

Hinausgeschobene Freuden.

Die plötzlich eingetretene Hitze hat sich auf den Gemüsemärkten insofern geltend gemacht, als sie einen vorübergehenden Preissturz in Spinat, der unter der Witterung auf dem Transport gelitten hat, und auch einen Preisrückgang bei den meisten der übrigen Salat- und Gemüsesorten hervorgerufen hat. Die Beschickung der Märkte mit frischem Gemüse bessert sich von Tag zu Tag, doch die geforderten Preise halten sich noch immer auf schwindelnder Höhe. Auch hier hört man das alte Lied: Teure Arbeitslöhne, kolossal gestiegene Produktionskosten usw.

Trotz der reichlichen Beschickung bieten die Märkte aber gegenwärtig wenig Abwechslung und die Wiener Küche vermißt jetzt die sonst alljährlich um diese Zeit aus dem Süden herkommenden Spezialgemüse und Frühobstsorten, auf deren Einfuhr aber heuer fast unter gar keinen Umständen zu rechnen sein wird.

Die von Erwachsenen und Kindern mit gleicher Freude begrüßten ersten Kirschen, die in normalen Jahren schon gegen Ende Mai in Wien erhältlich waren, werden heuer, soweit die heimischen Produktionsgebiete und die Hauptbezugsquellen für den Wiener Markt, der Znaimer Kreis, in Frage kommen, kaum vor dem 20. d. als begehrtes Frühobst auf den Plan erscheinen. Der heimischen Kirschenernte ist durch die anhaltenden Frühjahrsfröste ein ganz bedeutender Schaden zugefügt worden, so daß nur mit einer äußerst schwachen Mittelernte zu rechnen sein dürfte. Die Witterungsverhältnisse in Südmähren und in Südböhmen glichen auf ein Haar den unsrigen, wodurch sich auch von dort her die Einfuhr von Kirschen heuer bedeutend schwächer stellen dürfte als in den Vorjahren, und dann kommt noch die Valutafrage in Betracht. Bezüglich der Weichseln, die in der Regel acht bis zehn Tage nach den Kirschen reifen, ist das Gleiche anzunehmen. Aehnliche, vielleicht sogar noch trübere Aussichten sind uns heuer hinsichtlich der als Einsiedefrucht besonders beliebten Marillen beschieden, bezüglich deren wir ebenfalls größtenteils nur mit der heimischen Ernte werden rechnen müssen, weil die ungeklärten Verhältnisse im Sowiet-Ungarn eine Einfuhr von Marillen von dort her schwerlich in den Bereich der Möglichkeit rücken dürften.

Was die Gemüse betrifft, so werden wir heuer, da uns die Zufuhren aus Italien und dem Görzischen Süden und aus Südungarn abgehen, grüne Erbsen kaum vor Ende Juni auf den Märkten erblicken. Auch die von Gärtnern gezogenen Frühkrautsorten dürften ebenfalls erst um dieselbe Zeit das Bild der Gemüsemärkte beleben. Jetzt ist wohl die Saison für Spinat, Kohl, Kohlrüben, Kochsalat, Häuptel- und Grundsalat, doch sind, wie schon angeführt, die Preise für diese Gemüse noch immer ziemlich hoch; sie müssen aber in der nächsten Zeit eine entsprechende Senkung erfahren. Die Spargelzeit ist schon vorüber, ohne daß der Preis wesentlich zurückgegangen wäre. Er hielt sich für Solospargel auf der Höhe von 10 Kronen pro Kilogramm.

Besonders traurig liegen aber heuer die Aussichten bezüglich der Frühkartoffeln. Noch vor drei Jahren konnte man in Wien trotz des Krieges um diese Zeit bereits Görzer Frühkartoffeln verspeisen. Heuer werden wir auf deren Genuß wohl ganz verzichten und auch auf die heimischen etwas länger warten müssen, als es sonst üblich war. Und dann steht es mit der Frühkartoffelernte in den heimischen Anbaugebieten infolge Mangels an Saatgut, an tierischem und Kunstdünger sehr schlecht. Der regnerische Mai hat überdies dazu beigetragen, daß die infolge des Saatgutmangels weit auseinander gepflanzten Frühkartoffeln stellenweise im Erdboden in Fäulnis übergegangen sind, wodurch der Ernteausfall ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen wird. Vor Ende Juni dürfte es auch mit der Ausreife der Frühkartoffeln nicht gut bestellt sein. In den meisten Fällen wird ihre Ernte in der Stockerauer und Oberhollabrunner Gegend, in der Umgebung von Wien und auf dem Marchfelde nicht gut vor der ersten Julihälfte beginnen können.

Was die Festsetzung von Preisen für Frühkartoffeln und auch für die Spätkartoffeln im heurigen Jahre anlangt, so ist, wie wir erfahren, die Zentralpreisprüfungskommission diesbezüglich wohl von seiten des Ernährungsamtes um ein Gutachten angegangen worden, ohne daß sich das Ernährungsamt aber strikte geäußert hätte, daß es beabsichtige, auch für Frühkartoffeln einen Höchst- oder Uebernahmspreis anzusetzen. Angesichts der teuren Produktionsverhältnisse würde nach Ansicht der Fachkreise ein Preis von 2 Kronen für ein Kilogramm Frühkartoffeln der heurigen Ernte nicht allzuhoch gegriffen sein, wofern man bedenkt, daß Kartoffeln heute im Schleichhandel 8 bis 10 Kronen kosten.

Arbeiterzeitung

11./VI. 1919

775

Preisabbauversuche.

Die Wiener Konsumenten sind neuestens den Produzenten von Gemüse und Grünwaren gänzlich ausgeliefert. Sie sind auf die Erzeugnisse der Gärtner rund um Wien angewiesen und da es an Zufuhren aus anderen Gebieten gänzlich mangelt, sind die Preise zu einer derart ansehnlichen Höhe emporgestiegen, daß Frischgemüse nur noch von Begüterten gekauft werden kann. Diese hohen Preise führten zu den Versuch, eine Preisbestimmungskonferenz in der Marktamtsabteilung des Naschmarktes am vorigen Donnerstag einzuberufen zu dem Zwecke, einen Abbau der der Preise herbeizuführen. Die Konsumentenorganisationen, sowohl die bürgerlichen als auch die sozialdemokratischen — für diese waren die Genossinnen Lulesch und Müntzker erschienen —, hatten ihre Vertreter entsendet. Recht zahlreich fanden sich die Vertreter der Gärtner und Händler ein; daß die Gärtner dem beabsichtigten Preisabbau heftigen Widerstand entgegensetzten, darf nicht wundern. Ihr Verlangen geht überhaupt dahin, daß die Abendmärkte aufgehoben und der Verkauf an der Produktionsstätte selbst, der Kontrolle möglichst entrückt, wieder stattfinden solle.

Die anläßlich dieser Konferenz erzielten Preisnachläße waren demnach auch nicht so bedeutend, daß von der Erstellung annehmbarer Preise gesprochen werden könnte. Aber der geringe Erfolg muß begrüßt und die Hoffnung ausgesprochen werden, daß sich solche Preisbestimmungskonferenzen wiederholen. Es sei nur an einigen Beispielen aufgezeigt, wie die Preise von Grünwaren vor dem Kriege standen, wie sie jetzt stehen, und welche Ermäßigungen die Konferenz erzielte. Von Wiener Gärtnergemüse wurde auf den Sammelmärkten, das sind die Abendmärkte, für Häuptelsalat, und zwar Grundware, 30 Stück nach dem alten Preis 12 Kronen gefordert, die Konferenz hat den Preis auf 9 Kronen herabgedrückt, während sich der Preis vor dem Kriege im Monat Mai nur auf 2 bis 5 Kronen und im Juni bereits auf 30 Heller bis 4 Kronen für 20 Stück stellte. Auf den Kleinmärkten wurde Salat das Stück von 46 Heller auf 35 Heller herabgesetzt. Für Frühgemüse, das ist Wiener Glashausware, wurde heuriger Kohl für 30 Stück erste Qualität mit 25 Kronen notiert, die Konferenz setzte 18 Kronen für die erste, 12 Kronen für die zweite Qualität, welche mit 20 Kronen verkauft wurde, fest. Vor dem Kriege kostete im Monat Mai die gleiche Ware in gleicher Stückzahl 2 bis 8 Kronen und war in genügenden Mengen auf den Märkten. Für Kohlrüben wurden auf den Abendmärkten für erste Qualität und 30 Stück 50 Kronen, für zweite Qualität 35 Kronen gefordert; die Preiskonferenz ermäßigte diese Preise auf 40 für die erste, auf 28 für die zweite Qualität, während vor dem Kriege im Monat Mai 30 Kohlrüben zum Preise von 1·40 bis höchstens 8 Kronen verkauft wurden. Die Konferenz hat bei allen Warengattungen Preisherabsetzungen erzielt, die naturgemäß ihre Rückwirkung auch auf die Kleinmärkte ausüben. Die ermäßigten Preise, die leider noch immer für die großen Volksschichten unerschwinglich sind, traten am 7. d. in Kraft. Die Verbraucher werden darauf achten müssen, daß die angeordneten Preise auf den Märkten für jedermann ersichtlich angebracht werden. An der Durchführung amtlicher Anordnungen haben die Konsumenten ein lebhaftes Interesse, und sie müssen daher die amtlichen Organe bei dem Ueberwachungsdienst unterstützen. Unterlassene Preisaufschriften und höhere Preise als die amtlich festgelegten, die gefordert werden, sind zur Anzeige zu bringen. Nur so ist es möglich, auf den Märkten Ordnung zu schaffen.

Vossische Zeitung

18. VII. 1919

18

776

Teures Obst.

Der Werdersche Kirschendampfer fährt morgen nachmittag zum erstenmal nach Berlin. Obgleich die Kirschenernte nach Aussage der Obstzüchter selbst nicht ungünstig ist, dürfte mit einem Sinken der Preise nicht zu rechnen sein. Die Züchter machen hohe Düngerkosten, Löhne usw. dafür verantwortlich. Daß es nicht die hauptsächlichen Ursachen der unerschwinglichen Preise sind, beweist die Tatsache, daß Werder als einzige Gemeinde der Berliner Umgebung in der glücklichen Lage ist, die Zuschläge zur Einkommensteuer herabzusetzen. Es werden jetzt 200 Prozent erhoben.

In einer vom Zweckverband der Berliner Fruchtgroßhändler einberufenen Versammlung kam es zu Anklagen gegen die verschiedenen Gemeindeverwaltungen Großberlins. Man wandte sich dagegen, daß der Berliner Magistrat bei Verteilung der infolge der Anbauverträge gelieferten Gemüse ganz willkürlich und unzweckmäßig verfahre. Großhändler Gehrke kündigt dann an, daß wir in diesem Jahr mit außerordentlich hohen Obstpreisen zu rechnen haben werden. Daran sei aber nicht der Großhandel schuld, sondern die Gemeinden und die Großerzeuger. Die Pachten werden unerhört in die Höhe getrieben. So hat Neukölln in Pfitzburg an der Unstrut für eine Pacht von Kirschen, die im Frieden 8000 Mark gekostet hat, das Höchstgebot von 84 000 M. abgegeben. Die Großgrundbesitzer in Sachsen hätten erklärt, es sei ihnen ganz gleichgültig, was die Berliner Bevölkerung für die Kirschen zahlen müsse. Aehnliche Treibereien erfolgten in der Nähe von Hamburg, auch in Schlesien; dort bleibe freilich für die nächstgelegenen Städte der Erzeugerpreis für Kirschen auf 0,35 M. das Pfund. Dafür werden aber bei Verpachtungen der Bäume auf den Kreischausseen, sobald andere Gemeinden oder Großhändler pachten wollen, die Gebote immer höher geschraubt. Das einzige Mittel, um zu billigerem Obst zu kommen sei, die Grenzen öffnen. Hat doch früher das Ausland fast sieben Achtel unseres Bedarfs an Obst gedeckt.

*

Wie uns Stadtrat Mier, der Neuköllner Lebensmitteldezernent, mitteilt, hat tatsächlich Neukölln das genannte Pachtgebot abgegeben, aber es sei ähnlich wie die Stadt Leipzig, durch die Treibereien der Händler zu solchen Geboten gedrängt worden. Würde die Gemeinde nicht so vorgehen, so müßte die ärmere Bevölkerung überhaupt auf den Genuß von Obst verzichten. Der Preis für die Kirschen auf dem Baum stelle sich im Durchschnitt auf 80 Pfennig bis 1 Mark.

Die Zeit
20./VI. 1919

177

Kirschenwucher.

Wir sind in der Festzeit an das Uebermaß von Preisen gewohnt. Was aber heuer an „blühendem" Kirschenwucher geleistet wird, das schlägt dem Fasse der Geduld den Boden aus. Der launische, kalte Winterfrühling des heurigen Heilsjahres der sozialen Umgruppierung hat zwar durch seine Fröste den Steinobstsorten geschadet, doch erscheinen die gegenwärtigen horrenden Preisforderungen für die „ersten Kirschen" trotzdem durch nichts gerechtfertigt. In ihrer Unschuld mögen sich Produzenten wie auch Händler so „weiß wie Schnee" dünken, doch so „rot wie Blut" sind ihre Preisforderungen für die Kirschen, die heuer sicherlich uns armen Großstadtkindern nicht „gut schmecken" werden.

Für die ersten, vor einigen Tagen nach Wien gelangten Kirschen, die aus der Höfleiner Gegend stammten, wurden privat, ohne daß das kritische, aber verbrämte Auge des Kriegswucheramtes oder gar das etwas weitsichtige des Wiener Marktamtes einen Sehkrampf bekam, 16 bis 17 Kronen gefordert. Vorgestern und gestern wurden für die schütteren Kirschensendungen auf den Wiener Märkten, die aus den ungarischen Grenzgegenden einen Wucherausflug nach Wien unternahmen, die Kilopreise auf 9 bis 10 Kronen im Detailhandel herabgedrückt. Aber aus den Vorgängen in den nächst Wien gelegenen Produktionsgegenden für Frühkirschen zu schließen, bereitet sich auf diesem Gebiet eine ganz ungeheuerliche Wucheroffensive vor. Bei einer Lizitation eines Baumloses (fünf Bäume) durch den Bezirksstraßenausschuß in Rasdorf an der Ostbahn kam der wahnsinnige Erstehungspreis von 1200 bis 2000 Kronen für den Ertrag von fünf Kirschbäumen heraus. Für den Ersteher stellte sich demnach der Selbstkostenpreis für 1 Kilogramm Kirschen ab Baum auf 15 bis 20 Kronen. Das Blut gerinnt einem in den Adern, wenn man diesem Preis — selbst für Kriegsgewinner ist dieses Preismaß schier unerschwinglich — den Lizitationspreis für ein Baumlos Kirschen in den Vorkriegszeiten entgegenhält. Derselbe stellte sich in den Jahren 1912 und 1913 auf ganze 30 bis 40 Kronen, wodurch ab Baum ein Gestehungskostenpreis von 10 bis 15 Heller für 1 Kilogramm Frühkirschen resultierte.

Angesichts dieses rotierenden, rasenden Preistaumels fragt es sich von selbst, ob es nicht angezeigt wäre, die Obstlizitationen einzustellen und diese im heurigen Jahr für das deutschösterreichische Staatsgebiet gänzlich zu verbieten. Dies würde sich heuer umso eher durchführen lassen, als die Obstpreise deshalb keine besondere Aussicht auf Verbilligung zeigen werden, weil wir einerseits den Obstbedarf aus der heimischen Obsternte nicht zu decken imstande sein werden, und weil andererseits der auf die Obstlizitationen reflektierende Tiroler Obstbau weder an eine Ausfuhr noch an eine über den Rahmen des lokalen Bedarfes besonders hinausreichende Abgabe an andere deutschösterreichische Märkte wird decken können.

Bezeichnend ist es auch, daß auch der Wucher mit Gartenerdbeeren vor den Augen der „hohen Obrigkeit" nicht Halt machen will. Für Ananaserdbeeren, die noch in der Vorwoche mit einer Krone pro Stück verkauft wurden, haben marktämtliche Preisnotierungen zwar einzusetzen versucht — man einigte sich auf einen Kilopreis von 16 bis 18 Kronen — doch kann man in der Kärntnerstraße, auf dem Graben usw., wenn man genügend Geld in der Tasche hat und leichtsinnig ist, „Pröpstlinge", wie diese schmackhaften Dinge heißen mit 3 bis 4 Kronen für zehn Dekagramm erstehen. Diese Zustände unerhört zu nennen, ist wohl eine harmlose Bezeichnung!

Neues Wiener Tagblatt
27./III. 1919

778

Wo das Frühobst bleibt.

Preistreibereien Wiener Großhändler.

Wir haben in der vorigen Woche gemeldet, daß es der Wiener Verteilungsstelle gelungen sei, in Ungarn größere Mengen von Kirschen zu annehmbarem Preise abzuschließen und daß die ersten Zufuhren schon Mitte dieser Woche in Wien einlangen werden. In der Tat hatte die Verteilungsstelle alle notwendigen Vorkehrungen getroffen, um die Kirschen unverzüglich nach Wien zu bringen, aber ihre Absichten wurden durch das Dazwischentreten eines Wiener Obstgroßhändlers, der durch Preistreiberei die Kirschenernte an sich zu reißen suchte, vereitelt. Von der amtlichen Verteilungsstelle wird uns über diese Angelegenheit berichtet:

Die Wiener Gemüse- und Obstübernahms- und verteilungsstelle, die im vorigen Jahre vom Amte für Volksernährung zur Durchführung der Versorgung der Stadt Wien mit Obst und Gemüse ins Leben gerufen wurde und an der die Gemeinde Wien, die organisierte Händlerschaft und die größeren Konsumentenorganisationen beteiligt sind, hat schon vor längerer Zeit ihre Aufmerksamkeit auf den Bezug von Frühobst aus Westungarn gerichtet, und zwar umsomehr, als Frühobst aus den andern Gebieten, die bisher in Betracht kamen (Italien, Görz Böhmen usw.), wegen der ungünstigen Verkehrsverhältnisse nicht bezogen werden konnte. Trotz zahlreicher Schwierigkeiten war es gelungen, ein Uebereinkommen zu erzielen, wonach die Verteilungsstelle die gesamte Kirschenernte in Westungarn zu dem dort amtlich festgesetzten Preise von 4 K. aufbringen und ausführen sollte. Die Verteilungsstelle betraute mit der Aufbringung die Obstgroßhändler in Wiesen, die hiezu in ihrer Eigenschaft als ungarische Staatsbürger und als Vertreter des dortigen Handels, besonders geeignet erschienen. Nachdem die langwierigen Verhandlungen wegen Ausfuhr, Transport von Körben, Bewilligung zum Ueberschreiten der Grenze, Ausfuhr von Valuta beendet waren, sollte am 25. d. mit dem Einkauf begonnen werden. Nun stellte sich heraus, daß sich ein Obst- und Gemüsegroßhändler vom Wiener Naschmarkt, Karl Bobrowsky, durch einen in Ungarn ansässigen Mittelsmann eine Ausfuhrbewilligung dadurch verschafft hat, daß dieser Mittelsmann angeblich nur die von ihm selbst produzierten Kirschen ausführt. Bobrowsky kauft jedoch durch Einkäufer in den verschiedenen Gemeinden größere Mengen von Kirschen ein und bezahlt hiefür nicht den Preis von 4 K., sondern 5 K. Die Verteilungsstelle, welche gestern hievon Kenntnis erhielt, wird sofort die weitere Ausfuhr aus Ungarn verhindern und die in Wien einlangenden Sendungen des Bobrowsky übernehmen und den Uebernahmspreis sehr niedrig festsetzen. Außerdem wird die Anzeige an das Kriegswucheramt gemacht.

Durch das Vorgehen des Bobrowsky wurde jedoch der Einkaufspreis auf 5 K. getrieben, so daß auch die Einkäufer der Verteilungsstelle diesen Preis zugestehen müssen, da sie sonst von den Landwirten die Ware nicht erhalten. Da die Ernte auf zirka 2000 Meterzentner geschätzt wird und es kaum gelingen dürfte, den Preis wieder auf 4 K. herabzudrücken, hat Bobrowsky durch sein Vorgehen den Wiener Konsum um 200.000 K. geschädigt.

Die Verteilungsstelle hat seinerzeit auch wegen des Bezuges von Ananaserdbeeren aus Westungarn verhandelt, jedoch ohne Erfolg, da auch in diesem Falle das Dazwischentreten eines Großhändlers das Unternehmen der Verteilungsstelle störte. Kurz, bevor der Vertreter der Verteilungsstelle in Oedenburg eintraf, fand in Wiesen (Retfalu) auf Veranlassung des Gaurates in Oedenburg eine Versammlung der Produzenten statt, in der mitgeteilt wurde, daß eine Wiener Firma die gesamte Ernte aufkaufe und den Preis von 11 bis 12 K. bindend vereinbart habe.

Wie die Verteilungsstelle in Erfahrung brachte, war als Käufer die Firma Julius Meinl in Vertretung der Wiener Marmeladefabriken aufgetreten und hatte das Geschäft zu diesen Preisen abgeschlossen. Die Firma hat sich nach Mitteilung von Vertretern der ungarischen Räterepublik in Oedenburg sogar verpflichtet, eine gewisse Menge von Marmelade als Kompensation nach Ungarn auszuführen.

Wenn durch diese Aktion der Firma Julius Meinl nicht schon von vornherein ein Befätigung der Verteilungsstelle ausgeschlossen worden wäre, wäre es bestimmt möglich gewesen, die gesamte Ernte von Ananaserdbeeren zu einem bedeutend billigeren Preise für den Konsum im frischen Zustande zu erhalten."

* * *

---

*) Leitfaden des Verwaltungsverfahrens. Von Dr. Leodegar Petrin, Sektionsrat und Mitglied der staatswissenschaftlichen Staatsprüfungskommission in Wien. Oktav. 187 Seiten. Wien, 1919. Karl Gerolds Sohn. 10 K.

Der Abend
27. VII. 1919

A 27
179

Kein Obst.

Die Treibereien der Obst- und Marmeladegroßhändler.

Heute ist im Marktamt die Meldung von der Übernahme der ersten beschlagnahmten Sendung westungarischer Kirschen eingetroffen, die vom Wiener Obstgroßhändler Bobrowsky durch Überbieten des Preises in Ungarn dem allgemeinen Verbrauch entzogen werden sollten. Die Kirschen werden unmittelbar dem Markt zugeführt. Gegen Bobrowsky ist auch die Anzeige beim Kriegswucheramt erstattet worden.

Nicht weniger empörend ist der Fall der Firma Meinl, die als Vertreterin der Wiener Marmeladefabriken die Ananaserdbeeren aus Westungarn aufgekauft hat und diese so dem Verbrauch in Wien entzogen hat. Es sind darüber noch Erhebungen im Zuge.

Der Abend
28./VI. 1919

180

Die betrogene Hoffnung auf Frühobst.

Der Frühsommer hat die Befürchtungen vollauf gerechtfertigt, die man für das Wiederaufleben des Wiener Frühobstmarktes hegte. Es ist so, wie wir vorhersagten: der Frühobstmarkt hat völlig versagt. Noch im Vorjahre waren infolge der noch nicht vorhandenen „Grenzen" der Länder optische Täuschungen durch strichweises Aufbringen von vereinzelten Obstmengen möglich. Heuer geht auch das nicht mehr. Die Obsterzeuger — das tritt jetzt kraß in Erscheinung — liefern nichts mehr für den Wiener Markt. Sie sind nur mehr für Großhändler und Marmeladefabriken sowie für reiche „Unter-der-Hand"-Käufer zu sprechen, die keineswegs deshalb höhere Preise bezahlen, um die breiten, nach Obst lechzenden Wiener Massen zu befriedigen. Die Fälle Bobrowsky und Meinl beleuchten die Welt des „freien Obsthandels". Die mit Kriegsgewinnern und sonstigen Liebhabern von „Primeurs" dick besetzten „Kurorte" an der Südbahnstrecke, die großen Sanatorien, Hotels und Luxuswirtshäuser Wiens warten schon auf die Kompotte, auf die „Einser-Marmelade", die auf silbernen Jardinieren reichgehäuften „Prima"-Kirschen und Marillen . . .

Der Naschmarkt schnappt aber vorläufig nach den paar vom „K.-W." beschlagnahmten Sendungen, die nur einen allerbescheidensten Bruchteil der Ernte darstellen. Und selbst diese ungarischen Kirschen, die im Vorjahre zu K 4.48 bis K 5.24 und K 5.40 das Kilo verkauft wurden, müssen heute, wenn sie überhaupt da sind, mit K 8.60 bezahlt werden. Ananaserdbeeren, im Vorjahre mit K 8.— zu haben, kosten heuer K 17.—. Auf dem Markte, wohlgemerkt! Und das sind nur die „schäbigen Reste", die dem Schleichhandel, dem privaten Verkaufe von wachsamen Amtsorganen entrissen werden. In der Stadt verkauft man sie nicht unter K 24.—.

Die Dreier-Marmelade kostet heuer K 9.08. Im Vorjahre gab es für Kirschen-, Brombeer- und Heidelbeermarmelade noch Höchstpreise von K 4.12 bis 5.40. Ribisel kosteten im Juni 1918 K 3.30 bis 6.15. Aber wo sieht man heuer Ribisel? Weder mährische noch böhmische Kirschen gibt es. Nur Karoben, dann Feigen zu K 16 bis 21, Zitronen und Krachmandeln.

Man täte Unrecht, wollte man die ganze Schuld der Nichtbeschickung des Obstmarktes dem Schleichhandel aufbürden. Es ist richtig, daß die Ernte durch das kühle Frühjahr im Rückstande ist und daß die Zufuhren aus den neuen Nationalstaaten aufgehört haben, während die schlechten Verkehrsverhältnisse die Einfuhr aus dem Süden verhindern. Große Obstkammern, wie Kecskemet, Ujvidek sind uns verschlossen. Die Valuta-Entwertung spielt zweifellos mit. Aber ist es nicht bezeichnend, daß selbst die geringen noch erreichbaren Vorräte, wie die in Westungarn, von den Großhändlern, oder besser, von den großen Brieftaschen überhaupt, aufgesaugt werden? Während eine arme Hausfrau mit dem Kinde an der Hand vergebens am sonnenglühenden Naschmarkt Ausschau nach Obst hält, überbieten sich draußen im Obstgelände die Einkäufer gegenseitig, weil sie wissen, auch für sich bei der Wiederverwertung jeden Preis herausschlagen zu können. Und das sind dieselben Händler, die im Frieden mit einem Verdienste von K 40 beim Waggon zufrieden sein mußten. Die Gefährlichkeit des freien Handels hat sich wieder beim Frühobst erwiesen. Man beaufsichtige ihn schärfstens. Sache der Gemeinde aber wird es sein, mit staatlicher Hilfe durch Abschlüsse mit den Nationalstaaten Obst herbeizuschaffen.

Tägliche Rundschau
1. VIII. 1919

181

Obstwucher, Handel und Behörden.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: Die Bekämpfung des Obstwuchers auf den großstädtischen Märkten hat bekanntlich seit einigen Tagen mit gutem Erfolg der organisierte Handel in die Hand genommen. Die Preise für Kirschen und Erdbeeren sind in Berlin auf durchschnittlich etwa 1,70 M. und 2,00 M. je Pfund zurückgegangen, was einer Senkung von über 100 v. H. im Verlauf von vier Tagen entspricht. Reichlichere Zufuhren und Selbstzucht des Handels werden für fernere Preisermäßigung sorgen. Die Selbsthilfe des Handels, die in den Preisfestsetzungen in Berlin und Hamburg zum Ausdruck kam, verspricht die Preisentwicklung schnellstens in gesunde Bahnen zu lenken. Voraussetzung ist allerdings, daß die in den letzten Tagen auf den Obstmärkten vorgekommenen Ausschreitungen sich nicht wiederholen. Der Gesundungsprozeß darf nicht gestört werden. Wird diese, wie wir zuverlässig erfahren, auch vom Reichsernährungsministerium und der Reichsstelle für Gemüse und Obst geteilte Erwartung nicht getäuscht, so verliert auch der jetzt oft genug vernommene Ruf nach amtlichen Preisfestsetzungen seine Berechtigung. Behördliche Einschränkung der erst in diesem Frühjahr dem Obsthandel auf allgemeines Drängen zurückgegebenen Bewegungsfreiheit durch Höchstpreisfestsetzung käme nur als Notbehelf und nur dann in Frage, wenn wider Erwarten die Selbstzucht des Handels nicht zur Herbeiführung geordneter Zustände ausreichte. Keiner besonderen Erwähnung bedarf es aber, daß Ministerium und Reichsstelle die Preisentwicklung auf den großstädtischen Obstmärkten fortgesetzt mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgen.

*

Zu der Frage, weshalb für gewisse Gemüse noch Höchstpreise bestehen, teilt die Reichsstelle für Gemüse und Obst mit, daß nur solche Gemüsearten, die den Gegenstand von Lieferungsverträgen zwischen Gemeinden und Anbauern bilden können, und zwar für Erbsen, Bohnen, Kohlrabi, Zwiebeln, Kohl und Möhren Höchstpreise beschlossen seien. Denn ohne solche wäre der Abschluß und die Erfüllung von Lieferungsverträgen der wichtigsten Grundlage beraubt. Für andere Gemüsearten, als für diejenigen, über die Lieferungsverträge abgeschlossen werden können, seien Höchstpreise weder festgesetzt, noch in Aussicht genommen.

Ostdeutsche Rundschau

9./III. 1919

182

Der Markt mit Grünwaren reichlich versehen.

Auf dem Naschmarkt kamen aus Kaiser Ebersdorf 25.620 Kilo Grünwaren, von Gärtnern wurden 28.750 Kilo Wurzelgemüse und Grünwaren zugeführt, weiters kamen 5600 Kilo Zwiebel, 4200 Kilo Rettige, 6250 Kilo grüne Erbsen in Hülsen zu K. 4·60 das Kilo, 9240 Kilo Kochsalat und 1500 Kilo Spinatersatz an. Aus der Tschecho-Slowakei wurden 5100 Kilo Zwiebel und 3500 Kilo Knoblauch zugeführt. Kirschen fehlten. Ananaserdbeeren wurden 2800 Kilo, Feigen 3500 Kilo, Mandeln 1700 Kilo und Zitronen 40 Kisten zugeführt. Große Anstellungen gab es bei der Abgabe von 18 Kisten Eiern, das Stück zu K. 1·70. Die Viktualienhalle verfügte über 4500 Kilo Grünwaren, welche für den Bedarf genügten und 19 Kisten Eier, welche unter starkem Andrang abgegeben wurden. Die Märkte in den Bezirken boten genügend Grünwaren an und stellenweise auch Eier. Die Großmarkthalle bot 300 Kilo rayoniertes amerikanisches Schweinefleisch, 100 Kilo Rindfleisch für die rayonierte Kunde an, sowie etwas Schaffleisch, welches wenig gekauft wurde. Auch 117 Kila Würste, beschlagnahmte Mischwurst, zu K. 18 das Kilo, ging nur schleppend ab. Auf dem Fischmarkt fehlten die Fischzufuhren. Es gar nur Reste von gesalzenen Schellfischen zu K. 8·— bis 8·60 das Kilo. Der Marktverkehr war ein lebhafter, nur der Ausfall an Obst macht sich fühlbar, da Erdbeeren ihres hohen Preises wegen wenig gekauft werden können und dabei nicht mitzählen.

Die Zeit
18./VII.1919

183

Neuerliche Herabsetzung der Gemüsepreise.

Die Streikbewegung unter den Wiener Gärtnern.

Gestern abends hat, wie wir erfahren, im Marktamt Naschmarkt unter Vorsitz des Marktamtsdirektors Winkler die Kommission zur Bestimmung der Gemüsepreise getagt. Zu den Beratungen waren diesmal auch Vertreter des Arbeiterrates zugezogen.

Die Sitzung endete mit einer neuerlichen, stellenweise sehr beträchtlichen Herabsetzung der Gemüsepreise, zu der auch die Vertreter der Gärtner ihr Einverständnis gaben. Indessen finden aber noch weitere Beratungen unter den Wiener Gärtnern wegen der im gestrigen Abendblatt der „Zeit" erörterten Vorgänge auf dem Kagraner Gärtner-Sammelmarkt statt, auf dem bekanntlich Arbeiter- und Soldatenräte drohten, gewaltsam eine Herabsetzung der Gemüse- und Grünwarenpreise zu erzwingen.

Wie wir aus Gärtnerkreisen erfahren, sind die Wiener Gemüsegärtner durch das geschilderte Vorgehen der Arbeiter- und Soldatenräte noch immer beunruhigt. Die hohen Gemüsepreise werden von den Gärtnern darauf zurückgeführt, daß sie der Gehilfenschaft nicht nur hohe Löhne bezahlen, sondern auch im Schleichhandelswege die zu ihrer Verköstigung notwendigen Lebensmittel bedeutend überzahlen müssen. Dann steigen die Preise für alle zur Erzeugung des Gemüses notwendigen Geräte und Hilfsmittel noch immer jeden Tag beträchtlich, so daß sich ihnen, wie sie sagen, die Fortsetzung der Produktion bei der weiteren Drückung der Preise nicht verlohnt.

Dies alles haben die Gärtner den Marktbehörden zur Erwägung anheimgestellt. Hoffentlich kommt es nicht zu dem von einigen Seiten propagierten Gärtnerstreik. Sollten die heute abends stattfindenden Gärtner-Sammelmärkte von den Gärtnern wider Erwarten nicht beschickt werden, so würde die trostlose Ernährungslage der Wiener Bevölkerung für Samstag und Sonntag noch eine weitere unliebsame Verschärfung erfahren. Angesichts der Fleischnot würde ein Gemüsemangel von der Bevölkerung um so schwerer empfunden werden.

Es ist nur zu wünschen, daß es zu einer Beilegung der angeführten Differenzen kommt. Andererseits muß vom Standpunkt der Konsumenten betont werden, daß die Grünwaren- und Gemüsepreise im Verhältnis zum Nährwert der Gemüse viel zu hohe sind und daß leider auch auf diesem Gebiet der Schleichhandel blüht. Das schwierigste Preisrätsel unserer Tage, trotz der hohen Löhne und der ständig steigenden Erzeugungskosten billige Preise für Lebensmittel und die Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens zu schaffen, wird nicht nur der Oeffentlichkeit, sondern auch den maßgebenden Stellen noch viel Kopfzerbrechen bereiten.

Aus dem Rathause wird berichtet: Wie wir vernehmen, sind Besprechungen im Zuge, die darauf abzielen, den Wunsch des Arbeiterrates nach Mitwirkung bei der Preisbestimmung auf den Gärtnermärkten vollkommen zu befriedigen. Aus diesem Grunde erscheinen die Besorgnisse der Gärtnerschaft wegen des erwähnten Vorfalles vollkommen unbegründet. Die Gärtner können vielmehr die weiteren Gärtnermärkte ruhig besuchen, ohne zu fürchten, daß sie ihre Ware unter ihren Kosten werden absetzen müssen.

* * *

Die Anforderung der Ribisel- und Stachelbeerenernte in der Umgebung Wiens.

Wie wir aus Kreisen des Ernährungsamtes erfahren, hat dieses Staatsamt die Landesregierung ermächtigt, die gesamte Ernte an Stachelbeeren und Ribiseln in der Umgebung Wiens für die Approvisionierung der Stadt Wien unter Berücksichtigung des lokalen Bedarfes der Produktionsorte anzufordern.

Ob dieser Schritt von einem wesentlichen Erfolg begleitet sein wird, muß sich erst zeigen, denn die Wiener Umgebung hat gerade in den letzten Wochen durch einige Wetterkatastrophen besonders in den Obstkulturen beträchtlichen Schaden genommen. Vielleicht gelingt es auf diesem Wege aber doch, wenigstens einen Teil der sonst unverbrüchlich dem Schleichhandel verfallenden geringen Beerenernte der Umgebung Wiens dem hiesigen Konsum zu halbwegs angänglichen Preisen zuzuführen, was angesichts der trostlosen Aussichten auf dem Gebiet der Obstversorgung immerhin einen Gewinn bedeuten würde.

Ostdeutsche - Rundschau 184

18/VII. 1919

Die Obsternteaussichten Niederösterreichs im Jahre 1919.

(Mitteilungen des Niederösterreichischen Landesobstbauvereins.)

Auf Grund der eingelaufenen Berichte der Vertrauensmänner des Vereins, der Leitungen der Landesfachschulen und der Fachvereine kann die Geschäftsleitung des Landes-Obstbauvereins für Niederösterreich hinsichtlich der diesjährigen Obsternte folgendes berichten:

Mit Recht erhoffte die Landwirtschaft nach genügender Winterfeuchte eine ungestörte Frühjahrssaat bei herrlichem Märzwetter und auch der Gartenbau begann hochgemut seine notwendige Tätigkeit in der Gemüse- und Obstzucht. Der Blütenansatz beim Früh- und Beerenobst war sehr hoffnungsreich. Aber Mitte April setzten plötzliche sprunghafte Wetterstürze mit bedenklichen Niederschlägen, argen Tiefstemperaturen und häufigen Frösten ein und schädigten empfindlich die Blüte des gesamten Frühobstes und dezimierten auch die Nußernte. Der Mai setzte dieses verhängnisvolle, rauhe und nasse Wetter fort, bedrohte buchstäblich die Vegetation des Getreides, durchkreuzte die Hoffnungen des Gemüsebaues und verzögerte die Gesamtentwicklung um mehrere Wochen. Der Juni besserte die Situation und brachte bis zum 21. buchstäblich tropische Hochtemperaturen ohne Niederschläge, was dem Fruchtansatze der Aepfel neuerdings Schaden brachte. Mit 22. Juni schlug das Wetter wieder um und brachte reiche Regen und ungewöhnliche Tiefstemperaturen.

Mit 30. Juni war folgender Stand in der Obsternte zu verzeichnen:

Im Viertel unter dem Wienerwald: Aepfel: mittel bis gut; Tafelbirnen: mittel; Mostbirnen: mittel bis gut; Zwetschken: schlecht bis gering; Kirschen: mittel; Aprikosen: schlecht; Pfirsiche: schlecht; Johannisbeeren: schlecht; Stachelbeeren: gering bis mittel; Nüsse: schlecht bis gering. Neben empfindlichen Frösten, selbst Hagel und schlechter Blütezeit wurde das Auftreten folgender Schädlinge beklagt: Apfelblütenstecher, amerikanischer Stachelbeermeltau, Zwetschkenschildlaus, Kräuselkrankheit der Pfirsiche, Fusicladium.

Im Viertel ober dem Wienerwald: Aepfel: mittel bis gut; Tafelbirnen: gering bis mittel; Mostbirnen: mittel; Zwetschken: schlecht bis gering; Kirschen: gering bis mittel; Aprikosen: schlecht; Pfirsiche: schlecht; Johannisbeeren: gering bis mittel; Stachelbeeren: mittel; Nüsse: gering bis mittel. Dieser Landesteil, die Obstkammer Niederösterreichs, litt noch ärger durch Fröste und schlechte regenreiche Blütezeit; neben Apfelblütenstecher, Blut- und Schildlaus, Frostspanner und Gespinstmotte wurden genannt: Kräuselkrankheit, Apfelmeltau, auch Monilia und Engerlinge.

Im Viertel unter dem Manhartsberg: Aepfel: gut; Tafelbirnen: mittel; Mostbirnen: diese fehlen im Bezirksteile; Zwetschken: schlecht bis gering; Kirschen: gering bis mittel; Aprikosen: schlecht; Pfirsiche: schlecht bis gering; Johannisbeeren: gering bis mittel; Stachelbeeren: mittel bis gut; Nüsse: gering bis mittel.

Auch in diesem Landesviertel wurden allseits Klagen über Fröste und schlechte Blütezeit geführt; von Schädlingen wurden angeführt: Apfelblütenstecher, Blatt-, Blut- und Schildlaus, Frostspanner.

Im Viertel ober dem Manhartsberg. Aepfel: mittel; Tafelbirnen: gering bis mittel; Mostbirnen: mittel bis gut; Zwetschken: schlecht bis gering; Kirschen: gering bis mittel; Aprikosen: schlecht; Pfirsiche: schlecht bis gering; Johannisbeeren: gering bis mittel; Stachelbeeren: mittel bis gut; Nüsse: mittel.

Die schlechte Blütezeit mit Frösten schädigte besonds bei Krems und am Kamp die Hoffnungen der Aprikosen- und Pfirsichernte; von Schädlingen traten auf: Apfelblütenstecher, ferner Baumweißling, Goldafter und Ringelspinner. In Walkenstein vernichtete Hagel die Birnen und Taphrina Pruni (Taschenkrankheit) der Zwetschken.

Im ganzen und großen sind die diesjährigen Obsternteaussichten sehr dürftige; nur Aepfel, wohl die wichtigste Obstart für Haus und Familie, stehen besser, dürften aber durch Hitze und Stürme der letzten Tage arg gelitten haben; alle anderen Obstarten, besonders Frühobst und Nüsse, sind leider gänzlich mißraten, auch ist ein allgemeines „Pfirsichsterben" zu beklagen. De Obstpreise dürften infolge dieser und der herrschenden Verhältnisse eine märchenhafte Höhe erreichen.

Etwaige weitere Auskünfte erteilt kostenlos die Geschäftsleitung des Niederösterreichischen Landes-Obstbauvereins in Perchtoldsdorf bei Wien. Die Wiener Marktpreise können bei dem städtischen Marktamt der Stadt Wien, 1., Neues Rathaus, angesprochen werden.

Arbeiterzeitung
20./VII. 1919

185

Kein Obst.

Der Juli geht seinem Ende zu und noch immer warten wir auf das Obst, das nicht kommen will. Ehedem war der Naschmarkt der größte Wiener Obstmarkt, der gerade vom Obst seinen Namen bekam. Heute kann man die langen Gassen seiner Anlage durchgehen, ohne, mit Ausnahme der jetzt in keinen Mengen lagernden Ananaserdbeeren, ein Stückchen Obst zu sehen.

Die neuesten Berichte der Obstbauvereine lassen ersehen, daß einzelne Obstgattungen heuer überhaupt nicht zu haben sein werden, weil während der Blüte kaltes Wetter und Schnee kamen, die den Fruchtansatz verdarben. Dazu gesellte sich später häufig regnerisches, kaltes Wetter, das noch die Fruchtansätze der Pfirsiche vernichtete; Pilze, die sich in Massen ausbreiteten, richteten ihre Blätter und die Früchte gänzlich zugrunde. Erst jetzt treiben diese Bäume neue Blätter. Es wird daher heuer keine Pfirsiche und wahrscheinlich keine Marillen geben, weil auch diese unter der Witterung litten und nach dem reichlichen Fruchtansatz im vorausgegangenen Jahr heuer ein Ruhejahr haben. Etwas besser sieht es stellenweise mit den Pflaumen aus, die seit einigen Jahren schlechte Erträge hatten und zum August und September uns nun doch ein wenig Früchte liefern könnten. Auch Birnen und Aepfel zeigen in einzelnen Gebieten besseren Ansatz als die anderen Obstarten. Sehr gut sind die Aussichten für die Ernte von Nüssen, schlecht stellenweise der Ansatz des Weines. Verhältnismäßig gut war in mancher Gegend die Ernte der Kirschen, die nun fast vorbei ist. Was in den Alpenländern davon eingebracht wurde, verschwand, ohne die Märkte erreicht zu haben. Bei dem Mangel an Obst und den wahnsinnig gestiegenen Preisen ist es natürlich, daß die Massen davon nichts erhalten können, weil die Händler für die Reichen alles zusammenkaufen.

Man verlangt heute für ein Kilogramm Kirschen bis zu 20 Kronen, für Ribisel und Stachelbeeren bis zu 16 Kronen und für diesen Preis werden die Waren den Verkäufern aus der Hand gerissen. Viele Leute schätzen sich glücklich, wenn sie um solche Preise Obst erlangen können. Man kann sich da vorstellen, wie hoch die Marmeladenpreise im Herbst hinaufklettern werden. Dem Aufkaufen durch die Händler könnte man nur entgegenwirken durch Verweigerung der Zuckerabgabe für gutes Obst. Man müßte durch Ueberwachen der Marmeladefabriken bloß die Verwertung von schlechtem Obst zulassen und gutes Obst für den freien Verkehr in Anspruch nehmen. Auch müßte gesorgt werden, daß die Marmeladefabriken nicht etwa bei den Produzenten dahinwirken, daß Obst verdorben oder unreif geliefert wird. Läßt man den Marmeladefabriken freie Hand, dann werden nur die Reichsten imstande sein, die hohen Marmeladepreise zu erschwingen und die Unbemittelten ganz um das wenige aufgebrachte Obst kommen. Es ist leider heuer mehr als in jedem anderen Jahre, zu befürchten, daß wir diesmal wahrscheinlich gar kein Frühobst, aber auch nahezu kein Spätobst erhalten werden. Der freie Handel war das Schlagwort, mit dem die Obsthändler die zentrale Aufbringung von Obst beseitigen wollten. Sie versprachen uns, im freien Handel mehr zu verschaffen. Nun sehen wir, daß der freie Handel völlig versagt und daß er wieder nur den Zahlungsfähigsten zu versorgen imstande ist.

Arbeiterzeitung
27. VII. 1919

186

Ausfuhrscheine auch für Waldbeeren! Die Landesregierung von Oberösterreich fordert in einer Verordnung für die Ausfuhr von Waldbeeren Transportscheine, und zwar sowohl in frischem als auch in konserviertem Zustand, also auch in Form von Obstmark, Obstmus oder Obstsirup. Jede ohne Transportschein ausgeführte Menge von Waldbeeren wird auf Eisenbahnen und Dampfschiffen, auf Straßenfuhrwerken oder Wasserfahrzeugen aller Art beschlagnahmt.

Die Zeit
1/8 1919.

118
182

Eine bewegte Preisbestimmungssitzung für Gemüse.

In den Amtslokalitäten des Marktamtes auf dem Naschmarkt tagte gestern nachmittags unter dem Vorsitz des Marktamtsvizedirektors Spring die für die Bestimmung der Gemüsepreise durch Heranziehung der Konsumentenorganisationen und der Vertreter der Arbeiterräte erweiterte Preisbestimmungskommission, an der diesmal auch sehr viele Vertreter der Gärtnerschaft, sowie der Leiter der Gemüse- und Obstübernahms- und Verteilungsstelle, Magistratssekretär Dr. David, teilnahmen. Mit Rücksicht darauf, daß erst vor 14 Tagen eine ganz bedeutende Herabsetzung der Gemüsepreise stattgefunden hatte und sich seither weder die Produktion noch die Marktverhältnisse wesentlich geändert haben, herrschte vor Beginn der Sitzung bei den zahlreich erschienenen Gärtnern deshalb eine Erregung, weil von verschiedenen Seiten erklärt wurde, daß nunmehr neuerdings eine weitere beträchtliche Reduktion der Preise erfolgen müsse.

Diese Forderung vertraten in erster Linie die Vertreter der Arbeiterräte und der sozialdemokratischen Organisation der Kaufleute, und es wäre bald zu einem Exodus der Gärtner gekommen, wenn sich nicht auf Grund fachlicher Aufklärungen die Gelegenheit ergeben hätte, einige Korrekturen in den Sätzen der Preisbestimmung zu beseitigen.

Im großen und ganzen wurden die Grünwarenpreise unverändert gelassen. Hinsichtlich des Kohls wurde für schöne Qualitäten sogar eine Preishinaufsetzung auf 10 bis 12 Kronen pro Nagel (30 Stück) bewilligt und auch der Preis für den Neuseeländer Spinat von K. 2.40 auf K. 2.90 im Kleinhandel erhöht. Der Preis für Kohlrüben zweiter Qualität wurde von K. 8.— auf K. 7.— pro Nagel, der Stückpreis demnach von 35 auf 32 Heller im Detailverkehr herabgesetzt und für Weißkraut der Verkauf ausschließlich nur nach dem Gewicht zum Preis von K. 2.20 pro Kilogramm angeordnet. Der Kleinhandelspreis für Karotten wurde mit K. 1.80 pro Kilogramm festgesetzt.

In vierzehn Tagen bis drei Wochen dürfte die Preisbestimmungskommission wieder Gelegenheit haben zu einer neuerlichen Sitzung zusammenzutreten.

Wiener-Stimmen
5. Juli. 1919

5

182

Ein schlechtes Obstjahr in Niederösterreich.

Der Landesobstbauverein für Niederösterreich berichtet auf Grund von Mitteilungen seiner Vertrauensmänner, der Leitungen der Landesfachschulen und der Fachvereine über die Obsternteaussichten in Niederösterreich:

Im Viertel unter dem Wienerwald: Aepfel mittel bis gut, Tafelbirnen mittel, Mostbirnen mittel bis gut. Zwetschken schlecht bis gering, Kirschen mittel, Aprikosen schlecht, Pfirsiche schlecht, Johannisbeeren schlecht, Stachelbeeren gering bis mittel, Nüsse schlecht bis gering. Neben empfindlichen Frösten, selbst Hagel und schlechter Blütezeit wurde das Auftreten folgender Schädlinge beklagt: Apfelblütenstecher, amerikanischer Stachelbeermehltau, Zwetschkenschildlaus, Kräuselkrankheit der Pfirsiche, Fusicladium.

Im Viertel ober dem Wienerwald: Aepfel: mittel bis gut: Tafelbirnen: gering bis mittel; Mostbirnen: mittel; Zwetschken: schlecht bis gering; Kirschen: gering bis mittel; Aprikosen: schlecht; Pfirsiche: schlecht: Johannisbeeren: gering bis mittel; Stachelbeeren: mittel; Nüsse: gering bis mittel. Dieser Landesteil, die Obstkammer Niederösterreichs, litt noch ärger durch Fröste und schlechte regenreiche Blütezeit; neben Apfelblütenstecher, Blut- und Schildlaus, Frostspanner und Gespinstmotte wurden genannt: Kräuselkrankheit, Apfelmehltau, auch Monilia und Engerlinge.

Im Viertel unter dem Manhartsberg: Aepfel gut, Tafelbirnen mittel, Mostbirnen, diese fehlen im Bezirksteile, Zwetschken schlecht bis gering, Kirschen gering bis mittel, Aprikosen schlecht, Pfirsiche schlecht bis gering, Johannisbeeren gering bis mittel, Stachelbeeren mittel bis gut, Nüsse gering bis mittel. Auch in diesem Landesviertel wurden allseits Klagen über Fröste und schlechte Blütezeit geführt; von Schädlingen wurden angeführt: Apfelblütenstecher, Blatt-, Blut- und Schildlaus, Frostspanner.

Im Viertel ober dem Manhartsberg: Aepfel: mittel; Tafelbirnen: gering bis mittel; Mostbirnen: mittel bis gut; Zwetschken: schlecht bis gering; Kirschen: gering bis mittel; Aprikosen: schlecht; Pfirsiche: schlecht bis gering; Johannisbeeren: gering bis mittel; Stachelbeeren: mittel bis gut; Nüsse: mittel. Die schlechte Blütezeit mit Frösten schädigte besonders bei Krems und am Kamp die Hoffnungen der Aprikosen- und Pfirsichernte; von Schädlingen traten auf: Apfelblütenstecher, ferner Baumweißling, Goldafter und Ringelspinner. In Walkenstein vernichtete Hagel die Birnen und Taphrina Pruni (Taschenkrankheit) die Zwetschken.

Im großen und ganzen sind die diesjährigen Obsternteaussichten sehr dürftige; nur Aepfel, wohl die wichtigste Obstart für Haus und Familie, stehen besser.

Die Ernteaussichten in Deutschösterreich.

Das niederösterreichische Landesamtsblatt veröffentlicht eine Uebersicht über die Klassifikationen des Saatenstandes, bezw. der Ernte in Deutschösterreich in den Monaten Mai, Juni und Juli. Der Saatenstand, bezw. die Ernte waren zu klassifizieren im Gesamtdurchschnitt Klassifikationsnote 1 = sehr gut, 2 = übermittel, 3 = mittel, 4 = untermittel, 5 = sehr schlecht. Die Noten für den Gesamtdurchschnitt sind aus den Klassifikationsziffern für die einzelnen Berichtsgebiete — und zwar unter Zugrundelegung der durchschnittlichen Ernteerträge — berechnet: Weizen, Mai 2·5, Juni 2·6, Juli 2·3; Roggen 2·6, 2·6, 2·2; Gerste 2·6, 2·6, 2·5; Hafer 2·7; Mais (Juni und Juli) 2·9, 3·3; Erbsen (Juli) 2·5; Bohnen 2·8; Wicken 2·4; Flachs 2·6; Kartoffeln 2·6; Zuckerrüben 3·2; Futterrüben 3·1; Kraut 2·7; Kleeschläge 2·6, 2·7, 2·1; Wiesen 2·8, 3·1, 2·1; Weiden 3·0, 3·2, 2·3.

Von den Märkten.

Auf dem Naschmarkt kamen aus Kaiser-Ebersdorf 45.200 Kilogramm Grünwaren und die Gärtner brachten 20.370 Kilogramm. Weiters wurden 16.630 Kilogramm Wurzelgemüse, 7400 Kilogramm Weißkraut, 6700 Kilogramm Kohl, 1560 Kilogramm Kohlrüben, 6400 Kilogramm Zwiebeln, 5300 Kilogramm Karotten, 280 Kilogramm Spargel und 320 Kilogramm Herrenpilze geliefert. Aus der Tschecho-Slowakei langten 23.100 Kilogramm Zwiebeln ein, ferner kamen 11.400 Kilogramm sehr schöner ägyptischer Zwiebeln, darunter Stücke von 90 bis 95 Dekagramm. An Obst waren nur 400 Kilogramm Erdbeeren und 180 Kilogramm Himbeeren vorhanden. Die Märkte in den Bezirken boten genügend Grünwaren, jedoch sehr wenig Obst. Die Viktualienhalle im 7. Bezirk war mit 4000 Kilogramm Grünwaren und 6000 Kronen Birnen und Aepfeln versehen. Die Großmarkthalle verfügte über 200 Kilogramm gepökeltes und 30 Kilogramm frisches Rindfleisch sowie etwas Schaffleisch, das aber wegen seines hohen Preises wenig gekauft wurde. 90 Kilogramm Blut- und Leberwürste zu Kr. 9.— bis 19.— waren wenig begehrt. Ganz verödet war der Fischmarkt, da seit einigen Tagen die Zufuhren fehlen. 4 Gänse und 8 Enten stellten das ganze Geflügel dar. Das Geflügelfleisch kostet Kr. 47.—, Gänsefett Kr. 97.— per Kilogramm. Eier sind für die nächsten Tage angekündigt.

Wiener - Stimmen
8/VIII. 1919

190

Die ersten Pflaumen auf dem Markt.

Auf dem Naschmarkt gab es heute Südtiroler Pflaumen, die leider infolge des langen Transportes im beschädigten Zustande ankamen. Die ausgesuchte Ware wurde um Kr. 6.70 abgesetzt. Sonst bot der Markt noch 14.520 Kg. Grünwaren, 18.640 Kg. Wurzelgemüse, 2150 Kg. weißen Rettich, 9600 Kg. n.-ö. Zwiebel, 750 Kg. Spinatersatz, 5400 Kg. Karotten, 1340 Kg. grüne Erbsen, 250 Kg. grüne Fisolen, 7460 Kg. Kohl, 5210 Kg. Weißkraut, 12.720 Kg. tschecho-slowakische und 5000 Kg. italienische Zwiebel, ferner 3300 Kg. Südtiroler Birnen, 500 Kg. Pflaumen, 1750 Kg. Heidelbeeren, 400 Kg. Erdbeeren, 2500 Kg. Johannisbeeren. Die sog. Pferdebohnen zu Kr. 2.40 bis 2.50 wurden aber wenig gekauft. 4½ Kisten Eier wurden zum Stückpreis von Kr. 1.90 abgegeben.

Die Viktualienhalle im 3. Bezirk verfügte über 2000 Kilogramm Birnen, 3200 Kilogramm Zwiebeln und 1 Waggon Gemüsekonserven, die Großmarkthalle über 2325 Kilogramm gepökeltes Rindfleisch, 459 Kilogramm ausländisches Rindfleisch, 75 Kilogramm inländisches Rindfleisch und 64 Kilogramm Würste. Der Fischmarkt war mit 750 Kilogramm Schellfischen versehen, die zu Kr. 7.80 bis 10.— rasch verkauft waren. Schaffleisch war überall in größeren Mengen erhältlich, doch nur zum hohen Preis von Kr. 50.— bis 54.—. Die Märkte in den Bezirken waren ausreichend mit Grünware versorgt; auch Birnen wurden angeboten. Für Samstag stehen gepökeltes Schweinefleisch gepökeltes Rindfleisch und Schaffleisch zur Verfügung.

Arbeiterzeitung
13. VIII. 1919

13
191

Warum die Bevölkerung Obst und Gemüse so teuer bezahlen muß? Unter diesem Titel brachte die „Reichspost" in ihrer Nummer vom 12. d. einen Bericht über die angeblichen Forderungen, die von den Vertretern der Arbeiterräte in der Gemüse- und Obststelle erhoben worden sein sollen. Die „Reichspost", der nichts zu dumm ist, um den verhaßten Arbeiterräten eines auszuwischen, ist so schlecht unterrichtet, daß sie sogar falsche Namen anführt. In der Gemüse- und Obststelle sind als Vertreter des Approvisionierungsausschusses des Kreisarbeiterrates zwei Genossen bestellt worden, die nicht zwei Stunden im Tag dort arbeiten, sondern die täglich nicht nur in der Stelle selbst, sondern auf allen Märkten arbeiten müssen, um die Kontrolle durchzuführen. Die beiden Genossen leisten heute soviel Arbeit wie ein Geschäftsführer und deshalb wurde von einem Mitglied des Aufsichtsrates der Antrag gestellt, den beiden Vertretern des Arbeiterrates soviel zu bezahlen wie den Geschäftsführern. Genosse Beer lehnte jede Bezahlung ab, da er Beamter der landwirtschaftlichen Warenverkehrsstelle ist und dort seinen Gehalt bezieht, auch wenn er für die Gemüse- und Obststelle arbeitet. Genosse Fischer, der invalid und arbeitslos ist, konnte auf jene Bezahlung nicht verzichten und es wurde deshalb im Approvisionierungsausschuß der Beschluß gefaßt, die Arbeiterräte, die den ganzen Tag in einer amtlichen oder halbamtlichen Stelle mitarbeiten, sollen von dieser Stelle den Betrag erhalten, den sie als Arbeiter verdienen würden, wenn sie in der Werkstatt stehen und der ihnen durch ihre öffentliche Tätigkeit entzogen wird. Genosse Fischer bekommt deshalb 1200 Kronen monatlich, ein Verdienst den heute jeder qualifizierte Arbeiter erhält. Warum hat sich denn die „Reichspost" nicht aufgeregt, als andere Leute in der Gemüse- und Obststelle, wie der Herr Straßberger, weit höhere Gehalte bezogen haben? Sie steht eben auf dem Standpunkt, für öffentliche Tätigkeit sollen nur bürgerliche Menschen entlohnt werden, die Arbeiterschaft soll auch hier selbstloser sein, als die Bourgeoisie. Bitte, wir sind einverstanden, wenn alle christlichen und jüdischen Vertreter in öffentlichen Körperschaften ebenfalls kostenlos für die Allgemeinheit arbeiten werden. Wenn aber öffentliche Funktionäre Entschädigungen bekommen, weil sie auch leben müssen, dann müssen auch die Arbeiterräte für ihre Arbeit im öffentlichen Dienst entlohnt werden wie jeder andere öffentliche Vertreter.

Die Zeit
15./VIII. 1919

Die Krautgeschäfte der Gemeinde.

Verhängnisvolle Käufe. — Unsachgemäße Einlagerung. — Minimaler Absatz. — Mehr als die Hälfte verdorben. — Sträflicher Leichtsinn. — Mehr als 41 Millionen Kronen Schaden.

Bürgermeister Reumann erstattete in der gestrigen Stadtratssitzung einen Bericht einer vom Stadtrat eingesetzten Untersuchungskommission zur Ueberprüfung der Krauteinkäufe des Bezirkswirtschaftsamtes, Stelle 6, in dem es heißt:

Zunächst muß festgestellt werden, daß die vom Bezirkswirtschaftsamt, Stelle 6, gekauften Krautmengen weitaus über den zu erwartenden Bedarf hinausgegangen sind. Dazu kommt, daß der letzte Krautkauf, der eigentlich der verhängnisvollste war, zu einer Zeit geschehen ist, als man im allgemeinen wußte, daß die Krauternte 1918 außerordentlich gut ausgefallen ist, so daß schon zu jener Zeit Sauerkraut zu Preisen erhältlich war, die sich unter den vom Ernährungsamte festgesetzten Maximalpreisen bewegt haben.

Der Vertrag wurde zu einer Zeit abgeschlossen, wo es keine Unterschiede in der Valuta gab, das heißt, er wurde zu den damals in allen Sukzessionsstaaten gleich gültigen österreichisch-ungarischen Kronen abgeschlossen. Warum das Bezirkswirtschaftsamt später Zahlungen in tschechischen Kronen geleistet hat, konnte die Kommission nicht feststellen. Es scheint jedoch außer Frage zu stehen, daß die Gemeinde Wien zur Zahlung in tschechischen Kronen rechtlich hätte nicht verhalten werden können. In dem Vertrage fehlt ferner ein sehr wichtiges Merkmal, nämlich der Lieferungstermin der eingegangenen Sendungen.

Der ungeheure Verlust, der bei dieser Sauerkrautaktion verzeichnet werden muß, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß das Kraut von vielen Stellen in einem sehr schlechten Zustand geliefert wurde. Nach dem Vertrage hätten alle Sendungen von nicht einwandfreier Beschaffenheit zurückgestellt werden sollen. Zu diesem Zwecke hätten jene Organe, die das Kraut in den Bahnhöfen zu übernehmen hatten, die Beschaffenheit konstatieren und nichteinwandfreies Kraut dem Lieferanten zur Verfügung stellen müssen. Das ist, wie Dr. Ehrenberg erklärt, nur von einzelnen Organen tatsächlich geschehen; viele dieser Stellen haben ihrer Pflicht nicht entsprochen.

Ferner ist die Einlagerung des Krautes in einer Weise erfolgt, die nicht nur als ungeeignet und unsachgemäß bezeichnet werden muß, sondern bei welcher nach kurzer Lagerung mit dem Verderben des Krautes gerechnet werden mußte. Die Kommission hat beispielsweise in St. Marx festgestellt, daß das Kraut in den Transportfässern im Freien lagert und gegenwärtig der größten Sonnenhitze ausgesetzt ist. Im Märzenkeller in Hütteldorf wurde Kraut gesehen, das seit der Einlagerung nicht angerührt oder irgendeiner Behandlung unterzogen worden wäre. Daß dieses Kraut vollständig verdorben ist, braucht nicht besonders erwähnt zu werden.

Der Verlust ist zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß der Absatz auf den Märkten sehr minimal war. Trotzdem das Bezirkswirtschaftsamt im Januar 1919 die hereinbrechende Katastrophe kommen sehen mußte, wurde nichts unternommen, um den Krautabsatz irgendwie zu heben.

Nach den Mitteilungen der Sachverständigen soll von dem noch vorhandenen Kraut die Hälfte noch genußfähig sein. Die Kommission meint aber, daß diese Angabe mehr als bezweifelt werden müsse, und leider mit der Tatsache zu rechnen sei, daß die in den Wiener Lagern vorhandenen Mengen überhaupt nicht mehr zum menschlichen Genuß fähig sind.

Als Ursache für den Verlust führt Dr. Ehrenberg an, daß man im März dieses Jahres 150 Waggons Sauerkraut aus den aufgelassenen Flüchtlingslagern von der niederösterreichischen Landesregierung übernehmen mußte. Magistratssekretär Dr. David hat sich besonders über Inspektor Berger, den Leiter des Lagers in St. Marx, bitter beklagt, daß gerade dieser nicht nur seine Pflicht vollständig vernachlässigt, sondern daß

Die Zeit
16./VIII.1919

16
195

Der Krautskandal.

Wer ist der Schuldige?

Die verhängnisvollen Krautgeschäfte der Gemeinde haben gestern in ganz Wien den Gesprächsstoff gebildet. Was ist auch das Milliardendefizit unseres Staates gemessen an der Verwaltungswirtschaft der früheren Gemeindemajorität, deren Organ angesichts dieses Lokalskandals sehr kleinlaut wird.

Einer unserer Mitarbeiter hatte gestern Gelegenheit, mit dem Chef einer der größten Wiener Kraut- und Konservenfabriken über die ungeheuerlichen Krautgeschäfte der Gemeinde Wien zu sprechen. Dieser Gewährsmann äußerte sich:

„Der von den Fachleuten der Approvisionierungsgewerbe wiederholt geäußerte Wunsch, fachmännisch sowohl theoretisch wie praktisch gebildete Fachmänner zu den Lebensmittelaktionen der Behörde heranzuziehen, ist leider stets ungehört geblieben. Der vom Bürgermeister Reumann mitgeteilte Fall zeigt wieder, wohin man kommt, wenn man die Vertreter des Handels und des Gewerbes bei den Ernährungsstellen ausschaltet und Verwaltungsjuristen die oberste Leitung eines Referats anvertraut, dessen gründliche Führung die ganzen Kräfte eines ganzen Stabes geschulter Fachmänner in Anspruch nehmen würde.

Uns Krautfabrikanten war der der breiten Oeffentlichkeit jetzt bekanntgewordene Skandal schon längst kein Geheimnis mehr. Aber nicht nur wir wußten darum. Ganz Wien sprach schon davon, wenngleich es sich über die Dimensionen, die die Sache genommen hatte, im unklaren war. In der allerletzten Zeit haben uns Gemeindefunktionäre den Antrag gemacht, noch genußfähiges Kraut zu einem Spottpreis zu überlassen. Wir lehnten kurzerhand ab. Einerseits deshalb, weil wir keinen Materialmangel hatten, und auch deshalb, weil die uns nicht unbekannt gebliebene unsachgemäße bisherige Aufbewahrung des Krautes keine Gewähr für die weitere Lagerfähigkeit des Krautes gab."

Von besonderer Seite erfahren wir:

Es besteht die Absicht, die Untersuchung in der Krautaffäre mit äußerster Strenge fortzusetzen. Möglicherweise wird auch der frühere Bürgermeister Dr. Weiskirchner zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Haltung der Parteipresse.

Selbstverständlich wird die Angelegenheit von den Parteiblättern als Parteisache behandelt. Die „Reichspost" hilft sich über den unerhörten Krautskandal mit ein paar Zeilen hinweg, das „Deutsche Volksblatt" schreibt:

„Die neuerliche Untersuchung wird die Angelegenheit hoffentlich noch weiter aufhellen. Jedenfalls ergibt sich aber schon jetzt aus diesem bedauerlichen Vorkommnis, daß sich Kommunen so wenig wie die Zentralen zur Bewirtschaftung von Lebensmitteln eignen. Es mangelt ihnen an den fachlichen Kräften. Die besten und fähigsten Beamten sind eben nicht imstande, den routinierten Kaufmann zu ersetzen. Gleich der Gemeinde Wien haben auch fast alle reichsdeutschen Kommunen mehr oder weniger empfindliche finanzielle Einbußen bei den Lebensmittelgeschäften erlitten, weil eben auch dort die Beamten, und zwar selbst die fähigsten, nicht über jene Qualitäten verfügten, die der Kaufmann in seinem Berufe haben muß. Ganz dieselben Verhältnisse haben sich übrigens bei unseren sogenanten Zentralen gezeigt, und wenn sie, wie die Gemeinde Wien, zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichtet wären, so würden sich zweifellos noch ganz andere Unregelmäßigkeiten und Abgänge ergeben, als sich jetzt bei der Gemeine Wien ergeben haben."

Die „Arbeiterzeitung" nimmt den Krautskandal zum Anlaß der heftigsten Angriffe gegen das frühere Regime. Sie äußert sich:

„Obermagistratsrat Dr. Ehrenberg war im Frieden Referent über die Verwaltung der städtischen Häuser und Gründe! Das allein spricht Bände. Inwieweit er ein besonderes Maß von Leichtfertigkeit und Pflichtvergessenheit bekundet hat, wird die Disziplinaruntersuchung erweisen. Unzweifelhaft aber ist es, daß die Leute ebenso rasch auf die Anklagebank gehören, die diesen Mann mit Millioneneinkäufen in Kartoffeln, Obst, Marmelade und Sauerkraut betraut haben. Hauptschuldige sind der frühere Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner und die christlichsozialen Gemeinderäte. Ihr Leichtsinn ist verbrecherisch. Sie haben Wien um Dutzende Millionen Kronen — das Sauerkrautgeschäft ist nur der erste, nicht der letzte Skandal — geschädigt. In Wien müssen Kinder verhungern, weil die Gemeinde kein Geld hat. Auf solch schmachvolle Art aber sind einundvierzig Millionen in des Wortes wahrster Bedeutung in die Donau geworfen worden. So sieht der große Kriegsbürgermeister Dr. Weiskirchner aus, so ist das Bild der besten Verwaltung."

Arbeiterzeitung
17. Juni 1919

12
196

Erregte Szenen auf dem Gärtnermarkte in Kaiserebersdorf.

Die auf die Gärtnermärkte bezughabenden Vorschriften wurden bisher immer dadurch durchbrochen, daß sich einzelne kapitalskräftige Händler mit Gärtnern verabredeten, ihnen höhere Preise zu bezahlen. So kam es oft vor, daß vor Marktbeginn der größte Teil der auf den Markt gebrachten Ware schon verkauft oder reserviert war und viele Händler mußten entweder leer nach Hause fahren oder hohe Ueberpreise zahlen. Die städtischen Marktorgane stehen diesem Treiben hilflos gegenüber.

Um den Verkauf der Ware vor Marktbeginn zu verhindern, waren Samstag auf dem Gärtnermarkt in Kaiserebersdorf strenge Absperrungsmaßregeln getroffen worden. Unter der Leitung des Polizeirevierinspektors Baumgarten hatten 30 Volkswehrleute den Marktplatz abgesperrt, damit die Händler erst nach dem Glockenzeichen, welches den Marktbeginn anzeigt, die auf den Markt gebrachten Waren kaufen können. Nebenbei versahen gegen 40 bis 50 Wachleute den Ordnungsdienst. Der Marktamtsvizedirektor leitete gemeinsam mit den Arbeiterräten den Marktverkehr.

Anfangs konnte die Ordnung aufrecht erhalten werden. Gegen 1/2 6 Uhr begannen einige Händler die Volkswehrsoldaten zu beschimpfen und die anderen Händler gegen die Wache und Arbeiterräte aufzureizen. Versuche, zu beruhigen, waren erfolglos. Der Genossenschaftsvorsteherstellvertreter Müllner, der intervenieren wollte und der Händlerschaft erklärte, daß die Aktion doch nicht gegen sie gerichtet sei, wurde niedergeschrien. Ein Arbeiterrat wurde gestoßen und bespuckt und konnte sich nur mit Not tätlichen Angriffen entziehen. In einigen Minuten war die Sperrkette der Volkswehr durchgestoßen und die Händler stürmten auf den Marktplatz. So war der Versuch, Ordnung zu schaffen, gänzlich mißlungen. Die alte Wirtschaft wurde fortgesetzt. Die Händler überbieten sich gegenseitig in den Preisen. Es war ganz unmöglich, den Marktverkehr irgendwie wirksam zu überwachen. Wann werden die Markthändler einsehen, daß ein solches Vorgehen ihrerseits nur Gegenmaßnahmen hervorrufen müsse, so daß sie sich ins eigene Fleisch schneiden?

Reichspost
19./VIII. 1919

19
197

Das sozialdemokratische Krautgeschäft.

41 Millionen Kronen hat die Gemeinde Wien bei den Ankäufen von Sauerkraut aus Böhmen Verlust erlitten. Das Geschäft war im letzten Herbste abgeschlossen worden und darum baut das sozialdemokratische Organ auf dieser traurigen Geschichte eine Anklage gegen „die christlichsoziale Schandwirtschaft in der Gemeinde" auf und beschuldigt Bgm. Dr. Weiskirchner und die christlichsozialen Gemeinderäte. Man sollte daher glauben, daß dies Krautgeschäft eine christlichsoziale Aktion war; man staunt aber über die Stirne der neuen sozialdemokratischen Rathauswächter, die solche Angriffe wagen, wenn festgestellt wird, daß dieses Geschäft nicht im Stadtrate, in dem die Christlichsozialen damals wirklich die Mehrheit hatten, sondern in der Obmännerkonferenz abgeschlossen wurde, in der die Sozialdemokraten gleicherweise vertreten waren und dessen Beschlüsse stets mit Einstimmigkeit gefaßt wurden. Es haben also die Sozialdemokraten diesem Abschlusse zugestimmt, den sie heute gern verleugnen möchten, weil das Geschäft durch eine Verkettung unglücklicher Umstände und wahrscheinlich infolge Amtsvergehen der Durchführungsorgane, wie sich erst in der Disziplinaruntersuchung gegen diese zeigen wird, so unglücklich ausgegangen ist. In dieser Obmännerkonferenz saß auch der heutige Bgm. Reumann und der Sozialdemokrat Skaret, und es wurde die ganze Zeit über von ihrer Seite keine Einwendung erhoben; übrigens wurden sie bereits im März durch einen Bericht darauf aufmerksam gemacht, daß hieraus große Verluste für die Gemeinde entstehen würden, es ist für Bgm. Reumann daher nichts Neues, was er heute im August plötzlich „enthüllt". Und der heutige Bgm. Reumann war es, der selbst mit jenen Markthelfern wegen Lohnerhöhungen verhandelte, die mit den Sauerkrautvorräten zu manipulieren hatten und die nun nach der sozialdemokratischen Darstellung an der Verwüstung des Sauerkrautes mitschuldig sein sollen. Wenn daher ein Skandal vorliegt, so haben die Sozialdemokraten daran redlich Anteil.

Vor dem Umsturze hatte die Gemeinde Wien 12.000 Waggon Kartoffel in Böhmen, Galizien und in der Bukowina für die Versorgung der Wiener Bevölkerung sichergestellt. Durch den Umsturz wurden diese Bestellungen undurchführbar und als die Gemeinde Wien neue Verhandlungen mit der Prager Regierung anknüpfte, forderte diese als Bedingung für die Lieferung von Kohle die Abnahme dieser bedeutenden Menge Sauerkraut. Die Gemeinde Wien war unter allen Umständen gezwungen, Kohle zu kaufen, um Beleuchtung und Verkehr aufrecht zu erhalten und mußte daher auch auf diese Bedingung eingehen; man hoffte zudem auch, in dem Sauerkraut einen Ersatz für den Ausfall an Kartoffelnahrung zu finden. Es ist möglich, daß dabei auch bereits verdorbenes Sauerkraut der Gemeinde aufgenötigt wurde; die Uebernahme erfolgte aber durch beeidete Marktkommissäre, natürlich nicht durch die Gemeinderäte oder durch den Bürgermeister. Außerdem wurden stets sachverständige Kaufleute beigezogen. Was die Angriffe gegen die Bezirkswirtschaftsämter anbelangt, so waren sie unmittelbar dem Magistratsdirektor unterstellt und bestanden aus Buchhaltungsbeamten, Marktbeamten und Technikern; sie haben die unsäglich schwierige Aufgabe der Versorgung Wiens im Kriege mit einer Aufopferung zu lösen versucht, die aller Anerkennung, nicht aber nachträglicher Beschimpfung wert ist.

Es ist daher klar: Das Sauerkraut mußte übernommen werden und dem haben auch die Sozialdemokraten damals zugestimmt. Daß dann vieles davon unanbringlich war, ergab sich aus der erfreulichen Besserung der Versorgung Wiens; daß vieles davon auch durch verfehlte Behandlung zugrunde gegangen ist, ist möglich und wen dafür sowie für das „Verschwinden" von einer Anzahl Waggons die Verantwortung trifft, das wird die Untersuchung ergeben. Es ist ungerecht, die gesamte Magistratsbeamtenschaft dafür verantwortlich zu machen, und auch die Gemeindeverwaltung hat die Untersuchung nicht zu scheuen. Ihre Vertretung ist hiebei keineswegs eigenmächtig vorgegangen, sondern im Einvernehmen mit allen Parteien, auch mit Zustimmung der Sozialdemokraten und sie hat bei Bestellung ihrer Organe keine Vorsorge fehlen lassen.

Auch unter Bgm. Reumann ist ein Lagerhausbeamter mit 120.000 Kronen durchgegangen; kein Vernünftiger wird deshalb Bgm. Reumann einen Defraudanten nennen und ihn für jede Pflichtverletzung eines der 40.000 Beamten der Gemeiude Wien verantwortlich machen. Es war der sozialdemokratischen Partei vorbehalten, diese Methode im Wiener Rathaus einzuführen; sie wird sich nicht darüber beschweren dürfen, wenn in Zukunft diese Methode auch gegen sie verwendet wird. Das Sauerkrautgeschäft war für die Gemeinde Wien ein Unglück und soweit es dabei Schuldige gibt, werden sie sich zu verantworten haben. Das Unglück soll nun auf die Mühlen der sozialdemokratischen Parteiwirtschaft im Rathause, die auszutrocknen drohen, wieder Wasser leiten. Aus dem Unglück soll wenigstens ein sozialdemokratisches Krautgeschäft bei der Wählerschaft herausschauen. Für die Reumann und Winter wird aber diese politische Krauterei auch nicht besser ausgehen.

Die Zeit

19./VIII. 1919

148

Die Lebensmittelgeschäfte der Kommune.

Bewirtschaftung des Sauerkrautes und der Kartoffeln.

In einer Vertrauensmännersitzung der städtischen Sauerkrautlager- und Kartoffelabgabestellen, die am 7. d. stattfand, wurde die Frage der Weiterbewirtschaftung der genannten Artikel durch die Gemeinde erörtert. Aus den Verhandlungen der Vertrauensmänner mit der Gemeinde geht nach der „Arbeiter-Zeitung" hervor, daß sich die Gemeinde Wien, durch die bekannten Mißerfolge entmutigt, mit dem Gedanken trägt, die beiden Artikel dem freien Handel zu überlassen. Dadurch würden nicht nur an vierhundert Arbeiter der Gemeinde brotlos, sondern es wäre in erster Linie die notleidende Bevölkerung davon betroffen, die diese beiden Lebensmittel, besonders die Erdäpfel, zu erhöhten Preisen im freien Handel kaufen müßte. Die Vertrauensmänner obiger Betriebe faßten eine Entschließung, in der der Gemeinde Wien nahegelegt wird, die beiden Artikel nach folgenden Gesichtspunkten weiter zu bewirtschaften:

Abgabe der bisher vom Bezirkswirtschaftsamt (Stelle VI) bewirtschafteten Lebensmittel direkt an die Verbraucher in Verkaufsbaracken, die von der Gemeinde nach Pariser Muster zu errichten wären. Beiziehung von fachmännischen Vertretern aus Arbeiterkonsumvereinen beim Einkauf und bei der Kalkulation. Zuziehung von mindestens je zwei Betriebsräten der Sauerkraut- und Kartoffelarbeiter zur Kalkulation. Weiter wird die Gemeinde in dieser Resolution ersucht, ein Komitee zu bestellen, dem auch kaufmännische Berater und Verbraucherorganisationen sowie die Betriebsräte der betreffenden Betriebe beizuziehen wären. Dieses Komitee könnte die Schäden der bisherigen Bewirtschaftung feststellen und die Aussicht für eine Weiterbewirtschaftung unter den obgenannten Gesichtspunkten prüfen.

Eine Aeußerung der Gemeinde zu dieser Resolution steht noch aus.

Arbeiterzeitung
19./VIII. 1919

19/
1099

Die Bewirtschaftung des Sauerkrautes und der Kartoffeln durch die Gemeinde Wien.

In einer Vertrauensmännersitzung der städtischen Sauerkrautlager- und Kartoffelabgabestellen, die am 7. d. stattfand, wurde die Frage der Weiterbewirtschaftung der genannten Artikel durch die Gemeinde erörtert. Aus den Verhandlungen der Vertrauensmänner mit der Gemeinde geht hervor, daß sich die Gemeinde Wien, durch die bekannten Mißerfolge entmutigt, mit dem Gedanken trägt, die beiden Artikel dem freien Handel zu überlassen. Dadurch würden nicht nur an vierhundert Arbeiter der Gemeinde brotlos, sondern es wäre in erster Linie die notleidende Bevölkerung davon betroffen, die diese beiden Lebensmittel, besonders die Erdäpfel, zu erhöhten Preisen im freien Handel kaufen müßte. Die Vertrauensmänner obiger Betriebe faßten eine Entschließung, in der der Gemeinde Wien nahegelegt wird, die beiden Artikel nach folgenden Gesichtspunkten weiter zu bewirtschaften:

1. Abgabe der bisher vom Bezirkswirtschaftsamt (Stelle VI) bewirtschafteten Lebensmittel direkt an die Verbraucher in Verkaufsbaracken, die von der Gemeinde nach Pariser Muster zu errichten wären.
2. Beiziehung von sachmännischen Vertretern aus Arbeiterkonsumvereinen beim Einkauf und bei der Kalkulation.
3. Zuziehung von mindestens je zwei Betriebsräten der Sauerkraut- und Kartoffelarbeiter zur Kalkulation.

---

ngesichts der gewiß unliebsamen Ueberraschung durchaus nicht den Humor, von der sicheren Ueberzeugung geleitet, daß ihm nichts geschehen könne, solange es noch einen bewährten Schleichhandel gibt. „Sehts," sagte er zu den Genossen, die die Beschlagnahme durchführten, „ihr unterstützt mit dem Ganzen doch nur den Schleichhandel; denn wenn ihr mir die Sachen wegnehmt, bin ich gezwungen, sie mir wieder zu kaufen und noch teurer zu bezahlen." Denn bei der viel anstrengenderen Arbeit des Herrn Ben Tieber kann er natürlich

Westungarischer-Grenzbote

24./VIII. 1919

9/21

200

* **Die Gemüse- und Obstpreise.** Der Zasobovací ústav setzt folgende Richtpreise für Obst und Gemüse für die Zeit vom 27. August bis 3 September fest: Häuptelsalat 1 Häuptel 8—16 H., Radieschen 1 Stück 2—3 H., Bierrettich pro Stück 3—5 H., weißer langer Rettich 2—4 H. pro Stück, schwarzer Rettich bis 30 H pro Stück, Kohlrabi Ia 10—11 H. pro Stück Kohl 10—30 H. pro Häuptel, Karotten ohne Grünes 1 K. pro Kgr., Knoblauch 1 K. 20 H. pro Kgr., Kürbis 40 H. pro Kg., Salatgurken 80 H. pro Kgr., Spinat 60 H. pro Kgr., Zwiebel 1 K. pro Kgr., kleine Einlegegurken 1 K. 30 H. pro Kgr., Petersilie 1 K. 50 H. pro Kgr., Streugrünes 1 Bündel zirka 35 Dkg. 30 H., grüne Erbsen in Schoten 1 K 20 H. pro Kg., grüne Erbsen ausgelöst 4 K. pro Kgr., grüne Fisolen bis 50 H. pro Kg., gelbe Fisolen 1 K. 10 H. pro Kg., ausgelöste Fisolen 3 K. pro Kgr Sellerie 14—40 H pro Stück, Möhren ohne Grünes 60 H. pro Kgr. Peterce 1 Bündel 2—3 Stück 14 H. Kraut 70 H. pro Kgr. Majoran 1 Bündel 50 H., Paprika groß 20 H., Paprika klein spitzig 8 H. pro Stück, Paradeisäpfel 2 K. 40 H. pro Kgr., Linsen 4 K. pro Kgr. Kukuruzkolben 24 H. pro Stück. Birnen 1—4 K. pro Kgr., Aepfel 2—3 K. pro Kgr., Pfirsiche 4—6 K. pro Kgr., gelbe Pflaumen bis 1 K. 40 H. pro Kgr. Ringloten 3—4 K. pro Kgr., lichte Pflaumen 2 K. pro Kgr., saure Gurken 1 K. 60 H. pro Kgr. Kraut darf nur ungewaschen verkauft werden.

Die Zeit

Abend
26. VIII. 1919

201

Die Auflösung der „Geos".

Wie schon berichtet, hat sich die Gemüse-Obst-Stelle des Volksernährungsamtes aufgelöst und befindet sich in Liquidation. Das Amtsblatt der heutigen „Wiener Zeitung" enthält folgende hierauf bezügliche Verlautbarung:

1. Bezirk, Dorotheergasse Nr. 7, früher 1. Bezirk, Plankengasse Nr. 4. Gemüse-Obst-Stelle des k. k. Amtes für Volksernährung, Geschäftsabteilung, gemeinnützige Gesellschaft m. b. H. Hauptniederlassung mit den unter der Firma gleichen Namens bestehenden Zweigniederlassungen in Wolfsberg (Kärnten) und Graz. Firmawortlaut nunmehr: Gemüse-Obst-Stelle des k. k. Amtes für Volksernährung, Geschäftsabteilung, gemeinnützige Gesellschaft m. b. H. in Liquidation. Die Gesellschaft hat sich aufgelöst und ist in Liquidation getreten. Liquidatoren sind Dr. Kurt Schechner, Generalsekretär der Gartenbaugesellschaft in Wien, und Jakob (Jacques) Waltuch, Direktorstellvertreter in Wien. Dieselben werden die Firma kollektiv derart zeichnen, daß sie unter den nunmehrigen Firmawortlaut oder je einer von ihnen mit einem Prokuristen kollektiv ihre Unterschrift setzen. Gelöscht die bisherigen Geschäftsführer Konsul August Scholl und Dr. Heinrich Dessauer sowie die Kollektivprokura des Jakob (Jacques) Waltuch.

Der Aufklärung bedarf es, wieso sich die „Geos" noch heute als Nebenstelle des „k. k." Amtes für Volksernährung betrachtet.

Reichspost

27./VIII. 1919

202

Aepfel und Birnen auf den Wiener Märkten.

Nachfolgende Mengen Aepfeln und Birnen wurden heute durch die Wiener Gemüse- und Obst-Uebernahms- und Verteilungsstelle den Märkten in den einzelnen Bezirken zum Verkaufe zugewiesen und zum Verkaufe gebracht: 8000 Kilogramm zum Preise von Kr. 7.30, 2. Bezirk (Karmelitermarkt), 6000 Kilogramm Birnen zum Preise von Kr. 5.60, 4. Bezirk, (Phorushalle), 4000 Kilogramm Aepfel, Naschmarkt, 41.800 Kilogramm Aepfel, 9. Bezirk (Halle), 2000 Kilogramm Birnen, 10. Bezirk, Eugenplatz, 9000 Kilogramm Birnen, 14. Bezirk, (Schwendermarkt), 16.000 Birnen, Meiselmarkt. 4000 Kilogramm Aepfel, 16. Bezirk, 10.000 Kilogramm Birnen, durchwegs zum Preise von Kr. 7.30, 20. Bezirk, 7000 Kilogramm Birnen zum Preise von Kr. 5.60.

Reichspost
24./IX. 1919

205

Obstverteilungs- oder Obstverteuerungsstelle?

Aus Leserkreisen wird uns geschrieben: Ich war am vergangenen Dienstag mit einer Obstgroßhändlerin bei der Obst- und Gemüseverteilungsstelle G. m. b. H. am Bauernmarkt 22 und wollte mit allem Nachdruck die Bewilligung erhalten, an diese Obstgroßhändlerin direkt, also mit Ausschaltung der Verteilungsstelle, 30 bis 100 Waggons Aepfel aus Steiermark liefern zu dürfen, wodurch ein Detailverkaufspreis von 3 Kronen 80 Heller bis 4 Kronen erreicht worden wäre. Ich wurde rundweg vom Direktor dieser Stelle abgewiesen mit dem Bemerken, die Aepfel dürfen in Steiermark nur um 2 Kronen eingekauft werden und sind nur an die Verteilungsstelle zu liefern, welche allein berechtigt ist, die Ausfuhrbewilligung von der steiermärkischen Landesregierung zu erhalten. Zwischen der steiermärkischen Landesregierung und der Verteilungsstelle seien Vereinbarungen getroffen worden, daß nicht teurer eingekauft werden darf als um 2 Kronen. Die Folge ist, daß der Markt ungenügend beliefert wird, weil die Bauern erklären, daß sie lieber Most machen, als die Aepfel um 2 Kronen zu geben, da sie ja für den Most mehr bekommen. Und die wenigen Aepfel, die um 2 Kronen aus Steiermark eintreffen, sind so klein und unansehnlich, daß sie um den Preis von Kr. 6.60, wie sie auf den Märkten angeschrieben sind, nicht gern gekauft werden.

Nun habe ich aber erhoben, daß die Verteilungsstelle, die angeblich um 2 Kronen in Steiermark gekauften Aepfel zum Preise von Kr. 3.80 an die Obstgroßhändler abgeben, letztere geben diese Aepfel mit entsprechendem Aufschlag an die Obststände auf den Wiener Märkten, diese wieder an die Detailkunden mit entsprechendem Zuschlag ab. So muß natürlich der Preis emporklettern. Also die Obst- und Gemüseverteilungsstelle schlägt auf jedes Kilogramm Aepfel Kr. 1.80 (beinahe das Doppelte des Einkaufspreises!) auf, erbringt dadurch den Beweis, daß durch ihr Bestehen die von der Wiener Bevölkerung so sehnsüchtig erhofften billigen Aepfel nur verteuert werden. Sie besteht eben nur, um sich durch die Aepfel-„Verteilung" selbst zu erhalten. Würden die Obstfachleute selbst den Einkauf besorgen, dann gäbe es in Wien billige Aepfel um 3 bis 4 Kronen per Kilogramm. Wenn nun die arme Wiener Bevölkerung ohne drückende Last der Obstzentralen nicht leben darf, warum befinden sich nicht ausschließlich Fachleute der Genossenschaft der Obsthändler in dieser Zentrale, warum müssen es Juden sein, die dort ihr Dasein auf Kosten der Wiener Bevölkerung verbringen? Es könnte aber diese Obstverteuerungsstelle ohneweiters aufgelassen werden und eine Verbilligung des Obstes und Gemüses müßte eintreten, weil sofort eine gesunde Konkurrenz platzgreifen würde, welche von selbst das Niveau der Preise auf eine niedrigere Stufe herabdrücken müßte.

Reichspost
26./IX. 1919

206

Der Apfelpreis auf dem Lande und in Wien.

Eine mehr als merkwürdige Preisbildung.

Steiermark, das Hauptäpfelland, hat für August und September 500 Waggons Aepfel zur Ausfuhr nach Wien von der Grazer Landesregierung freigegeben erhalten. Die Großhändler in Steiermark kaufen das Tafelobst bei den Bauen — — um 2 Kronen per Kilogramm, verkaufen es im Lande und was ihnen übrig bleibt, könnten sie also ruhig nach Wien schicken. Sie müssen aber diese Aepfel zum Höchstpreis liefern, wobei der ihnen dabei erwachsende Nutzen so gering ist, daß ihnen die Arbeit der Versendung gar nicht lohnt. 2 Kronen 25 Heller hat man ihnen bewilligt. Nun muß aber der Händler sich erst einen Ausfuhrschein bei der Obsthändlergenossenschaft in Graz holen, mit dem er dann das Obst in irgend eine Grenzstation schicken kann, das Grenzüberwachungsamt in Mürzzuschlag oder Friedberg untersucht die Sendung, wobei es schon mehr wie einmal vorkam, daß die Waggons ein paar Tage stehen blieben, was natürlich auf die Haltbarkeit der Aepfel nicht gerade den besten Einfluß ausübt. Von der Grenzstation gehen die Aepfel mit dem Frachtbrief nach Wien, wo sie von der Obstverteilungsstelle am Bauernmarkt übernommen werden. In Wien aber müssen wir die Aepfel durchschnittlich um 7 Kronen 30 Heller per Kilogramm zahlen, also fast um das Vierfache des Einkaufspreises, ganz zu schweigen von der Tatsache, daß Aepfelpreise auch von 8 bis 12 Kronen per Kilogramm in Wien keine Seltenheit sind. Daß diese Tatsachen natürlich ganz und gar nicht dazu angetan sind, die Einfuhr von Aepfeln nach Wien zu heben, liegt auf der Hand; denn mit Recht sagen sich die Bauern und die Großhändler: Uns beschimpfen gewisse Wiener Blätter als Obstwucherer, uns, die wir für das Kilogramm Tafeläpfel 2, bezw. 2 Kronen 50 Heller bekommen. Aber niemand fragt nach jenen Unbekannten, die die Differenz von 2 Kronen 50 Heller und 7 bis 12 Kronen einstecken.

Das ist allerdings eine sehr interessante Feststellung. Zwei Kronen kosten die Aepfel bei den Bauern und 7 bis 12 Kronen in der Stadt. Hoffentlich findet sich eine auf diesem Gebiete maßgebende Behörde, die diese Preisspannung einwandfrei zu erklären versteht. Die Bevölkerung ist sehr neugierig.

Amtsblatt der Stadt Wien
27/IX. 1919

19. Anfrage des GR. Feldmann:

Ich habe am 1. September 1917 in Vertretung der „Gekawe", Großeinkaufsgenossenschaft der Kaufleute in Wien an das damalige k. k. Amt für Volksernährung folgende Eingabe gemacht: „Die endesgefertigte Großeinkaufsgenossenschaft der Kaufleute in Wien, die laut beiliegender Mitgliederliste mehr als 600 Mitglieder umfaßt, welche sich auch in Friedenszeiten zum großen Teile mit dem Verkaufe und der Einlagerung der Kartoffeln beschäftigten, wäre in der Lage, bei ihren Mitgliedern zirka 250 Waggons Kartoffeln einzulagern. Die Einlagerung bei unseren Mitgliedern hätte den Vorteil, daß nicht allzu große Mengen Kartoffeln auf einer Stelle eingelagert werden, daher leicht übersehbar und kontrollierbar sind, wodurch die Möglichkeit gegeben ist, daß leicht verderbliche Kartoffeln früher dem Verkehre zugeführt werden als besser haltbare und dadurch der unvermeidbare Verderblichkeitsprozentsatz herabgedrückt wird. Sie hätte aber auch den Vorteil, daß während der kalten Zeit sich die Kartoffeln schon an Ort und Stelle befinden, von wo sie dem Konsum zugeführt werden können, also ein Erfrieren ausgeschlossen ist und ebenso die Manipulationskosten im Winter gespart werden könnten. Die Großeinkaufsgenossenschaft der Kaufleute in Wien würde die Bürgschaft für die richtige Lagerung übernehmen, ebenso auch dafür, daß von den einzelnen Verkaufsstellen jeweilig nur soviel verkauft werden darf, als für diesen Zweck vom k. k. Amte für Volksernährung freigegeben wird.

Indem die gefertigte Genossenschaft mit Rücksicht auf die bereits vorgeschrittene Zeit um dringende Erledigung ihres Ansuchens bittet, empfiehlt sie sich dem hohen k. k. Amte für Volksernährung."

Auf diese Eingabe erhielten wir am 9. September 1919 folgende Erledigung: „Das Ansuchen wäre, soweit es tunlich erscheint, zu berücksichtigen, jedenfalls aber die Einlagerung der Kartoffeln in den erwähnten Lagerräumen ernst in Erwägung zu ziehen. Die Großeinkaufsgenossenschaft der Kaufleute in Wien wurde angewiesen, sich mit dem Wiener Bezirkswirtschaftsamte direkt in Verbindung zu setzen." Ich habe mich unmittelbar nach Empfang dieses Schreibens bemüht, mit dem Leiter der Bezirkswirtschaftsstelle 3, Herrn Magistratsrat Dr. Ehrenberg in Verbindung zu setzen. Es ist mir jedoch trotz meiner mehr als zehnmaligen Besuche nicht gelungen, vorgelassen zu werden, obwohl einmal sogar Herr VB. Rain bei dem Herrn Magistratsrat telephonisch intervenierte. Der dortmalige Magistratssekretär Herr Dr. David ist der Angelegenheit angeblich sympathisch gegenübergestanden, aber zu einem Ergebnisse haben die Unterhandlungen nicht geführt. Die Kartoffeln wurden ungeachtet von diesen und anderen, von Fachleuten erstatteten Vorschlägen in Schwechat eingemietet und, soviel bekannt geworden, sind diese eingemieteten Kartoffeln zum großen Teile zugrunde gegangen.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

1. Ob er geneigt ist, erheben zu lassen, wieviel Waggons Kartoffeln eingemietet wurden und wieviel Waggons gesunde Kartoffeln aus dieser Miete dem Konsum zugeführt werden konnten, beziehungsweise wieviel Waggons Kartoffeln verdorben sind?

2. Ob er geneigt ist, seinen Einfluß dahin auszuüben, daß nach der heurigen Kartoffelernte zur Aufbewahrung der Kartoffeln auch jene Kreise herangezogen werden, die sich schon vor dem Kriege mit dem Einwintern von Kartoffeln über die ganze Winterszeit beschäftigten, beziehungsweise dies besorgten, wobei natürlich für eine richtige Aufbewahrung und Pflege von seiten der Einlagerer Garantien gegeben werden müßten, weil diese Art der Einlagerung auf Grund der Erfahrungen die zweckentsprechendste ist und für den Konsum am wenigsten verloren geht?

Bürgermeister: Die Anfrage leidet an dem einen Umstande sehr bedenklich, daß sie etwas veraltet ist. Im Herbste 1915 wurden eingemietet 837 Waggons; in den Verkehr gebracht wurden 1400 Waggons; der Schwund betrug 69 Waggons oder 8 Prozent. Im Herbste 1916 wurden eingemietet 1479 Waggons, in den Verkehr gebracht wurden 1400 Waggons, der Schwund betrug 79 Waggons oder 6 Prozent. Im Herbste 1917 wurden eingemietet 2661 Waggons; in den Verkehr gebracht wurden 2382 Waggons. Der Schwund betrug daher 279 Waggons oder $10^1/_2$ Prozent. Im Herbste 1918 fand keine Einmietung statt. Das Kartoffelgeschäft wurde für die kommende Versorgungszeit der Wiener Obst- und Gemüseübernahms- und Verteilungsstelle übertragen und sind die Uebergabsarbeiten im Gange. Die genannte Stelle beabsichtigt, weder Einlagerungen noch Einmietungen vorzunehmen, sondern die Kartoffeln sofort an die Verbraucher auszugeben, welche dadurch in die Lage kommen, ihren Wintervorrat selbst aufzubewahren.

Amtsbl..tt der Stadt Wien
27/IX. 1919

18. Anfrage des GR. Feldmann:

Die schlechte Qualität der sogenannten städtischen Marmelade ist allgemein bekannt, so daß sie trotz des großen Mangels an Nahrungsmitteln von Seite der Konsumenten nur in seltenen Fällen verlangt wird, infolgedessen sich im Besitze der Gemeinde Wien noch größere Vorräte befinden sollen, wovon bereits ein Teil in Gärung übergeht.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

1. ob er bereit ist, um den in dieser Richtung verbreiteten Gerüchten entgegenzuwirken, eine Kommission einzusetzen, welche die gegenwärtigen Vorräte der Gemeinde in Marmelade zu überprüfen und stichprobenweise Muster zu ziehen hätte, um sie einer chemischen Untersuchung zuzuführen und zu ersehen, ob die in Frage kommende Marmelade überhaupt für den menschlichen Genuß noch geeignet ist?

2. Die Kommission hätte das Marmeladegeschäft der Gemeinde Wien zu überprüfen und dem Gemeinderate Bericht zu erstatten.

Bürgermeister: Da in der kurzen, zur Verfügung gestandenen Zeit eine erschöpfende Behandlung der Fragen, betreffend das Marmeladegeschäft der Gemeinde Wien, nicht möglich war, wird die Beantwortung der Interpellation in der nächsten Gemeinderatssitzung erfolgen. Ich kann aber den Herrn GR. Feldmann jetzt schon beruhigen. Die Sache wird in einer Weise geschlichtet werden, wie es im Interesse der Stadt Wien gelegen ist, so daß eine Schädigung der Interessen der Stadt Wien in keiner Weise eintreten wird. Es sind bereits auch die entsprechenden Verfügungen getroffen. Ich werde in der nächsten Sitzung einen kurzen Bericht erstatten, damit die Herren über den Stand der Angelegenheit informiert sind.

8. Anfrage des GR. Feldmann:

Die bekannten Vorfälle beim Verkaufe städtischer Kipflererdäpfel haben in allen Kreisen der Bevölkerung das unliebsamste Aufsehen erregt und das ohnehin nicht allzu große Vertrauen, das man den amtlichen Bewirtschaftungsmethoden entgegenbringt, weiter erschüttert. Trotz einer eingehenden Kritik der Tagesblätter erscheint der Preisirrtum von 3 K für das Kilogramm noch immer nicht genügend aufgeklärt. Offen bleibt auch die Frage, wem, da der Preisunterschied von 6 K 96 h auf 3 K 96 h den kaufenden Verbrauchern nicht rückvergütet wurde, der unerwartete Mehrertrag zufließt und welche Verwendung er gefunden hat. Es könnte aber auch sein, daß der Irrtum in der Preisfestsetzung beim Einkauf durch die Gemeinde unterlief und daß die maßgebenden Stellen es unter dem Drucke der öffentlichen Meinung vorgezogen haben, die Verkaufspreise herabzusetzen. Dann ergibt sich aber im Gemeindehaushalte ein nennenswerter Fehlbetrag. Vollzog sich aber der Einkauf zu einem Preise, der von vornherein einem Kleinverkaufspreis von 3 K 96 h bedungen hätte, so müßte man den Ansatz von 6 K 96 h als eine bewußte Bewucherung der Bevölkerung bezeichnen.

Ueber alle diese offenen Fragen liegt der barmherzige Schleier der Verschwiegenheit. Die leidgeprüfte Bevölkerung hat aber unbestritten das Recht zu erfahren, was mit ihrem Gelde geschieht.

Der Gefertigte richtet daher an den Bürgermeister die Anfrage,

ob er geneigt ist, die Angelegenheit der Kipflererdäpfel restlos aufzuklären?

Bürgermeister: Vom Staatsamt für Volksernährung wurde Mitte Juli laufenden Jahres für Kipflerkartoffeln ein dreifacher Preis der Rundkartoffeln grundsätzlich festgelegt. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß diese Tatsache in allen Tagesblättern veröffentlicht worden ist.

Die niederösterreichische Landeswirtschaftskommission hat in Entsprechung dieses Grundsatzes in ihrer Sitzung vom 18. Juli für die Kartoffeln der Ernte 1919 folgende Uebernahmspreise für das Kilogramm festgesetzt: Für Rundkartoffeln 1 K, für Kipflerkartoffeln 3 K, für Frühkartoffeln, das sind die bis längstens 15. August 1919 abgelieferten Rundkartoffeln, 2 K. Der letztere Termin wurde dann bis 31. August 1919 erstreckt. Ueber den Uebernahmspreis von Kipflerkartoffeln, die vor dem 14. August 1919 abgeliefert würden, wurde nichts bestimmt, da der Landesregierung von fachlicher Seite mitgeteilt wurde, daß Kipflerkartoffeln vor dem 15. August 1919 nicht geerntet würden.

Es wurden bereits vor dem 15. August 1919 Kipflerkartoffeln der Gemeinde Wien von der Kriegsgetreideanstalt zugewiesen. Ueber telephonische Anfrage des Magistrates bei der Kriegsgetreideanstalt wurde mitgeteilt, daß dieser Anstalt von der Landesregierung und dem Amte für Volksernährung der Kipflerpreis mit 6 K per Kilogramm angegeben worden sei und wurde daher mit Berücksichtigung des Schwundes, der Spesen der Gemeinde Wien und der Händlerspannung ein Kleinverkaufspreis von 6 K 96 h für das Kilogramm festgesetzt. Als dann die bekannten Szenen auf den Märkten vorfielen, hat der Magistrat bei der Landesregierung neuerlich telephonisch angefragt, welche erklärte, daß die Preisfestsetzung von 6 K per Kilogramm nicht zu Recht bestehe und daß der Kipflerübernahmspreis ohne Rücksicht auf den Ablieferungstermin nur 3 K per Kilogramm betrage. Auf diese Erklärung hin wurde der Kleinhandelspreis entsprechend herabgesetzt. Der zuviel bezahlte Uebernahmspreis wurde von den Produzenten zum Teil gelegentlich von Neuanlieferungen bereits hereingebracht, zum Teil ist diese Einhebung im Gange.

Der Verkauf von Kipflerkartoffeln wurde nach den Vorfällen auf den Märkten bis zur Festsetzung des neuen Preises sofort eingestellt, so daß nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Verbrauchern zu dem teueren Preise einkaufte. Die Kipflerkartoffeln wurden außerhalb des Rahmens der Rayonierung als Zubuße gegen einfache Durchlochung der Mehlbezugskarte abgegeben und ist eine Zurückzahlung des zu viel bezahlten Betrages mangels einer Kontrolle des tatsächlichen Einkaufes von Kipflerkartoffeln nicht möglich.

Das finanzielle Ergebnis des Geschäftes mit Kipflerfrühkartoffeln steht noch nicht fest.

Frankfurter Zeitung 10/VIII. 1918.

10

Die Mängel der Obstversorgung.

Was kundige Beurteiler voraussagten, ist eingetroffen: die von der Reichsstelle für Gemüse und Obst in Berlin getroffene Regelung der Frühobstversorgung hat in einem Maße versagt, wie noch keine Ernährungsmaßnahme irgend einer anderen Stelle. Man behauptet nicht zu viel, wenn man geradezu von einem Zusammenbruch unserer Frühobstversorgung spricht. Daß die Reichsstelle daran nicht die ausschließliche Schuld trägt, muß billigerweise zugegeben werden; denn die Ernte ist diesmal wesentlich weniger ergiebig gewesen als im Vorjahr. Aber es ist schon ein grundlegender Mangel einer Regelung, wenn ihr gutes Funktionieren einzig und allein auf der Voraussetzung einer guten Ernte aufgebaut ist. Bei sehr guter Ernte würde man füglich, und vermutlich sogar besser, ohne zwangswirtschaftliche Maßnahmen auskommen; die Kunst verständiger Regelung besteht aber darin, auch für weniger günstige Fälle eine wenigstens einigermaßen geordnete Versorgung zu gewährleisten. Daß das diesmal nicht erreicht worden ist, daß an Stelle geregelter Versorgung eine Anarchie sondergleichen getreten ist, mit allen ihren bedauerlichen Erscheinungen, darüber ist in der gestrigen Sitzung der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung eingehend gesprochen worden.

Der Grundfehler der ohne Anhören der Kommunen getroffenen Regelung lag schon darin, daß man unter gröblicher Außerachtlassung der ganz verschieden gearteten Kostenfrage in den verschiedenen Erzeuger- und Verbrauchergebieten einheitliche Höchstpreise festsetzte mit Handelszuschlägen, die vielfach als völlig unzureichend bezeichnet werden mußten. Ein weiterer schwerer Fehler war es, daß man die außerordentlich hohen Preise, die sich vor Inkrafttreten der Höchstpreisverordnung im freien Markt gebildet hatten, nicht allmählichem Abbau, sondern ganz plötzlichem Absturz auf ein Drittel bis ein Viertel der seitherigen Preise unterwarf. Man kommandierte in Berlin in vollständiger Verkennung der Verhältnisse, statt die Verkäuferpsychologie verständig zu berücksichtigen. Die Ware verschwand mit einem Schlage und suchte oder richtiger: sie fand ohne suchen zu müssen, reißenden Absatz auf den bekannten Wegen. Die Städte — an Händen und Füßen gebunden — waren demgegenüber machtlos. Hätte man ihnen nur einige Bewegungsfreiheit gelassen, so wären sie in der Lage gewesen, wenigstens einen Teil der Organisationsfehler auszugleichen. So aber blieben sie von Berlin und von ihren Versorgungsgebieten abhängig, Frankfurt insbesondere von Süddeutschland und in erster Reihe von Hessen, mit dem es zu einer wirtschaftlichen Zwangsehe zusammengeschlossen wurde. Man versteht, wenn die Stadtverordneten einstimmig einem Antrag zustimmten, der die Entlassung Frankfurts aus der Preisgemeinschaft mit Hessen forderte und einem weiteren Antrag, der fordert, daß die gegenseitige Absperrung der einzelnen Bundesstaaten endlich aufhöre. Zunächst Hessen: Es ist gestern anerkannt worden, daß eine ganze Reihe anderer hessischer Stellen, mit denen die Stadt Frankfurt zu tun hat, in loyaler Weise ihre Pflichten und Verpflichtungen erfüllt, ebenso nachdrücklich ist aber über das Verhalten der hessischen Landesobststelle Klage geführt worden. Das Frühobst sollte im ganzen Reiche auf Grund der getroffenen Preisregelung freizügig sein. Kein Staat hat sich daran gehalten. Durch Errichtung besonderer Landesobststellen wurde vielmehr die vollständige Absperrung der Grenzen erreicht. Ein Bericht der Geschäftsstelle der badischen Obstversorgung vom 26. Juni beispielsweise verweist darauf, daß die Obststelle es erreicht hat, daß das im Lande vorhandene Obst bis auf ganz geringfügige Mengen dort festgehalten werden konnte, daß in der letzten Berichtswoche „kein Pfund Obst außerhalb Baden geliefert" worden sei; und gewissermaßen um vor dem eigenen Lande zu entschuldigen, „daß in den allerersten Tagen der diesjährigen Obsternte mehrere Wagen Erdbeeren (aber keine Kirschen) gemäß den Dispositionen der Reichsstelle für Gemüse und Obst in Berlin nach norddeutschen Städten versandt worden sind," verweist der Bericht der Geschäftsstelle darauf, in wie hohem Maße Baden in seiner Versorgung mit wichtigsten Lebensmitteln aller Art (Getreide, Kartoffeln, Fett usw.) auf Norddeutschland angewiesen ist. In gleicher Weise, zum Teil noch viel schlimmer, wie Baden verfährt aber auch unser Nachbarland Hessen, mit dem wir zusammengeschlossen sind. Es ist festgestellt, daß Hessen selbst die Erfüllung der mit uns abgeschlossenen Lieferungsverträge dauernd verhindert, indem die hessische Landesobststelle in Darmstadt den Nachweis verlangt, wieviel die nach Frankfurt verpflichteten hessischen Erzeuger wirklich selbst erzeugen, da man vermute, daß diese Leute einen Teil der Ware anderweitig aufkaufen, um sie nach Frankfurt zu bringen. Man mutet also der Stadt Frankfurt zu, Feststellungen zu machen, die, ins einzelne durchgeführt, mehrere Wochen dauern würden. Nach dem Grund dieser fortgesetzten Belästigungen befragt, wurde erwidert, die Verträge könnten nur dann anerkannt werden, wenn die Voraussetzungen erfüllt seien, an die Hessen die Ausführung knüpfen müsse. Auf wiederholtes Ersuchen, diese „Voraussetzungen" bekannt zu geben, erfolgte keine Antwort. Aus diesem ganzen, mit dem Grundsatz von Treu und Glauben schwer vereinbaren Verhalten geht hervor, daß Hessen mit Absicht eine Verschleppungspolitik betreibt, um bis zur Klarstellung aller Fragen die Lieferungen nach Frankfurt unterbinden zu können.

Will die Reichsstelle solchem Treiben weiter ruhig zusehen? Ist sie schon stark genug, ohne Befragen der Gemeinden Anordnungen zu treffen, die von den für deren Versorgung verantwortlichen Stellen und von den leer ausgehenden Verbrauchern wahrlich schwer genug empfunden werden, dann sollte sie wenigstens nicht so schwach sein, ruhig zuzusehen, wie sich die Bundesstaaten über ihre Verfügungen einfach hinwegsetzen. Eine solche Reichsstelle hätte keinen Anspruch mehr auf das Vertrauen der Bevölkerung und sollte so rasch wie möglich die ihr anvertraute Aufgabe in andere Hände legen.

Frankfurter Zeitung 11./VIII. 1918.

wo die ohnmächtige Wut des Besiegten als Kunst ihren vergifteten Geifer verspritzt und der leichtgläubige Haß eines verblendeten Patrioten zur Tobsucht wird. Man sehe sich nur einmal die jämmerlichen Karikaturen des Kaisers und Hindenburgs an! Der Engländer Ernest Forbes im „Sketch", der dem Kaiser eine Verbrecherphysiognomie andichtet, und der Franzose G. Pioch, der den Kopf futuristisch verblödsinnigt, wetteifern hier miteinander: beides sind wüste Kleckereien ohne jede Spur von Charaktererfassung Um deutsche und französische Karikatur zu vergleichen, braucht man nur etwa Gulbranssons „Grey" oder „d'Annunzio" neben solche Sudeleien zu halten. Dann wird man sich erst mit Schaudern bewußt, wie das Unglück den Menschen und den Künstler äußerlich und innerlich verwüstet.

Wollen wir uns also selbstgerecht überheben und mit dem Pharisäer „Herr, ich danke dir..." sagen? Nein. Denn auch auf unserer Seite hat es während des Krieges Geschmacklosigkeiten genug gegeben; und wenn wir nicht so sind, wie jene Sünder dort, so verdanken wir es, nächst unserem ruhigeren Blute, vielleicht nur hauptsächlich der gütigen Vorsehung und unseren Heeren, die uns mit einer solchen Prüfung verschont haben.

Planmäßige Förderung des Kleingartenbaues.

Von Otto Ernst Sutter.

Die Zahl der Kleingärtner ist in Deutschland in stetigem Steigen begriffen. Sie hat vermutlich auch in diesem Frühjahr eine beträchtliche Zunahme erfahren. Die Gründe liegen auf der Hand. Immer weitere Kreise erkennen die wirtschaftliche und sozial-sittliche Bedeutung kleingärtnerischer Tätigkeit. In den großen Städten ist der „Landhunger" nach Kriegsäckern und -gärtchen vielfach so groß, daß er auch nicht annähernd befriedigt werden kann. Genaue Zahlen darüber, welche Fläche insgesamt in Deutschland kleingärtnerisch bebaut wird, liegen nicht vor. Doch ist bekannt, daß allenthalben in der Kriegszeit dem Kleingartenbau ansehnliche Ländereien in größeren und kleineren Parzellen neu erschlossen worden sind. Und mit Hingabe sind die Kleingärtner am Werk, um den Gemüse- und Früchtebedarf des eigenen Haushalts so weit wie möglich auf den eigenen Beeten zu erzeugen.

Was wird aus dem Kriegs-Kleingartenbau nach dem Krieg? Diese Frage wird in den Kreisen der Kleingärtner selbst, aber auch von Wohnungspolitikern usw. vielfach erörtert. Wer sich darüber im klaren ist, welche Bedeutung dem Kleingartenbau in wirtschaftlicher wie in sozial-sittlicher Hinsicht zukommt, der weiß, daß nichts versäumt werden darf, die Kleingärten, die im Krieg entstanden sind, nach Möglichkeit zu erhalten und gemäß dem Bedürf-

Reichspost
25./VIII.1918

Pilzsorgen.

Kein Tag vergeht mehr, ohne daß nicht mehrere neue Todesopfer infolge von Pilzvergiftungen gemeldet werden, und es ist kaum abzusehen, wann diese Reihe von Opfern der gegenwärtigen Ernährungsnot bei dem heurigen Reichtum an Schwämmen ein Ende finden wird.

Trotz der Wichtigkeit alles dessen, was gegenwärtig unsere Hauptnahrungsmittel strecken hilft, darf der Nährwert der Pilze nicht so stark überschätzt werden, wie dies gewöhnlich geschieht. Er ist viel geringer als der des Fleisches, man kann ihn etwa mit dem der Kohlrübe vergleichen. Auch die Verdaulichkeit der Schwämme ist nicht allzu groß, freilich in Pulverform verträgt sie jeder Magen. Damit nähern sie sich all den Stoffen, die wir als Gewürze bezeichnen, so daß wir zusammenfassend sagen können, die Schwämme sind gewissermaßen Gemüse und Gewürz zugleich, also wirklich für die Volksernährung sehr wertvoll. Aber ihr Wert wäre bei weitem größer, wenn sich nicht immer wieder die bange Frage aufdrängte, wie unterscheide ich die genießbaren, guten Pilze von den ungenießbaren und giftigen. Diese Frage, die so alt wie die Pilzsammeltätigkeit ist, wird von den Kundigen leicht beantwortet. Es gibt keine gemeinsamen, überall zutreffenden Merkmale der Genießbarkeit oder der Giftigkeit der Pilze, nur ein ausreichendes Studium und fortwährendes Vergleichen gibt Schutz. Das kann freilich nicht immer jedermann tun, solche Kenntnisse erwirbt man sich nicht von heute auf morgen, sondern in oft jahrelanger sorgfältiger Beobachtung und Arbeit. Man kann daher nicht oft genug darauf verweisen, daß Zwiebeln oder Silberlöffel durch ihre Verfärbung keineswegs die Giftigkeit eines Pilzgerichtes anzeigen, daß auch Farbenveränderung auf den Bruch- oder Schnittflächen der Pilze nicht die Giftigkeit beweisen. Ein Vertrauen auf derartige Proben hat sich oft schon bitter gerächt. Im allgemeinen herrscht gerade den Pilzen gegenüber großes Mißtrauen und die meisten Menschen, besonders unter der Landbevölkerung, halten sich nur an ganz wenige, sicher bekannte Arten, wie etwa an den Herrenpilz, die Eierschwämme und die Milchbrätlinge. Diese Furcht ist aber gewiß unbegründet, denn in unseren Wäldern kommen kaum mehr als sieben wirklich giftige Arten vor, freilich auch eine ganze Reihe von ungenießbaren Formen aus anderen Gründen, sie sind entweder bitter, zäh oder holzig, zu weich usw. Die scheiden ja für das normale Geschmacksempfinden von selbst aus. Dabei muß immer wieder betont werden, daß ein Kosten der Pilze ohne Verschlucken der gekauten Teile, also ein Untersuchen nur mit Zunge und Gaumen, vollständig harmlos und ungefährlich ist, trotz aller gegenteiligen Furcht und Sorge. So kann also der Geschmack ein Wesentliches zum Ausscheiden ungenießbarer und giftiger Formen beitragen. Es schmeckt z. B. der giftige Speitäubling roh gekostet derart scharf und abscheulich beißend, daß schon eine kleine Probe mit der Zunge zu seiner Zurückweisung genügt. Dann aber hilft das nächstemal auch das Auge mit, denn solche Formen prägt man sich leichter ein, wenn auch ein anderer Sinn zu Rate gezogen werden kann.

Am gefährlichsten sind natürlich solche Pilze, die ohne besonders auffällige Farben- und Formmerkmale auch den Geschmackssinn nicht herausfordern. Zu ihnen gehören die gefährlichsten und heimtückischesten aller einheimischen Giftpilze, der grüne und der gelbe Knollenblätterpilz. Die uns zugekommene Aufforderung, eine Abbildung gerade dieses Pilzes zu bringen, läßt sich nicht durchführen, wie jeder, der mit den Möglichkeiten der Tagespresse vertraut ist, sofort erkennen wird. Hier müßte von der zuständigen Behörde alles getan werden, in die weitesten Kreise wenigstens die Kenntnis der heimischen Giftpilze zu bringen. Farbige Bilder an den Bahnstationen als Ausgangsorten zum Pilzsammeln, an der Außenseite von Schul- und Gemeindehäusern würden diesem Zwecke außerordentlich dienen, wie denn auch Pilzkurse jeder Art und Sammelausflüge unter sachkundiger Führung großen Erfolg haben. Besonders muß aber auch immer wieder gesagt werden, daß alte oder verdorbene Pilze, auch wenn die besten Arten darunter sind, die gleiche oder oft noch eine schlimmere Wirkung haben als wirkliche Giftpilze. Der bekannte Pilzforscher E. Michael berichtet dazu einen ganz eigenartigen Fall. Er machte mit einem Bekannten einen Sammelausflug, von dem sie beide in ziemlich gleicher Weise Beute aus gut genießbaren Pilzen heimbrachten. Während er selbst noch am gleichen Abend die Pilze putzen und zum Kochen vorbereiten ließ, wartete der Begleiter damit bis zum Abend des nächsten Tages. Die natürliche Folge davon war, daß eine Menge Pilze schon ganz verschimmelt und ungenießbar waren, während das aus dem noch scheinbar guten Rest zubereitete Gericht schwere Vergiftungserscheinungen hervorrief. Michael selbst verzehrte seine richtig behandelten Pilze mit großem Behagen und ohne schlimme Folgen.

Es sollen hier nur die giftigen Pilze der heimischen Wälder, die gegenwärtig in Betracht kommen, kurz beschrieben werden, soweit dies ohne Farbenbilder möglich ist. Die Hauptursache der augenblicklichen „Epidemie", wenn man so sagen darf, dürften Vergiftungen durch die Knollenblätterpilze sein, die leider in ihrem Geschmack kein warnendes Merkmal aufweisen. Die jungen Knollenblätterpilze sind von einer allgemeinen Hülle umschlossen, die beim Strecken des glockenartigen Hutes reißt und in fleckigen Resten auf ihm und am Grunde an der knolligen Verdickung zurückbleibt. Der Hut ist lebhaft grün, alt olivgrün, fleischig mit glattem Rand. Die Blätter sind weiß und stehen dicht gedrängt; der weiße feinflockige Stiel wird acht bis zehn Zentimeter hoch und trägt einen weißen, zartgrünlichen Ring sowie am Fuße eine Knolle, die beim grünen Knollenblätterpilz nicht so scharf abgesetzt ist vom Stiele wie beim gelblichen, der auch Giftwulstling genannt wird. Der in Laubwäldern — daher auch im Wienerwald — häufige Pilz kann wegen seiner grünlichen Farbe nicht leicht mit anderen verwechselt werden. Der gelbliche Knollenblätterpilz ist in Form und Vorkommen ähnlich, so daß der grüne häufig auch als Abart des gelblichen Knollenblätterpilzes bezeichnet wird. Das untrüglichste Kennzeichen dieses Giftpilzes ist die ausgeprägte und runde Knolle am Fuße des Stieles. Sie ist mit einer häutigen Scheide umgeben. Das Unheimliche an den Vergiftungen durch diese Formen liegt darin, daß die Wirkung des Giftes erst nach zwölf bis sechzehn Stunden eintritt, wenn jede Hilfe schon vergeblich ist.

Von den anderen Giftpilzen sind der Fliegenpilz und der größere in der Form ähnliche aber leberbraune Königsfliegenpilz zu nennen, die wohl nicht leicht mit anderen Formen zu verwechseln sind. Von den Röhrenpilzen, zu denen unser bester Speisepilz, der Herren- oder Steinpilz gehört, sind wohl alle zu meiden, die rote Stiele besitzen und eine intensiv rote Unterseite. Hierher sind der Satanspilz, der Wolfspilz und einige andere zu stellen.

Als kurze Regel stellt W. Th. Prym in seinem „Untrüglichen Ratgeber für Pilzsucher (München, O. Nemmich; Kronen 2.90) folgenden Satz auf, der besonders für Anfänger beherzigenswert ist: Außer dem stiellosen, innen schwärzlichen Kartoffelbovist, der wie eine Kartoffelknolle aussieht, sind alle Pilze eßbar, die 1. roh gut schmecken, 2. keine weißen Blätter haben, 3. kein rotes Futter (die sporentragende Unterseite des Hutes) oder intensiv roten Stil haben. Pryms Büchlein mit seinen fünf Farbentafeln ist überhaupt dem Anfänger sehr zu empfehlen. Damit kommen wir zu dem derzeit besten Mittel, sich eine ausreichende Pilzkenntnis zu erwerben, das sind eine Reihe vorzüglicher Pilzbücher, die immer wieder empfohlen werden müssen, denn ihre farbigen Abbildungen sind sozusagen der sicherste Schutz vor Vergiftungen. Wohl das beste und umfangreichste Werk ist der dreibändige Führer für Pilzfreunde von E. Michael, der nunmehr vollständig in 2. Auflage vorliegt. 345 Pilzarten sind dort in Farben abgebildet, sodaß kaum irgend eine auffällige heimische Art in den handlichen Bändchen fehlt. Die neue Auflage stellt ein Kunstwerk dar, das in der jetzigen Zeit wohl nur der deutsche Buchhandel zustande brachte. Zudem ist jede Beschreibung der Praxis und der Wissenschaft gleich gut angepaßt, die Bilder wirklich vorzüglich gelungen. Die im ersten Bande aufgenommene Einleitung allgemeiner Art faßt das Wissenswerteste über die Pilze überhaupt zusammen. Die gut gebundenen Bändchen des Zwickauer Verlages Förster und Borries stellen sich je auf Kronen 14.96. Zu nennen wäre auch die billige Volksausgabe des gleichen Verlages, die 39 Farbenbilder bringt. Sehr wertvoll und dem vorhergehenden Werke fast gleichzustellen sind die „Pilze der Heimat" von E. Gramberg (Leipzig, Quelle u. Meyer, je Kronen 13.—) in zwei stattlichen Bänden, die mehr dem häuslichen Studium dienen. Es erscheint in neuer Auflage, ist gegenwärtig vergriffen. Ein österreichisches Werk ist der „Praktische Pilzsammler von Prof. Dr. J. Macku und A. Kaspar (R. Promberger, Olmütz; Kronen 7.60). Die Bändchen von Prof. Schnegg wurden kürzlich erst an dieser Stelle gewürdigt, sodaß heute der Hinweis auf sie genügt. Besonders möge das „Merkblatt für die Giftpilze" des gleichen Verfassers (Natur und Kultur, München; Kronen —.50) hervorgehoben werden, da seine Bilder nach farbigen Naturaufnahmen sehr gut sind. Die wichtigeren Neuerscheinungen von kleineren Pilzwerken seien einer künftigen Erörterung vorbehalten.

Dr. J. St.

(Sämtliche Preise verstehen sich ohne Porto und Verpackung; die Buchhandlung der „Reichspost" besorgt alle hier genannten Werke.)

Neues Wiener

Wann soll Gemüse geschnitten werden?

Neues aus der Pflanzenphysiologie.

Die Tätigkeit des Pflanzenphysiologen. — Photographien auf grünen Blättern. — Radium- und Raucheinwirkung auf Pflanzen. — Zuckergewinnung aus Ahornbäumen.

In ruhigeren Zeitläuften trat der Pflanzenphysiologe oft an Probleme heran, deren Lösung wenig praktischen Wert zu haben schien, die er sich als seinen Beitrag zur Erschließung des Naturgeschehens stellte und deren Ergebnisse er in die große Vorratskammer der Wissenschaft einlagerte, bis sie in künftigen Tagen von irgend jemand hervorgeholt und praktisch verwertet werden könnten. Heute, wo der Kampf um die Befriedigung der Lebensbedürfnisse jedem Wissenszweig seine Steuer auferlegt, wendet sich der Pflanzenphysiologe meist unmittelbar praktischen Versuchen zu.

Im Pflanzenphysiologischen Institut unsrer Universität wurde nach dieser Richtung in den letzten Jahren viel gearbeitet, und die Ergebnisse dieses kombinationsreichen Wissenszweiges haben für Garten- und Feldkunde manch schönen Gewinn gebracht. Der Vorstand des Instituts Hofrat Professor Dr. Hans Molisch hat sich unter anderm mehrfach der Frage zugewendet, wie man der nährenden Muttererde möglichst reiche Gaben abringen könne, und oft enthalten seine Veröffentlichungen mehr als ein einziges Forschungsergebnis, sie deuten hinüber auf ein bisher wissenschaftlich noch nicht genügend bearbeitetes Gebiet, das reiche Ausbeute verspricht.

So wirft der Gelehrte in seinen Arbeiten die etwas verwunderliche Frage auf, zu welcher Tageszeit man Blattgemüse schneiden soll. Ja, ist es denn nicht gleichgültig, ob der Schnitt morgens, mittags oder abends erfolgt? Soll die Gemüseernte nicht mehr ausschließlich von der bequemeren Zeiteinteilung des Gärtners abhängig sein? Hofrat Molisch erklärt, daß es unbedingt angezeigt sei, Blattgemüse am späten Nachmittag oder gegen Abend zu schneiden, und begründet diese Vorschrift mit folgender interessanten Erklärung:

„Das grüne Blatt leistet eine für die Ernährung der Pflanzen sehr wichtige Arbeit. Es nimmt aus der Luft Kohlensäure auf, zerlegt sie im Sonnenlicht und bereitet daraus in der Regel Stärke. Je länger das Blatt besonnt wird, um so stärkereicher ist es. Während der Nacht wird die Stärke in Zucker umgewandelt und wandert in dieser Form aus dem Blatte nach den Wurzeln, Knollen, Zwiebeln und Früchten, wo der Zucker als Baustoff für das Wachstum der Pflanze gebraucht wird. Das Blatt hat daher bei Sonnenaufgang viel weniger Trockensubstanz als des Abends und ist auch morgens leichter, am Spätnachmittage schwerer. Wenn aber das Blatt morgens arm an Nährstoffen für den Menschen ist, die Stärke aber infolge der Belichtung bis zum Abend zunimmt, so empfiehlt es sich gewiß, Gemüse, wie Salat, Spinat, Kohl, Sauerampfer, Gartenmelde, Mangold, Gartenkresse, Brunnenkresse und Rapünzchen, nicht morgens, sondern nachmittags oder abends zu ernten. Es wäre sehr erwünscht, wenn die hier behandelte Frage bei verschiedenen Gemüsearten noch genauer festgestellt würde, wie sich die Chemie des Blattes namentlich in bezug auf Kohlehydrate (Stärke, Zucker ꝛc.) und Eiweiß im Laufe des Tages ändert. Wann sind Farbstoffpflanzen, wie die Indigopflanze, wann ist Tee, wann Tabak zu schneiden? Da der Stärkereichtum für den Raucher nur ein Ballast ist, dürfte es sich, was übrigens noch genauer untersucht werden müßte, empfehlen, Tabak des Morgens zu ernten."

Die bekannte Tatsache, daß sich in den grünen Blättern bei Belichtung Stärke bildet, führte Hofrat Molisch zu überaus interessanten Versuchen, die, an den Bedürfnissen unsrer Zeit gemessen, allerdings wenig praktischen Wert besitzen, deren Resultat aber etwas Verblüffendes, ja ganz Wunderbares zeigt. Hofrat Molisch erzeugte auf grünen Blättern, ohne irgendeine chemische Präparation, detailreiche Photographien und legte ein wissenschaftliches Referat an der Hand solcher Porträts — es war dies schon vor mehreren Jahren — der Akademie der Wissenschaften vor. Das Verfahren ist einfach. Der Gelehrte benützte für seine photographischen Versuche das dünne, ebene, unbehaarte Blatt einer Kapuzinerkresse, spannte in geeigneter Weise ein photographisches Negativ darüber und setzte die Kapuzinerkresse so einen Tag lang dem Sonnenlichte aus. Die Sonnenstrahlen bewirkten nun Stärkebildung im Blatte. Dort, wo das photographische Negativ glasklar war, das heißt, wo es gar keine Schwärzung zeigte und die Sonnenstrahlen ungehindert durchließ, konnte sich Stärke in vollem Maße bilden, wo zarte Schwärzungen des Negativs über dem Blatte lagerten, wurde die Stärkebildung etwas verringert und so bei der Skala der Schwärzebildungen, die sich in jedem Negativ findet, um so mehr unterdrückt, je tiefer sich das über dem Blatte liegende Schwarz zeigte. Die dunkelsten Stellen, die dem Sonnenlichte den Weg ganz sperrten, verhinderten natürlich die Stärkebildung in den unter ihnen liegenden Blattpartien vollständig. Nach ungefähr zwölfstündiger Belichtung legte Molisch das Blatt in eine Jodlösung. Diese färbt Blätter mit geringem Stärkegehalt blau oder blauviolett und, bei zunehmender Quantität an Stärke immer gesättigter werdend, bis schwarzblau. Die einzelnen Partien des unter dem Negativ belichteten Blattes färbten sich demnach verschieden, je nachdem ob sie unter klaren, grauen, schwarzen oder ganz undurchlässigen Stellen des Negativs lagen. Ein schönes Porträt in seinem ganzen Detailreichtum befand sich nun nach der Jodstärkereaktion in Händen des Hofrates Molisch. Das Blatt hatte die Rolle eines Kopierpapiers, das Stärkekorn die des Silberkornes übernommen, und die Jodlösung war an Stelle des Entwicklers getreten.

Neues Pester Journal 18

22./IX. 1918

Ernährung und Versorgung.

Die verschwundenen Zwetschken.

Aeußerungen der Fachkreise. — Die Transportunfähigkeit der Staatsbahnen. — Zwetschkenzüge.

Als eine ernste Approvisionierungskalamität wird die seit Tagen in Budapest herrschende Zwetschkennot empfunden. Das Publikum ist ob der beispiellosen Gleichgültigkeit der leitenden Ernährungskreise in dieser Angelegenheit mit Recht entrüstet, zumal die Pflaumenernte in diesem Jahre besonders gut ausgefallen ist. In Westungarn, in der Máramaroser Gegend und in Siebenbürgen brechen die Bäume unter der reichen Zwetschkenlast, während in Budapest nicht eine Pflaume zu haben ist. Das läßt auf eine gar ernste Krise unseres Ernährungsdienstes schließen, die nach verschiedenen Richtungen hin besorgniserregend ist. Lebensmittel, die nicht genügend ausreichend oder überhaupt nicht vorhanden sind, können nur unter Schwierigkeiten staatlich bewirtschaftet werden; es wird da dem Verbraucher bei aller Selbsteinschränkung verständlich sein, wenn die Rationen nicht ganz dem Bedarf entsprechen, oder die Abgabe in einzelnen Fällen versagt. Mit der Zwetschkenversorgung ist es aber ganz anders bestellt. Ein blauer Segen von Pflaumen ergießt sich über das Land und das Ernährungsamt ist außer Stande, ihn auch nach Budapest zu leiten. Da ist die Ware in überreichen Mengen vorrätig, so daß die Obstpächter nicht wissen, wie sie die Zwetschkenernte bergen sollen — dem Verderben wird sie preisgegeben, aber nach Budapest nicht gebracht. Diese Erscheinung, tritt sie auch als vereinzeltes Symptom auf, wirft einen sehr breiten Schatten auf unser Approvisionierungswesen. Sie läßt erkennen, daß es unserem Ernährungsdienst an Rührigkeit ermangelt, vorhandene Waren richtig zu verteilen.

Der Vizepräsident des Landes-Ernährungsamtes und Präsident des leitenden Ausschusses für den Grünzeug-, Gemüse- und Obstverkehr, Géza von Oßtroluczky, teilt uns hiezu mit, daß alle Maßnahmen getroffen worden sind, um Budapest mit Zwetschken zu versehen. Soweit es in dem Machtbereiche des Ernährungsamtes gestanden ist, war man daran, den Budapester Markt mit Pflaumen zu versehen. Transportschwierigkeiten haben aber den Versorgungsplan durchkreuzt; sechs bis vierzehn Tage dauert es, bis Zwetschenwaggons aus den Hauptproduktionsgegenden nach Budapest rollen. Während dieses langen Lieferungstermins geht die Ware zugrunde. Es wurden wiederholt Versuche angestellt, Zwetschken nach Budapest zu bringen, sie sind aber stets in verdorbenem Zustande in Budapest eingetroffen. Mit der Direktion der kön. ung. Staatsbahnen wurden auch Verhandlungen aufgenommen, die Zwetschkenanlieferungen in beschleunigtem Tempo durchzuführen, allein ohne Erfolg. Es ergaben sich Schwierigkeiten, um die ausnahmsweise Behandlung der Zwetschkentransporte durchzusetzen, da die Staatsbahnen es als unmöglich erachteten, die Zwetschkenwaggons von den Lastzügen abzukoppeln und sie rascher zu befördern. Wenig Aussicht bestünde daher dafür, daß in der Zukunft eine Besserung in der Zwetschkenversorgung eintreten könnte.

Großes Aufsehen erregte es, daß wir auf Grund marktstatistischer Daten nachgewiesen haben, daß in Wien große Mengen ungarische Zwetschken zum Verkauf gelangen, wo doch Budapest ganz unversorgt geblieben ist. Diesbezüglich informierte uns Vizepräsident Géza v. Oßtroluczky dahin, daß die Ausfuhr dieser Zwetschken auf Grund eines Rekompensationsvertrags mit der Kecskeméter Obstverwertungsgesellschaft „Fructus" gestattet worden ist. Die „Fructus" hatte die Aufgabe übernommen, Budapest im Sommer mit Frühzwetschken zu versehen, wofür ihr die Exportbewilligung für mehrere Waggons Herbstzwetschken erteilt wurde.

Auch die Obst- und Gemüsezentrale, bei der wir betreffs der Zwetschkennot Erkundigungen einholten, erklärte, daß an der Zwetschkennot ausschließlich Transporthindernisse schuld tragen. Man pflog mit den Staatsbahnen Verhandlungen, die den Zweck hatten, aus der Pozsonyer Gegend, aus der Máramaros und aus Siebenbürgen Pflaumen nach Budapest zu befördern; aus bahntechnischen Gründen konnte dieser Plan nicht durchgeführt werden. Die Zentrale gibt die Bemühungen nicht auf, Zwetschken nach Budapest zu bringen, um die Bevölkerung damit zu versorgen. Es sei möglich, daß die Staatsbahnen doch etwas unternehmen werden, um die Zwetschkenbelieferung Budapests zu ermöglichen.

Unsererseits wollen wir der Entrüstung des Publikums Ausdruck verleihen, das nicht verstehen kann, weshalb nach Wien Zwetschken aus Ungarn, Bosnien, Serbien und Böhmen gebracht werden können, während die kön. ung. Staatsbahnen zu dieser Transportmöglichkeit nicht fähig sind. An den Handelsminister Baron Josef Szterényi ergeht die Bitte, schleunigst Sorge dafür zu tragen, daß Zwetschkenzüge aus den Hauptproduktionsorten binnen zwei Tagen in Budapest eintreffen können. Unser Approvisionierungswesen darf nicht dadurch zusammenbrechen, weil die Staatsbahnen keine genügende Leistungsfähigkeit aufweisen. Nach dieser Richtung hin gewinnt die Zwetschkennot über den Rahmen ihrer engbegrenzten Auswirkung Bedeutung. Der Waggonpark der kön. ung. Staatsbahnen hat in erster Reihe dem Zwecke der glatten Abwicklung der Versorgung des Inlandes zu dienen.

Regelung des Essig- und Essigsäurenverkehrs.

Der Ackerbauminister hat laut einer in der heutigen Nummer des Amtsblattes verlautbarten Verordnung den Essig unter jene Artikel eingereiht, die der Wirksamkeit des Gesetzes über das Verbot der Fälschung landwirtschaftlicher Produkte, Erzeugnisse und Artikel unterliegen. Demgemäß ist es verboten, die zum menschlichen Genuß dienenden Essigarten, ferner verdünnte und konzentrierte Essigsäure zu fälschen und in gefälschtem Zustand in Verkehr zu bringen. Die Verordnung stellt fest, was unter Essig, Wein-, Obst-, Bier-, Honig-, Holzessig, Essigspezialitäten, Essigessenz und konzentrierter Essigsäure zu verstehen ist, wie sie zu erzeugen und in Verkehr zu bringen sind. Die Qualität der der Wirksamkeit dieser Verordnung unterliegenden Artikel ist an den Gebinden, Inseraten, Preisofferten, Schlußbriefen, Transportscheinen und Rechnungen anzugeben. Die Vorräte solcher Artikel dürfen, vorausgesetzt, daß sie nicht gesundheitsschädlich sind, noch zwei Wochen nach dem Inslebentreten dieser Verordnung verkauft werden; vom dreißigsten Tage nach dem Inslebentreten der Verordnung an dürfen diese Artikel jedoch nur mit den in dieser sofort in Kraft tretenden Verordnung festgestellten Bezeichnungen in den freien Verkehr gebracht werden.

Die Regelung des Konservenverkehrs.

Der Landesverein der Konservengroßhändler hielt gestern nachmittag unter Vorsitz des Sektionspräsidenten Adolf Hajduska in der Budapester Handels- und Gewerbekammer eine Sitzung, in welcher Sekretär Dr. Rudolf Kovalóczy ein Memorandum des Vereins betreffend die Regelung des Verkehrs in Konservenwaren unterbreitete. Der Verein wünscht statt des bisherigen bureaukratischen und schwerfälligen Systems der Beschlagnahme den freien inländischen Verkehr wenigstens bis 500 Kilogramm, ferner die Aufhebung des Transportzertifikatszwanges und des zweiperzentigen Prämiums. Weiters fordert der Handel die Inanspruchnahme der Tätigkeit des bisher ausgeschalteten Großhandels und die Maximierung der Großhandelspreise. Kammerpräsident Dr. Nikolaus Fekete und Generalsekretär Dr. Alexander Katona versicherten die Unterstützung der Aktion der Budapester Handels- und Gewerbekammer und des Ungarischen Kaufmännischen Landesvereins. Das Memorandum wird eine Deputation dem Ernährungsminister und den Handelsminister unterbreiten.

Tagesbericht.

Der verödete Obstmarkt.

Die Minderbeschickung in Frühobst gegen die letzten Jahre. — Schlechte Aussichten hinsichtlich der Versorgung Wiens mit Spätobst. — Die Desorganisation in der Aufbringung und Verteilung.

Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie hat dem Wiener Obstmarkt sehr stark zugesetzt und ihn seiner besten Zufuhrquellen beraubt. Dazu kam noch das bolschewikische Regime in Ungarn, das jegliche Ausfuhr von Bodenprodukten aus diesem früher so gesegneten Agrarland unterband. Die Besetzung Südtirols durch die Italiener, die Wegnahme von Görz und schließlich die Separationsbestrebungen der einzelnen deutschösterreichischen Länder beeinflußten nicht minder die durch die Frühjahrsfröste stark gesunkenen Aussichten auf eine halbwegs annehmbare Beschickung des Wiener Obstmarktes. Während um die Mitte des Monats August in den normalen Jahren und in den nicht allzulange noch hinter uns liegenden, gegen die heutigen Verhältnisse weit „besseren" Kriegsjahren der Wiener Obstmarkt mit Marillen, Pfirsichen, großen und mittleren Frühäpfeln, Birnen und den verschiedenen Arten von Reineclauden (Ringlotten), darunter besonders die „Blauen", nahezu überschwemmt war, von den Beerenfrüchten der heimischen Wälder und der Gärten der Umgebung Wiens gar nicht zu reden, frettet sich heuer der Wiener Obstmarkt seit Beginn der Frühobstsaison notdürftig fort. Wäre es nicht gelungen, aus Südtirol mit harter Mühe und Not einige Birnen- und Aepfelsendungen zu erreichen, so stünden wir vor gänzlich leeren Obstständen. Was an Obst hereinkommt, ist sündteuer und läßt auch an Qualität oft viel zu wünschen übrig.

Interessant und lehrreich, aber gleichzeitig auch mehr als traurig genug mutet ein Vergleich der Statistik über die Wiener Obstzufuhren zwischen dem heurigen und dem auch nicht sonderlich reichen Obstjahr 1918 an, in welch letzterem sich zu Anfang August die Wochenzufuhren an Obst nach Wien auf durchschnittlich 15.000 Meterzentner stellten.

In der Woche vom 14. bis 21. Juli 1918 betrugen die gesamten Obstzufuhren in Wien 10.340 Meterzentner gegen 453 Meterzentner in der korespondierenden Woche des heurigen Hunger- und Trauerjahres. In der Woche vom 21. bis 27. Juli 1918 wurden gegen 1381 Meterzentner im heurigen Jahre 11.119 Meterzentner und in der Woche vom 27. Juli bis 2. August 1918 schon 19.952 Meterzentner gegen 3145 Meterzentner in der korrespondierenden Zeit der heurigen Saison zugeführt. Diese Ziffern illustrieren so recht die gegenwärtige traurige Lage des Wiener Obstmarktes, der auch in der heurigen Spätobstsaison ein sehr vernachlässigtes Stiefkind bleiben wird.

Einmal hat das rauhe Frühjahrs- und teilweise auch Frühsommerwetter den heimischen Obstkulturen sehr geschadet — das Steinobst, Kirschen, Marillen, Pfirsiche usw., ist größtenteils schon während der Baumblüte durch die Fröste und später auch in einzelnen Gegenden Niederösterreichs durch Hagelschläge fast total vernichtet worden —, und dann fehlt heuer infolge der vollständigen Freigabe des Verkehrs mit Gemüse und Obst auch jegliche leitende Stelle, die die Aufbringung und die Verteilung des Obstes auf die einzelnen Verbrauchsgebiete und auch die Ueberwachung des Verkehrs und die Preisbildung besorgen würde. Es drängt sich jetzt der Bevölkerung immer wieder die Ueberzeugung auf, daß es für die Konsumenten nicht sonderlich vorteilhaft ist, einzelne Produktionsgebiete einseitig zugunsten einzelner Städte oder Verbrauchszentren abzusperren, weil dadurch meistens die Allgemeinversorgung in Mitleidenschaft gezogen wird. Wenn auch schon an verschiedenen Stellen Arbeiterräte ihre Tätigkeit begonnen haben und bestrebt sind, einesteils den lokalen Bedarf und andererseits auch den Wiener Markt zu versorgen, so fehlt es in dieser Hinsicht an einer entsprechenden zentralen Uebersicht des Bedarfes und vielfach auch an der nötigen Erfahrung. Infolge dieses Umstandes sind schon oft auch recht unliebsame Verzögerungen entstanden, die die bestandenen Versorgungsmöglichkeiten behinderten oder gar ganz unterbanden. Hier spielt in vielen Fällen der Ehrgeiz, die lokale Versorgung möglichst gut zu gestalten, auch eine große Rolle.

Hinsichtlich der Versorgung Wiens mit Spätobst sind die Aussichten sehr düster. Wenngleich auch die Vertreter der einzelnen Produktionsländer (Oberösterreich und Steiermark) sich bereit erklärt haben, nach der Deckung des Lokalbedarfes etwaige relative Ueberschüsse nach dem Wiener Markt disponieren zu wollen, so darf man sich diesbezüglich keinen allzu großen Hoffnungen hin-

Arbeiterzeitung
15./VIII.1919
15
1093

eiter-Zeitung

ntralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs.

lich um 6 Uhr morgens. Montag um 2 Uhr nachmittags.

Morgenblatt allein:
Monatlich . . . . . K 5.40
Vierteljährig . . . . . „ 16.20
Morgenblatt und Abendblatt:
Monatlich . . . . . K 7.80
Vierteljährig . . . . . „ 23.40
Tschecho-slovakischer Staat:
Morgenblatt allein:
Monatlich . . . . . K 5.40
Vierteljährig . . . . . „ 16.20
Morgenblatt und Abendblatt:
Monatlich . . . . . K 7.80
Vierteljährig . . . . . „ 23.40
(Tschechische Kronen.)
Deutschland: Morgenblatt allein: Vierteljährig K 24.—, Morgenblatt und Abendblatt K 36.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehörigen Länder: Morgenblatt allein: Vierteljährig K 30.—, Morgenblatt und Abendblatt K 42.—.
Abonnements werden angenommen in der Verwaltung, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Ausgabestellen:
I. Schulerstraße 18, Tel. 5191
II. Nazaretengasse 30, Tel. 40228
X. Wielandplatz 5, Tel. 68944
XIV. Vieningerplatz 6, Tel. 58126
XVI. Klausgasse 34, Tel. 36146
XVII. Bäckergasse 22, Tel. 17176
XXI. Angererstraße 14.

Wien, Freitag, 15. August 1919. XXXI. Jahrgang.

Mehr als 41 Millionen Kronen Verlust beim Sauerkraut.

Die christlichsoziale Schandwirtschaft in der Gemeinde.

Seitdem es eine Gemeindeverwaltung in Wien gibt, ist wohl noch nie ein so niederschmetternder Bericht erstattet worden wie der, den in der gestrigen Stadtratssitzung Bürgermeister Neumann zur Kenntnis brachte. Es entrollt sich ein geradezu grauenvolles Bild. Man hat immer gewußt, daß die selbstgefällige Redensart der Christlichsozialen von der „besten Verwaltung" aufgeblasenes Geflunker ist. Immerhin aber durfte man doch annehmen, daß trotz aller schamlosen Protektionswirtschaft doch wenigstens die allereinfachsten Vorschriften einer ordnungsgemäßen Gebarung beobachtet würden. Mit Abscheu und Entsetzen wird die Wiener Bevölkerung erfahren, in welch verbrecherisch-leichtsinniger Weise mit den Steuergeldern, an denen Schweiß und Blut der werktätigen Bewohner dieser Stadt kleben, umgegangen worden ist.

An einem einzigen Geschäfte, dem im November 1918 erfolgten Ankauf von 2400 Waggons Sauerkraut, verliert die Gemeinde bisher rund 41,400.000 Kronen! Die Transaktion ist noch nicht gänzlich abgewickelt und es läßt sich daher auch nicht mit Gewißheit aussprechen, ob es mit diesen 41½ Millionen sein Bewenden hat oder ob sich nicht bei der endgültigen Austragung eine weitere Steigerung ergeben wird.

Vor vornherein muß ausdrücklich festgestellt werden, daß dieser ungeheuerliche Ausfall nicht etwa dadurch entstanden ist, daß etwa das Sauerkraut in Form einer Wohlfahrtsaktion unter dem Selbstkostenpreis abgegeben wurde. Darüber wäre natürlich kein Wort zu verlieren. Auch darüber könnte man schließlich hinwegkommen, daß an und für sich eine zu große Menge beschafft wurde, für welche die reguläre Absatzmöglichkeit fehlte. Das Entscheidende, das Erschütternde an diesem Falle ist, daß dieser Abgang lediglich durch einen jede Vorstellung übersteigenden Leichtsinn überhaupt möglich war. Verdorbenes Kraut wurde anstandslos übernommen, weiterhin Hunderte von Waggons unter Außerachtlassung jedweder kaufmännischen Sorgfalt verfaulen gelassen, die Zurücksendung der teuren Leihfässer versäumt, auch sonst in jeder Weise das Interesse der Gemeinde geschädigt.

Es klingt abenteuerlich, entspricht aber doch vollständig den Tatsachen, daß der Verlust um zehn Millionen größer ist als der Einkaufswert der gesamten Ware! Etwas Aehnliches war wohl überhaupt noch nicht da. Wenn die Stadt Wien die ganzen 24 Millionen Kilogramm Kraut sofort nach ihrer Ankunft verschenkt hätte, so würden Millionen erspart worden sein. Durch die Aufbewahrung, Bewachung, Vernichtung des verdorbenen Krautes sind neben dem verlorenen Kaufschilling noch neue gewaltige Ausgaben entstanden. Eine volle Million mußte für die Abfuhr des zugrunde gegangenen Krautes, das weder als Viehfutter noch als Dünger oder irgendwelche chemische Verwendung zu gebrauchen war, bezahlt werden.

Den Gipfel dieses Riesenskandals bildet aber die geradezu phantastische Feststellung, daß über das Schicksal von sieben Millionen Kilogramm Kraut jedwede Gewißheit fehlt. Die Aufzeichnungen sind so mangelhaft, daß es einfach unmöglich ist, verläßlich zu ermitteln, wohin 673 Waggonladungen gekommen, ob sie wirklich der Vernichtung zugeführt worden sind wie jene 319 Waggons, über deren Zugrundegehen doch wenigstens Belege existieren.

Für den normalen Menschenverstand sind derlei Vorkommnisse zunächst unverständlich und es ist deshalb notwendig, etwas von der Vorgeschichte zu erzählen. Dann erst wird das Volk den richtigen Einblick in die vielgerühmte „beste Verwaltung" gewinnen, wird verstehen können, wie überhaupt eine solche Katastrophe möglich war.

Juristen als Lebensmittelhändler.

Bald nach Kriegsausbruch zeigten sich die Stockungen und Schwierigkeiten in der Versorgung der städtischen Bevölkerung. Diese Erscheinung hatte damals ihre Ursache nicht so sehr in einem absoluten Mangel an Lebensmitteln als vielmehr in der Haltung der Militärbehörden. Im Krieg wurden die Menschen nach Zivilpack und Soldaten gesondert und es galt die Auffassung, daß das Hinterland schließlich auch verhungern könne, wenn nur die Front versorgt sei. Es war also nur zweckentsprechend, daß angesichts eines solchen Irrsinns die städtischen Verwaltungen überall die Selbsthilfe organisierten. Zunächst dachte man natürlich nur an vorübergehende Maßnahmen. Manches mußte rasch improvisiert werden und da konnte es naturgemäß vorkommen, daß nicht sofort die richtige Verfügung getroffen wurde. Allenthalben mögen sich Kinderkrankheiten ergeben haben, nirgends aber wurde in so dilettantisch-leichtfertiger, in so kindischer Weise verfahren und all die Jahre daran festgehalten wie in Wien. Grundsätzlich sind zur Leitung all dieser geschäftlichen Abteilungen nur Juristen berufen worden, die nie vorher mit ähnlichen Dingen zu tun hatten. Es wäre ja das einfachste gewesen, aus jedem Geschäftszweig hervorragende Kräfte zu gewinnen. Das ist ja auch sicherlich in Deutschland, vielfach auch in österreichischen Provinzstädten geschehen. In der Metropole Wien wurden Käufe von Kraut, Fett, Mehl, Holz, Kohle, Schuhen, Stoffen Leuten anvertraut, die zweifellos sehr bewandert im Heimatsrecht, in Steuer- und Grundbuchsfragen waren, aber bei ihrer Betrauung auch nicht die leiseste Ahnung von den Dingen hatten, die sie plötzlich bewältigen sollten, denen es vielleicht sehr schwer gefallen wäre, Hafer von Gerste, Schweinefett von Margarine, Steinkohle von Koks zu unterscheiden. Ein fachmännischer Beirat wurde nie befragt! Aber Herr Dr. Weiskirchner, der große Kriegsbürgermeister, übte nicht einmal die allereinfachste Vorsicht, die tüchtigen Kaufleute zu Rate zu ziehen, die in den großen Betrieben der Gemeinde leitende Stellungen innehaben und doch gewiegte, geschäftskundige Menschen an und für sich sind, wenn ihnen auch selbstverständlich nicht in allen Branchen die Spezialkenntnisse zu Gebote stehen. Immerhin würden solche Personen, die seit jeher gewohnt sind, bedeutende Abschlüsse zu machen, kaufmännisch zu kalkulieren, sich mit den nötigen Hilfsorganen umgeben haben. Es wäre doch die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes, wie sie das bürgerliche Gesetzbuch vorschreibt, nicht in so laienhafter Art außer acht gelassen worden. Schließlich aber wurden nicht einmal jene Gewerbetreibenden, die der christlichsozialen Gemeindefraktion angehörten, zur Kontrolle herangezogen. Alles geschah unter alleiniger Verantwortung des Bürgermeisters und bei völliger Ausschaltung des Stadtrates. Bürgermeister Neumann hat diesem unmöglichen Zustand nach seinem Amtsantritt sofort ein Ende gesetzt. Gegenwärtig müssen alle Transaktionen den Stadtrat passieren. In Fällen, bei denen eine Verzögerung mit einem Verlust gleichbedeutend sein kann, wird doch wenigstens nachträglich berichtet.

Die Improvisation, das Provisorium, wurde nach echt österreichischer Ueberlieferung zum Definitivum erhoben! Als die Geschäfte in Lebensmitteln und Bedarfsartikeln aller Art schon Jahre hindurch dauerten und einen Riesenumfang annahmen, änderte sich nichts an der Leitung und an der ganzen Organisation. Man könnte wahrhaftig einen Preis dafür aussetzen, einen zweiten Betrieb ausfindig zu machen, bei dem in ähnlicher Weise alle sonst ganz selbstver-

Der Ruin unserer Gemüseversorgung.

Enthüllungen in einer Ottakringer Gärtnerversammlung über die Tätigkeit der Arbeiterräte.

Willkürliche Preisbestimmungen von Leuten, die nichts von der Gärtnerei verstehen, fortwährende grundlose Verdächtigungen und systematische Belästigungen der auf die Märkte fahrenden Gärtner, Gerüchte über eine vom Kreisarbeiterrat geplante Zentralisierung der Wiener Gemüsemärkte haben in den Kreisen der sich vom frühen Morgen bis zum späten Abend plagenden Gärtner eine Stimmung hervorgerufen, die bei weiterer Andauer dieser haltlosen Zustände dazu führen könnte, daß auch die Gärtner einmal in den Streik treten und dem Arbeiterrat ihre Arbeit überlassen. Alle Reden in den Bezirksversammlungen der Gärtner sind voll der Erbitterung über das selbstherrliche Gehaben, insbesondere der Bezirksarbeiterräte.

So fand Montag abend auf dem Wilhelminenberg eine Zusammenkunft der Organisation der Berufsgärtner (Ortsgruppe 16. Bezirk) statt, bei welcher der Obmann der Bezirksorganisationen von Wien, Gartening enieur Julius Watzka, eine äußerst interessante Darstellung über die letzten Vorgänge auf den Märkten und über die Zukunftspläne des Kreisarbeiterrates gab.

Er stellte eingangs seiner Ausführungen fest, daß zahlreiche Arbeiterräte entweder Arbeitslose sind oder doch solchen Professionen angehören, die von der Gartenarbeit so viel wie nichts verstehen, und ihre Befugnisse meistens aus Unverstand, manchmal auch bewußt, böswillig überschreiten. Sie setzen Preise fest, ohne sich an die seinerzeit im Volksernährungsamt getroffene Vereinbarung zu halten, wonach solche Anordnungen künftig nur im Einvernehmen mit den Marktamtsorganen und den Bezirksvertrauensmännern der Gärtner getroffen werden können.

Der „abgefangene" Gärtner.

Auch andere Uebergriffe lassen sie sich zuschulden kommen. Da fuhr kürzlich der Gärtner Jäger von der Freudenau auf den Molitormarkt. Dabei mußte er natürlich über die Schlachthausbrücke an der Rennweger Kaserne vorbeifahren. Dort wurde er von einem Arbeiterrat angehalten und trotz der Vorweisung der Bestätigung, daß er auf den Molitormarkt fahren muß, gezwungen, unter Bedeckung zweier Volkswehrmänner in den Kasernenhof zu fahren, weil er angeblich nicht die vorgeschriebene Strecke eingehalten hätte. Als ihm der Gärtner nochmals die Legitimation zeigte, erklärte der Arbeiterrat: „Das is gar nix!" Aber Jäger ließ sich durch dieses terroristische Vorgehen nicht einschüchtern. Er erklärte, ihm sei wieder der Arbeiterrat nicht maßgebend, verlangte, man solle ihm zur Kontrolle einen Volkswehrmann mitgeben, und fuhr dann unbehelligt auf seinen Markt.

Solcher Fälle haben sich aber schon mehrere ereignet. Eine nette Republik, in der die steuerzahlenden Bürger mit aufgepflanztem Bajonett auf die Märkte eskortiert werden wie Sträflinge! Beschwert man sich dann im Kreisarbeiterrat, so erhält man immer die Auskunft, daß es sich „nur" um Uebergriffe der einzelnen Bezirksarbeiterräte handle. Es scheint aber, daß man diese Leute ohne Instruktionen, ohne irgendwelche Richtschnur auf die Bevölkerung losläßt.

Wie sie den Wucher bekämpfen.

„Man wirft uns vor," fuhr der Redner fort, „daß wir Kriegsgewinner sind. Wir haben aber im Kreisarbeiterrat schon zweimal erklärt, daß man sich da an eine ganz falsche Adresse wendet. Wenn wir gegen die fortwährenden Preisdrückereien, denen jede Berechtigung von einem nur halbwegs vernünftigen Menschen abgesprochen werden muß, Stellung nehmen, so geschieht das zum geringeren Teil in unserem, zum größeren Teil im Interesse der Konsumenten. Warum? Weil bei einer andauernden Preisherabsetzung kein gutes Gemüse, keine Qualitätsware auf die Märkte kommt. Erzielen wir heute noch gute Preise, so werden wir mit Rücksicht auf die bevorstehende weitere Herabsetzung der Preise jetzt schon alles auf den Markt werfen und nicht ausreifen lassen. Bei uns Schwerarbeitern und Kleingewerbetreibenden mit der Wucherbekämpfung anfangen, heißt, das Pferd verkehrt aufzäumen. Wir fragen den Arbeiterrat, warum er nicht bei den großen jüdischen Kriegsgewinnern, Wucherern und Schleichhändlern Nachschau hält und mit der Preisherabsetzung dort beginnt, wo die Waren waggonweise in den Kettenhandel wandern? Aber wir brauchen gar keine Antwort auf diese Frage, wir wissen so den Grund. Der Arbeiterrat traut sich gar nicht an diese hohen Herrn heran! (Rufe: Sehr richtig!) Die Führer der Arbeiterschaft sind größtenteils vom selben Stamme wie die Kriegsgewinner und Großwucherer, und ein altes Sprichwort sagt: Eine Krähe hackt der andern kein Auge aus. (Laute Zustimmung.) Wenn Sie heute was brauchen, meine Herren, und Sie suchen vergeblich, es zu bekommen, der nächstbeste polnische Jude hat es sicher. Er hat Fleisch, Mehl, Zucker, Stoffe, Kerzen, was Sie wollen, nur nach den Preisen dürfen Sie nicht fragen. Ihn kontrolliert kein Arbeiterrat oder haben Sie schon einen „Polnischen" zwischen Volkswehrmännern mit aufgepflanzten Bajonetten gesehen? (Rufe: Nein! Niemals!) Aber uns Kleingewerbetreibende, die wir ehrlich und redlich unser Handwerk treiben, uns führt man so auf die Märkte. Wir sind der Sündenbock, wir die Kriegsgewinner und Preistreiber."

„Aber diese Schikanen," fuhr Redner fort, „müssen ein Ende finden. Wir Gärtner haben es satt, uns von Leuten Vorschriften machen zu lassen, die von Beruf Spengler oder Schlosser oder sonst was sind, nur keine Gärtner. Wir müssen 30 Häuptel Salat um 12 Kronen hergeben. Haben die Konsumenten eines schon unter 60 bis 80 Hellern erhalten? Für das Kilogramm Gurken dürfen wir nur 4 Kronen verlangen. Auf ein Kilogramm gehen, sagen wir, nur drei Stück. Auf den Märkten werden aber unsere Fleischgurken mit den minderen Kerngurken von auswärts vermengt und die Händler verkaufen das Stück zu 5 und 6 Kronen! Dreißig Stück Karfiol müssen wir um 60 Kronen liefern. Ein Kilogramm Karfiolsamen kostet uns aber 2000 Kronen! Dabei geht von diesem Samen kaum ein Achtel auf. Den Spinat sollen wir um 1 Krone 80 Heller per Kilogramm liefern; unsere Gehilfen verlangen aber einen Arbeitslohn von 4 Kronen pro Stunde. Zum Brocken eines Kilogrammes Spinat ist gut eine halbe Stunde nötig. Somit müssen wir Gärtner für das Brocken allein schon um 20 Heller mehr zahlen, als wir für das Kilogramm bekommen. Ein Kilogramm Samen kostet 34 bis 36 Kronen. Das muß obendrein ins Kalkül gezogen werden. Und wo bleibt der Lohn für die Arbeit usw.? Angesichts dieser anschaulichen Beispiele frage ich nochmals," sagte der Redner, „sind wir Preistreiber und Kriegsgewinner? Nein und tausendmal nein! Die größte Schuld an der Teuerung des Gemüses auf den Märkten trägt der Zwischenhandel. Aber wie sollte man von Seite des Arbeiterrates gegen diesen Zwischenhandel auftreten, wenn Genosse Friedmann, der Obmann der sozialdemokratischen Händlerorganisation, gerade im Begriffe ist, die Händler für die sozialdemokratische Partei einzufangen. Wir sind unpolitisch, meine Herren! Wir betrachten Parteipolitik auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung als das größte Verbrechen an den Konsumenten. Darum verlangen wir auch die Beseitigung jeder politischen Begünstigung des Zwischenhandels, ja noch mehr, wir verlangen den freien Handel, den direkten Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten und die Herren Arbeiterräte können sich verlassen, daß wir die Kundschaft mit dem Preise und mit der Ware zufriedenstellen werden. Wenn wir aber weiterhin so unvernünftig drangsaliert werden, dann wird unsere Geduld reißen und wir werden euch Arbeiterräten sagen: „Arbeitet selber, probiert es nur!"

Geplante Sozialisierung der Gärtnerbetriebe. — Die Errichtung eines Zentralgemüsemarktes?

Nachdem Redner noch mitgeteilt hatte, daß er all diese Klagen auch im Kreisarbeiterrat zur Sprache gebracht und man die Berechtigung dieser Klagen dort auch eingesehen habe, kam er auf die neuesten Ueberraschungen zu sprechen, die den Gärtnern bevorstehen. „Etwas großartiges," sagte er, „ist im Zuge: die Gemüseproduktion von Wien und Umgebung soll zentralisiert werden. Ein Zentralgemüsemarkt soll geschaffen werden unter Aufsicht des Kreisarbeiterrates, des Marktamtes, der Konsumenten- und Gärtnervertreter, welch letztere natürlich nichts zu reden hätten, wie das gewöhnlich der Fall ist. Das ganze Gemüse von Wien und Umgebung soll auf den Zentralmarkt kommen. (Rufe: Dann is ja wieder nix auf dem Zentralmarkt!) Tatsache ist, daß die Sitzungen, in denen die Errichtung dieses Marktes beraten wird, schon den ganzen Sommer über dauern. Und erst unlängst sagte mir ein Arbeiterrat: Für die Errichtung des Zentralmarktes ist wohl noch kein Tag bestimmt, aber er wird errichtet werden."

„Meine Herren!" fuhr Redner fort. „Den ganzen Sommer beschäftigen sich die Arbeiterräte mit einer Frage, die für einen jeden von uns eine Existenzfrage sein kann, aber bis heute wurde noch niemand von uns den Beratungen zugezogen, nicht einmal ein Gutachten wurde verlangt, nichts hören wir von der Preisfestsetzung. Das ist ein Vorgehen unter jeder Kritik. Wenn der Plan wirklich zur Ausführung gelangt, wie will man das Gemüse auf die Märkte bringen? Es hat doch nicht jeder Gärtner Wagen und Pferde. Oder sollen nur die Besitzer der Beförderungsmöglichkeit die Wurzn abgeben? Nein, nein, dieser Markt wird sterben, noch ehe er recht das Licht der Welt erblickt haben wird. Das ist unsere Ueberzeugung, es wäre denn, daß unsere Wünsche eine angemessene Berücksichtigung finden würden.

Wir Gärtner sind auch für den Abbau der Preise, aber für den gleichmäßigen, allgemeinen. Wir sind auch nicht hartherzig, und manches arme Weiblein, von dem wir wissen, daß sie sich wenig oder gar nichts mehr verdienen kann, hat von uns Rucksack oder Tasche mit Gemüse angefüllt bekommen, ohne daß wir einen Heller verlangt hätten, aber daß wir, die wir nicht acht Stunden wie die Arbeiter tätig sind, sondern 12 und 16, wir, die wir im Einschlafen noch voll Sorgen sind, woher wir wieder das nötige Material zur Fortführung unseres Gewerbes nehmen, wir haben es satt, uns von vielleicht noch arbeitslosen Arbeiterräten diktieren zu lassen. Eher legen wir die Arbeit nieder. Neulich kam eine Arbeiterratsfrau in der Preisbestimmungskommission zu mir und klagte, wie schwer ihr Mann arbeiten müsse und wie sie nicht einmal das nötige Geld aufbringen könne, Gemüse zu kaufen, weil das Gemüse so teuer sei. Und wissen Sie," fuhr Redner fort, „was diese Dame am Leibe trug? Einen Hut um 300 Kronen, ein Kostüm um 1000 Kronen und Schuhe um 300 bis 400 Kronen! Wahrlich, ich bedauere diesen Mann, der ein solches Weiberl sein eigen nennt und von ihm nicht einmal das nötige Gemüse zum Mittagstisch erhalten kann. Mit Schlagworten richtet man bei uns Gärtnern nichts aus; wir sind der Meinung," schloß Redner, „daß wir vor lauter Räten in Deutschösterreich zugrunde gehen werden, wenn der Gewaltpolitik dieser Nebenregierung nicht bald die nötigen Schranken gezogen werden."

Diese freimütigen Ausführungen des Organisationsobmannes, die bei den Anwesenden wiederholt lebhafte Zustimmung weckten, fanden am Schlusse lauten, anhaltenden Beifall. Nach Erörterung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Arbeiterzeitung
14./IX. 1919

204

Der Krautskandal.

Unerhörte Frechheit der Christlichsozialen.

Vier Wochen lang haben sich die Christlichsozialen nach den Enthüllungen über ihre Schandwirtschaft in der Gemeinde geduckt und sind förmlich schmerzvoll zusammengezuckt, wenn nur irgendwie das Wort „Kraut" genannt wurde. Nun beginnen sie sich aber von ihrer Betäubung ein wenig zu erholen und schon sind sie daran, ihre ganze schamlose Verdrehungskunst anzuwenden, um den sonnenklaren Tatbestand zu verdunkeln. Es wird dieses Manöver ihnen jedoch nicht gelingen. Der europäische Skandal, daß an einem Krautkauf von 30 Millionen Kronen durch die grauenhafteste Mißwirtschaft 41 Millionen verloren gingen, daß die Stadt durch Monate hungerte, gleichzeitig aber viele Hunderte Waggons Kraut verfaulten, dieses Schandmal bleibt unverwischbar mit den Christlichsozialen und ihrem großen Kriegsbürgermeister Weiskirchner verknüpft.

Die Albernheiten christlichsozialer Bezirksräte.

Die Bezirksvertretung Währing hat sich dieser Tage mit der Angelegenheit der Krautverluste beschäftigt und gegen die Stimmen der Sozialdemokraten den Beschluß gefaßt, an die Landesregierung als Aufsichtsbehörde des Wiener Gemeinderates mit dem Verlangen heranzutreten, die derzeit noch dem Gemeinderat angehörigen einstigen Mitglieder der Obmännerkonferenz von ihrem Amt zu entheben und eine Untersuchung gegen sie einzuleiten. Auf diese Art soll nun plötzlich der Anschein erweckt werden, als ob die Obmännerkonferenz in irgend einer Weise für die Vorkommnisse verantwortlich gemacht werden könnte. Es ist dies jedoch in keiner Weise der Fall und die Mitglieder der Obmännerkonferenz haben die allerstrengste Untersuchung ganz und gar nicht zu scheuen.

Zunächst muß festgestellt werden, daß die Obmännerkonferenz überhaupt kein Organ der Gemeindevertretung oder Verwaltung darstellt. Im Statut der Stadt Wien ist die Obmännerkonferenz mit keinem Worte auch nur erwähnt. Es gibt keine wie immer gearteten Befugnisse, die von der Obmännerkonferenz amtlich ausgeübt werden könnten. Sie hat lediglich den Zweck, die Abwicklung der Verhandlungen durch eine zwanglose Aussprache, die in ganz beliebigen Zeiträumen vollzogen wird, zu erleichtern. Es wird ihr gelegentlich das Arbeitsprogramm mitgeteilt und eine einheitliche Behandlung in sachlicher oder rein formaler Beziehung erörtert. Solche Obmännerkonferenzen gibt es in allen gewählten Vertretungskörpern, in Staat, Land und Gemeinde, und es ist wohl noch niemandem eingefallen, etwa eine Obmännerkonferenz der Nationalversammlung für Mißstände in einem Staatsamt verantwortlich zu machen. Nicht anders liegt es bei der Gemeinde. Die Obmännerkonferenz hat nirgends und auch bei der Gemeinde nicht das Recht, Beschlüsse zu fassen, welche irgend eine bindende Kraft besitzen; sie hat vor allem anderen aber nicht den allergeringsten Einfluß auf die Verwaltung.

Die Verantwortlichkeit des Bürgermeisters.

Der § 19 des Statuts, der von der Vertretung und den Verwaltungsorganen der Gemeinde handelt, bringt dies in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise zum Ausdruck. Es heißt dort:

> Die Gemeinde wird in ihren Angelegenheiten vom Gemeinderat vertreten.
>
> Die Verwaltung ihrer Angelegenheiten ist einerseits dem Gemeinderat oder dem Stadtrat sowie den Ausschüssen des Gemeinderates, andererseits dem Magistrat anvertraut.
>
> An der Spitze aller Gemeindeorgane steht der Bürgermeister; die Vizebürgermeister sind berufen, den Bürgermeister zu unterstützen und ihn in seiner Verhinderung zu vertreten.

Soviel über die rein rechtliche Seite der Angelegenheit und gegenüber den Versuchen, die Obmännerkonferenz in irgend einer Weise in diese Schandaffaire hineinziehen zu wollen. Was immer in den Obmännerkonferenzen besprochen oder beschlossen wird, hat nicht die geringste Bedeutung, wenn es nicht vom Gemeinde- und Stadtrat gutgeheißen worden ist. Und für die Führung der Geschäfte durch den Magistrat ist einzig und allein der Bürgermeister, der laut § 38 an der Spitze des Magistrats steht, verantwortlich. Die Geschäftsordnung besagt hierüber im § 46 ganz einwandfrei und deutlich über die Vollziehung der gefaßten Gemeinderatsbeschlüsse: „Der Bürgermeister bedient sich hiezu des Magistrats, der Vizebürgermeister, der Bezirksvorsteher oder auch einzelner Mitglieder des Gemeinderates." Für den Vollzug und die Auswahl der betreffenden Organe ist also einzig und allein der Bürgermeister maßgebend und verantwortlich! Und der Bürgermeister Dr. Weiskirchner war so klug und so gewissenhaft, mit dem Einkauf, der Manipulation und der Veräußerung von Sauerkraut einen Juristen zu beauftragen, der bis dahin Verwalter der städtischen Häuser war.

Der Beschluß der Obmännerkonferenz.

Was ist aber übrigens in jener Obmännerkonferenz, der einzigen, die sich mit der Krautangelegenheit jemals befaßt hat, beschlossen worden? Im Sinne eines vorgelegten Magistratsberichtes wurde der Ankauf von 2400 Waggons Sauerkraut gutgeheißen. Das war nach den damals vorgelegten Berichten der amtlichen Organe, die einen solchen mutmaßlichen Bedarf festgestellt hatten, durchaus einwandfrei. Es hätte sich übrigens bei sonst ordnungsgemäßer Gebarung niemals etwas anderes ergeben können, als daß mehrere hundert Waggons zu einem etwas billigeren Preise hätten abgegeben werden müssen. Daraus würde wohl niemand einen Vorwurf abgeleitet haben. Angesichts der ungeheuren Not ist wohl eine gewisse Ueberdeckung in einem Artikel eher zu verantworten als mangelnde Vorsorge. Die Feststellung des voraussichtlichen Krautkonsums einer Zweimillionenstadt in Zeiten, in denen die Zufuhren in allen anderen Artikeln so unregelmäßig sind, läßt sich ja überhaupt nicht mit vollkommener Gewißheit voraussagen.

Worin der Krautskandal liegt.

Was zum Vorwurf gemacht wird und was den ungeheuerlichen Skandal darstellt, ist einzig und allein die Art und Weise, in der mit dem Sauerkraut verfahren wurde, die Leichtfertigkeit, mit der die Verträge geschlossen wurden. Und mit all diesen Dingen hatte die Obmännerkonferenz nicht das geringste zu schaffen. Darüber wurde nicht ein einziges Mal in all den Monaten irgend ein Bericht erstattet. Dafür tragen, da auch der Stadtrat bei all diesen Dingen vollkommen ausgeschaltet war, einzig und allein der Bürgermeister Dr. Weiskirchner und seine Vertreter Hierhammer, Hoß und Rain die alleinige Verantwortung!

Hat die Obmännerkonferenz, die dem Ankauf von 2400 Waggons Sauerkraut zustimmte, etwa den Beschluß gefaßt, daß das Sauerkraut in total verdorbenem Zustand übernommen werden soll? Hat sie beschlossen, daß man das Kraut in den Fässern in glühender Sonnenhitze ohne jedwede Pflege stehen lasse? Hat sie angeordnet, daß eine Schuld, die in deutschösterreichischen Kronen zu bezahlen war, mit einem Verlust von zwölf Millionen Kronen ohne jede Nötigung in tschechischen Kronen bezahlt werde? Hat sie verfügt, daß man das Kraut im Winter nicht zum Verkauf gebracht hat, sondern verstinken und verfaulen ließ?

Es ist einfach albern, die Obmännerkonferenz, die, was nochmals hervorgehoben sei, überhaupt kein Organ der Gemeindevertretung oder Gemeindeverwaltung darstellt, mit dem Krautskandal in Verbindung zu bringen. Denn selbst der Ankauf eines zu großen Quantums ist nur deswegen erfolgt, weil die amtlichen Organe des Magistrats, an dessen Spitze der Bürgermeister steht, vollkommen versagt haben. Nach dieser Obmännerkonferenz hat es sich nämlich herausgestellt, daß die Krauternte in Deutschösterreich über Erwarten gut ausfiel. Es wurde bekannt, daß sich viele Bewohner Wiens durch eigene Vorsorge mit Kraut eindecken. Nun hat man eigens einen Beamten nach Prag entsendet, um eine Herabsetzung des gekauften Quantums zu erwirken. Es ist ihm auch tatsächlich gelungen, von der tschechischen Regierung die Zusage zu erhalten, daß die von der Gemeinde Wien mit den privaten Fabriken abgeschlossenen Verträge über 1150 Waggons annulliert und nur von der Gemüse- und Obstgesellschaft in Prag alles in allem 1000 Waggons geliefert werden. Der Beamte kam nach Wien zurück und berichtete freudig dem Bürgermeister seinen Erfolg. Als aber kurz darauf die Prager Vertreter in Wien eintrafen, um hier den schriftlichen Vertrag aufzusetzen, wurde einfach vergessen, diese so wichtige Annullierungsklausel in die Abmachungen aufzunehmen. Ist etwa auch dafür die Obmännerkonferenz, die von all diesen Dingen nicht ein Sterbenswörtchen erfahren hat, verantwortlich? Und ist es ihr Verschulden, daß über das Schicksal von 673 Waggons, also über die ungeheuerliche Menge von 6,730.921 Kilogramm Kraut gar kein Aufschluß möglich ist? Etwa dreißig komplette Eisenbahnzüge mit Ware, die der Gemeinde Wien gehören, sind spurlos verschwunden. Es findet sich nicht die geringste Aufzeichnung darüber vor, ob dieses Sauerkraut vernichtet wurde, ob es vielleicht doch verkauft worden ist, ob es überhaupt in Wien eingetroffen oder was sonst damit geschehen ist. Diese Tatsache allein ist so phantastisch, daß Worte zu ihrer Charakterisierung nicht ausreichen. Das war aber wieder nur möglich, weil es im gesamten Bereich der Lebensmittelgeschäfte der Gemeinde Wien eine kaufmännische Buchhaltung nicht gegeben hat. Gleichfalls eine Sache, die lediglich den Magistrat und dessen Oberhaupt, den Bürgermeister, betrifft, ganz und gar aber nicht Angelegenheit der Obmännerkonferenz, ja nicht einmal eine solche des Gemeinderates war und ist. Denn selbst wenn diese Beschlüsse, wie es sich gehört hätte, vom Gemeinderat gefaßt worden wären, so würde doch immer die ordentliche Durchführung dem Magistrat und dem für dessen Geschäftsgebarung verantwortlichen Bürgermeister und seinen Vertretern obliegen. Es ist selbstverständlich, daß der Gemeinderat in solch einem Falle nicht erst festzusetzen hat, daß ein kaufmännisches Geschäft mit kaufmännischer Buchhaltung auszustatten ist. Das sind eben lauter Dinge, die sich ganz naturgemäß ergeben, die zur ordnungsgemäßen Sorgfalt gehören und deren Vernachlässigung eben ein Verbrechen an der Bevölkerung darstellt. Es ist ja gar nicht zu fassen, daß in dem größten Lebensmittelbetrieb der Monarchie ordentliche Bücher überhaupt nicht bestanden haben! In fünf Jahren wurde nicht ein einziges Mal eine Inventur aufgenommen. Man hat sich nie davon überzeugt, ob die angekauften Vorräte auch wirklich vorhanden sind! Dabei hatte es sich fast immer um Lagerbestände von mehr als hundertfünfzig Millionen Kronen gehandelt! Die Umsätze, die gemacht worden sind, gehen in die Milliarden, und all das ist geschehen ohne jede kaufmännische Buchhaltung, zu der das Handelsgesetz jeden protokollierten Geschäftsmann zwingend verpflichtet, deren Fehlen ihn strafffällig macht.

Die Folgen des 41 Millionen-Skandals.

Diesen Tatbestand durch so plumpe Manöver wie die Hereinziehung der Obmännerkonferenz irgendwie zu verwischen ist ein ganz aussichtsloses Beginnen. Schuld des Bürgermeisters Weiskirchner und der Christlichsozialen war es, daß sich dieser europäische Skandal ereignete. In der „bestverwalteten Stadt der Welt" wurden Juristen mit Sauerkraut- und Marmeladegeschäften betraut und jede fachmännische Mitarbeit ausgeschaltet. Einzig und allein durch die Schuld der früheren Verwaltung ist bei einem einzigen Artikel ein Verlust von mehr als 41 Millionen Kronen entstanden, für welchen nun die Bewohner Wiens in Form einer gewaltigen Erhöhung der Abgaben und Steuern zu büßen haben! Die Sozialdemokraten haben diese schmachvolle Angelegenheit im Interesse des ohnehin schwer erschütterten Kredits der Stadt bisher mit vornehmer Zurückhaltung behandelt. Nun aber die christlichsozialen Volksverderber, anstatt sich in ein Mauseloch zu verkriechen, in lügenhaft gemeiner Weise den klaren Tatbestand in sein völliges Gegenteil verdrehen wollen, hört jede Schonung auf. In Dutzenden Versammlungen muß aufgezeigt werden, wie die Menschen in der Gemeinde gehaust haben. Erst hat ihre kriegshetzerische Politik dieses furchtbare Unheil über uns heraufbeschworen, dann hat ihr bodenloser Leichtsinn, ihre tölpelhafte Unfähigkeit noch überflüssige Riesenverluste verursacht.

Schuld der Christlichsozialen ist es, wenn die Stadt Wien heute vor der drohenden Gefahr des finanziellen Zusammenbruchs steht. Sie sind dafür verantwortlich, daß nie erhörte Lasten in Form der verdoppelten Straßenbahntarife, der vervierfachten Gas- und Elektrizitätspreise und noch bevorstehender Steuern mannigfacher Art auf die Bevölkerung gelegt werden müssen!

Reichspost
28/IX. 1919

210

Der Obstskandal in Wien.

Mehr als 10.000 Kronen verdient die Wiener Gemüse- und Obstverteilungsstelle bei einem Waggon Aepfel.

Zweimal hat die „Reichspost" bereits die merkwürdige Preisbildung bei den Aepfeln einer eingehenden Kritik unterzogen. Aber die Behörden, die diese Preisbildung von Amts wegen angeht und die, wie man meinen sollte, das höchste Interesse daran haben müßten, die mehr als anrüchige Art dieser Preisbildung aufzuklären, befleißigen sich einer Schweigsamkeit, die scheinbar ihren Grund in dem alten lateinischen Sprichwort hat: qui tacet, consentire videtur. („Wer schweigt, scheint zuzustimmen".) Nun uns aber ein Fall vorliegt, der kaum wie ein zweiter geeignet ist, die Bevölkerung über die Art der Preisbildung bei Aepfeln aufzuklären, werden wir die Herren, die es angeht, doch endlich einmal zum Reden bringen. Der Fall ist folgender:

Ein Obsthändler, Andreas Poller in Feldbach, Oststeiermark, sandte am 11. d. an den Obsthändler Anton Stumer in Wien einen Waggon Aepfel ab. Der Waggon trug die Nummer 28.790 und faßte 14.190 Kilogramm. Für diesen Waggon hatte Herr Poller einen Betrag von 45.408 Kr., also Kr. 3.20 pro Kilogramm, vom Grazer Vertreter der Wiener Gemüse- und Obst-Uebernahms- und Verteilungsstelle in Wien in der Grazer Kanzlei, Kaiserfeldgasse 29, erhalten. Zufälligerweise wurde dem hiesigen Obstgroßhändler Anton Stummer der gleiche Waggon, für den Herr Poller vom Grazer Vertreter der Obstverteilungsstelle den Betrag von Kr. 45.408.— erhalten hatte, zugewiesen, aber nicht vielleicht zum selben oder mäßig erhöhten Preis, sondern zufolge der Faktura Nr. 11917 der Wiener Gemüse- und Obst-Uebernahms- und Verteilungsstelle vom 19. September zu einem Betrage von Kr. 56.259.30 inklusive 50 Heller Stempelgebühr für ein Nettogewicht von 13.960 Kilogramm (Kilogrammpreis Kr. 4.03).

Es hat sich also der Preis dieses Waggons von Feldbach nach Wien auf dem Wege über die Obstverteilungsstelle um Kr. 10.851.30, der Kilogrammpreis von Kr. 3.20 auf Kr. 4.03 erhöht.

Rechnen wir die Kosten der Fracht mit beiläufig 600 Kr., eine Summe, die eher zu hoch als zu niedrig gegriffen ist, so bleibt die durch nichts aus der Welt zu schaffende Tatsache übrig,

daß sich der Waggon um Kr. 10.521.30 dadurch rein verteuert hat, daß er durch die Verteilungsstelle ging.

Dieser Skandal schreit zum Himmel und nach dem Staatsanwalt. Die Verteilungsstelle, die angeblich dazu geschaffen wurde, um die Ware gerecht zu verteilen und billig in den Konsum zu bringen, diese Verteilungsstelle steckt bei einem einzigen Waggon mehr als Kr. 10.000.— ein! Wenn wir uns vor Augen halten, daß z. B. Steiermark für die Monate August und September 500 Waggons zur Ausfuhr freigegeben hat, diese Waggons alle durch die Verteilungsstelle gehen und die Stelle bei jedem Kr. 10.521.— verdient.

so heimst sie aus Steiermark allein bei diesen 500 Waggons 5,260.500 Kronen ein,

natürlich nur auf Kosten der Verbraucher, aus deren Taschen diese Millionen gezahlt werden. Wir erstatten hiemit von diesem Geschäft öffentlich und in aller Form die Anzeige an die Staatsanwaltschaft. Es geht denn doch nicht an, daß man immer nur den kleinen Greisler, das Grünzeugweib bestraft, wenn sie um ein paar Kreuzer beim Kilogramm mehr verlangen als den vorgeschriebenen Preis, die großen Preistreiber und Wucherer aber laufen läßt. Wir sind auch sehr neugierig, warum sich denn der Herr Arbeiterrat Fischer in der Verteilungsstelle so gar nicht gegen diese Art von Preisbildung auflehnt, während seine Amtsgenossen in Wien dem kleinsten Greisler auf den Fersen sind.

Wir sehen allerdings ein, daß die Gehaltsbezahlung an die Beamten der Verteilungsstelle beträchtliche Geldmittel erfordert, besonders wenn man bedenkt, daß allein die Geschäftsführer, der ehemalige Zwiebel- und Knoblauchagent Unterrain, dann der Vertreter der Großeinkaufsgesellschaft der österreichischen Konsumvereine Plaschkes und noch zwei andere, bis vor kurzem monatlich 30.000 Kr., heute aber seit Beiziehung der Arbeiterräte noch mehr beziehen und daß sie sich für das erste Halbjahr der Geschäftsführung 15.000 Kr. pro Geschäftsführer votieren ließen. Aber schließlich ist die Bevölkerung ja nicht dazu da, Beamte einer Verteilungsstelle zu bezahlen, die der Bevölkerung das Obst verteuert.

Die kaufmännische Tüchtigkeit der Verteilungsstelle.

Ein zweiter Fall führt uns die hervorragenden kaufmännischen Qualitäten vor Augen, die die Herren in der Verteilungsstelle besitzen. Eine Großhändlerfirma bekam Ende August, Anfang September ein Offert aus der Tschecho-Slowakei auf 100 Waggons böhmischer Birnen zu 2 Kr. 20 H. tschecho-slowakischer Währung. Die Firma hat von diesem Offert vorschriftsmäßig die Obst- und Gemüse-Uebernahms- und Verteilungsstelle verständigt, weil ja bekanntlich der direkte Bezug durch den Käufer nicht erlaubt ist. Die Verteilungsstelle schenkte aber diesem Offert gar keine Beachtung, da sie nach ihrer Erklärung billigere Birnen in Aussicht hatte, ja sogar schon Verkäufer dieser billigen Birnen besitze. Tatsache ist aber, daß bis in diese Tage die böhmischen Birnen ausblieben.

Dagegen hat die Verteilungsstelle Birnen von Italien zum Preise von 6 Kr. 20 H. bezogen und sie in den Konsum gebracht. Jetzt kauft sie aber auch böhmische Birnen, obwohl sie jetzt schon 2 Kr. 40 H. tschecho-slowakischer Währung kosten und obendrein der Kurs der tschecho-slowakischen Krone gegenüber der d.-ö. Krone viel höher steht als damals, da die Birnen einer Großhandelsfirma um 2 Kr. 20 H. angeboten wurden.

Man sieht aus diesem und aus dem eingangs besprochenen Fall, daß die Verteilungsstelle Konsumenten und Händler in gleicher Weise schädigt. Sie bewirkt eine maßlose Verteuerung, sie verhindert die Einfuhr billigen Obstes und sie lähmt die Tätigkeit der Großhandelsfirmen, die sich bei einer wirklichen Freigabe des Handels die Füße ablaufen würden, um Obst nach Wien zu bringen und selbstredend schon aus Geschäftsgeist trachten würden, den Konkurrenten zu unterbieten. So aber sind sie zur Untätigkeit verurteilt. Wem fiele es auch ein, Ware zu beschaffen, wenn er diese Ware einer Verteilungsstelle übergeben muß, die die Ware dann einem andern zuteilt; besonders wenn sie gut ist. Die schlechte überläßt man ohnehin gern dem, der sie der Stelle anmeldete.

Geschäftsmann und Arbeiterrat.

Daß es auch den Arbeiterräten bei der Obstverteilungsstelle nicht schlecht geht, erhellt aus folgender Zuschrift eines Meidlingers: Ich bin Freitag, den 26. d. mit dem 3-Uhr-Zug von Aspang heimgefahren und bin in einen Waggon eingestiegen, der 2. und 3. Klasse führt. In der 2. Klasse fuhr mit einer Dame der Herr Arbeiterrat Fischer von der Obstverteilungsstelle. Als der Zug um 6 Uhr abends in Wien ankam, fuhr ein Auto beim Bahnhofe vor und entführte den Herrn Arbeiterrat samt Begleitung. Herr Redakteur, erklären sie mir, was muß dieser Mann für ein Gehalt beziehen, um sich das leisten zu können. Ich habe immer geglaubt, die Herren Arbeiterräte sind dazu da, das Menschenmöglichste zu versuchen, um einen Preisabbau hervorzurufen, dabei bewegen sie sich aber wie Großkapitalisten. Darum möchte ich Sie bitten, Herr Redatteur, ob Sie mir nicht auch so eine Stelle verschaffen könnten. Ich bin schon dreißig Jahre in Meidling Geschäftsmann, kann nicht 2. Klasse fahren und mich vom Auto abholen lassen und dieser Herr hat erst ein paar Monate die Stellung als Arbeiterrat inne und kann sich das alles leisten.